

**BERICHT
ÜBER DEN IV. KONGRESS
DER KOMMUNISTISCHEN
INTERNATIONALE**

**PETROGRAD-MOSKAU
VOM 5. NOVEMBER
BIS 5. DEZEMBER 1922**

1 9 2 3

VERLAG DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

**AUSLIEFERUNGSSTELLE:
VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG 8**

BIBLIOTHEK DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

37.

Feltrinelli Reprint

In collaborazione con la Biblioteca dell'Istituto G. G. Feltrinelli

1967

ALIT - Nichelino (To)

ERÖFFNUNGSSITZUNG

AM 5. NOVEMBER 1922, ABENDS, IM VOLKSHAUS
ZU PETROGRAD.

Redner: Clara Zetkin, Sinowjew, Felix Kon, Béron, Azzario, Katayama, Kolarow.

CLARA ZETKIN: Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der Exekutive der Kom. Internationale erkläre ich diesen IV. Weltkongreß für eröffnet. Der Zusammentritt erfolgt an dem Tage, an dem sich zum fünften Male das größte weltgeschichtliche Ereignis dieser Zeiten jährt, nämlich: daß die proletarische Weltrevolution in Gestalt der russischen Revolution sich kühn, entschlossen und siegreich erhoben und der Weltbourgeoisie die erste entscheidende Niederlage beigebracht hat. (Beifall.)

Der Kongreß schreitet zur *Wahl des Präsidiums*.

Es werden einstimmig gewählt:

Kolarow (Bulgarien), Schefflo (Skandinavien), Katayama (Japan), Neurath (Tschechoslowakei), Béron und Henriot (Frankreich), Marabini (Italien), Clara Zetkin (Deutschland), Carr (Amerika), Lecky (England), Marchlewski (Polen), Lenin und Trotzki (Rußland).

SINOWJEW: Genossen, mir wurde die ehrenvolle Aufgabe zuteil, vor Ihnen die Eröffnungsrede zu halten. Es wird der IV. Weltkongreß der fortgeschrittenen Proletarier von 52 Ländern eröffnet. Ich glaube, Genossen, daß man mit Recht sagen kann, daß wir selten Gelegenheit haben, gleich große und geschichtlich bedeutungsvolle Ereignisse zu erleben. Es ist selbstverständlich, daß wir unsere ersten Worte jenen widmen müssen, die im Laufe der verfloßenen fünf Jahre im Kampfe fielen, damit das Banner der Kommunistischen Partei nicht den Händen der Avantgarde der verschiedenen Länder entwunden werde, die in sehr vielen Staaten vorläufig nur eine heroische Minderheit ist. Die Menge unserer gefallenen Genossen ist unzählbar. Wenn man nur unser Land allein in Betracht zieht, so zählen die Opfer gewiß nach vielen Tausenden. Einer unserer Moskauer Genossen versuchte, eine Sammlung von Biographien unserer hervorragenden Genossen anzulegen, die im Laufe dieser Jahre umgekommen sind. Die Aufzählung der Namen allein beanspruchte in Petitschrift ein ganzes Buch von mindestens 15 oder 20 Druckbogen. Und dabei sind nur die Namen jener Genossen gesammelt, die unserer Partei und der Sowjetregierung näher bekannt waren.

1*

Während dieser Jahre gab es in Deutschland keine einzige Stadt, ja nicht einmal einen großen Platz in den großen Städten, der nicht mit dem Blut der Arbeiter, die für den Kommunismus kämpften, bedeckt worden wäre. Bei den ersten revolutionären Versuchen in Ungarn gingen Tausende und Abertausende unserer Brüder zugrunde, und viele von ihnen schmachten jetzt noch in den Gefängnissen. In dem uns so nahen Finnland sind viele Tausende von Arbeitern zugrunde gegangen. Auf dem Balkan, in Rumänien, ist unsere ganze Partei vom Kongreß direkt ins Zuchthaus gewandert, viele sind unterwegs erschossen worden. In Griechenland fand die bürgerliche Revolution eine starke Gruppe kommunistischer Kämpfer in den Gefängnissen vor, und nur ein Teil von ihnen ist von den aufständischen Soldaten befreit worden, von denselben Soldaten, die ihre eigenen bürgerlichen Offiziere mit dem Rufe: „Es lebe Lenin!“ auf den Lippen entwaftet hatten. In Amerika sind viele Hunderte unserer besten Arbeiter in die Zuchthäuser gewandert. In Italien führen unsere Genossen seit einigen Jahren den Bürgerkrieg; jetzt ist die Arbeiterklasse der Willkür der Fascistenbanden buchstäblich preisgegeben, deren Führer den Reihen der ehemaligen Sozialisten entstammen. Diese Renegaten des Sozialismus sind besonders unbarmherzige Henker der Arbeiterklasse. Genossen, wenn wir jetzt in Gedanken an den Beginn unserer Revolution zurückkehren, so werden wir zu allererst unserer besten Genossen, unserer besten Führer und Brüder gedenken, die für die Sache des Kommunismus in Sowjetrußland und in der ganzen Welt gefallen sind. Ewiges Andenken den ersten Kämpfern der Proletarierrevolution der Welt! (Alle stehen auf. Das Orchester spielt den Trauermarsch.)

Das letzte Jahr war für die K. I. in vielen Beziehungen entscheidend. Zwischen dem III. und dem IV. Kongreß liegen 15 Monate; gerade in diesen 15 Monaten ist im gewissen Sinne das Schicksal der K. I. entschieden worden. Es ist selbstverständlich, daß der K. I. im geschichtlichen Sinne des Wortes der Sieg gesichert ist. Aber es handelt sich um die Frage, ob es der K. I. in ihrer jetzigen Form, ob es unserer Kämpfergeneration gelingen wird, die historische Mission zu erfüllen, die die K. I. übernommen hat. Gerade unter dem Kreuzfeuer des angreifenden Kapitals in den letzten 15 Monaten wurde entschieden, ob unsere jungen, zum Teil noch schwachen internationalen kommunistischen Parteien auf ihrem Posten standhalten würden. Der K. I. gehören über 50 Parteien an, darunter auch solche, die noch keine endgültige Gestalt angenommen, die ersten schweren Zeiten noch nicht überstanden haben. Alle Anstrengungen der Bourgeoisie und ihrer Lakaien, der 2. und 2½. Internationale, waren darauf gerichtet, sich an unsere Parteien heranzumachen, um die K. I. zu vernichten.

Wir dürfen jetzt ohne Übertreibung sagen, daß die K. I. die schwerste Zeit überstanden hat und so erstarkt ist, daß sie keinen Angriff der Weltreaktion zu fürchten braucht. Gerade dieses Jahr hat bewiesen, daß die K. I. ein festes Fundament gelegt hat, daß sie lebt und zum Schrecken ihrer Feinde leben wird.

Ihr erinnert Euch der jüngsten Ereignisse in *Deutschland*. Vor verhältnismäßig kurzer Zeit sind die Reden auf dem berühmten Haller Parteitag verklungen, als wir im Namen der K. I. — nach der berühmten Entscheidungsabstimmung — sagen mußten, daß den rechten

Unabhängigen nur noch der Weg zur Sozialdemokratie und zu Noske übrig bliebe. Damals hielten sie unsere Erklärung für eine böswillige Erfindung, jetzt stehen die rechten Unabhängigen in den Reihen Noskes, in den Reihen der Henker der Arbeiterklasse.

Eine gleich interessante Erfahrung mußte die K. I. bei der Prüfung der Taktik in Italien machen, einem Lande, das gegenwärtig gewissermaßen im Brennpunkt der internationalen Ereignisse steht. Als es zur Spaltung in Livorno kam, sagten wir zu denen, die der K. I. folgen wollten: „Entweder geht Ihr mit den Reformisten und der 2. Internationale und steht im Lager der Bourgeoisie, oder Ihr seht Euren Fehler ein und kehrt in die Reihen der K. I. zurück.“ Die gewaltige Mehrheit der sozialistischen Arbeiter Italiens erkannte auf ihrem jüngsten Kongreß in Rom ihren Fehler, und sie kehren in unsere Reihen zurück. Selbstverständlich nehmen wir sie als Brüder auf. (Beifall.)

An diesen beiden Beispielen wird allen ehrlichen klassenbewußten Proletariern der Welt klar, daß die 21 Bedingungen des II. Kongresses keine Erfindung, keine Schikane, kein Dogma sind, sondern dem Gesamtverständnis des Proletariats entsprechen, das um seine Befreiung kämpft.

Eines der wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit ist die Vereinigung der 2. und 2½. Internationale. (Die Prophezeiung der K. I. ist in Erfüllung gegangen.) Von dieser Vereinigung gewinnt nur der revolutionäre Kampf der Arbeiter. Es ist nur von Vorteil, wenn weniger Fronten vorhanden sind. Auf der einen Seite steht die 2. Internationale, die Internationale Noskes und der Sozialverräter, die Internationale der Verbrecher an der Sache der Arbeiterklasse, auf der anderen Seite steht unser Bruderverband der Arbeiter aller Länder, der als *Kommunistische Internationale* bezeichnet wird.

Es muß laut gesagt werden, daß die Vereinigung der 2. und 2½. Internationale u. a. eine Neuinszenierung des weißen Terrors gegen die revolutionären Arbeiter bedeutet. Diese Vereinigung ist nur die Vorarbeit der Artillerie, die einen neuen, unerhört verzweifelten Angriff der internationalen Bourgeoisie auf die revolutionäre Arbeiterschaft vorbereitet; sie bereitet neuen Gallifets, Noskes, Mussolinis und anderen Henkern der Arbeiterklasse den Boden vor. Die Frage unserer Stellung zu der Vereinigung der 2. und 2½. Internationale ist nicht nur eine Frage der Parteipolitik und -taktik, sondern auch eine Frage der Weltpolitik.

Die objektiven, ökonomischen Voraussetzungen für den Sieg der proletarischen Weltrevolution reifen. Das einzige, was der Arbeiterklasse fehlt, ist der sogenannte subjektive Faktor, die genügende Klassenorganisation, das genügende Klassenbewußtsein. In diesem Sinne ist die Rolle der Sozialdemokratie in unserer Zeit sehr groß. Sie ist der wichtigste internationale Faktor der Konterrevolution, die Bremse auf dem Siegesmarsch der internationalen Arbeiterklasse. Unser Kampf gegen den internationalen Menschewismus, gegen die 2. und 2½., ist kein Kampf einer Fraktion gegen die andere, wie manche glauben, sondern tatsächlich der letzte und entscheidende Kampf der internationalen Arbeiterklasse; ein Kampf, der sich gegen den letzten Exponenten, den letzten Agenten des internationalen Kapitals, gegen den Menschewismus richtet. (Beifall.)

Erlauben Sie mir nur zwei Worte zu einer persönlichen Bemerkung. Sie wissen, Genossen, daß ich vor fünf Jahren einen großen Fehler, den größten Fehler meines Lebens, begangen habe. Ich hatte damals, wie auch viele unserer Genossen, in der entscheidenden Minute nicht begriffen, daß die Menschewiki und die S.-R. nicht die rechte Fraktion, die rechte Flanke der Arbeiterklasse waren, sondern in Wirklichkeit die „linke“, höchst gewandte und agile und daher auch gefährliche Flanke der internationalen Bourgeoisie bildeten. Wir müssen unseren Genossen, die zum Teil erst jetzt ihren entscheidenden Kampf mit dem internationalen Menschewismus beginnen, die Lehren der russischen Revolution vor Augen halten. Wir müssen in dem Menschewismus den wichtigsten Feind, den Mithelfer der internationalen Bourgeoisie sehen. Der Kapitalismus verdankt jetzt sein Bestehen lediglich der Barmherzigkeit der Sozialverräter von der 2. Internationale. Die Arbeiterklasse ist jetzt so zahlreich, daß sie mit einem Ruck das internationale Kapital niederwerfen könnte, wenn ihr die Sozialdemokraten nicht in den Arm fielen. Am Jahrestage der Oktoberrevolution müssen wir dem internationalen Proletariat sagen, die Menschewiki haben behauptet, die Oktoberrevolution sei ein Fehler von uns gewesen, wir würden kaum einige Wochen leben. Jetzt haben die Ereignisse bewiesen, daß wir es gerade diesem „Fehler“ verdanken, daß wir siegen konnten. (Beifall.)

Einige Worte über die internationale Bedeutung der „Nöp“ (Neue ökonomische Politik).

Wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß die neue ökonomische Politik Sowjetrußlands nicht nur die Folge davon ist, daß die Kommunisten in einer Reihe von kapitalistischen Ländern noch zu schwach sind. Die „Nöp“ ist eine Periode, durch die wahrscheinlich viele Länder werden hindurchgehen müssen, sogar Länder, wo das Industrieproletariat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet. Nur ausnahmsweise werden einige Länder diese Etappe umgehen können. Auf der Grundlage dieser Gedankengänge wird die ganze Strategie des IV. Kongresses aufgebaut werden müssen. Wir glauben, daß die „Nöp“ nicht nur ein Ausdruck der Schwäche des Kommunismus in einigen kapitalistischen Ländern ist, sondern daß sie uns zeigt, daß das Proletariat seine Kräfte mit denen der Bauern messen muß. Die „Nöp“ war eine taktische Klugheit, die von der ersten großen proletarischen Revolution in einem Bauernlande erfordert wurde. Auch Zentral-europa, der Balkan und eine Reihe anderer Länder werden die „neue ökonomische Politik“ mitmachen müssen. Um die Bauernschaft oder wenigstens einige ihrer Kreise zu neutralisieren, werdet Ihr die Politik der „Nöp“ durchmachen müssen, natürlich den Verhältnissen entsprechend.

Fünf Jahre sind seit unserer Revolution verflossen, fünf Jahre schwersten Kampfes, ungezählter Opfer und Schwierigkeiten; Hungersnot und Blockade, Interventionen usw. haben die Kraft der Arbeiterklasse Rußlands nicht gebrochen. Die Arbeitermassen sind von der K. P. R. nicht nur nicht abgerückt, sondern wir fühlen im Gegenteil, daß diese Massen immer mehr unserer Partei zuströmen, so wie es in den besten Tagen der revolutionären Erhebung vor fünf Jahren geschah. Diese Arbeitermassen glauben heute an den Sieg der Sowjetrepublik

fester denn je. Das fühlt jeder von uns, der lebt und das große Glück hat, mitten in den dichten Reihen der arbeitenden Massen Rußlands zu stehen. Es gab während dieser fünf furchtbaren Jahre Augenblicke, da unter dem Druck unerhörter Opfer die Reihen der Arbeiter schwankten. Doch darin besteht gerade das große Verdienst der K. P. R., daß sie in diesen Augenblicken des Schwankens ihre Fahne nicht gesenkt hat. Das Schwierigste haben wir hinter uns. Wir haben die Arbeiterklasse unseres Landes auf einen freien, breiten Weg geführt. Es ist unser größter Stolz, daß wir in den schwersten Augenblicken der Revolution wußten, daß wir den Arbeitern der ganzen Welt den Weg bahnten.

Wir wissen wohl, daß in einigen wenigen Jahren eine Reihe von Industrieländern uns überflügeln und den ersten Platz in der K. I. einnehmen wird; wir aber werden, wie Gen. Lenin gesagt hat, zu einem rückständigen Sowjetland inmitten der übrigen fortgeschrittenen Sowjetländer werden. Wir wissen das, wir erwarten diesen Augenblick als unseren größten Sieg. Wir wissen ebenso gut wie Ihr, welche Schwierigkeit Eurer auf Eurem Wege harren: Ihr werdet einer organisierten und gierigeren Bourgeoisie entgegentreten müssen. Ihr werdet die Klängen mit den noch unbesiegten Verrätern der 2. Internationale kreuzen müssen. Die Kom. Intern. ist gegen alles unreife Vorgehen und gegen unvorbereitete Aufstände, die in dem Blute der Arbeiter erstickt werden würden und die das kostbarste Gut des Proletariats, die organisierte Internationale Kommunistische Partei, zerschmettern könnten. Wir treten in die Fußstapfen der Pariser Kommune, doch wir wollen eine *siegreiche* Kommune.

Im *Orient* hat sich in diesem Jahre die Bewegung ausgedehnt. Es gibt fast kein orientalisches Land, wo wir nicht den Kern einer kommunistischen Partei hätten. Zwar sind diese Parteien im Orient noch nicht stark, aber unsere russische „Gruppe der Befreiung der Arbeit“ war ja 1883 ebenfalls nur sehr klein, — dennoch bedeutete ihr Entstehen eine neue Aera für Rußland. Die Bildung kommunistischer Parteien in Ländern wie Japan, Indien, der Türkei, Persien, China, in jenen Ländern, die eine unerschöpfliche Reserve der sozialistischen Proletarierrevolution darstellen, ist ein historisches Ereignis. In diesem Jahre haben die nationalen Bewegungen unter den unterdrückten Völkern an Umfang ungeheuer gewonnen und sie bedeuten im objektiven Sinne einen Schlag für das internationale Kapital. Die wachsenden Aufstände in Indien, China, Aegypten untergraben die bürgerliche Herrschaft.

Die Zeit arbeitet für uns. Wenn wir die zehnte Jahresfeier der Oktoberrevolution begehen werden, werden wir sehen, daß das, was wir bis jetzt geleistet haben, nur ein Kinderspiel war. Wir werden sehen, wie die Welt unter unzähligen Aufständen erzittern wird und Hunderte von Millionen unterdrückter Menschen sich gegen den Imperialismus erheben werden.

Es lebe die internationale Revolution! Es lebe das russische Proletariat, das das Fundament zu dieser Revolution gelegt hat!

Wie viele von den Genossen, die vor fünf Jahren zum Gewehr gegriffen, die ersten schwachen Truppen der Roten Garde gebildet und sich in den unerhört heldenhaften Kampf gestürzt haben, hofften, den

fünften Jahrestag zu erleben! Es zu erleben, daß sie den IV. Kongreß der Kom. Internationale bei sich beherbergen werden! Jetzt haben wir es erlebt. Und keinen herrlicheren Lohn konnten wir erhoffen. Der Kongreß wird den Arbeitern in Petersburg und ganz Rußland neue Kräfte einflößen. Nieder mit der internationalen Bourgeoisie! (Beifall.) Nieder mit ihren Agenten — der 2. Internationale! Es leben die Kommunisten der ganzen Welt! Es lebe die Kommunistische Internationale! (Es wird die „Internationale“ gesungen!)

Darauf verliest Gen. SINOWJEW zwei Begrüßungstelegramme, von Lenin an den Kongreß der K. I. und dem Petrograder Sowjet und von Trotzki an den Kongreß.

CLARA ZETKIN: Wenn die revolutionäre Vorhut des Proletariats, wenn die Kom. Internationale tagt, um Rückschau und Ausschau zu halten, so gedenkt sie stets der Opfer, die auf dem Schlachtfelde geblieben sind. Wir haben bereits mit Trauer und Stolz unsere teuren, unvergeßlichen Toten geehrt. Nicht minder ist es unsere Ehrenpflicht, der Tausende zu gedenken, die in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten, weil sie an den Ketten des Proletariats zu rütteln wagten.

In Rumänien, in Jugoslawien, in Griechenland sind die Gefängnisse überfüllt, die Kommunisten werden gehetzt, verfolgt, gemartert. Das gleiche geschieht in Ungarn, wo der weiße Horthy-Terror noch immer Trumpf ist. Und in Polen? Gen. Dombal, der von den Kleinbauern in den Sejm gewählt wurde, ist trotz seiner Immunität als Volksvertreter zu vielen Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, und zwar auf Grund der zaristischen Bestimmungen. Während der Wahlkampagne sind mehr als 500 Kommunisten eingekerkert worden. In Finnlands Gefängnissen schmachten noch immer tapfere Männer und Frauen aus der Zeit der Revolution. In Estland hat unser unvergeßlicher Gen. Kingisepp als Opfer der rachsüchtigen Bourgeoisie seine letzten Seutzer ausgehaucht. In Lettland wurde über Gen. Klawe Klawin das Todesurteil gesprochen.

Blicken wir nach Deutschland, an dessen Spitze ein Präsident steht, der sich noch immer Sozialdemokrat nennt, nach Deutschland, wo heute noch in den bayerischen Festungen und Gefängnissen Kommunisten aus der Zeit der Münchener Räterepublik schmachten. Bei weitem sind noch nicht alle Opfer der Märzkämpfe des letzten Jahres aus ihren Gefängnissen entlassen worden. Der tapfere revolutionäre Kämpfer Max Hölz wird hinter Mauern gehalten, während breiteste proletarische Massen das Ende seines Martyriums fordern. Und das alles, obgleich die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung eine Amnestie erlassen hat, die sich freilich mit jedem Tag immer mehr als freche Verhöhnung des revolutionären Proletariats erweist.

In Frankreich sitzen noch heute die heldenhaften Matrosen der Schwarzen-Meer-Flotte, die sich geweigert haben, gegen Sowjetrußland zu kämpfen, hinter Kerkermauern. Während des großen Streiks in Havre wanderten viele revolutionäre Arbeiter ins Gefängnis.

In Italien vollendet die bürgerliche Klassen- und Schandjustiz das, was der Fascismus beginnt. Von England schreitet der Justizterror durch die überseeischen Gebiete und Kolonien. In Südafrika schmach-

ten Hunderte von Arbeitern in den Gefängnissen. In Indien, in Aegypten waltet die Justiz der herrschenden englischen Bourgeoisie grausam ihres Amtes. In den Vereinigten Staaten werden die revolutionären Proletarier, namentlich die Kommunisten, mit einer Barbarei und einem Raffinement ohnegleichen verfolgt und mißhandelt.

Alle diese Verfolgungen künden uns die Todesangst und die aus der Todesangst geborene Rachsucht der herrschenden Klasse. Die Bourgeoisie fühlt, wie der Boden ihrer Klassenherrschaft unter dem Drängen unwiderstehlicher revolutionärer geschichtlicher Kräfte wankt. Mit der Bourgeoisie wäre es aus, wenn sie nicht in den reformistischen Arbeiterführern aller Länder einen Bundesgenossen fände. Diese sind es, die das volle Maß der Verantwortung dafür tragen, daß Tausende und Abertausende der besten Söhne und Töchter des Proletariats Zuchthäusler, Gefangene sind, statt ihre Kräfte in den Kampf gegen den Kapitalismus einsetzen zu können.

Genossen und Genossinnen! Es ist unsere Ehrenpflicht, daß wir unsere herzlichsten brüderlichen Grüße ihnen allen senden. Wir grüßen unsere gefangenen Brüder und Schwestern in der Überzeugung, daß sie in ihrem Denken und Wollen unerschütterter aushalten, auch wenn der Tag ihrer Befreiung erst dann leuchten sollte, wenn das siegreiche Banner der proletarischen Revolution mit dem Sowjetstern über der ganzen Welt wehen wird.

FELIX KON verliest einen Aufruf an die gefangenen Genossen aller Länder, die in den Gefängnissen und Zuchthäusern der Bourgeoisie schmachten.

BERON verliest einen Aufruf an die Werktätigen Italiens.

SINOWJEW: Auf Initiative einer Reihe von Delegationen beschließt der Kongreß, anlässlich der fünften Jahresfeier einen Aufruf der Kom. Internationale an die Sowjetrepubliken zu richten.

AZZARIO spricht vom Heldenmut der russischen Arbeiterklasse und verliest einen Aufruf an die Werktätigen Rußlands. Darauf spricht

SEN KATAYAMA über die Verdienste der Roten Armee und Flotte und verliest einen Aufruf der Kommunistischen Internationale „An die Rote Armee und die Rote Flotte der Russischen Sozialistischen Förderativen Sowjet-Republik.“

KOLAROW verliest einen Aufruf „An die Arbeiter, Arbeiterinnen und Rotarmisten des Roten Petrograd.“

SINOWJEW schließt dann die erste Sitzung des IV. Weltkongresses. Die Anwesenden singen die „Internationale“.

ZWEITE SITZUNG

AM 9. NOVEMBER 1922, ABENDS, IM ANDREASSAAL
DES KREMLS ZU MOSKAU.

Vorsitz: KOLAROW.

Redner: SINOWJEW.

Der Kongreß bestätigt die von der Exekutive aufgestellte Tages- und Geschäftsordnung des Kongresses. Sodann wird die Zusammensetzung der Kommissionen genehmigt. Es werden folgende Kommissionen gebildet: spanische, französische, italienische, tschechische, amerikanische, jugoslawische, norwegische und Neger-Kommission. Die Delegierten zu diesen Kommissionen werden von den verschiedenen nationalen Delegationen ernannt. Hierauf folgt der vom Gen. SINOWJEW erstattete

BERICHT DES EXEKUTIVKOMITEES.

Genossen, ich habe die Aufgabe, Ihnen Bericht zu erstatten über die Tätigkeit unserer Exekutive während der Zeit vom III. bis zum IV. Kongreß. Ferner werde ich über die zukünftige Praxis der K. I. sprechen.

Die bloßen Tatsachen und Ziffern über die Tätigkeit der Exekutive während dieser 15 Monate habe ich in einem Artikel niedergelegt, der in allen Sprachen veröffentlicht wurde. Ich werde also darauf nicht zurückkommen.

Wir haben zweierlei zu prüfen: erstens, ob unsere Exekutive die Beschlüsse des III. Kongresses richtig ausgeführt hat, und zweitens, ob diese Beschlüsse selbst richtig waren.

Wie war die Lage am Ende des III. Kongresses? Sofort nach dem III. Kongreß wurde es klar, daß das Weltkapital eine regelrechte, gut organisierte systematische Offensive gegen die Arbeiterschaft fast in der ganzen Welt zu beginnen sich anschickte. Die Arbeiterklasse befand sich gewissermaßen auf dem Rückzug. Die verflossenen 15 Monate waren ausgefüllt von einer ganzen Anzahl wichtiger und großer Streiks in der ganzen Welt. Es waren ausschließlich Streiks *offensiver* Natur seitens der Kapitalisten. Die Gewerkschaften zählten im Jahre 1920 rund 25 Millionen Mitglieder, im Jahre 1922 aber 18 Millionen, und ich weiß nicht, ob diese letztere Ziffer nicht übertrieben ist. Schon an dieser Tatsache sehen wir, in welcher schwerer Lage die Arbeiterklasse sich während der Berichtszeit befunden hat.

Nicht zu unterschätzen ist auch der Ernst der Lage Sowjetrußlands während dieser Zeit. Nach dem III. Kongreß begann in Rußland die große Hungersnot. Diese Tatsache hatte wichtige politische Konsequenzen. Unsere Lage im vergangenen Jahre wurde von unseren Gegnern reichlich dazu ausgenutzt, um gegen die Idee der proletarischen Diktatur überhaupt zu kämpfen. Die 2. Internationale versuchte, den Hunger in Rußland zum Ausgangspunkt einer Kampagne gegen die K. I. zu

machen. Man hat aus diesem Anlaß eine geräuschvolle Kampagne inszeniert, die die K. I. als bloßes Werkzeug der Sowjetrepublik hinstellte. Aber wenn die 2. Internationale uns sagt: Ihr geht immer zusammen mit der Sowjetrepublik Rußlands, Ihr seid weiter nichts als ein Werkzeug dieser Republik, so antworten wir darauf: Ihr geht ja auch nicht an Sowjetrußland vorüber, Ihr müßt auch zu ihm Stellung nehmen, nur mit dem Unterschied, daß Ihr Euch auf die Seite des Herrn Urquhart schlägt, wie es der Führer der Labour Party Clynes unlängst getan hatte, und die erste proletarische Sowjetrepublik zugunsten der Bourgeoisie auszunutzen versucht.

Wir müssen offen gestehen, die Kampagne unserer Feinde hatte einen gewissen Erfolg. Für den einfachen Arbeiter war die Tatsache, daß in der ersten Sowjetrepublik Hunger besteht, eine gewisse Enttäuschung an der Revolution überhaupt. Bei der Lage, in der sich die Arbeitermassen nach dem Kriege befanden, war das absolut unausbleiblich. Unsere Gegner mußten wissen, woher dieser Hunger stammte, mußten wissen, daß die Verräter aus der 2. und 2½. Internationale und der Imperialismus die Hauptschuld daran trugen. Es ist klar, daß die 2. Internationale in ihrem Kampfe gegen uns die Lage ausnutzte.

Also in diesem Jahre war die Lage der K. I. wie auch der ersten Sowjetrepublik eine ziemlich schwierige.

Die Streiks waren, wie gesagt, rein defensiver Natur. Ich will nur ein Land herausgreifen, das für uns in der Frage der Einheitsfronttaktik besonders wichtig ist: Frankreich. 1915 haben 8000 Arbeiter in Frankreich Streiks geführt; 1916: 37 000; 1918: 131 000; 1919: 1 053 000; 1920, und zwar im ersten Halbjahr: 628 000. Dann setzte sofort die absteigende Linie ein. In der zweiten Hälfte des Jahres 1920 waren es nur 57 000 Arbeiter, und im Jahre 1921, in dem Jahre, das für uns in Betracht kommt, waren es nur 9000 Arbeiter, die offensive Streiks führten. Dafür aber standen im Jahre 1921 während der ersten acht Monate 160 000 französische Arbeiter in Abwehrstreiks. Was will das bedeuten? Das bedeutet, daß im Jahre 1921/22 die Offensive des Kapitals am schärfsten war, so daß die französische Arbeiterklasse sich nur auf defensive Streiks beschränken mußte, zu offensiven Streiks hatte sie keine Kraft.

Diese Tatsache war in Frankreich wie auch in anderen Ländern für die Taktik der Einheitsfront entscheidend. Wenn unsere französischen Freunde die Entwicklung der Streiks in ihrem eigenen Lande besser verfolgt hätten, dürften sie ihre Opposition gegen die Einheitsfront schon damals aufgeben.

Der III. Kongreß hat zum erstenmal eine scharfe Grenze gezogen gegen sogenannte Linkelemente, wie die K. A. P., die halbanarchistischen Gruppen einerseits, und gegen die Gruppe rechts andererseits. Ich erinnere an die Gruppe Levi, die noch ein Objekt der Verhandlungen des III. Kongresses war. Ich erinnere an die Sozialistische Partei Italiens, von der wir auf dem III. Kongreß ebenfalls viel gesprochen haben. Auf dem III. Kongreß sahen wir, daß die Bildung wirklich kommunistischer Parteien erst angefangen hatte. Der III. Kongreß überließ uns als Vermächtnis die berühmte Parole: „Zu den Massen“.

Aus dieser allgemeinen Lage ergab sich die Parole der *Einheitsfront*, die im Dezember 1921 von unserer Exekutive zum ersten Male formuliert worden ist. Ich glaube, Genossen, daß jetzt die Entwicklung soweit gediehen ist, daß sogar in Frankreich die Kommunisten wie die Syndikalisten ihre Opposition gegen die Einheitsfront aufgegeben haben. Eigentlich war unsere ganze Taktik nichts anderes als eine praktische Anwendung der Taktik der Einheitsfront auf die konkreten Verhältnisse der einzelnen Länder. Und um es sofort zu sagen, ich glaube, daß in dem nächsten Jahr, vielleicht auch in den nächsten Jahren, unsere Auffassung dieselbe bleiben wird.

Die Taktik der Einheitsfront war eigentlich die erste großangelegte internationale Kampagne, die die Exekutive durchzuführen versuchte. Die K.I. muß eine Internationale der *Tat* sein, eine zentralisierte kommunistische Weltpartei. Im Prinzip ist das absolut richtig, aber um das wirklich durchzuführen, brauchen wir Jahre und Jahre. Der Versuch, den wir sofort nach dem III. Weltkongreß unternommen haben, ist mißlungen, weil unsere Parteien noch sehr heterogen, mitunter noch nicht kommunistisch sind und noch sehr viel von der Sozialdemokratie an sich haben. Ich muß offen gestehen, daß unsere Kampagne zur Durchführung der Einheitsfront nicht ohne große Störungen vor sich ging.

Ich muß sagen: was die französische Partei und teilweise auch die italienische Partei getan haben, das war eine Störung unserer internationalen Aktion. Die K.I. unternahm eine großangelegte Aktion gegen die 2. Internationale, die Kampagne für die Einheitsfront, und da versagte die Disziplin einiger unserer Parteien. Das sollen wir klar sehen und die nötigen Maßnahmen treffen.

Ich glaube, Genossen, es wird am besten sein, wenn ich in dem Bericht über die Tätigkeit der Exekutive Land für Land betrachte. Dabei muß ich eine allgemeine Bemerkung vorausschicken: je größere Teile der alten sozialdemokratischen Bewegung wir aufgenommen haben, desto größere Überbleibsel des Zentrismus und Sozialdemokratismus haben wir in unserer Partei.

Ich fange mit *Deutschland* an. Deutschland stand auf dem III. Weltkongreß im Mittelpunkt fast aller unserer Diskussionen. Die Lage der deutschen Partei war zur Zeit des III. Weltkongresses ziemlich schwer. Unsere Feinde sprachen vom völligen Zerfall. Nun, ich glaube, wir können mit vollem Recht und ohne Übertreibung sagen, daß unsere deutsche Bruderpartei jetzt als eine unserer gefestigsten, bestorganisierten — (verhältnismäßig gesprochen, natürlich) und politisch klarsten Parteien dasteht. Das soll uns heute als Trost dienen, wo z. B. die französische Partei für viele Teilnehmer dieses Kongresses Gegenstand des größten Pessimismus ist. An dem Beispiel der deutschen Partei können wir den Kongreß beruhigen; wenn der Kongreß richtig handelt, wird es gelingen, auch die französische Partei schnell auf die Beine zu bringen.

Die Vereinigung der U. S. P. D. und S. P. D., die wir in Halle vorausgesagt haben, ist jetzt Tatsache geworden. Man brauchte wirklich kein Prophet zu sein, um das vorauszusagen. Es war ganz klar: wer nicht zum Kommunismus wollte, der mußte in dieser Epoche des Bürgerkrieges zur Sozialdemokratie kommen.

Ich glaube, das ist für die revolutionäre Bewegung ein Vorteil. Weniger Fiktionen, weniger Betrug und Illusionen.

Wenn ich mich frage, welche Parteien am besten die Taktik der Einheitsfront praktisch angewandt haben, so sind es die deutsche und die tschechische Partei — gewiß, auch das nur verhältnismäßig gesprochen. Unsere deutsche Bruderpartei hat nicht immer genügend unsere eigene Linie hervorgehoben, was für uns bei dieser ganzen Taktik doch die Hauptsache ist. Aber im allgemeinen hat die deutsche Bruderpartei diese Taktik sehr richtig angewandt. Streiks, wie der Eisenbahnerstreik in Deutschland, waren ein klassisches Beispiel für die richtige Anwendung der Taktik der Einheitsfront. Dieser Streik zeigte auch, daß jeder ökonomische Streik zu einem politischen auswachsen kann. Nun kommt eine Epoche verschärfter wirtschaftlicher Kämpfe und also eine Verschärfung der politischen Kämpfe. Bei der gegebenen Lage wird fast jeder wirtschaftliche Konflikt zu einem politischen.

Sie kennen die Betriebsrätebewegung, die jetzt begonnen hat und der unzweifelhaft eine große Zukunft gehört. Die Sozialdemokraten beschuldigen unsere Partei, sie wolle einen Betriebsrätekongreß einberufen und Deutschland dann vor eine vollendete Tatsache stellen, wie das auch die Bolschewiki im Jahre 1917 gemacht haben. Diesen Vorwurf, oder richtiger dieses Kompliment, verdient die deutsche Partei leider noch nicht: Die Komm. Partei in Deutschland ist leider noch nicht so stark, um das durchführen zu können, was die Bolschewiki durchgeführt haben. Aber diese Kampagne wird von der größten Bedeutung sein, sie wird einen Kristallisierungspunkt schaffen.

Unsere Partei in Deutschland ist numerisch nicht sehr stark gewachsen. Das Zeichen dieses Jahres besteht überhaupt darin, daß die Parteien, die ihren politischen Einfluß bei den Massen gestärkt haben, numerisch nicht im gleichen Maße gewachsen sind. Es gibt dafür verschiedene Ursachen, wie die Arbeitslosigkeit, die Armut der verschiedenen Klassen, so daß sie nicht einmal den armseligen Parteibeitrag zahlen können. Ich erinnere übrigens, daß die russische Partei bei Ausbruch der Oktober-Revolution höchstens 250 000 Mitglieder gezählt hat; verhältnismäßig ist also die deutsche Partei größer, als die russische 1917 war. Der Zerfall der deutschen Sozialdemokratie wird sich in schnellem Tempo vollziehen. Wir haben das Gefühl, daß in Deutschland entscheidende Ereignisse viel eher eintreten können, als manche von uns erwarten. Unsere deutsche Partei hat zwar noch Meinungsverschiedenheiten, es gibt dort noch viel auszukämpfen, z. B. in der Programmfrage war die letzte Sitzung des Zentralkomitees nicht ganz einig. Aber in den 15 Monaten hat die deutsche Partei einen riesigen Schritt vorwärts getan. Wenn nicht alle Merkmale trügen, führt der Weg der proletarischen Revolution aus Rußland durch Deutschland. Und so hat die Gesundung unserer deutschen Partei eine erstklassige politische Bedeutung. Wir haben in Deutschland nur zwei Parteien. Der Gruppe Ledebour prophezeien wir, daß sie nach einigen Monaten entweder bei den Kommunisten anlangen oder aber eine runde Null werden wird.

Die Verbindung der Exekutive mit der deutschen Partei war organisatorisch die beste, was nicht sagen will, daß sie eine ideale war. Vieles klappte nicht, teilweise durch die Schuld der Exekutive, teilweise durch die Schuld der deutschen Partei. Dennoch waren die

Verbindungen ziemlich gut und fest, kein politisches Ereignis ist vorübergegangen ohne Wechselwirkung zwischen der Exekutive und der deutschen Bruderpartei.

Ich komme zu *Frankreich*. Wir werden darüber noch speziell zu reden haben. Wenn man sich die Dinge ansieht, wie sie nach dem Pariser Parteitag liegen, so haben wir da eine Konkretisierung der Formel, die ich aufgestellt habe. Wir haben in Frankreich plötzlich die Mehrheit der alten Partei auf unsere Seite gekriegt, und wir brauchen jetzt ziemlich viel Zeit, bis wir alle die Krankheiten überwunden haben werden, die aus dieser Tatsache entsproßen. Die wichtigste politische Wahrnehmung der Exekutive und ihrer Vertreter, von denen manche fast $\frac{1}{2}$ Jahr in Frankreich waren, besteht darin — das muß offen ausgesprochen werden —, daß wir in den Reihen der kommunistischen Syndikalisten eine ganze Anzahl von Elementen für eine kommunistische Partei zu suchen haben. Dies ist vielleicht sonderbar, aber es ist so. Eine Anzahl von Kommunisten, die die besten Elemente in unserer zukünftigen kommunistischen Partei sein werden, steht vorläufig noch außerhalb der kommunistischen Partei, in den Reihen der Gewerkschaften. Und ich glaube, eine der wichtigsten Aufgaben unseres Kongresses und der französischen Kommission soll darin bestehen, diese wirklich proletarischen und wirklich revolutionären und tatsächlich kommunistischen Elemente zu uns zu bringen. Die Tradition in Frankreich ist so, daß man die Partei als Partei der „Politiciens“ ansieht, und — das muß leider auch ausgesprochen werden — nicht ganz mit Unrecht! (Hört, hört!)

Wir haben auf dem III. Kongreß zu wenig Kritik an der französischen Partei geübt. Sie war zu jung, und wir hatten auf jenem Kongreß anderes zu tun. Das geschah zum Nachteil unserer französischen Bruderpartei.

Die französische Partei hatte es nicht verstanden, die Taktik der K. I. anzuwenden in einem Lande, wo diese Taktik von den Ereignissen besonders gebieterisch diktiert worden ist. Die Bourgeoisie in Frankreich führt einen planmäßigen Kampf gegen den Achtstundentag, und ich muß Ihnen offen gestehen, die Exekutive konnte es nicht dahin bringen, unsere Partei zu veranlassen, eine planmäßige Gegenkampagne im Sinne der Einheitsfront anzufangen.

Ich erinnere an den letzten Generalstreik, den wir dort hatten. Auch hierüber muß man aussprechen, was ist. Wir waren 1918 in Frankreich gewohnt, daß fast jeden Sonntag und Montag ein Generalstreik proklamiert wurde. Aber niemand merkte etwas davon. Das sind die schlimmsten Tage der Syndikalisten gewesen, und ich glaube, eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei sollte darin bestehen, diese Tradition auszurotten. Der Generalstreik, zu dem man die französischen Arbeiter vor einigen Wochen aufforderte, wurde unter dem Drucke von einer ganz kleinen Clique von Anarchisten durchgesetzt. Unser Blatt, die „Humanité“, das größte Arbeiterblatt Frankreichs, wurde ausgenutzt, um die Arbeiterklasse zum Streik aufzurufen, in einem Momente, wo unsere Partei gar nicht vorbereitet war. Die Zeitung „Humanité“ will eine kommunistische Zeitung sein, sie ist aber noch keine kommunistische Zeitung. Sie hat eine sehr große Verbreitung und

hat auf manchem Gebiete Glänzendes geleistet — das muß anerkannt werden —, aber sie ist noch keine kommunistische Zeitung.

Wir haben jetzt in Frankreich drei Richtungen und zwei kleinere Richtungen. Von der Richtung des Zentrums sagten wir früher: Zentrum, aber noch keine Zentristen! Das war eben zu schmeichelhaft für die französischen Genossen. Sie sind nicht vollkommene Zentristen, aber ein guter Einschlag des Zentrismus ist dort doch zu konstatieren. Es ist also beides dabei: Zentrum und Zentrismus. Wir müssen nun versuchen, das Zentrum zu behalten und den Zentrismus durch die Tür hinauszubefördern. Das sind meistens die Führer, die aus der alten Partei zu uns herübergekommen sind, die um die K. I. zwar große Verdienste haben, die aber den sozialdemokratischen Adam noch nicht abgestreift haben.

Die zweite Richtung ist eine mittlere Linie, die Gruppe Renault. Da müssen wir sagen, daß sich dort sehr gute Proletarier befinden, von denen manche aufrichtig die Taktik der Einheitsfront kritisiert haben, die sich aber schließlich von der Richtigkeit dieser Taktik überzeugen werden.

Die dritte Richtung, die Linke, ist eine wirklich kommunistische. Wir wollen alles akzeptieren, was sie getan hat. Auf dem Pariser Kongreß hat sie große Fehler begangen, aber die moralische Unterstützung der K. I. gehört dieser Gruppe, sie hat den Kampf für die Einheitsfronttaktik angefangen, sie war die einzige, die der marxistischen Taktik in Frankreich zum Siege verholfen hat.

Wir sind überzeugt, daß eine Spaltung zu vermeiden ist, und natürlich wird die K. I. alles tun, um diese Spaltung zu vermeiden. Bedenken Sie, Genossen, die französische Partei hat noch keine einzige Massenaktion durchgeführt. Ich erinnere daran, daß die wirkliche Differenzierung der K. P. Deutschlands erst eintrat, nachdem es zur Aktion gekommen war. (Zwischenruf bei den Deutschen: Sehr richtig!)

Italien ist kein klassisches Land für die kommunistische Bewegung, und doch sehen wir, daß sich dort manches mit klassischer Notwendigkeit abspielt, wie in keinem anderen Lande. Im Herbst 1920 bildete Italien in der kommunistischen Bewegung einen Gipfelpunkt. Wir sagten nicht: Ihr müßt unbedingt sofort die Revolution machen. Theoretisch gesprochen ist es richtig, daß, wenn im Herbst 1920 unsere Partei in Italien die Macht ergriffen hätte, sich dort vielleicht das ungarische Beispiel wiederholen haben würde. Der Bruch ist nicht dadurch gekommen, daß wir etwa die Revolution forderten. Wir standen auf dem Standpunkt: die Lage ist revolutionär, man muß sich auf alle Eventualitäten gefaßt machen, man muß vor allem die Reformisten ausschalten, um eine wirklich revolutionäre Partei zu bilden. Daragona hat jetzt offen zugegeben, die Reformisten blieben in der Partei, um der Revolution vorzubeugen. Deshalb mußten sie ausgeschlossen werden; es handelte sich nur darum, die Partei auf die Möglichkeit der Revolution vorzubereiten, aber nicht darum, daß sofort Revolution gemacht werde.

Bekanntlich hat die Mehrheit der italienischen Partei unsere Forderung auf Ausschluß der Reformisten nicht erfüllt. Das Wort „Agenten der Bourgeoisie“ hat viel Staub aufgewirbelt. Nach dem Zu-

geständnis Daragonas selbst glaube ich aber, daß diese Bezeichnung der Reformisten noch die delikateste Benennung dieser Herrschaften war.

Man streitet unter den italienischen Genossen, was jetzt in Italien eigentlich geschehen sei: ein Coup d'état oder eine Komödie. Es kann beides sein. Historisch genommen ist es eine Komödie. Aber im Moment ist es tatsächlich eine sehr ernste konterrevolutionäre Umwälzung. Die Schuld unserer Genossen besteht nicht darin, daß sie 1920 die Revolution nicht gemacht haben, sondern darin, daß sie die Helfershelfer der Bourgeoisie innerhalb der Partei gelassen haben und ihnen die Möglichkeit gaben, die Arbeiterklasse in die Hände der Fascisten zu spielen. Es ist jetzt klar, daß wir in Livorno richtig gehandelt haben. Wir mußten mit eiserner Entschiedenheit mit der italienischen Sozialistischen Partei brechen. Aber in dem Moment, wo wir sahen, daß Mitglieder der italienischen Sozialistischen Partei ihre Schuld eingesehen haben und wiedergutmachen wollen, mußten wir alles tun, um ihnen die Rückkehr zur K. I. zu erleichtern. Gewiß müssen wir Garantien fördern, und wir werden es auch tun. Solche Sachen, wie sie in Italien passiert sind, dürfen nicht wieder vorkommen.

Die Lehre der italienischen Partei besteht nicht darin, daß dieser oder jener Führer zwei Jahre mit uns gestritten hat und jetzt nach Moskau gekommen ist: Das ist eine untergeordnete Sache. Die Personenfrage zählt nicht. Wir werden Auseinandersetzungen haben nicht nur mit den Maximalisten, sondern auch mit den Kommunisten Italiens. Sie haben ein Programm angenommen, das nicht marxistisch ist. Wir haben es kritisiert und abgelehnt. Unser Freund Bordiga hat sehr große Verdienste, die Genossen haben sich tapfer geschlagen, aber der Anstrich des Abstentionismus ist geblieben. Bordiga tritt jetzt nicht für den Antiparlamentarismus ein, er hat sich gefügt, aber der Geist ist geblieben. Bei der Taktik der Einheitsfront steht die Führung der italienischen Partei noch auf dem Standpunkt, daß diese Taktik auf ökonomischem, nicht aber auf politischem Gebiet zulässig sei. Dies ist ein Nonsens. Beides gehört zusammen. — Auch mit der Parole der Arbeiterregierung ist man in Italien zu spät gekommen.

Trotzdem haben wir in der K. P. Italiens einen der tapfersten Trupps der K. I., eine der besten Parteien. Ich habe heute einen illegalen Aufruf der K. P. I. gelesen und die erste illegale Ausgabe des Zentralorgans unserer Partei erhalten. Das beweist, daß in der schwierigsten Lage die italienische Partei die Waffen nicht aus der Hand gegeben hat. (Lebhafter Beifall.)

Nun zur *Tschechoslowakei*. Dort hat die Exekutive — selbstverständlich mit eifriger Hilfe der tschechoslowakischen Partei selbst — die Vereinigung mit Erfolg durchgeführt. Auf dem III. Kongreß hatten wir zwei Parteien und manche Gruppen. Es ist uns gelungen, in diesem Lande, wo das nationale Problem eine so große Rolle spielt, eine einheitliche Partei zustande zu bringen. In der Gewerkschaftsfrage haben wir manches versäumt. Aber dennoch ist es unserer Partei gelungen, die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unter die Rote Fahne zu bringen. Die Einheitsfronttaktik ist von der tschechoslowakischen Partei, man kann sagen, musterhaft angewandt worden.

Die tschechoslowakische Partei hat 7 Mitglieder des Zentralkomitees, darunter den früheren Präsidenten Sturc, wegen eines Disziplinbruches ausgeschlossen. Das kam unerwartet für die Exekutive. Sie hielt es für ihre Pflicht, den Beschluß zu annullieren, was aber nicht wegen will, daß der Opposition recht gegeben werden soll. Die Exekutive steht auf dem Standpunkt der Mehrheit der Partei. Wir wollen diese Opposition nicht als linke Opposition bezeichnen, und wir wollen sie nicht politisch stützen, aber wir meinen, daß der Ausschluß übereilt war. Die Schuld der Gruppe besteht darin, daß sie einen Aufruf erließ trotz des Verbotes des Z. K. Das ist unzweifelhaft vom Standpunkt der Parteidisziplin nicht gut zu heißen. Aber es ist verkehrt, diesen Disziplinbruch mit dem Paul Levis zu vergleichen, der die Arbeiterklasse verraten hat. Nun müssen wir alles mögliche versuchen, um diese Genossen in den Reihen der Partei zu behalten, unter der Bedingung, daß keine Disziplinbrüche mehr vorkommen. Was der Kongreß beschließen wird, wird auch für diese Genossen Gesetz sein.

Die Lage verschärft sich noch dadurch, daß wir in der Tschechoslowakei bereits 600 000 Arbeitslose haben. Die Not der Arbeiterklasse ist schrecklich und der Unmut der Arbeiter groß. Jetzt eine syndikalistische Gruppe, eine K. A. P. bilden, ist leicht. Darüber soll sich die Opposition klar sein, sie kann solche Gruppen bilden, die wohl ein halbes Jahr vegetieren würden, aber sie würde der Arbeiterklasse nur Schaden zufügen. Die K. I. muß alles tun, um das zu vermeiden.

Ich komme jetzt zur *norwegischen Frage*. In Norwegen haben wir fast die ganze alte Sozialdemokratische Partei bekommen und daher — die jetzigen Schwierigkeiten. In Norwegen sind starke föderalistische Traditionen lebendig. Die Partei war bisher auf der Grundlage der Gewerkschaften aufgebaut. In Halle hatten wir eine Besprechung mit dem Gen. Kyrre Grepp u. a. Genossen, die uns damals versprochen, die Partei umzuorganisieren. Bis jetzt ist es nicht geschehen. Sogar den Namen des Zentralorgans „Socialdemokrat“ hat man bis jetzt nicht geändert. Und auch in der Provinz heißen 11 Blätter „Socialdemokrat“. (Zurufe: Hört! Hört!) Wir dürfen uns nicht scheuen, zu sagen, daß wir Kommunisten sind. In unseren Blättern in Norwegen können Sie Artikel lesen, wo man z. B. die Scheidemänner gegen die deutschen Kommunisten unterstützt. Wir haben dort auch syndikalistische Überbleibsel im schlechten Sinne dieses Wortes. Gen. Tranmael schreibt in einem Artikel: „Disziplin, Disziplin! Ich kann dieses Wort nicht vertragen. Es ist etwas Erniedrigendes für die Würde freier Menschen.“ Es gibt dort eine Gruppe von Akademikern, ähnlich der Gruppe „Clarté“; sie geben eine Zeitschrift heraus, die dieselben Prinzipien vertritt wie die Gruppe Paul Levi.

Norwegische Genossen, Ihr müßt Euch darüber klar sein, daß die K. I. solche Zustände nicht weiter zulassen kann. Die norwegische Partei muß endgültig alles sozialdemokratische abstreifen.

Ich komme zu *Polen*. In Polen haben wir eine illegale Massenpartei. Das Problem der Koordinierung der legalen und illegalen Arbeit ist ein sehr wichtiges Problem. Die russischen Kommunisten hatten die Erfahrung von 1905/06. Wir waren der Meinung: wo eine legale Be-

wegung nicht möglich ist, soll man eine Koordination des Legalen und Illegalen durchführen. In Polen war dies möglich, weil die polnische Partei schon eine Revolution durchgemacht hat, weil sie 1905 führend war. In Polen geht das, in anderen Ländern, z. B. in Amerika, geht das viel schwieriger. Dennoch gibt es Punkte, in denen die Exekutive mit der polnischen Partei gewisse Meinungsverschiedenheiten hat, und zwar in Fragen wie: die Agrarfrage, die Nationalitätenfrage und die Einheitsfrontfrage. Bei unseren polnischen Genossen war lange Zeit die Auffassung der Agrarfrage vorherrschend, die man m. E. als die altmodische, fast sozialdemokratische bezeichnen kann. Ich erinnere daran, daß der II. Kongreß vorgeschlagen hat, das Problem der Aufteilung des Grund und Bodens anzufassen, um das Bauerntum zu gewinnen. Damals hatten wir teilweise auch die Opposition der italienischen Sozialisten. Die Fascisten haben nun bewiesen, daß sie zu demagogischen Zwecken es verstanden, ein solches Programm auszunutzen. Dieser Irrtum kann uns auch in Polen viel kosten. Glücklicherweise ist in der polnischen Partei eine Wendung eingetreten, und wir hoffen, daß wir uns mit der polnischen Partei in der Agrarfrage einigen werden.

Vom *Balkan* werde ich nicht viel reden. Unsere Balkanföderation funktioniert schlecht. Die Versammlungen sind nicht regulär. Wir müssen darauf dringen, daß die bulgarische Partei dieser Frage etwas mehr Aufmerksamkeit widmet.

Einige Worte über *Rumänien*. Die rumänischen Genossen haben ihre Verpflichtungen treu gehalten, trotz aller Verfolgungen. Sie wissen, daß der ganze Parteitag der rumänischen Genossen — einige hundert Genossen — direkt vom Kongreßsaal ins Gefängnis gewandert ist. Manche wurden niedergeschossen, manche sitzen noch jetzt im Gefängnis. Die Sozialdemokratie hat eine unverschämte Kooperation mit der Bourgeoisie gegen uns geschlossen.

In *Jugoslawien* haben wir eine Krise. Das Problem des Legalen und Illegalen ist da nicht gelöst. Aber wir sehen, daß es in Jugoslawien wieder vorwärts geht.

In *England* geht die Entwicklung unserer Partei sehr, sehr langsam. Vielleicht in keinem anderen Lande entwickelt sich die kommunistische Bewegung so langsam wie in England. Wir müssen anfangen, England zu studieren; wir kennen die Ursachen der langsamen Entwicklung noch nicht. Bei der großen Arbeitslosigkeit, bei der großen Not des Proletariats geht die Entwicklung des Kommunismus in England merkwürdig langsam.

Es ist uns gelungen, nach *Amerika* einen Delegierten zu entsenden, der sich ziemlich lange dort aufgehalten hat; wir müssen nun die Erfahrungen studieren. Auch in Amerika besteht das große Problem in der Vereinigung des Legalen und Illegalen. In Amerika haben wir eine ziemlich große Gewerkschaftsbewegung und eine kommunistische Partei mit heftigen Fraktionskämpfen.

In *Österreich* hat unsere Partei trotz aller Schwierigkeiten doch ganz bedeutende Fortschritte gemacht.

In *Ungarn* ist die Lage sehr bedauerlich. Ich sehe hier manche Genossen, die dazu beigetragen haben, durch Fraktionskämpfe die Lage zu verschlechtern. Ich will über die Emigration nichts Böses sagen, aber es gibt Emigrationen und Emigranten. Ich glaube, der IV. Kongreß muß energisch sagen, daß wir keineswegs eine Wiederholung dessen, was wir gesehen haben, wieder sehen wollen. Unsere Pflicht und Schuldigkeit besteht darin, die Emigrationskämpfe zu überwinden und eine illegale Partei zu bilden. Nebenbei bemerkt, wird in Ungarn die Vereinigung des Legalen und Illegalen leichter sein, weil die Kommunisten dort eine ernste Tradition haben.

In *Indien* haben wir bedeutende Erfolge erzielt. Unsere Genossen drängen in die Gewerkschaften ein und sind dabei, die kommunistischen Elemente in Indien zu sammeln.

Wir haben während dieses Jahres mehr oder weniger starke Parteilkerne in der *Türkei*, in *China* und *Ägypten* gegründet. Man darf sich gewiß keinen Illusionen hingeben, es sind ganz kleine Kerne, aber es ist doch ein Schritt vorwärts.

Wichtige Schritte sind auch in *Australien* und in anderen Ländern zu verzeichnen.

Ich will nun über die *Profintern* sprechen. In der deutschen Partei hat man 1921 ernst darüber diskutiert, ob die Profintern nicht eine Frühgeburt sei, ob man sie liquidieren solle. Jetzt ist diese Strömung überwunden. Die Profintern ist auf dem besten Wege zum Erfolge. Man kann prophezeien, daß die Profintern in den nächsten Jahren oder gar in den nächsten Monaten einen sehr großen Aufschwung erfahren wird. Die Amsterdamer wollen jetzt die Spaltung. Sie haben diese Spaltung in Frankreich und in der Tschechoslowakei durchgeführt. In Deutschland stehen wir vor der Spaltung. Unsere Aufgabe besteht darin, diese Spaltung zu bekämpfen. Je mehr Einfluß wir gewinnen, desto mehr werden diese Leute die Gewerkschaften spalten wollen, desto mehr müssen wir dies bekämpfen. Und wenn sie uns zwingen, uns selbständig zu organisieren, so muß der erste Schrei unserer Gewerkschaften, die als Resultat des Ausschlusses geboren werden, sein: Einheit der Gewerkschaften!

Bedeutende Fortschritte machte unsere Bewegung in der *Genossenschaftsfrage* und der *Jugendfrage*. In einigen Ländern war ein Abflauen der Jugendbewegung zu verzeichnen, das ist ein Zeichen der allgemeinen schwierigen Lage. Aber trotz alledem bleibt die Jugendinternationale ein Vortrupp der K.I. Die Vereinigung der 2. und 2½. Internationale wird besonders großen Schaden auf dem Gebiete der Jugendbewegung bringen. Wir brauchen neue Methoden, um in die Massen der Jugend einzudringen.

Dies ist meine Übersicht über unsere Tätigkeit während der 15 Monate. Gewiß haben wir viele Irrtümer begangen, und Sie sollen sie kritisieren. Unter anderem wurde uns vorgeworfen, wir hätten den § 9 zu weit ausgelegt. Der Kongreß wird darüber seine Meinung sagen.

Noch eine andere Frage. Die Exekutive hat beschlossen, die *nationalen Kongresse* der kommunistischen Parteien in der Regel nach dem Weltkongreß abhalten zu lassen. Was war der Sinn dieses Be-

schlusses? Wir wollen, daß der Weltkongreß wirklich die entscheidende Instanz für alle Parteien sei.

Die 21 Punkte haben wir zu nachlässig durchgeführt. Die K. I. besteht erst 3½ Jahre. Genossen, es ist eben eine zu kurze Frist, um unsere kommunistischen Parteien im Weltmaßstab zu organisieren. Aber wir müssen durchsetzen, daß wir wirklich eine internationale Weltpartei werden.

DRITTE SITZUNG

AM 10. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS

Vorsitz: Kolarow.

Redner: Sinowjew, Bordiga, Radek, Vajtauer, Ernst Meyer, Varga, Ruth Fischer, Neurath.

SINOWJEW (Fortsetzung des Berichtes): Wir müssen folgende Fragen behandeln: die internationale ökonomische Lage, die internationale politische Lage und die Lage innerhalb der Arbeiterbewegung.

Was die erste Frage anbelangt, schlage ich vor, daß der IV. Kongreß einfach die Thesen der Gen. Trotzki-Varga über die ökonomische Weltlage bestätige. Was wir jetzt erleben, ist nicht eine der periodischen Krisen des Kapitalismus, sondern die Krise des Kapitalismus; es ist die Dämmerung, der Zerfall des Kapitalismus. Der Kapitalismus kann sich aus dieser Lage nicht retten, die einzige Rettung besteht in der sozialistischen Revolution. In diesem Sinne bleibt die Diagnose vollkommen die alte, die objektive Lage bleibt revolutionär.

Auch die internationale politische Lage bleibt objektiv revolutionär. Der bürgerliche Pazifismus, der in der Person von Lloyd George seinen hervorragendsten Vertreter hatte, hat vollkommen Bankrott gemacht. Die Konferenzen von Genua und im Haag haben diesen Bankrott besiegelt. Der Wahlkampf, der jetzt in England stattfindet, zeugt von einer unerhörten Ideenlosigkeit der bürgerlichen Parteien. Die Befreiungsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Länder schreitet weiter. Die bürgerliche Demokratie zerfällt immer mehr.

Was bedeuten die Ereignisse in Italien? Der faszistische Überfall ist ein Schlag nicht nur gegen die monarchistische Idee, sondern auch gegen die Idee der bürgerlichen Demokratie. Was jetzt in Italien geschehen ist, bildet keine lokale Erscheinung. Wenn die Fasziisten in Italien sich behaupten — und das ist für die nächste Zeit wahrscheinlich — werden ähnliche Erscheinungen wohl in ganz Mitteleuropa auftreten. Ein Sieg der Stinnesregierung in Deutschland wird vielleicht nicht der Form, aber dem Inhalt nach dieselbe Erscheinung ergeben. Was wir jetzt in Österreich erleben, kommt ebenfalls der italienischen Umwälzung sehr nahe.

In der Tschechoslowakei sind die Vorbereitungen zu einer konterrevolutionären Umwälzung im Gange. Von Ungarn gar nicht zu reden. In den Balkanländern, besonders in Jugoslawien, erleben wir schon Erscheinungen wie in Italien. Uns droht eine Periode faszistischer Um-

wälzungen in ganz Mitteleuropa, und dadurch kann eine periodische Illegalität unserer Partei eintreten. Wir müssen uns auf eine solche Periode vorbereiten.

Die internationale politische Lage hat sich im großen und ganzen in dieser Zeit verschärft. Im Zusammenhang mit dem griechisch-türkischen Krieg ist das Gespenst eines neuen Krieges eine zeitlang sehr handgreiflich geworden. Soweit man die Lage übersehen kann, wird es jetzt noch nicht zu einem Kriege kommen. Aber diese Ereignisse werden und müssen kommen, wenn die soziale Revolution ihnen nicht zuvorkommt.

Zugleich sehen wir eine nie dagewesene Stärkung der politischen Position Rußlands, des einzigen revolutionären Staates, der sich bereits fünf Jahre behauptet hat. Ich wiederhole was ich bereits am Anfange meiner Ausführungen gesagt habe: der neue ökonomische Kurs ist nicht nur ein Resultat unserer Schwäche oder der Schwäche des Weltproletariats: er ist in dem richtigen Machtverhältnis zu den Bauern und Kleinbürgern begründet. In einem Moment, da die Entente zusammenbricht, die kolonialen und halbkolonialen Völker sich erheben, auf dem Balkan das Gespenst des Krieges spukt, und das Gleichgewicht der bürgerlichen Welt ins Schwanken gerät, in diesem Augenblick festigt sich Sowjetrußland, indem es sich eine neue Wirtschaftsform gibt. Dadurch ist Sowjetrußland zu einem mächtigen Faktor in der Weltpolitik geworden. Der Stern der ersten proletarischen Republik steigt höher und höher.

Die Offensive des Kapitals ist eine internationale Erscheinung. Die Arbeiter konnten sie noch nicht aufhalten. Es sprechen aber viele Zeichen dafür, daß in der nächsten Zeit eine Änderung eintreten wird.

Ich komme jetzt zur Lage innerhalb der Arbeiterbewegung. Auf diesem Gebiete ist die wichtigste Erscheinung die Vereinigung der 2. und 2½. Internationale, die bald Tatsache werden wird. Daß die 2½. Internationale in der 2. aufgeht und nicht umgekehrt — brauche ich hier nicht zu beweisen. Übrigens, ich könnte hierfür den Herrn Martow zitieren. Die Vereinigung bedeutet zweierlei: erstens die Vorbereitung des weißen Terrors gegen die Kommunisten, zweitens die Vorbereitung einer noch nie dagewesenen Spaltung der Arbeiterklasse zur Schwächung derselben. Es ist kein Zufall, daß an der Spitze der gegenrevolutionären Bewegung jetzt in Italien ein Mussolini steht, ein Renegat der 2. Internationale, ein früherer Sozialdemokrat; in Deutschland an der Spitze der Regierung ein Ebert und ein Noske stehen, und in Polen ein Pilsudsky.

Ferner bedeutet die Vereinigung die Spaltung der Arbeiterklasse. Es ist unvermeidlich, daß bei einem normalen Entwicklungsgang die Gewerkschaften in die Hände der Kommunisten fallen werden. Das spüren diese Leute. Sie haben eine feine Nase. Sie spüren instinktiv, daß der kommunistische und überhaupt revolutionäre Einfluß in den Gewerkschaften beständig im Wachsen begriffen ist, und deshalb versuchen sie, die Gewerkschaften zu zerschlagen, bevor sie den Kommunisten zufallen. Sie handeln dabei so, als ob sie einen direkten Auftrag von der Bourgeoisie hätten. Es ist ein Verrat, wie er noch nie dagewesen ist, an dem sich der Verrat von 1914 kaum messen kann.

Die Arbeiterklasse hat trotz aller Irrtümer, trotz des Verrates der Führer, trotz aller Niederlagen sich eine große Organisation in Form der Gewerkschaften erkämpft, die Millionen von Arbeitern zusammenfassen. Und diese letzte Zuflucht der Arbeiterklasse soll in Scherben geschlagen werden. Diese Aufgabe wird die ganze Politik der nun vereinigten 2. und 2½. Internationale im nächsten Zeitabschnitt ausfüllen. Gegen diesen Plan der 2. Internationale müssen wir mit verschärfter Energie die Taktik der Einheitsfront ins Feld führen.

Die Aufgabe, die wir uns auf dem 3. Kongreß gestellt haben, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen, ist noch nicht erfüllt. Zwar ist der Einfluß unserer Partei in manchen Ländern gewaltig gestiegen, aber wir können nicht sagen, daß wir die Mehrheit der Arbeiterklasse gewonnen hätten. Daher bedeutet die *Taktik der Einheitsfront* nicht eine Episode in unserem Kampf, sondern eine ganze Periode. Wir haben viel erreicht, wenn vor der Arbeiterklasse nicht die kommunistischen Parteien als Spalter dastehen, sondern unsere Gegner. Früher bestand eine andere Auffassung bei den Arbeitern, und es gab auch einen gewissen Grund dazu. Es gab eine Zeit, da wir im Interesse der Arbeiterklasse die alten sozialdemokratischen Parteien spalten mußten, um einen Sammelpunkt für die revolutionäre Bewegung des Proletariats zu schaffen. Jetzt handelt es sich um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter. Daher die Taktik der Einheitsfront. Ich glaube, Genossen, daß wir in dieser Frage keine großen Kämpfe auf diesem Kongreß haben werden. In Frankreich haben die letzten Mohikaner des Kampfes gegen die Einheitsfront die Waffen gestreckt. Auch die Zentristen und die C.G.T.U. wenden bewußt und planmäßig diese Taktik an.

Die Einheitsfront soll keineswegs eine Wahlkombination oder eine organisatorische Vereinigung mit der Sozialdemokratie bedeuten. Das letztere würde das größte Verbrechen unsererseits bedeuten. Die Einheitsfront ist das Vorangehen der Arbeitermasse im täglichen Kampf. Die Einheitsfront soll bedeuten, daß wir bereit sind, mit *allen* Arbeitern, seien es Anarchisten, Syndikalisten, Christlich-soziale, Sozialdemokraten oder wie sie alle heißen mögen, gegen den Kapitalismus für das tägliche Brot, gegen die Reduzierung der Löhne und gegen die Abschaffung des Achtstundentages zu kämpfen. Dabei nehmen wir in Kauf, daß wir uns manchmal mit den verräterischen Führern an einen Tisch setzen müssen. Wir sind gegen den Reformismus, aber nicht gegen die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse. Wir wissen wohl, daß unter dem Kapitalismus die Möglichkeiten dazu sehr beschränkt sind und nur die Revolution eine wirkliche Hebung des Wohlstandes der Arbeiterklasse bringen wird. Aber wir wissen auch, daß wir die Arbeiterklasse nur organisieren können, indem wir für ihre Teilforderungen kämpfen. In diesem Sinne verteidigen wir die Einheitsfront.

Die Losung der Arbeiterregierung ist nicht genügend geklärt. Diese Taktik ist ebenso in Amerika wie in Bulgarien, Italien oder Deutschland am Platze. Aber sie kann nur in solchen Ländern aufgenommen werden, wo das Problem der Macht, das Problem der Regierung sowohl auf parlamentarischem wie auf außerparlamentarischem Gebiete im Vordergrund steht. Die Losung der Arbeiterregierung ist die konkrete

Anwendung der Taktik der Einheitsfront unter gegebenen Verhältnissen. Diese Parole ist nicht so aufzufassen, daß wir unbedingt durch eine Arbeiterregierung hindurchgehen müssen. Soweit man prophezeien darf, kann man sagen, daß die Arbeiterregierung nur ausnahmsweise zu einer Tatsache werden wird, nur bei ganz konkreten speziellen Verhältnissen in diesem oder jenem Lande. Die Arbeiterregierung wird den Bürgerkrieg nicht aufhalten, aber das will nicht sagen, daß diese Parole unter bestimmten Verhältnissen nicht anzuwenden sei.

Ich kann nicht umhin, noch einige Worte über die *Betriebsrätebewegung* zu sagen. In meinen Thesen stelle ich den Satz auf: Diejenige Partei, die in den Betrieben keine kommunistischen Organisationen, keine kommunistischen Zellen hat, ist nicht ernst zu nehmen, ist keine ernste kommunistische Massenpartei. Ich gehe noch weiter: Die Arbeiterbewegung, die noch nicht verstanden hat, eine Massenbewegung auf der Basis der Betriebsräte zu fördern, zu organisieren, ist noch keine ernste revolutionäre Massenbewegung. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß in Deutschland, das sich ziemlich rasch entscheidenden Schlachten nähert, die Avantgarde der Bewegung sich in der Betriebsrätebewegung sammelt.

Wir werden in der nächsten Zeit entscheidenden Kämpfen entgegenmarschieren. Manche Genossen glauben, es gäbe jetzt eine Stockung in der Weltrevolution, ein „Vorwärts“ würde erst eintreten, wenn die materielle Lage der russischen Arbeiter sich soweit gebessert haben wird, daß sie besser als die der amerikanischen oder europäischen Arbeiter wäre. Das würde einen neuen Aufstieg der revolutionären Welle bringen. Das ist, Genossen, ein raffiniert-opportunistischer Standpunkt. Die Lage der russischen Arbeiter hat sich jetzt gehoben. Das ist eine Tatsache. Das Lebensniveau des durchschnittlichen europäischen Arbeiters ist im Sinken begriffen, und es wird eine Zeit kommen, wo die Lage des russischen Arbeiters auch ökonomisch besser sein wird als die des europäischen Arbeiters. Aber es ist Opportunismus, wenn man behauptet, solange die Lage in Rußland schwierig ist, sei es unmöglich, den revolutionären Kampf der Arbeiter anderer Länder durchzuführen. Die Revolution wird von der Arbeiterklasse nicht deshalb gemacht, weil in anderen Ländern die Arbeiter mehr Brot und Fleisch zu essen haben. Nein! Die Revolution wird gemacht, weil die Arbeiterklasse keinen anderen Ausweg findet. Wir brauchen uns nicht scheuen, der Arbeiterklasse der ganzen Welt die Lage des russischen Proletariats so darzustellen, wie sie war, mit ihrem Hunger, ihren Seuchen und Krankheiten, aber auch in all ihrer Größe! (Beifall.)

BORDIGA schlägt im Namen der italienischen Delegation vor, die Diskussion und den Bericht des Gen. Sinowjew so vorzunehmen, daß zuerst über den Bericht Sinowjews über die Tätigkeit bis zum 4. Kongreß und dann über die Taktik der Internationale nach dem 4. Kongreß diskutiert und abgestimmt werde.

RADEK spricht dagegen und motiviert es damit, daß die ganze Tagesordnung des Kongresses eigentlich ein Ganzes bilde: Abrechnung mit der Vergangenheit und zukünftige Arbeit.

Über den Antrag der italienischen Delegation wird abgestimmt, er wird abgelehnt. Als erster Diskussionsredner erhält das Wort

VAJTAUER: Gen. Sinowjew sollte sich von beiden Seiten informieren lassen, aber er kennt nur den Weg zum Gen. Smeral. Gen. Sinowjew sagte, die Einheitsfront in der Tschechoslowakei sei musterhaft durchgeführt. Wirklich musterhaft, Genossen? In dem Moment, wo die wirtschaftliche Lage sich binnen wenigen Tagen so zugespitzt hat, daß die Arbeiterschaft sich umschaute, wer sie führen würde, da hatte die K.P. den Arbeitern gar nichts zu sagen. Erst, als die anderen Parteien ihre Resolutionen verfaßt hatten, ist die K.P. mit Forderungen gekommen und diese Forderungen waren die Forderungen des Gen. Lenin, die er im Juni 1917 formulierte. Die Situation aber war damals vollständig anders, als sie heute bei uns ist. Die Einheitsfront wurde so gemacht, daß unsere Genossen in national-sozialistische Versammlungen eingeladen wurden, dort aber wurden konterrevolutionäre Resolutionen verfaßt. Das Ergebnis war Verdruß und Wirrwarr unter unseren Parteimitgliedern. Die Initiative ist vollständig an die Nationalsozialisten übergegangen.

Masaryk hat in einem Interview mit einem ausländischen Korrespondenten gesagt: Wir können mit den Kommunisten wohl ganz gut arbeiten, aber sie müssen zuerst die linken Elemente aus der Partei ausschließen. Ähnliche Forderungen sind in allen bürgerlichen und sozialpatriotischen Blättern erschienen. Darum hat Smeral den Feldzug gegen die Linken angefangen. Es ist ihm gelungen, sie durch eine Provokation aus der Partei hinauszuschmeißen. Zwei Tage vor diesem Ausschluß hat der agrarische „Venkow“ über den Ausschluß wie über eine abgemachte Sache geschrieben. Wenn die Arbeiterschaft sich nicht massenhaft hinter die Ausgeschlossenen gestellt hätte, könnten wir eine schöne Einheitsfront erleben.

Die Folge ist, daß die Partei sich in zwei Teile zersetzt, die jetzt machtlos sind. (Zuruf: Oh!) Sinowjew sagt weiter, die politische Linie der Mehrheit der Ausgeschlossenen sei unrichtig. Gut! Aber unser Arbeiter wird sich sagen, die 3. Internationale billigt die vollständige Inaktivität der Partei bei allen ökonomischen Kämpfen, sie billigt, daß die kommunistischen Metallarbeiter in Kladno von ihren kommunistischen opportunistischen Führern mitgerissen, Streikbrecherarbeit machten! Sie billigt auch, daß der Kladnoer Bergarbeitersekretär den Streik der Ostrauer Bergarbeiter verriet, indem er ohne jeden Widerstand die 20%ige Lohnherabsetzung guthieß, obwohl die Ostrauer Arbeiter gerade deswegen streikten! Die Exekutive billigt auch den ganzen Wirrwarr in der Gewerkschaftsbewegung, dessen Krone der eben stattgefundenen Gewerkschaftskongreß war. Der Arbeiter wird sich sagen: das muß aber eine besondere Internationale sein! Und was die Opposition will, soll Anarchismus sein? Smeral hat also recht, wenn er sagt, die Arbeitslosen organisieren und in den Kampf führen, können nur Anarchisten wollen, weil die Arbeitslosen putschistische Elemente sind? Wenn das alles für die 3. Internationale Anarchismus bedeutet, dann wird jeder Arbeiter mit uns sagen: dann bin und bleibe ich Anarchist, weil ich meine proletarische Pflicht nie verraten werde.

Die Opposition hat keinen Disziplinbruch begangen. Es ist heilige Pflicht, die Arbeiterschaft auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die der Partei droht.

VORSITZENDER fragt den Redner, ob er in seinem eigenen Namen oder in dem der tschechoslowakischen Delegation gesprochen. **Zuruf:** Er hat im Namen der gesamten Opposition und der ausgeschlossenen Genossen gesprochen.

ERNST MEYER (Deutschland): Genossen, die deutsche Delegation ist mit der Haltung der Exekutive seit dem 3. Weltkongreß und mit den Ausführungen des Gen. Sinowjew von gestern und heute in allen wesentlichen Punkten vollkommen einverstanden.

Zur Frage der Einheitsfront habe ich bei den Ausführungen des Gen. Sinowjew nur den Hinweis darauf vermißt, daß die Erörterung und Anwendung dieser Taktik wesentlich durch die Berliner Konferenz gefördert worden ist. Es ist die Befürchtung aufgetaucht, daß die Verhandlung mit den Spitzen unserer Sache geschadet hat. Man hat dabei übersehen, daß die Verhandlungen der Spitzen keinen anderen Zweck haben sollten, als die gemeinsame Aktion der Arbeiter herbeizuführen. Auf Grund der Erfahrungen während der Rathenau-Kampagne können wir sagen, daß an vielen Orten eine gemeinsame Zusammenarbeit erst dadurch herbeigeführt worden ist, daß die Spitzen zu Verhandlungen und Beratungen zusammengetreten sind. Manche Genossen glauben, die Einheitsfront könne nur auf ökonomischem, nicht auf politischem Boden errichtet werden. Unsere Erfahrungen lehren, daß bei der gegenwärtigen Situation eine solche Trennung überhaupt unmöglich ist.

So notwendig es ist, Fehler zu besprechen, so wenig darf die Kritik dazu führen, daß man vor lauter Fehlern das Richtige überhaupt nicht mehr sieht. Was z. B. der tschechische Genosse über die Mängel bei der Durchführung der Taktik der Einheitsfront gesagt hat, lief auf eine Verwerfung dieser Taktik überhaupt hinaus. Die Taktik der Einheitsfront darf natürlich nicht schematisch angewandt werden. Wir hätten keine Betriebsrätebewegung in diesem Umfange bekommen, wenn wir nicht in konsequenter Anwendung der Taktik der Einheitsfront uns den Massen mehr und mehr genähert hätten. (Zustimmung bei den Deutschen.)

Auch die Verschmelzung der SPD. mit der USPD. ist eine Folge der besseren Taktik der Partei. Dadurch, daß wir Mißverständnisse forträumten, erzwangen wir den Zusammenschluß der SPD. und der USPD., der für uns insofern einen Fortschritt bedeutet, als er eine Fiktion wegräumt.

Die schwierigste Frage ist die der Arbeiterregierung. Wir müssen zwischen sozialdemokratischen und Arbeiterregierungen unterscheiden. Die Arbeiterregierung unterscheidet sich wesentlich von einer sozialdemokratischen dadurch, daß sie nicht nur die Etikette einer sozialistischen Politik trägt, sondern in ihrer Politik wirklich sozialistisch-kommunistische Politik betreibt. Insofern wird die Basis einer Arbeiterregierung nicht eine parlamentarische sein, sondern wird von den breiten Massen getragen werden müssen.

Nun entsteht die Frage, die auch Gen. Sinowjew angeschnitten hat: Ist die Arbeiterregierung ein notwendiges Stadium der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern? Wir antworten darauf: Nein, aber sie ist eine geschichtliche Möglichkeit. In einem Bericht über eine

Sitzung der Erweiterten Exekutive ist auf Seite 123 folgende Äußerung des Gen. Sinowjew wiedergegeben:

„Die Arbeiterregierung ist dasselbe, was die Diktatur des Proletariats ist. Sie ist ein Pseudonym der Sowjetregierung. (Zwischenruf: Hört! Hört! — bei den Deutschen.) Sie ist bequemer für die einfachen Arbeiter, und darum wollen wir diese Formel gebrauchen.“

Unserer Auffassung nach ist das nicht richtig. Die Arbeiterregierung ist nicht die Diktatur des Proletariats (Sehr richtig! — bei den Deutschen), sondern ist zunächst eine Losung, die wir aufnehmen müssen, um die Arbeiter zu gewinnen. Es wird sich sehr bald herausstellen, daß der Versuch zur Verwirklichung dieser Arbeiterregierung entweder zur Diktatur des Proletariats oder zum ausgesprochenen Bürgerkriege in allen seinen Formen führen wird.

Zum Schluß möchte ich darauf hinweisen, daß wir in der Agitation gestört worden sind durch Äußerungen, die in der Parteipresse und sonst in der französischen Partei gemacht worden sind. Das gibt uns Anlaß, darauf hinzuweisen, daß es heute keine Frage gibt, die national erledigt werden könnte. Wir versuchten in der letzten Zeit durch Aussprache mit den französischen Genossen eine Verständigung herbeizuführen, insbesondere in der Frage des Versailler Friedensvertrages. Diesem Zwecke diente vor allem die Kölner Konferenz. Die Bemühungen waren auch von Erfolg gekrönt. Aber wir müssen noch feststellen, daß die französische Parteikrise die Durchführung der Kölner Verabredung wesentlich gehindert hat.

Zum Schluß möchte die deutsche Delegation noch darauf hinweisen, daß es uns zweckmäßig erscheint, wenn die Parteitage im allgemeinen vor dem Weltkongreß abgehalten werden.

VARGA wendet sich gegen die Ausführungen des Genossen Sinowjew, in denen dieser einen Genossen des Opportunismus anklagt. Dieser Genosse — ich will die Anonymität lüften — bin ich. Die Sache selbst beruht auf einem Mißverständnis. Es ist mir nicht eingefallen, zu sagen, die Arbeiterschaft Europas soll ihren Kampf verlangsamern, bis die Lage der russischen Arbeiterschaft sich gebessert haben werde. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß die Hungerkampagne und die Tatsache, daß in den Köpfen der europäischen Arbeiterschaft sich die unrichtige Überzeugung festgelegt habe, die russische Arbeiterschaft lebe auch jetzt schlecht, auf die Aussichten des endgültigen Erfolges, auf die Perspektiven unserer Arbeit einen schlechten Einfluß ausübt.

In meinem Buch über „Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur“ habe ich ausgeführt, daß in der Periode der Diktatur die Lebenshaltung gerade jener Schicht, die den Vortrupp des Kampfes bildet, des industriellen Proletariats zurückgehen muß. Die Menschewiki sagen: Die Periode der Entbehrungen dauert solange, wie die Diktatur selbst. Genossen, jeder, der in einem außerrussischen Lande arbeitet, wird zugeben müssen, daß in den breiten Massen die Hungerkampagne eine gewisse Furcht erweckt hat. Wir müssen nun dieser von den Menschewiki und durch die Hungerhilfe in die breiten Massen getragenen Anschauung, daß es dem russischen Arbeiter sehr schlecht gehe, ein Ende machen. Genossen, ich habe hier Hundert-

tausende von Arbeitern bei der Parade am 7. November beobachtet, und ich muß sagen, sie sind besser genährt als die Arbeiter in Berlin. Sie sind vielleicht schlechter gekleidet, haben aber ein viel gesünderes Aussehen. Genossen, habt Ihr je in Europa auf den Straßen Arbeiter gesehen, die so gut gelaunt und zufrieden wären?

Wir müssen sagen, vielleicht heute noch nicht, aber in drei oder sechs Monaten wird der russische Arbeiter real besser leben als der österreichische Arbeiter. Wir müssen dem Gedanken entgegenzutreten, daß die Diktatur eine Verewigung des Hungers bedeute.

RUTH FISCHER: Der Bericht des Gen. Sinowjew gibt reichlich Stoff zur Diskussion. Aber ich will nur auf zwei deutsche Fragen eingehen, und zwar zunächst auf die Frage, wie der 3. Kongreß auf die Entwicklung der deutschen Partei gewirkt hat. Da muß ausgesprochen werden, daß nicht unbeträchtliche Teile der deutschen Partei die Regelung der deutschen Parteifragen nicht ganz in so rosigem Lichte sehen, wie es Gen. Sinowjew in seinem Bericht tut. Der 3. Weltkongreß hat sich nicht klar genug zu den politischen Anschauungen der Levigruppe geäußert. Ein großer Teil der deutschen Partei nimmt an, daß die unglückselige Konstellation des Parteitags in Jena, daß schließlich die Entwicklung der Frieslandgruppe zum großen Teil gerade von dieser unklaren Stellung des 3. Kongresses beeinflußt war.

Die zweite Frage ist die der *Einheitsfront*. Genossen, die Symbolisierung der Teilforderungen in dem bekannten Radekschen „Stückchen Brot“ ist eine ungenügende Definition. Auch genügt es nicht, für diese Forderungen zu *agitieren*, sondern es muß eine Basis geschaffen werden, die die Möglichkeit gibt, *den Kampf um diese Forderung aufzunehmen*.

Was steckt hinter der übertriebenen Betonung und Anbietung der Verhandlungen mit den Spitzen? Dahinter steckt eine ganz gefährliche Illusion, die in ihren Konsequenzen zur Revision des Kommunismus und der Revolution führt. Die ungeheuer großen Niederlagen haben bei einem Teil der deutschen Proletarier eine Stimmung erzeugt, als ob nur die Spaltung und die organisatorische Schwäche schuld wäre an ihrem Zurückweichen vor der Konterrevolution, als ob die organisatorische Stärke — das ist eine typisch deutsche Illusion — das Hauptmittel zur Besiegung der Konterrevolution wäre.

Zwischen unserer Auffassung und der Auffassung der Menschewiki steht eine Schattierung, die es nicht klar ausspricht, die aber der Überzeugung ist, daß ein wirklicher *Kampf* gegen die Konterrevolution nur im Bund mit der Sozialdemokratie und dem ADGB geführt werden kann. Sie fragen: Wo steckt diese Vorstellung? Ich sage Ihnen offen, ohne Honig und Zucker: sie steckt in den Köpfen mancher deutschen kommunistischen Arbeiter. Diese Auffassung ist nicht nur eine falsche Auffassung der Einheitsfront, sondern dahinter stecken vielmehr noch verborgene Tendenzen der Revision der Revolution, der Versuch, sich hinwegzutäuschen über die Schwierigkeiten des Bürgerkrieges, der Versuch, schön organisiert und ohne große Schwierigkeiten den Kapitalismus im Bunde mit den Sozialdemokraten zu stürzen.

Parteigenossen, zum Schluß will ich noch einen Überblick über die Taktik der Einheitsfront in ihrer praktischen Anwendung geben. Der Eisenbahnerstreik hat eine vollkommen richtige Anwendung dieser

Taktik gezeigt. Anders war die Sache in der Rathenaukampagne, die die negative Seite der Taktik der Einheitsfronttaktik gezeigt hat. Als die Massen erregt waren, haben wir erst wochenlang geheime Verhandlungen diplomatischer Natur mit dem ADGB und der SPD. geführt, die ein bewußtes Spiel mit uns getrieben haben. Sie haben solange verhandeln wollen, damit sie uns binden konnten. Wir haben in der Presse und auch in Versammlungen unser Gesicht nicht zu zeigen gewagt.

Zur Betriebsrätebewegung möchte ich mit derselben Offenheit aussprechen, daß die Tugenden der Betriebsrätebewegung nicht auf unsere Rechnung zu setzen sind: Die Sozialdemokraten sind schuld daran, die uns mit einem Fußtritt hinausgeworfen haben und uns die Fortsetzung der Rathenautaktik unmöglich gemacht haben. Auch darf man die Betriebsrätebewegung nicht überschätzen. Ich glaube, ihre wirkliche Bedeutung kann hier noch nicht besprochen werden. Der 4. Kongreß möge darüber wachen, daß die K. I. von allen Opportunisten frei werde. (Beifall bei den Deutschen.)

NEURATH: Die Äußerungen des Gen. Vajtauer könnten den Anschein erwecken, daß es sich in der tschechoslowakischen Partei um eine linke Opposition handelt, die sich um Vajtauer sammelt. Das ist falsch. Die linke Opposition hat einen Kampf geführt gegen jenen Opportunismus, der bis zum Vereinigungskongreß durch Gen. Smeral vertreten war. Nach diesem Kongreß hat sich aber Smeral auf den Boden der Beschlüsse des 3. Weltkongresses gestellt. Die sogenannte neue Opposition, die ungefähr seit Dezember v. J. besteht, hat keine Grundsätze formuliert, die von den unseren verschieden wären. Wir hatten in der Tschechoslowakei eine ganze Reihe von Kämpfen zu bestehen. Ich erinnere z. B. an den Kampf der Staatsangestellten, der Privatangestellten, der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und der Glasarbeiter. Während all dieser Kämpfe wurden unsere Grundsätze auch von den Mitgliedern dieser Opposition niemals angegriffen oder bestritten. Jetzt wirft sie uns vor, daß Smeral ein Opportunist sei, daß er unbedingt Minister werden wolle, daß er Verhandlungen mit der Konterrevolution führe usw. Das war der ganze positive Inhalt des Programms dieser Opposition.

Auf der Osterkonferenz haben wir von der Opposition verlangt, jetzt müsse das Spiel ein Ende nehmen. Als Gen. Jilek nach Moskau reiste, haben sich die erfahrensten Genossen zusammengesetzt, das Material studiert und Jilek nach seinem Programm gefragt. Die Exekutive stellt fest, es gibt in der tschechoslowakischen Partei keine grundsätzlichen politischen Differenzen, es gibt nur organisatorische Mängel. Und trotzdem mußten wir in den Sitzungen Stunden vergeuden, um dem Gen. Sturc klar zu machen, daß Smeral nicht Minister werden will. Endlich wurden auf der Reichskonferenz einige programmatische Grundsätze formuliert. (Redner liest, zum Teil unter Heiterkeit der Anwesenden, einige programmatische Punkte vor.) Da heißt es: „Der Arbeiter wird auf zweifache Art ausgebeutet, einmal durch die Arbeitgeber, das zweitemal durch die Händler. Die Teuerung, welche durch den Vermittlungshandel hervorgerufen wird, lastet noch viel schwerer auf ihm, als die kapitalistische Ausbeutung.“ Es wird z. B. der Boykott der ka-

pitalistischen Produkte verlangt, oder es wird von der Arbeiterregierung verlangt, daß sie „produktions- und verteilungskonzentrierend im Sinne des kollektiven Kapitalismus wirke“. Und dann heißt es: „Über das Wesen der Arbeiterregierung zu diskutieren lehnen wir entschieden ab und warnen davor, daß darüber auch bloß abstrakt gesprochen wird“.

Nun, Genossen, diese Grundzüge dürften eher für einen Veteranenverein als für eine kommunistische Partei passen. Die Opposition hat ein Flugblatt an die Organisationen verschickt mit solchen Anschuldigungen gegen uns, daß, wenn sie berechtigt wären, wir jetzt hier nicht stehen dürften, so schwer waren diese Anschuldigungen.

Es ist Tatsache, daß auf dem Boden dieser Opposition sich nur ein einziger Kreis (von 24 Kreisen) gestellt hat, und zwar der Kreis Proßnitz.

Wir lassen uns diese Art der Opposition nicht weiter gefallen. Wir erlauben nicht, daß unsere Partei in so frivoler Weise in ihren Arbeiten und in der Erfüllung ihrer Pflichten gehindert werde. (Beifall.)

VIERTE SITZUNG

AM 11. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: KOLAROW.

Redner: BECKER, RADEK, DURET, BORDIGA, GRAZIADEI.

BECKER (Deutschland): Man hat in dem Bericht der Exekutive die deutsche Partei viel gelobt. Wir aber, Genossen, fühlen uns nicht ganz wohl dabei. Genossen, die Stimmung bei einem Teil unserer Mitglieder ist in den letzten Monaten — wir können das sagen, — stark zurückgegangen. Diese Stimmung ist aber immerhin die Grundlage für die Tendenzen, die sich in den Spitzen der Parteien auswirken. Die führenden Genossen hegen mitunter *übertriebene* Befürchtungen in bezug auf die opportunistischen Gefahren der Einheitsfronttaktik. Die Passivität einiger führenden Genossen hat es nicht zuletzt verschuldet, daß Sozialdemokraten uns öfters zuvorkamen, daß die anderen uns die Führung der Politik der Einheitsfront aus der Hand nahmen.

Bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik während der Rathenaukrise waren die Genossen der rechten Tendenz sehr ängstlich, daß man mit den Spitzenorganisationen zu schnell wieder auseinanderkommen werde. Was die linke Tendenz betrifft, so hat auch sie während der Rathenaukrise Unsicherheit gezeigt. Ich möchte nur an die stumme Demonstration, die Demonstration ohne Redner, erinnern. Genossin Fischer sagte, daß die Partei in der Rathenaukrise eine günstige Gelegenheit vorübergehen ließ, die Verhandlungen abzubrechen. Das ist wiederum ein Moment der Unsicherheit der sogenannten linken Elemente gewesen. Für uns lag damals überhaupt keine Ursache vor, die Verhandlungen abzubrechen. Wir hatten vielmehr alles Interesse daran, die Sozialdemokraten immer wieder zu zwingen, daß sie die Verhandlungen abbrechen.

Redner wendet sich sodann gegen die mechanische Auffassung der Einheitsfront bei manchen Genossen, die die Ausschaltung der Spitzen von den Verhandlungen möglich halten.

Zur Frage der Arbeiterregierung bzw. des Unterschiedes einer sozialistischen Landesregierung von einer Landes-Arbeiterregierung ist zu sagen: eine Arbeiterregierung in einem einzelnen Lande hätte der äußerste Vorposten in den Kämpfen der ganzen deutschen Arbeiterklasse für eine Reichsarbeiterregierung zu sein. Dies hieße, sie hätte den Kampf gegen eine Reichsregierung und die Bourgeoisie aufzunehmen. Die heutigen sozialistischen Landesregierungen aber haben alle eine Koalition mit der Bourgeoisie geschlossen.

RADEK (mit Beifall begrüßt): Genossen, ich werde mich nur mit den zwei linken Genossen, die hier gesprochen haben, beschäftigen, nicht darum, weil ich die Gefahr der Abschweifungen nach links für größer ansehe, sondern deshalb, weil bisher niemand von der Rechten gesprochen hat.

Wir wissen ungefähr, was die tschechoslowakische Linke oder die tschechoslowakische Opposition ist, obwohl es sehr schwer ist, sie theoretisch zu erfassen. Trotzdem wäre es politisch vollkommen unrichtig diese Erscheinung auf die leichte Achsel zu nehmen und als eine Lächerlichkeit hinzustellen. Die tschechoslowakische Linke verdient ernster behandelt zu werden, nicht nur darum, weil sich darin so ausgezeichnete alte proletarische Elemente der Partei befinden, wie Gen. Sturc, sondern weil sie eine Gefahr signalisiert. In der Tschechoslowakei haben wir 600 000 Arbeitslose und wenn eine Richtung in der Partei in einer solchen Situation auftaucht und Thesen vorlegt: wir stehen direkt im Kampfe um die Macht! denn zeigt das, daß ein Teil der Partei mit der Haltung der Partei unzufrieden ist, und wenn dieser Teil heute auch klein ist, so ist bei 600 000 Arbeitslosen immer genug Material für die Möglichkeit da, daß die Partei in verfrühte Kämpfe hineingeschleudert wird. Aus diesem Grunde wollen wir diese Dinge mit Ernst behandeln. Aber ich muß sagen, die Opposition hat es uns nicht leicht gemacht. Gen. Vajtauer, mit dem wir in der kommunistischen und in der Arbeiterbewegung überhaupt erst zwei Jahre die Ehre haben bekannt zu sein, behauptet: Smeral und die Mehrheit des Parteivorstandes stehen in einer Konspiration mit der Bourgeoisie und mit Masaryk, die von der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei fordern: gebt uns den Kopf des Vajtauer, und dann wollen wir eine Koalition schließen! Gen. Vajtauer erzählt uns von Kladno, wo ein so erprobter Klassenkämpfer wirkt, wie unser Gen. Muna, der seine Pflicht als Revolutionär getan hat, als dies etwas schwieriger war, als zu der Zeit, als Gen. Vajtauer die Internationale Kommunistische Partei mit seiner Tätigkeit beglückte; in Kladno soll unter der Führung Munas Streikbruch gemacht worden sein! Vajtauer sagt: wählt zwischen mir und diesen Verrätern, und wenn das Anarchismus ist, was ich hier tue, dann bitte schön, wollen wir Anarchisten bleiben. Etwas bescheidener, Gen. Vajtauer!

Genossen, nun zur Sache! Was hat hier Gen. Vajtauer gesagt? Er hat bloß die Träume Smerals gedeutet, Smeral wolle sozusagen Minister werden. Vajtauer befaßte sich in seiner Vergangenheit wissen-

schaftlich mit Traumdeutungen, und diese Methode überträgt er auf die K. I. (Heiterkeit.) Da fragen wir: was soll die Exekutive der Komintern mit diesen Traumdeutungen anfangen? Sie kann sie nur in einem Traumkalender unterbringen.

Die tschechoslowakische Frage wird mit der ganzen Sorgfalt in der Kommission behandelt werden, und was an den Warnungen über den Zustand der Partei richtig ist, das wird der Kongreß mit größter Sorgfalt berücksichtigen.

Ich komme nun zur Rede der Genossin Fischer. Die Gen. Fischer hat in ihrer Rede eine ganze Anzahl Mängel in der Rathenau-Aktion genannt, die wir hier in Moskau in der Exekutive sofort auch als solche empfunden haben, als wir die detaillierten Nachrichten über den Gang der Ereignisse erhielten. Wenn in der Partei Stimmen laut werden: Keine Geheimnisse vor den Massen in einer Aktion, die eine Massenaktion sein soll, unter keinen Umständen sich von den Sozialdemokraten die Linie vorschreiben lassen, vor allem aber, zu jedem Ereignis den kommunistischen Standpunkt einzunehmen und nicht der Leiche Rathenau nachzulaufen und zu schreien: Republik, Republik! wenn das gesagt wird, so können wir nur erwidern, wir wünschen, daß das nicht die Stimme der Opposition ist, sondern das Bewußtsein der Gesamtpartei. (Sehr richtig!).

Die Partei hat aus der Angst der Isolierung sich zu sehr an die Sozialdemokraten geklammert.

Würde die Kritik der Genossin Fischer allein darin bestehen, so hätte sie vollkommen recht, aber in dieser Kritik sind noch andere Momente enthalten.

Genossen, wie stand die Geschichte. Wenn wir in die vermaledete Lage kommen, mit den Spitzen zu verhandeln, wird die Opposition mit Gen. Ruth Fischer an der Spitze, außerordentlich nervös. Als in der Rathenau-Krise die Verhandlungen begannen, da kam jeden Tag von der Opposition der Antrag an die Zentrale: ein Ultimatum oder brechen. Warum? Das ist eben das rein Mechanische an der ganzen Auffassung der Genossen von der Linken. Unsere Einheitsfronttaktik verläuft nicht nach einem Schema. Wir wissen eins: Wir sind die Schwächeren. Uns werden die größten Hindernisse auf dem Weg zu den Massen gemacht; die Sozialdemokratie versucht ihre Arbeiter von uns zu isolieren. Verhandelt sie mit uns, so haben wir ein Interesse zu brechen nur in dem Moment, wo wir sie genötigt haben, schon möglichst große Massen in Bewegung zu bringen oder wo es schon für jeden klar feststeht, daß sie keine Aktion will. Früher zu brechen oder überhaupt den Drang zu haben, möglichst nicht eine Stunde oder auch nur eine halbe Stunde mit diesen Leuten zusammensitzen, das ist ein Beweis, daß man sich für schwächer hält, als wir sind. Würde die Partei vom ersten Tage an den Massen in der Presse gesagt haben: ja, wir verhandeln mit den Sozialdemokraten, aber wenn Ihr Euch nicht rührt, wird die Sozialdemokratie Euch verraten, so könnten wir ruhig weiter verhandeln bis zu dem Moment, wo sich dieser Verrat vollkommen herausgestellt hatte. Aber statt daß Ihr darauf dringt, daß die Partei eine klare Haltung vor den Massen entfaltet, zerrt Ihr die Partei immer an der Hand und läßt sie nicht verhandeln. Das ist eine nervöse Überspanntheit, die der Partei nicht dienlich ist.

Die Politik des Bruches sollen wir erst dann anfangen, wenn wir imstande sind, allein das zu tun, was sie mit uns zusammen nicht tun wollen.

Würde die Partei allein in die Rathenau-Aktion getreten sein, so behaupte ich, dieser Fehler wäre größer gewesen als alle die, die gemacht worden sind. (Sehr richtig!) Denn wir haben die Erfahrungen nach dem Kapp-Putsch gemacht, daß die Sozialdemokratie nur auf die Gelegenheit wartete, sich zusammen mit den Monarchisten auf uns zu stürzen, und daß die Partei das vermieden hat, ist nicht ein Fehler, sondern ein Verdienst.

Gleichzeitig sagen wir der Partei: Laßt in solchen Situationen in Euren Köpfen nicht das Bild versteinern, daß wir immer schwach sein werden! (Sehr richtig!). Wir können innerhalb einer solchen Aktion durch die Stimmung der Massen sehr stark werden, so daß wir sofort zum selbständigen Vorstoß vorgehen können.

Im großen und ganzen muß man jedoch wiederholen: die Einheitsfronttaktik ist mit den größten Gefahren verbunden. Es entsteht in der Partei sehr leicht eine Zwielficht-Stimmung: ich will mich nicht allein zeigen, wir Kommunisten können nur Arm in Arm mit Scheidemann Unter den Linden spazieren gehen. In dieser Stimmung sind die Parteileitung und die Parteipresse, sie rutschen zu leicht in die sozialdemokratische Politik hinein. Diese Gefahr ist vorhanden.

Was die Frage der Arbeiterregierung anbelangt, so will ich in der Rede der Gen. Fischer ein sehr glückliches Wort unterstreichen. Sie hat gesagt: es bestehe da die Gefahr der Frisierung des Kommunismus ins Westliche. Über diese Gefahr möchte ich ein paar Worte sagen. Bei vielen Genossen ist die Idee der Arbeiterregierung so eine Art sanftes Schlummerkissen. Sie sagen: Diktatur! der Teufel weiß, wann sie kommt, jedenfalls ist es sehr schwierig, die Agitation unter der Losung der Diktatur zu führen; da sage ich lieber „Arbeiterregierung“ das klingt sehr sanft und unschuldig. Niemand weiß, was das ist. Vielleicht wird es etwas sein. Jedenfalls erscheint es aber nicht so gefährlich.

Die Arbeiterregierung ist nicht die Diktatur des Proletariats, das ist klar. Sie ist einer der möglichen Übergangspunkte zu der Diktatur des Proletariats. Diese Möglichkeit beruht darauf, daß die Arbeitermassen im Westen nicht politisch amorph waren, wie im Osten, nicht ungliedert. Sie sind gegliedert in Parteien und sie hängen an den Parteien. Im Osten, in Rußland, war es, als der revolutionäre Sturm begann, leichter, sie direkt ins Lager des Kommunismus zu bringen. Bei Euch ist das sehr viel schwieriger. Die deutschen, norwegischen, tschechoslowakischen Arbeiter werden sich viel leichter für eine Koalition der Arbeiterparteien aussprechen. Werden wir nun die Arbeiterregierung als ein Ruhe-kissen auffassen, so werden wir zusammen mit den Sozialdemokraten als eine neue Sorte von Betrügern dastehen. Die Arbeiterregierung muß ein Ausgangspunkt zum Kampfe um die Diktatur des Proletariats werden. Die Arbeiterregierung ist nicht eine historische Notwendigkeit, sondern eine historische Möglichkeit. Das ist nach meiner Überzeugung eine richtige Formel. Es wäre vollkommen unrichtig, es so darzustellen, daß die Entwicklung der Menschen vom Affen bis zum Volkskommis-sar obligatorisch durch die Phase der Ar-

beiterregierung gehen müsse. (Heiterkeit.) Diese Variante ist in erster Linie in jenen Ländern möglich, wo sich neben starken proletarischen Bewegungen Bauernbewegungen finden, oder wo die Arbeiterklasse so groß ist wie in England und die Bourgeoisie keine direkten Machtmittel gegen sie hat.

DURET: Genossen, ich spreche hier im Namen jener Tendenz, die die französische Opposition gegen die Einheitsfronttaktik genannt wird.

Man darf nicht vergessen, daß Frankreich vornehmlich das Land der Sozialverräter, das Land der Briand, der Millerand, das Land des Wahlkretinismus ist. Daher die ursprüngliche Ablehnung der Einheitsfronttaktik seitens der französischen Arbeiter, die in ihr nichts anderes sahen als eine Einigung mit den Reformisten.

Die Stellungnahme jener Gruppe, der ich angehöre, war eine andere, während das Zentrum erklärte: Wir sind gegen die Einheitsfront, weil wir eine gute kommunistische Partei sind, sagten wir: Wir sind gegen die Einheitsfront, weil es in Frankreich keine kommunistische Partei im eigentlichen Sinne des Wortes gibt.

Auf welche Gründe ist unser Verhalten zurückzuführen? Gegenüber der von Soutif vertretenen Ansicht „Warum müssen wir denn für unmittelbare Forderungen um Reformen kämpfen? Wenn wir stark genug sind, von der Bourgeoisie Reformen zu erwirken, werden wir auch genug stark sein, die Macht zu erobern und die Diktatur des Proletariats aufzurichten“ — sind wir der Ansicht, daß der tägliche Kampf für die unmittelbaren Forderungen eine Voraussetzung der kommunistischen Partei Frankreichs ist.

Durch Bekämpfung der Einheitsfronttaktik wollen wir diejenigen entlarven, die unter dem Vorwand, diese Taktik zu bekämpfen, bloß die Taktik der geringeren Anstrengung verfolgen und durch revolutionäres Geschwätz ihre revolutionäre Keuschheit reparieren wollen.

Während in Deutschland die große Mehrheit des Proletariats entweder politisch oder wirtschaftlich organisiert ist, bleibt in Frankreich die große Mehrheit des Proletariats unorganisiert.

In Frankreich gibt es keine echte Massenpartei. Mehr noch: in der geschichtlichen Entwicklung der französischen Bewegung begegnen wir nirgends großen politischen Massenparteien, sondern nur Ideen-gruppen.

In Frankreich macht sich der Wunsch nach Einheit auf gewerkschaftlichem Gebiet, nicht aber auf politischem Gebiet geltend, da die Masse die politische Partei nur als Wahlorganisation betrachtet.

Man kann die Einheitsfronttaktik auf zweierlei Art auffassen: Entweder proklamiert man Aktionen ganz bestimmten Charakters, oder man versuchte erst im Verlaufe der Aktion unseren Standpunkt zur Geltung zu bringen, bezw. aus dem Rahmen der Aktion hinauszugehen. Ich muß sagen, daß dieses letztere Mittel von starken kommunistischen Parteien angewandt werden kann, nicht aber von Parteien, die bloß dem Namen nach kommunistisch sind. Daher haben wir gegen diese zweite Auslegung der Einheitsfronttaktik gekämpft. In Ländern wie Deutschland, wo die Mehrheit der Werktätigen organisiert ist, kann die politische Partei große Massen an sich reißen. Die Bewegung der Massen in Frankreich muß einen elementaren Charakter annehmen,

und diese Elementarbewegung wird nicht leichter zustandekommen, wenn zwischen der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei ein Einvernehmen zustandekommen wird.

Gen. Thalheimer hatte die Freundlichkeit, mir auf fünf oder sechs Seiten auseinandersetzen, worin die Arbeiterregierung bestehe. Auch Gen. Radek gab mir eine ausführliche Erklärung. Ich habe jedoch nichts verstanden. Man sagt uns, die Arbeiterregierung sei nicht die Diktatur des Proletariats. Gleichzeitig sagt man, sie stütze sich nicht auf das Parlament. Nun frage ich: worauf stützt sie sich? Sie werden mir vermutlich erklären, sie stützt sich auf die Massen. Das ist aber ein unbestimmter Ausdruck. Versteht man darunter die Organisation der Massen, z. B. die Arbeiterräte, so sind wir vollkommen einverstanden. In diesem Falle jedoch will die Losung der Arbeiterregierung einfach bedeuten: Alle Macht den Sowjets, alle Macht den Arbeiterräten. Jedermann weiß aber, daß es in Frankreich noch keine Arbeiterräte gibt und daß der größte Teil unserer Parteikämpfer, geschweige denn die organisierten Massen, nicht einmal wissen, was Arbeiterräte bedeuten. (Zwischenruf Radeks: dank der Partei!)

Sollen wir aber mittlerweile die Arbeiterregierung auf die parlamentarische Mehrheit stützen wollen, so führt dies zum Wahlkretinismus, zur Auferstehung des Parlamentarismus. Deshalb sagen wir, daß die Losung einer Arbeiterregierung Blum-Frossard in der gegenwärtigen Lage der französischen Partei gefährlich wäre. Man muß sich darüber klar sein, was man in der K. P. Frankreichs eine Aktion nennt. Aktion bedeutet in der K. P. F.: Artikelschreiben (mehrere Stimmen: Sehr richtig!). Wenn wir also der französischen Partei, die noch keine echte kommunistische Partei ist, die Massenaktion predigen wollten, würde die Verantwortung für das Scheitern der Aktion die Partei treffen.

Der „Inopportunismus“ der Linken bedeutet, solange er sich nicht vollständig von den Massen entfernt, keine Gefahr. Das Gegenteil gilt für den rechtsseitigen Opportunismus. Wir sind der Ansicht, daß die in Frankreich von Treint verkündeten Theorien, die Erringung einer Reform von der Bourgeoisie sei heute gleichbedeutend mit der Revolution — daß diese Theorien sowohl vom praktischen wie auch vom theoretischen Gesichtspunkt aus für die Arbeiterbewegung gefährlich sind.

Wie Sie wissen, hat unsere Richtung gegen gewisse Formen der Einheitsfronttaktik gekämpft. Nichtsdestoweniger erkläre ich, daß wir bereit sind, sämtliche Beschlüsse des 4. Kongresses zu respektieren und durchzuführen (Beifall).

BORDIGA: Wir italienischen Kommunisten halten die Formel „Mehrheit der Arbeiterklasse“ für unbestimmt und willkürlich, denn sie sagt uns nicht, ob es sich ausschließlich um das Proletariat oder auch um halbproletarische Schichten, ob es sich nur um die politisch oder gewerkschaftliche Organisierten oder auch um die Unorganisierten handelt. Diese Formel erscheint uns auch willkürlich, denn unser Angriff ist auch möglich, bevor wir diese Mehrheit gewonnen haben.

Zum Bericht des Gen. Sinowjew muß ich sagen, daß ich die Lage etwas pessimistischer betrachte als er. Wenn die objektive Voraussetzung für die Revolution das Bestehen der großen kapitalistischen Krise ist, so leidet andererseits die subjektive Voraussetzung einer

starken Kommunistischen Internationale durch den Einfluß der Krise auf die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen, die wir die „ursprünglichen“ natürlichen Organisationen der Arbeiterklasse nennen können. M. E. wird die wirtschaftliche Lage sich immer nur verschlimmern und Arbeitslosigkeit und Rückgang der Gewerkschaften zur Folge haben.

Die Unzufriedenheit wird auch in den halbproletarischen Klassen wachsen. Diese chaotische Unzufriedenheit in eine Form zu bringen, die sich für den revolutionären Kampf eignet — das ist das große Problem. Aus diesem Problem heraus entstand die Taktik der Einheitsfront.

Im großen und ganzen nehmen wir den Geist dieser Taktik mit gewissen Einschränkungen an. Die Eroberung der Massen soll nicht als ein mechanischer Prozeß von uns verstanden werden. Sinowjew betonte auch, daß gewisse Teile der Internationale ihren Einfluß gestärkt haben, trotz der Abnahme ihrer Mitgliederzahl. Die Eroberung der Massen soll sich nicht auf Statistik beschränken. Sie ist ein dialektischer Prozeß. In erster Linie müssen wir auf die Klarheit unseres Programms und auf die Festigkeit der Organisation bedacht sein. Nach dieser Feststellung sind wir bereit, die Linie der Internationale in bezug auf die Einheitsfront zu verfolgen.

Nun zur Arbeiterregierung. Wenn man uns bestätigt, daß sie „die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse zum Sturz der Bourgeoisie“ sei, dann sind wir der Ansicht, daß man unter bestimmten Umständen diese Losung als terminologischen Ersatz für die Diktatur des Proletariats ausgeben kann.

Wenn aber dieser Ausdruck den Eindruck hervorrufen soll, daß man die Macht auf anderem Wege als durch den bewaffneten Kampf erringen kann, dann weisen wir dieses taktische Mittel zurück. Ich muß sagen: Ich habe bereits unzählige Erklärungen darüber gehört, was die Arbeiterregierung nicht ist, ich vermisse aber die Erklärung, was sie ist.

Die deutschen Genossen erwarten schon in nächster Zukunft die Möglichkeit der Produktionskontrolle seitens der Betriebsräte. Hier sehen wir eine gewisse Ähnlichkeit mit der Lage in Italien im September 1920, die einer großen Niederlage des Proletariats voranging. Auf diese Weise wird das Bürgertum unnachgiebig sein. Man kann auf die vereinigte Reaktion der Bourgeoisie und der Scheidemänner rechnen.

Gen. Sinowjew beklagt sich über den Mangel an Zentralismus und Disziplin in unserer internationalen Aktion. Die beste Gewähr für die Einhaltung der Disziplin innerhalb der Internationale ist die Klarheit und Prägnanz der Beschlüsse des Kongresses. Ferner schlagen wir vor, daß die Exekutive nicht von den einzelnen Parteien, sondern von dem gesamten Kongresse gewählt werde. Man muß sagen, daß wir einen gewissen Fehler begangen haben, indem wir die Internationale der Arbeiterparteien in ihrem Aufbau viel zu sehr den staatlichen militärischen Organisationen gleichmachten. Unsere Internationale wird zu oft als etwas außerhalb der Parteien Bestehendes betrachtet. Manchmal erlauben sich diese Parteien oder ihre Fraktionen eine Polemik mit der Internationale. Die Internationale sieht sich gezwungen,

innerhalb der Parteien Fraktionen zu schaffen, die sich ihren Anweisungen unterwerfen. Das erscheint mir absurd und gefährlich.

Ich schließe mit der Parole, die Sinowjew selbst ausgegeben hat: Seien wir eine wirkliche Kommunistische Internationale Partei, fest zentralisiert, vom Geist des revolutionären Kampfes durchdrungen.

GRAZIADEI: Ich spreche im Namen der Minderheit der K. P. Italiens.

Was die italienische Frage anbelangt, so erklären wir, daß die K. I. unserer Ansicht nach im allgemeinen hinsichtlich der Lage unseres Landes und unserer Partei richtig gehandelt hat. Wir behalten uns vor, über die Bedingungen und Sicherheiten zu verhandeln, die die Beziehungen zwischen der K. P. und der Sozialistischen Partei Italiens in Zukunft regeln sollen.

Zum Problem der Einheitsfront erkläre ich, daß mir die Besorgnisse des Gen. Bordiga unverständlich sind, der sich den Kopf zerbricht, was denn die Majorität eigentlich sei. Es hängt ausschließlich von der Geschicklichkeit der Leiter ab, aus der Partei eine Massenpartei zu machen. Viele Genossen legen dem Problem der Zeit nicht genügend Bedeutung bei, und das ist auch der Grund, weswegen die Partei sich jetzt gegen uns wendet. Wir halten die Taktik der Einheitsfront für das geeignete Mittel, die breitesten Schichten der Arbeiterklasse zu gewinnen.

In den Thesen der K. P. Italiens wird erklärt, die Partei dürfe nur individuelle Anhänger aufnehmen. Die Minderheit bekämpfte dies schon auf dem Märzkongreß unserer Partei. Auf diesem Wege ist es unmöglich, unser Ziel zu erreichen, d. h. die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern. Sogar aus Gründen ihres politischen Gewissens dürfen wir nicht verlangen, daß die Arbeiter der anderen Parteien nur individuell und nicht gruppenweise zu uns kommen.

Ich frage mich, ob es in Deutschland ein Unglück oder ein Glück für die K. P. war, daß man die linke der U. S. P. aufgenommen hat. Ich glaube, dies hat der K. P. D. nur Nutzen gebracht.

Nun, eine einigermaßen analoge Lage bildet sich jetzt in Italien. Man kann nicht mit Sicherheit sagen, daß unsere Maximalisten schon Kommunisten geworden sind, und diese Tatsache stellt uns einem der schwierigsten Probleme der Einheitsfront gegenüber. Gewiß birgt die Einheitsfront Schwierigkeiten in sich. Das Leben selbst stellt uns immer Schwierigkeiten in den Weg. Ist etwa die Ehe nicht auch voller Schwierigkeiten? (Gelächter). Und dennoch schließt man sie. Bordiga glaubt, die Schwierigkeiten auf mechanischem Wege beseitigen zu können. Er macht Unterschiede: keine Einheitsfront mit den Parteien, aber mit den Gewerkschaften. Er vergißt, daß es in den Gewerkschaften ebenso Sozialdemokraten gibt, wie in den Parteien. (Beifall.)

Das Problem der Einheitsfront ist sowohl ein ökonomisches wie ein politisches Problem. Aus diesem Grunde ist die Unterscheidung zwischen den Gewerkschaften und der Partei unangebracht.

Gen. Bordiga ist gegen die Bildung eines ständigen Organs aus Sozialdemokraten und Kommunisten. Doch die Einheitsfront bedeutet keineswegs die Bildung eines derartigen ständigen Organs.

Die Taktik der Einheitsfront ist in Italien in so abstrakter und doktrinärer Form verkündet worden, daß sie für das alltägliche Leben noch keine konkrete Gestalt angenommen hat.

Betrachten wir das Problem der Arbeiterregierung. Unserer Meinung ist nach in den Ländern, wo für die Arbeiterklasse die Möglichkeit besteht, die Macht zu erringen, die Arbeiterklasse gewissermaßen der Ausdruck der Einheitsfront. Wir dürfen die Arbeiterregierung nicht verwerfen, bloß weil sie eine Zeitlang parlamentarische Formen annehmen könnte.

Selbstverständlich müssen die Kommunisten vor den Arbeitern immer darauf beharren, daß eine wahre Arbeiterregierung sich nur durch den bewaffneten Kampf und unter der wachsenden Kontrolle der Arbeiterorganisationen sich bilden und festigen könne.

Gen. Bordiga verlangte von der K. I. eine immer strenger werdende Disziplin. Wir unterschreiben diesen Teil der Rede des Gen. Bordiga, aber unsere Genossen aus der Mehrheit mögen die Disziplin nicht als formale Sache betrachten, sondern aus der gesamten Praxis der K. I. eine lebendige Aktualität im alltäglichen Leben der Partei machen. (Beifall.)

FÜNFTE SITZUNG

AM 11. NOVEMBER 1922, NACHMITTAGS.

Vorsitz: Kolarow.

Redner: *Humbert Droz, Michalkowski, Murphy, Haakon Meier, Bucharin, Carr, Faure.*

HUMBERT DROZ teilt mit, daß das Präsidium des Kongresses aus allen Teilen Rußlands und der ganzen Welt nahezu tausend Begrüßungsschreiben erhalten hat. Es werden die Glückwünsche des Wladiwostoker Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmisten-Deputierten an die Proletarier der ganzen Welt und das Begrüßungsstelegramm des Z. K. der sozialistischen Partei Ägyptens verlesen.

MICHALKOWSKI (Polen): Die letzte Wahlkampagne in Polen ist ein sprechendes Beispiel dafür, wie in einem Lande, wo die Kommunisten auf jede Weise verfolgt werden, der Kommunismus sich den Weg zur öffentlichen politischen Arbeit zu bahnen versteht. Als nämlich Genossen in der Provinz aus den Zeitungen erfuhren, daß sich in Warschau unser Zentralwahlkomitee gebildet hatte, da entstanden automatisch in der Provinz fast über Nacht in 45 Bezirken oder mehr örtliche Wahlkomitees. Und zwar mußten bei der Bildung die Wahlkomitees mit Unterschriften auftreten und noch mehr: bei der Aufstellung der Wahllisten mußten Unterschriften gesammelt werden. Dieses unser Erscheinen auf der Wahlbühne war sowohl für das Bürgertum wie für die Regierung etwas Überraschendes und deswegen konnte der Bund des Proletariats mit einem legal gefaßten Wahlauftritt auftreten. Aber nach kurzer Zeit wurde alles verboten und konfisziert.

In der Frage der Einheitsfront haben wir drei Richtungen: die erste stimmt mit der Exekutive vollkommen überein, die zweite machte

zuerst Einwendungen gegen die Verständigung mit den Spitzen, die dritte ist prinzipiell gegen die Taktik. Diese dritte Richtung ist auch in anderen Fragen, wie z. B. Ausnutzung des Parlamentarismus, die Politik Sowjetrußlands, die Rolle der Russischen Kommunistischen Partei als Staatspartei und gleichzeitig führende Partei in der K. I., eine reine K. A. P.-Richtung, sie ist ziemlich schwach und wir werden sehr leicht mit ihr fertig werden.

Unsere letzte Parteikonferenz war fast einstimmig der Meinung, daß wir Hand in Hand mit der landarmen Bevölkerung, mit den Kleinbauern gehen müssen. Das ist m. E. das Wichtigste für solche Länder wie Polen, wo die kleinbäuerliche Bevölkerung die übergroße Mehrheit der arbeitenden Massen bildet.

In der Frage der Arbeiterregierung meine ich, wir brauchen gar nicht mit der Stange im Nebel herumzuhantieren, denn wir haben eine wirklich praktische historische Erfahrung. Was taten die Bolschewiki im Jahre 1917 vor der Eroberung der Macht? Sie verlangten die Verwirklichung der Losung: Alle Macht den Sowjets! Damals bedeutete es: die Regierungsgewalt in die Hände der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, die die Mehrheit in den Sowjets inne hatten. Es bedeutete also damals eine Arbeiterregierung, in der die Sozialverräter sitzen würden. Das war sozial und politisch gesprochen auch die Losung der Arbeiterregierung, und zwar in der Form von Sowjets. Eine andere Frage ist die, wann und wie diese Losung verwirklicht werden kann. Die Losung der Arbeiterregierung hat den Bolschewiki vortreffliche Agitationsdienste geleistet. In Deutschland haben wir nach den Novembertagen dieselbe Lage gehabt. Die Spartakisten haben verlangt: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, d. h. den Scheidemännern und den Unabhängigen, die damals die Mehrheit in den Sowjets hatten.

Wenn wieder die Arbeitermassen in den Straßen fluten werden, wenn sich wieder Arbeiterräte bilden werden, werden wir auf Grund unserer historischen Erfahrungen wieder mit dieser Losung auftreten. Die Revolution kommt in einem Moment, wo wir viel schneller die Mehrheit erobern werden als jetzt. Die Form wird abhängig sein von den revolutionären Umständen.

MURPHY: Unsere Partei stimmt mit der Hauptlinie im Berichte der Exekutive vollkommen überein. Wir halten ferner die Diagnose über die Lage des Kapitalismus in der ganzen Welt für richtig. Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß die gegenwärtige kapitalistische Offensive gegen die Arbeiterklasse nicht die Offensive einer sich ihrer Macht bewußten Klasse ist, sondern lediglich eine Defensive. Als ein Gegenstück zu dem Faschismus in Italien berichteten unlängst die bürgerlichen Zeitungen Londons von der Vereinheitlichung des Special-Police Corps und kündeten an, daß dies die zukünftigen Faschisten Englands sein würden.

Unsere Partei ist jung und hat keine großen Erfahrungen. So kam es, daß zuerst in einigen Bezirken die Forderung der Einheitsfront einen beträchtlichen Mitgliederverlust nach sich gezogen hat.

Um die Schwierigkeiten, mit denen wir in dieser Beziehung zu kämpfen hatten, völlig verständlich zu machen, möchte ich diesen

Kongreß daran erinnern, daß wir nicht nur Schwierigkeiten in der Frage des Anschlusses an die Arbeiterpartei hatten, sondern daß die Partei erst im Oktober d. J. auf ihrer Landeskonferenz ihr Zentralkomitee gewählt hat — eine Tatsache, die auf den syndikalistischen Charakter mancher Elemente in der Partei schließen läßt.

Die Labour Party hat uns harte Forderungen gestellt. Wir haben sie angenommen, um den Zutritt zu den breiten Massen der Arbeiterklasse zu erlangen. Und unser Schachzug hat sich bewährt. Trotzdem wir anfangs Mitglieder verloren, hat sich doch der Einfluß der Kom. Partei unter verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse bedeutend erhöht. In Glasgow, Sheffield, Manchester, Birmingham, war die Labour Party absolut unfähig, ihre eigenen Beschlüsse auszuführen. In anderen Gegenden haben ferner die Kommunisten in der Labour Party von Barrow, Battersea und anderen Ortschaften die Herrschaft über diese Organisationen errungen. Daraus ersehen wir, daß die Politik der Einheitsfront dazu beiträgt, die Kom. Partei zu stärken.

Von der vom Gen. Sinowjew aufgestellten These, keine Partei könne als Massenpartei gelten, solange sie nicht ihre Zellen in den Betrieben habe, müssen wir eine Ausnahme machen. Mir scheint, bei diesem Ausspruch hat ihm Deutschland zu sehr vorgeschwebt. Im heutigen England kann man nicht an die Bildung der Betriebsräte herangehen. Wie soll man es anfangen bei 1 750 000 Arbeitslosen! Unter diesen Verhältnissen nimmt die Bewegung andere Formen an. Sie nimmt die Form einer Minoritätsbewegung in den Gewerkschaften an und gibt den Anstoß zu einer großen Arbeitslosen-Komitee-Bewegung. In der Maschinisten-Aussperrung waren es gerade diese Organisationen, welche den Kampf leiteten.

Zur Zeit der Maschinistenaussperrung kamen in einigen Ländern Bewegungen der Metallarbeiter vor, die kom. Parteien dieser Länder standen aber miteinander in keinem lebenden Kontakt. Es wurden nicht einmal Maßregeln getroffen, um unter den kom. Parteien eine Einheitsfront zu schaffen. In dieser Hinsicht hat die K. I. vieles nachzuholen.

Wir müssen auch die Einheitsfront mit den Bewegungen in den Kolonialländern energischer anfassen.

HAAKON MEYER (Norwegen) hält die Frage der Umbenennung der 40—50 Parteizeitungen in Norwegen, die „Sozialdemokrat“ heißen, für nebensächlich und wundert sich, daß die Exekutive der Sache solche Bedeutung beimißt. Übrigens werden die Namen im Januar geändert werden.

Gen. Sinowjew hat die Gruppe „Mot Dag“ eine Levi-Gruppe in der norwegischen Partei genannt. Ich gehöre dieser Gruppe an. Sie besteht hauptsächlich aus jungen Akademikern. Diese Gruppe hat sich nie gegen ihre Partei in irgendeiner Weise verräterisch gewendet. Es ist überhaupt kein Grund vorhanden, in der norwegischen Partei eine Levigruppe zu entdecken.

Redner wendet sich gegen die Genossen aus der Parlamentsfraktion seiner Partei, die planmäßig auf das Zusammengehen mit den Bürgerlichen, auf den „Ministersozialismus“ hinarbeiten. Auf diese Weise käme man zu einer „Arbeiterregierung“, die auch aus bürger-

lichen Parteien bestehen würde. Die Fraktion habe sogar darüber diskutiert, ob man ein bürgerliches Bankinstitut mit Staatsmitteln unterstützen soll, wenn es vor einer Krise steht, und sie ist dafür eingetreten, daß man in einzelnen Fällen ein solches bürgerliches Bankinstitut unterstützen muß.

BUCHARIN (lebhaft begrüßt): Zuerst will ich folgendes bemerken: Es ist sonderbar, daß hier auf diesem internationalen kommunistischen Weltkongreß kein einziger Redner über die internationale Lage, über die Lage in allen Parteien gesprochen hat. Fast jeder Redner — ohne Ausnahme — sprach ausschließlich über die Lage in seiner eigenen Partei. Das bedeutet, daß wir noch zu sozialdemokratisch sind, daß wir noch nicht gewöhnt sind, die Lage innerhalb des ganzen internationalen Kreises zu analysieren, und ich möchte hier versuchen, die Taktik der Exekutive im Kreise der ganzen Internationale nach verschiedenen Gruppierungen, nach verschiedenen Tendenzen innerhalb der Internationale zu analysieren.

Ich möchte sie zuerst aufzählen: Erstens die *zentristischen Tendenzen*; zweitens die *halbreformistischen* Tendenzen, die aber eine „linke“ Maske tragen und phraseologisch als Linke dastehen; drittens verschiedene *Übergangsformen*, die teilweise syndikalistisch, teilweise reformistisch sind; viertens die *eigentlichen Linken*, die die sogenannten linken Fehler begehen, und fünftens den *eigentlichen Kern der Internationale*, der, wie wir hoffen, die richtige Politik verfolgt.

Die zentristischen Tendenzen *haben auch ihre Maske*, sie besteht darin, daß sie alles annehmen, was man ihnen vorlegt. Aber später schimpft man natürlich über das Moskauer Diktat mit der ganzen kommunistischen Energie. Das ist nach außen zunächst ganz loyal, aber die große Gefahr besteht darin, daß alles auf dem Papier bleibt; nach der Annahme guter Resolutionen macht man überhaupt nichts. Wenn wir die französischen Zentristen betrachten, so können wir ihre Taktik definieren als den Kampf um die Eroberung der Macht, aber immer nur innerhalb des Rahmens ihrer Partei (Heiterkeit). Der Kampf der Gewerkschaften, das Wichtigste, verläuft abseits der Partei. Die Partei kümmert sich darum nicht. Das Zentralorgan ist bis jetzt noch kein kommunistisches Organ. Wir haben innerhalb der zentristischen Tendenz der französischen Partei nicht nur eine stark ausgeprägte pazifistische Strömung, sondern auch eine direkt antikommunistische Tendenz.

Was die norwegische Partei betrifft, so sind wir gegen die Benennung „Sozialdemokrat“, nicht weil wir eine Idiosynkrasie gegen bestimmte Worte und Buchstaben haben; wir können beweisen, daß auch inhaltlich diese Zeitungen halb sozialdemokratisch sind. Man soll nicht glauben, daß das eine Kleinigkeit sei. Hier haben wir wieder eine Maske.

Einige von den zentristischen und halbzentristischen Elementen bilden eine besondere Kategorie, sie treten immer unter der „linken“ Maske auf. In der Agrarfrage kritisierte uns unser Freund Serrati sehr scharf von links aus. Er sagte: Was für ein Marxismus ist das, wenn Sie einen Teil des Grund und Bodens an die Bauern, an das Kleinbürgertum geben? Das klang sehr schön. Aber die Erfahrung hat gezeigt,

daß es nur ein Deckmantel war. Und auch Gen. Serrati wird das, hoffe ich, nicht negieren. Der Kern war etwas verfault. In der Nationalitätenfrage kritisierte uns Herr Levi. Er meinte, es sei von unserer Orthodoxie nichts übrig geblieben. Die russischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre schreien in allen Gassen, daß sie gegen die neue ökonomische Politik sind und die wirklichen Arbeiterinteressen vertreten. Das ist eine Kriegslist, und die wollen wir entlarven.

Das Hauptmerkmal der französischen Genossen ist reine Passivität. Aber sie haben einen Deckmantel: die Gefahren der Einheitsfront. Gen. Duret sprach vor wenigen Tagen gegen den Ausschluß von Verfeuil und Comp. Er war und ist auch bis jetzt für die Autonomie der Gewerkschaften, und nun bezichtigt er uns des Opportunismus!

Die sachlichen Argumente des Gen. Duret? Das erste: man könne mit unserer Partei nicht manövrieren, weil sie manövrierunfähig sei. Aber bei uns fangen die Parteien an zu manövrieren, obwohl sie unvollkommen sind, und nur im Verlauf des Manövrierens kann man wirkliche Parteien bilden.

Ein weiteres Argument: die sozialistischen Opportunisten waren nicht einverstanden, mit uns zusammen zu marschieren. Welch schlagendes Argument! Das dritte sehr komische Argument: für Deutschland sei die Einheitsfronttaktik sehr gut, aber nicht für Frankreich. In Deutschland sind die Massen organisiert, hier aber unorganisiert. Wo ist hier der Schatten eines Beweises? Auch soll man eben die Unorganisierten gewinnen.

Nun zu Gen. Vajtauer. Was er hier aufgetischt hat, hat mit dem Kommunismus gar nichts gemein, dagegen sehr viel gemeinsames mit dem kleinbürgerlichen Proudhonismus. Sein einziges Mittel — niemand soll von den unbarmherzigen Kapitalisten etwas kaufen, ist glänzend. Das ist kein Marxismus und theoretisch von A bis Z falsch. Seine These, daß der Arbeiter vom Handelskapital mehr als vom produktiven Kapital ausgebeutet werde, ist himmelschreiend. Die Taktik ist aber nicht nur lächerlich, sondern absolut opportunistisch. Es ist ernst zu nehmen, daß solche Gedanken einen gewissen Anklang finden, sogar unser Freund Bordiga hat während der ganzen Rede applaudiert. Was soll das bedeuten?!

Einige Worte über die sogenannten linken Fehler, zunächst über die Rede der Gen. Ruth Fischer. Ihr Fehler besteht in der Übertreibung einiger Gefahren, aber in einigen Fällen war die Kritik richtig. Sie meint allerdings, die Jagd nach organisatorischer Stärke sei ein Überbleibsel sozialdemokratischen Geistes. Nein, das ist keineswegs so. Das Entscheidende ist natürlich die Masse, aber der Kern muß eine Organisationsform haben.

Jetzt zu dem Gen. Bordiga. Er will die statutarische Fixierung des Unbekannten. Also, zuerst alle Eventualitäten ausrechnen, dann verschiedene Vorsichtsmaßregeln ausarbeiten, um ja keinen Sündenfall zu begehen. Gen. Bordiga sagt: Elastizität und Eklektizismus. Diese Begriffe braucht er als synonyme Begriffe. Was soll das bedeuten. Was die russische Partei als ihre größte Eroberung betrachtet, das ist dem Gen. Bordiga gleichbedeutend mit Prinzipienlosigkeit und kleinbürgerlichem Zynismus. Er sagt: Ja, ich bin ein Zentralist, dann aber

kommt er mit den „Abers“: die Internationale ist keine Kaserne, wir sind keine Soldaten usw. usw. In Wirklichkeit fordert er eine größere nationale Autonomie der Parteien. In Italien ist das wichtigste Problem das Problem der Vereinigung mit der Sozialistischen Partei, und Gen. Bordiga verliert kein Wort darüber!

Genossen, wir haben die linken Fehler korrigiert nicht vom Standpunkte „rechts“ oder „links“, sondern vom Standpunkt der *richtigen proletarischen* Taktik. Deshalb fordere ich sie auf, die Taktik der Exekutive als Ihre eigene zu ausprobieren.

CARR (Amerika): Die Kommunistische Partei Amerikas ist mit der Taktik der Exekutive im letzten Jahr vollkommen einverstanden. Die Moskauer Thesen führten bei uns zunächst zu starken Meinungsverschiedenheiten, nun aber ist in dieser Frage volle Übereinstimmung erzielt worden, die Thesen wurden von $\frac{9}{10}$ unserer Parteimitglieder angenommen.

Die Einheit der Partei in Amerika wurde von der Exekutive anbefohlen. Auch in dieser Frage hat die Exekutive richtig gehandelt. Nach monatelangem Streit ist der Befehl der Exekutive durchgesetzt worden.

Gen. Sinowjew sagt, wir haben eine sehr kleine Partei, dagegen eine starke linke Bewegung unter den Arbeitern. Gen. Sinowjew scheint nicht ganz sicher zu sein, ob wir in Amerika den richtigen Weg gehen. Die linke Arbeiterbewegung ist zum großen Teil heute die Arbeit unserer Partei. Unsere Parteigenossen wirken in den Zellen der Gewerkschaften, und einige Gewerkschaftsführer reisten nach Moskau unter dem Druck unserer Zellen in den Gewerkschaften. Es ist also nicht ganz richtig, die Partei und die Gewerkschaftsbewegung voneinander zu trennen.

FAURE: Ich will Ihnen nach Möglichkeit einiges über die Lage meines Landes mitteilen. In Frankreich ist die Arbeitslosigkeit beinahe verschwunden, dafür aber steht das Land mitten in einer Teuerungs- und Lohnkrise. Man hat in der Gewerkschaft der Bergleute z. B. die Löhne um ungefähr 3 Francs herabgesetzt und man denkt daran, einen weiteren Lohnabbau vorzunehmen. Der Index der Lebenshaltung wird ungefähr mit 35 % der Vorkriegszeit angegeben, als das Gehalt noch ungefähr 6 Francs täglich betrug. Folglich müßte man, um einen normalen Lohn zu erhalten, heute 18—20 Francs täglich verdienen. Daraus ergibt sich immerhin ein Zustand, der sich dem Elend nähert. Die Schieber und Wucherer erschweren die Wirtschaftslage der Arbeiter noch mehr. Auch die Wohnungsnot drückt auf die Arbeitermassen. Während man z. B. in Deutschland 170 000 Häuser gebaut hat, während England ca. 10 Milliarden für den Bau von billigen Wohnhäusern bereit gestellt hat, hat Frankreich nur 300 Millionen ausgegeben.

Im Jahre 1929 werden wir eine Schuld von 430 Milliarden haben. Als kürzlich die Phrase: Deutschland wird zahlen! in der französischen Kammer ausgesprochen wurde, brachen alle Abgeordneten in ein Gelächter aus. Niemand will zahlen, die französische Bourgeoisie ebenso wenig wie eine andere. Die Bourgeoisie sucht die Lasten auf das französische Proletariat abzuwälzen.

Wir können folglich behaupten, daß die Lage unseres Landes sich immer revolutionärer gestalten wird. Die Bourgeoisie hat die „freiwillige Bürgerwehr“ geschaffen, die gelegentlich des Streikes im Jahre 1920 zum ersten Male erprobt wurde, um auf den Lokomotiven die Fahrer und Heizer zu ersetzen. Aus offiziellen Dokumenten geht hervor, daß man ihnen 8 Pakete Patronen gegeben hat. Man schafft auch eine Organisation beweglicher Gendarmerie. Allein für die Gegend von St. Etienne sind 200 Gendarmen vorgesehen, und man weiß, was das in einem solchen Arbeitszentrum bedeuten will. Die Bourgeoisie hegt auch den Plan, die städtische Polizei zu nationalisieren.

Die Bourgeoisie weiß also, was ihrer morgen harret und ergreift alle möglichen Vorsichtsmaßregeln.

Deshalb glauben wir, daß in unserer französischen Partei bald vollständige Einigkeit herrschen wird und die Einheitsfront aller revolutionären Elemente durchgeführt werden muß.

Redner beklagt sich über die scharfe Kritik, die die deutschen Genossen an der französischen Partei geübt haben und erklärt: Wir wollen treue Soldaten der 3. Internationale bleiben (*Rieux*: Das ist eine Rede für eine öffentliche Versammlung, aber nicht für den Kongreß der Internationale!). Das ist Deine Ansicht, Du hättest es wohl vorgezogen, Klatschereien des Parteitags von Paris hier vorzubringen. Ich habe es für nötig gehalten, die Internationale über das zu unterrichten, was in meinem Lande vorgeht. Unser Landeskongreß hat bewiesen, daß wir den Willen haben, der 3. Internationale treu zu bleiben. Wir verlangen keine Prämien, uns genügt, unsere Aufgabe voll erfüllt zu haben (Beifall).

SECHSTE SITZUNG

AM 12. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitzender: Kolarow, später Marchlewski.

Redner: Rosmer, Radek, Peluso, Ravesteyn, Landler, Acevedo, Donski, Kolarow, Bucharin, Katayama, Rakosi.

ROSMER: Frankreich nimmt seit dem imperialistischen Krieg eine wichtige Stellung ein, die französische Armee bildet überall das Werkzeug der Gegenrevolution und unsere Genossen von den übrigen Parteien haben das gute Recht, hier über die Aktion der französischen Partei die Kritik zu üben, die sie für notwendig erachten.

Redner teilt vollkommen die von Meyer (Deutschland) ausgesprochene Ansicht über die Verquickung der Interessen der deutschen und französischen Bruderparteien. In der Frage der Einheitsfront ergänzt Redner die Ausführungen Durets, indem er darauf hinweist, daß die Einheitsfront den französischen Arbeitern als eine Taktik der Vereinigung des Kommunismus in Form der Rückkehr zum Reformismus hingestellt wurde. Die Genossen, die diese gefährliche Phantasie entfalteten, waren zweifellos aufrichtig; sie ist auf die Unkenntnis der internationalen Bewegung zurückzuführen.

Redner gibt einen Überblick der Einheitsfrontfrage in Frankreich und warnt u. a. davor, die alte reformistische C. G. T. als nunmehr gar nicht mehr in Betracht kommende Größe anzusehen. Gewisse Berufe, gewisse Industrien von großer wirtschaftlicher Bedeutung, wie z. B. die Bergleute, verfügen hier noch über große Kräfte.

Unendliche Diskussionen haben stattgefunden, aber die Taktik der Einheitsfront hat sich in Wirklichkeit selbst durchgesetzt. Sie setzte sich gegen die Kommunistische Partei Frankreichs durch, die beständig gegen sie gewesen war. Gewiß birgt die Einheitsfronttaktik Gefahren. Aber würden wir diese ohne die Einheitsfronttaktik vermeiden? Genossin Ruth Fischer, die die französische Opposition der Einheitsfront für sich in Anspruch zu nehmen versuchte, zeigte aber, daß ihre Haltung mit deren Haltung nichts gemein hat.

Die K. I. hatte schon 1920 die internationale Arbeiterbewegung gerettet, als sie den Revolutionären untersagte, die reformistischen Gewerkschaften zu verlassen. Mit der Taktik der Einheitsfront hat sie von neuem die Arbeiterbewegung gerettet.

Die französischen Genossen beklagen sich über § 9 der Statuten der K. I. und meinen, dieser gebe der Exekutive allzu große Vollmachten. Das sind dieselben Genossen, die sich für die Abhaltung der Landeskongresse nach den internationalen Kongressen einsetzen. Aber die Genossen erkennen allmählich, daß sie durch die Lockerung der Bande, die die Parteien mit der Exekutive verbinden, der Partei einen schlechten Dienst erweisen. Der Gen. Duret hat sich sehr verändert, seit er Paris verlassen hat. Ich erkenne ihn nicht wieder.

In der Frage der Betriebsräte meint der Redner, die Schwierigkeiten seien auf diesem Gebiet in Frankreich ebenso groß wie in England. Redner teilt in dieser Hinsicht die Bedenken des Gen. Murphy. (Beifall.)

VORSITZENDER unterbreitet den Vorschlag der holländischen Delegation, die Redezeit der eingeschriebenen Redner auf fünf Minuten zu beschränken. Dazu reden: *Radek*, *Peluso*, *Ravesteyn* und *Landler*. Letzterer bittet, ihm zur ungarischen Frage eine längere Redezeit zu gewähren.

ACEVEDO (Spanien): Als Gen. Humbert Droz in Spanien war, richtete die K. P. Spaniens einen Offenen Brief an die Sozialisten, an die reformistischen Syndikalisten, an die Syndikalisten und an die Anarchisten, wobei es sich um eine gemeinsame Aktion anlässlich des Bergarbeiterstreiks handelte. Es wurde auch ein dreimonatlicher Streik durchgeführt. Das Resultat dieses Streiks war, daß die Arbeiter unter Annahme einer nur 5prozentigen statt der angedrohten 20prozentigen Lohnreduktion zur Arbeit zurückkehrten.

Mit der Taktik der Einheitsfront kann man auch Erfolge gegen die Reaktion in Spanien erzielen. Redner äußert sich abfällig über die Arbeiterregierung, als eine reformistische Illusion. Die Ausführungen Lenins über die Kinderkrankheiten der Kommunistischen Partei müssen ebenfalls in Verbindung mit der Arbeiterregierung betrachtet werden.

DOMSKI (Polen) wendet sich zunächst gegen die Behauptungen Michalkowskis, die Opposition in der polnischen Partei sei eine

K. A. P.-Richtung. Diese Fraktion hat auf der letzten Parteikonferenz $\frac{1}{4}$ der Konferenzmitglieder ausgemacht und ihr Führer, Slussarski, wird seit sechs Jahren regelmäßig in die Parteizentrale gewählt. Es wäre eine Schande für die K. P. P., wenn das wirklich K. A. P.isten wären. Das ist nicht der Fall. Diese Genossen sind keine K. A. P.isten, sondern bilden eine kommunistische Linke. Übrigens stimme ich mit dem Gen. Slussarski wegen seiner antiparlamentarischen Einstellung nicht überein.

Zur Frage der Einheitsfront ist zu vermerken, daß nicht die Einheitsfronttaktik, sondern ganz andere objektiven Bedingungen es waren, die das erfreuliche Wachstum der deutschen Kommunistischen Partei hervorrufen. Gen. Radek führte einen anderen Erfolg dieser Taktik an, nämlich, daß man verhindert habe, daß während der Rathenauaktion die Sozialdemokratie sich auf uns stürzte. Ich glaube aber, die Taktik während des Kapp-Putsches war noch viel harmloser als in der Rathenauaktion, und doch hat sie die Sozialdemokraten nicht verhindert, sich offen mit der Reaktion zu verbinden. (Zuruf *Radek*: Was ist Reaktion?) Ja, wenn Du das nicht weißt! (Heiterkeit.)

Einen anderen „Sieg“ hat Meyer angeführt: die U. S. P. D. hat sich mit der S. P. D. vereinigt. Ja, ein großer Sieg, aber nicht der unsrige, sondern der Sozialdemokraten! Ich wünsche Euch weniger solcher Siege, Ihr könntet Euch totsiegen.

Erfreulicherweise wird jetzt die Taktik der Einheitsfront ganz anders gehandhabt. Ich denke an die Betriebsrätebewegung in Deutschland. Das ist die richtige Taktik.

Wir in Polen haben auch manche Erfahrungen mit der Einheitsfronttaktik. Wir haben uns an die Sozialpatrioten wegen einer gemeinsamen Demonstration gewandt. Was waren die Folgen? In Warschau haben wir auf eine eigene Demonstration verzichtet, in Krakau wurden 15 unserer Genossen von der P. P. S. blutig mißhandelt.

Ich muß direkt zur Frage der Teilforderungen und der Arbeiterregierung übergehen, die uns hier beschäftigt hat. Wegen der Arbeiterregierung war ich in derselben Lage wie mein Freund Duret, ich konnte nicht verstehen, was die Arbeiterregierung in unserer Taktik bedeutet. Gen. Radek hat mich privat getröstet, daß diese Regierung für Polen nicht in Betracht komme. (*Radek*: Das habe ich nicht gesagt.)

Gen. Radek sagt, die Arbeiterregierung ist keine Notwendigkeit, aber eine Möglichkeit, und es wäre Unsinn, diese Möglichkeit abzulehnen. Nun ist die Frage die, ob wir alle Möglichkeiten auf unsere Fahne schreiben, und ob wir dadurch ihre Wirklichkeit beschleunigen. Ich glaube, daß wir uns nach wie vor auf den Kampf um die proletarische Diktatur einstellen müssen. Und wenn die Arbeiterregierung kommt, so kommt sie auch dann, wenn wir für unser volles Programm agitieren und kämpfen.

Manche Genossen geben aber der Losung der Arbeiterregierung eine andere Auslegung. Unser Kampf gehe um die proletarische Diktatur, nur könnten wir das nicht sagen. Die Arbeitermassen haben Furcht vor der kommunistischen Diktatur und wenn wir auch sagen, die proletarische Diktatur sei keine kommunistische Diktatur, so glauben sie uns nicht.

Nun glaube ich, wenn man im Kampfe um die kommunistische Diktatur auf Gegner stößt, so begegnet man dem nicht dadurch, daß man Losungen aufstellt, die ein Pseudonym sind, wie Gen. Sinowjew richtig sagte. Wir müssen ganz klar unsere revolutionären Losungen aufstellen. Diese Losungen müssen wir aufstellen, formulieren und unterstützen. Aber wir dürfen keine Losungen aufstellen, an die wir selbst nicht glauben, keine Entlarvungsparolen, keine Manövrierungsparolen.

Die Arbeiterklasse ist nicht so dumm und nicht so feige, wie manche denken. Die Arbeiterklasse will für die Revolution kämpfen. Wer kürzere oder längere Zeit hindurch mit der Arbeiterklasse in ihrer Sprache spricht, den wird sie verstehen. Also keine Entlarvungs- und Manövrierungsparolen, die die Arbeiter irreführen, sondern reale Forderungen!

KOLAROW: Im Namen der Kommunistischen Balkanföderation erkläre ich, daß die Balkanparteien die allgemeine politische Richtlinie, die das Exekutivkomitee seit dem 3. Kongreß verfolgt hat, vollkommen billigen. Außer der theoretischen Zustimmung zur Einheitsfronttaktik haben die Balkanparteien auch versucht, sie praktisch anzuwenden. Dank dieser Taktik gelang es uns in Bulgarien, die Beamten, diesen trügsten Teil des Proletariats des Landes, in Bewegung zu setzen und ihn unter der Leitung der Kommunisten in den Kampf zu führen. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien in Jugoslawien und in Rumänien, die diese Elemente immer bevormundet haben, sehen jetzt, wie ihr ganzer Einfluß auf diese Elemente dahinschwindet.

Wir billigen vollkommen die Schritte der Exekutive in den An gelegenheiten der französischen, italienischen, tschechoslowakischen, norwegischen etc. Parteien.

SEIDEN (Tschechoslowakei): Im Namen der tschechoslowakischen Delegation, mit Ausnahme des Gen. Vajtauer, erkläre ich, daß wir die Tätigkeit der Exekutive seit dem 3. Kongreß gutheißen.

In der Frage des Ausschlusses der Opposition werden wir die Entscheidung des Kongresses anerkennen. Ich mache nur den Kongreß darauf aufmerksam, daß durch die Entscheidung der Exekutive die Autorität des Parteivorstandes untergraben wurde.

Redner betont als großen Erfolg des verflossenen Jahres, daß die Partei mit Hilfe der Exekutive in der Tschechoslowakei eine einheitliche zentralisierte Organisation geschaffen hat.

LANDLER (Ungarn) verteidigt die ungarischen Emigranten gegen die Ausführungen Sinowjews und schlägt die Einsetzung einer Kommission für die ungarische Frage vor. Er wendet sich an den Kongreß mit der Bitte, zwei Vertreter der Emigration zum Kongreß zuzulassen und zur Untersuchung der ungarischen Frage eine Kommission einzusetzen. Schließlich möge der Kongreß gegen die verbrecherischen Greueltaten in Horthy-Ungarn protestieren (Beifall).

KATAYAMA: Die Kommunistische Partei Japans erklärt sich mit dem Bericht des Gen. Sinowjew einverstanden. Die K. P. Japans ist illegal und noch jung. Unsere Gewerkschaften sind Kampf gewerkschaften und mit keiner Tradition belastet. Wir haben keine Hender-

sons und Gompers. Wir haben die Einheitsfront in einer Reihe von Fällen angewandt. Als die Regierung einen Gesetzentwurf gegen die radikale Bewegung einbrachte, haben sich die Gewerkschaften aller politischen Schattierungen, Anarchisten, Syndikalisten, Kommunisten und Gemäßigte zusammengetan und eine so wirkungsvolle Propaganda-kampagne begonnen, daß die Regierung von ihrem Plan Abstand nehmen mußte. Alle Gewerkschaften und alle radikalen Vereinigungen arbeiten jetzt gemeinsam gegen eine Intervention und für die Anerkennung Sowjetrußlands. Die Hungeraktion geht unter der Kontrolle der K. P. vor sich.

Ich will von meinen Eindrücken während der letzten Tage sprechen. Ihr, Genossen von Frankreich, Italien und anderen Ländern, Ihr ver geßt den Feind und kämpft gegen Euch selbst. Ich muß sagen, ich habe hier noch nichts gehört über eine internationale Einheitsfront. Die kolonialen Länder brauchen eine Einheitsfront, um den Kapitalismus niederzuzwingen. Die Einheitsfront ist kein Kompromiß mit dem Kleinbürgertum. Nein, sie ist ein Kompromiß mit den Arbeiterführern, um zu den Arbeitern zu gelangen, die diesen Führern noch folgen. Sie wird die kommunistische Bewegung stärken und uns instandsetzen, unser Ziel zu erreichen.

RAKOSI wendet sich gegen die Ausführungen Ländlers. Die Exekutive hat mit Recht in der ungarischen Frage eingegriffen. Den Fraktionskämpfen muß ein Ende gesetzt werden. Ich bin vollkommen mit dem Teile des Vorschlages des Gen. Landler einverstanden, daß der Weltkongreß seine Sympathie für die Gemarterten zum Ausdruck bringe und gegen die Folter Protest einlege. Wir haben nichts gegen die Untersuchung der ungarischen Angelegenheit, aber ich möchte energisch dagegen Verwarnung einlegen, daß die Angelegenheit der ungarischen Partei noch einmal vor die Exekutive oder vor den Weltkongreß kommt. (Beifall.)

SIEBENTE SITZUNG

AM 12. NOVEMBER 1922, ABENDS.

Vorsitzender: *Marchlewski.*

Redner: *Marshall, Sullivan, Friedländer, Wujowic, Malaka, Sinowjew, Scoccimaro, Graziadei, Duret, Souvarine, Dormoy, Peluso, Meyer, Peri, Domski.*

MARSHALL (Amerika): Die Kleinheit der Partei in den Verei nigten Staaten darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Probleme des Landes zu den größten Problemen der Weltrevolution ge hören. Nach dem Gen. Carr spielt sich das Leben innerhalb der Partei in den Vereinigten Staaten einfach auf Grund der Thesen ab, die von der Exekutive in Moskau angenommen wurden und dann nach Amerika übermittelt wurden. Aber so einfach spielen sich die Dinge doch nicht ab.

Die Exekutive erklärte, daß in den Vereinigten Staaten die Anwendung der Taktik der Einheitsfront auf politischem Gebiet nicht den Zusammenschluß verschiedener revolutionärer Gruppen und Parteien bedeute, weil wir solche Gruppen und Parteien nicht haben. In den Vereinigten Staaten bedeutet die Anwendung der Einheitsfronttaktik, erst das politische Bewußtsein der Arbeitermassen zu wecken und sie daraufhin in den Kampf zu führen. In der Lösung dieses Problems helfen uns ja die Kapitalisten. Jetzt, nach den großen Streiks, wachen die Arbeitermassen auf. Die Organisation der Eisenbahner, die etwa eine halbe Million Mitglieder umfaßt, der Bergarbeiterverband mit einer halben Million Mitglieder, die Maschinistenorganisation mit über 200 000 Mitgliedern fordern in ihren Resolutionen und auf ihren Kongressen, daß eine Organisation geschaffen werde für den politischen Kampf.

Was sollen wir Kommunisten nun in diesem Falle tun? Es scheint, daß uns drei Wege offen stehen. Erstens gegen diese Tendenzen, die in letzter Linie auf die Schaffung einer Arbeiterpartei hinauslaufen, und damit gegen die Tendenzen der selbständigen politischen Betätigung der Arbeiterklasse zu opponieren oder aber dieser Tendenz passiv gegenüber zu stehen, oder die Führung dieser Bewegung zu übernehmen. Die Majorität des Zentralkomitees entschied, sich dieser Bewegung zu bemächtigen und zu versuchen, die Initiative zu ergreifen. — Der Redner ist entschieden für diese Lösung, bemerkt aber, daß hierin der fundamentale Konflikt lag, der sich in der amerikanischen Partei in bezug auf die Einheitsfronttaktik entwickelte. Zum Schluß verteidigt er die Zurückziehung der kommunistischen Kandidatur bei den Wahlen in New York zugunsten des sozialdemokratischen Meyer-London. Dies sei als ein Manöver aufzufassen, das den Zweck verfolgte, der unaufgeklärten jüdischen Volksmasse die Gelegenheit zu geben, sich an den Sozialpatrioten zu enttäuschen.

SULLIVAN (Amerika): Ihr habt zwei Vertreter Amerikas gehört. Gen. Carr hat wenigstens gute Absichten. Gen. Marshall ist ein Vertreter der Menschewiki, er trägt eine Maske. Ich selbst vertrete die linken Elemente in der Partei, von denen 4000 ausgeschlossen wurden und 1000 im letzten Jahr aus eigenem Antrieb die Partei verließen. Bis zum September d. J. regierte in der Partei die Marshall-Fraktion und die schloß aus.

Die Exekutive hat den rechten Flügel der amerikanischen Partei zu sehr unterstützt. Sie hat es versäumt, die 21 Punkte auch in Amerika anzuwenden. Hätte sie es getan, so hätten wir heute hier den Vertreter des rechten Flügels nicht gehört. Das offizielle Organ der Partei bezeichnet z. B. die Genua-Konferenz als „ehrlichen Versuch der Beherrscher Europas, den vom Krieg angerichteten Schaden wieder gut zu machen“. Ebenso plädiert es für milde Bestrafung der S. R. usw. War das die Politik des Kommunismus? (*Marshall*: Können Sie diese Zeitungen vorlegen?) Ich werde sie der amerikanischen Kommission vorlegen.

Für gewisse Genossen hat der Ruf nach der Einheitsfront etwas „faszinierendes“. Ein Herr X. X. hält die Zeit für wiedergekommen, „wo es nur eine sozialistische Partei und eine Internationale geben wird“. Marshall hat eine Kampagne angefangen, um die illegale Kom-

munistische Partei aufzulösen und nur eine legale Organisation zu behalten, ganz wie es die alten russischen Liquidatoren machten. Solange die K. I. nicht darauf besteht, daß der menschewistische rechte Flügel aus der Partei ausgeschlossen werde, werden wir keine gesunde kommunistische Bewegung in Amerika haben.

FRIEDLÄNDER bringt den Antrag auf Schluß der Debatte ein. Es sollen nur noch die Vertreter der Parteien, die noch nicht gesprochen haben, zu Worte kommen, und zwar die Vertreter der Ostvölker und der Jugend.

Der Antrag wird angenommen.

WUJOWIC: Die Kommunistische Jugendinternationale stimmt der von der Exekutive der K. I. befolgten politischen Linie zu.

Die Jugendorganisationen Deutschlands, Frankreichs, der Tschechoslowakei und anderer Länder haben die Einheitsfront mit Erfolg angewandt.

Die Kommunistische Jugendinternationale will besonders einen Punkt hervorheben, der ihr in der Rede des Gen. Sinowjew grundlegend erscheint, nämlich die Bildung kommunistischer Zellen in allen Fabriken und Betrieben. Unsere Organisation in Frankreich hat bereits den ersten Anfang auf diesem Gebiete in der Gegend von Lyon gemacht. In Frankreich und in anderen Ländern, wo die Exekutive mit einem gewissen Widerstand der Kommunisten zu rechnen hatte, waren die Jugendorganisationen stets die ersten, um der Exekutive ihre Unterstützung zu gewähren. (Beifall.)

MALAKA (Holländisch-Indien): Ich muß einige Fragen an die Genossen Sinowjew und Radek richten. Müssen wir die nationale Boykottbewegung unterstützen oder nicht? Zweitens, müssen wir den Pan-Islamismus unterstützen, — ja oder nein? Wenn ja — wie weit müssen wir gehen?

Der Boykott ist sicherlich keine kommunistische Methode, aber eine Methode, die bei der politisch-militärischen Unterjochung im Osten eine der stärksten Waffen ist. Man kann sogar sagen: Der Boykott ist die Unterstützung des einheimischen Kapitalismus. Aber wir wissen, daß nach der Boykottbewegung in Britisch-Indien jetzt noch 18 000 Führer in den Gefängnissen schmachten und daß durch den Boykott eine sehr revolutionäre Stimmung hervorgerufen wurde. Die englische Regierung war sogar gezwungen, die japanische militärische Hilfe zu erbitten, für den Fall, wenn die Boykottbewegung in einen offenen, bewaffneten Aufstand übergehen sollte.

Was den Pan-Islamismus betrifft, so haben wir in Java eine große Vereinigung „Sarekat-Islam“ (Islam-Bund), die 1912—1916 gegen eine Million Mitglieder hatte, — es können auch drei oder vier Millionen gewesen sein. Bis 1921 haben wir mit ihr zusammen gearbeitet. Unsere Partei bestand aus 13 000 Mitgliedern. 1921 hat Sarekat-Islam unser Programm angenommen. Aber nachher kam es zu einer Spaltung infolge einer ungeschickten Kritik gegen die Führer der Sarekat-Islam. Die Regierung hat die Spaltung ausgenutzt und hat auch den Beschluß des 2. Kongresses der K. I.: „Kämpft gegen den Pan-Islamismus“ ausgenutzt.

Man hat uns in öffentlichen Versammlungen gefragt: „Seid Ihr Moslems, glaubt Ihr an Gott — ja oder nein?“ Und was haben wir gesagt? „Ja“, habe ich geantwortet, „wenn ich vor Gott stehe, da bin ich ein Moslem, wenn ich aber vor Menschen stehe, dann bin ich kein Moslem, weil Gott gesagt hat, daß es unter Menschen viele Satane gibt!“ (Lebhafter Beifall.) Und so haben wir mit dem Koran in der Hand auch ihren Führern eine Niederlage bereitet und wir haben auf unserem Kongreß im vorigen Jahre die Sarekat-Islam-Führer gezwungen, mit uns zusammen zu arbeiten. Als im März v. J. der Generalstreik ausbrach, wandten sich die moslemitischen Arbeiter an uns, weil wir die Eisenbahner unter unserer Führung hatten. Und wir sagten ihnen: „Ja, Euer Gott ist mächtig, aber auf dieser Welt sind die Eisenbahner mächtiger, sie sind das Exekutivkomitee Gottes auf dieser Welt“ (Heiterkeit).

Übrigens hat der Pan-Islamismus nicht mehr seine ursprüngliche Bedeutung, sondern bedeutet jetzt den nationalistischen Freiheitskampf aller unterjochten mohammedanischen Völker. (Lebhafter Beifall.)

Schlußwort SINOWJEW.

Genossen, erlauben Sie mir, daß ich zunächst das Kapitel der Arbeiterregierung etwas ausführlicher bespreche. Es ist mir nicht ganz klar, ob wirklich in unserer Mitte ernste Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage bestehen, oder ob diese Frage vielleicht nur nicht ganz erläutert worden ist, und ob es sich nicht teilweise nur um Terminologie handelt. Für mich handelt es sich absolut nicht um das Wort „Pseudonym“, das hier zitiert worden ist. Ich bin gerne bereit, in diesem Streite um das Wort nachzugeben. Aber es handelt sich um die *Auffassung*. Jede bürgerliche Regierung ist zugleich eine kapitalistische Regierung. Aber leider ist nicht jede Arbeiterregierung eine proletarische, eine sozialistische Regierung. Dieser Gegensatz ist sehr tiefer Natur. Es ist eine Umschreibung der Tatsache, daß die Bourgeoisie innerhalb unserer Klasse ihre Vorposten hat.

Ich kann mir vier Arten von Arbeiterregierungen vorstellen und dabei wird die Liste der Möglichkeiten bei weitem noch nicht erschöpft. Erstens eine ihrem Inhalte nach *liberale Arbeiterregierung*, wie z. B. die australische Arbeiterregierung. Das sind *bürgerliche Arbeiterregierungen*, wenn man so sagen darf. Diese Möglichkeit ist jetzt theoretisch auch in England gegeben. Die Kommunisten in England sind genötigt, bei gegebener Lage dafür zu stimmen, d. h. für die Labour Party. Das ist die absolut richtige Taktik. Warum? Weil das Objekt ein Schritt vorwärts sein wird; die liberale Regierung in England wird am besten den Bankrott des Kapitalismus vorbereiten. Dieselbe Rolle spielten in Rußland vom Februar bis Oktober 1917 die Menschewiki.

Der zweite Typus ist der einer *sozialdemokratischen Regierung*. Sie kann ebenfalls eine Etappe zur Revolutionierung der Lage sein.

Ein dritter Typus ist die sogenannte *Koalitionsregierung*, d. h. eine Regierung, in der Sozialdemokraten, Gewerkschaftsführer und vielleicht auch Kommunisten sitzen. Eine solche Regierung ist noch nicht die Diktatur des Proletariats. Sie ist vielleicht ein Ausgangspunkt zur Diktatur des Proletariats. Wenn alles gut geht, so werden wir aus

einer solchen Regierung einen Sozialdemokraten nach dem anderen hinausbugsiieren, bis die Macht in den Händen der Kommunisten bleibt.

Viertens eine *kommunistische Arbeiterregierung*. Von dieser vierten Möglichkeit glaube ich, daß sie ein Pseudonym der Diktatur des Proletariats ist.

Ich fürchte, daß wir auf der Jagd nach einer streng wissenschaftlichen Definition das Politische, das Revolutionäre übersehen.

Um eine Arbeiterregierung im revolutionären Sinne zu bilden, muß man zunächst die Bourgeoisie stürzen, — das ist das Wichtigste. Wir haben zweierlei zu unterscheiden: 1. unsere Agitation. Dazu glaube ich, ist die Parole der Arbeiterregierung wohl geeignet; 2. die Frage, wie die Ereignisse sich historisch entwickeln werden. Wie wird die Revolution marschieren? Wir werden versuchen, durch die Arbeiterregierung Koalitionsregierung und dann Bürgerkrieg. Aber die Revolution wird sehr wahrscheinlich anders kommen, als wir uns vorstellen, durch eine ganz andere Tür. Das haben wir auch bei unserer russischen Revolution gesehen. Man hat in Rußland verschiedene Eventualitäten vorausgesetzt, nur die Eventualität der neuen ökonomischen Politik hat niemand vorausgesehen. Die Lage ist in allen Ländern verschieden. Wahrscheinlich wird die Revolution in Deutschland und in England ganz verschieden kommen. Das soll nicht bedeuten, daß wir als bewußte Revolutionäre den Vorhang der Geschichte nicht lüften dürfen. Ich möchte sagen, die Arbeiterregierung ist eine Möglichkeit, oder richtiger eine ganz ausnahmsweise Möglichkeit. In Ländern mit einer entwickelten Bourgeoisie werden wir die Macht nicht anders erobern als im Bürgerkrieg. Aber als eine Agitationsparole ist die Arbeiterregierung richtig. Wir können damit sehr viel machen. Nur soll dabei die revolutionäre Perspektive nicht vergessen werden.

Noch eines, Genossen. Sowjetregierung bedeutet nicht immer Diktatur des Proletariats. Keinesfalls. Eine Sowjetnebenregierung hat in Rußland 8 Monate neben der Kerenskiregierung bestanden und war keine Diktatur des Proletariats. Wir waren dennoch für die Parole der Sowjetregierung.

Darum glaube ich, Genossen, daß wir ruhig die Parole der Arbeiterregierung befolgen sollen. Aber nur unter der einzigen Bedingung, daß wir uns dabei klar sind, um was es sich handelt. Keinesfalls ist dies eine Kriegslist, durch die wir der Bourgeoisie den Verzicht auf den Bürgerkrieg ablisten können. Die Internationale soll eine gute Strategie schaffen, aber es gibt keine Strategie, mit welcher man den Bürgerkrieg überlisten kann.

Wir wissen, unter Umständen kann sich eine menschewistische liberale Arbeiterregierung sogar viel blutiger als eine Bourgeois-Regierung gegen uns wenden; das hat Noske bewiesen, das haben auch unsere Menschewiki bewiesen.

Ich komme jetzt zu unseren wichtigsten Parteien. Ich werde sie in derselben Reihenfolge durchnehmen wie in meiner ersten Rede.

Also zunächst *Deutschland*. Die Gen. Ruth Fischer wirft uns vor, der 3. Kongreß habe die Levi-Gruppe nicht richtig behandelt, man habe alles in einen Topf geworfen. Das ist nicht richtig. Die Aufgabe und die Pflicht des 3. Kongresses bestand darin, den Herrn Levi allein

zu Herrn Noske gehen zu lassen. Es bestand die Gefahr, daß er einen Teil unserer Partei mitnehmen konnte.

Was die Rathenau-Affaire betrifft, so zitiert der Redner einen Brief der Exekutive an die Zentrale der deutschen Partei vom 18. Juni, in dem die Exekutive die Zentrale der deutschen Partei scharf kritisiert. In diesem Zitat heißt es, daß nie auf die Selbständigkeit der Agitation verzichtet werden soll. Das wäre einfach Selbstmord der Kommunistischen Partei gewesen. (Zuruf: Sehr richtig!) Es kann keinen Augenblick geben, wo wir vergessen, daß die bürgerliche Republik eine Schlinge um den Hals der Arbeiterklasse ist.

Und noch ein Punkt. Man kann nicht sagen, daß die Zirkus-Busch-Kampagne eine glänzende Seite unserer Berliner Organisation zeigt.

Ferner sagt Gen. Fischer: durch die Einheitsfröntillusion hat die SPD. die USP. gefangen. Das ist nicht richtig. Da schmeicheln Sie der USP. Sie wurde nicht gefangen, sondern sie wollte gefangen sein. Die deutschen Genossen sagten, besonders in Privatgesprächen, ich habe die Lage der deutschen Partei zu rosig dargestellt. Man kann aber ohne Übertreibung sagen, daß die deutsche Bruderpartei bereits die größten Schwierigkeiten überwunden hat. Ich bin überzeugt, in Deutschland wird es bald zu entscheidenden Ereignissen kommen, vielleicht noch eher als manche von den deutschen Genossen selbst denken.

Ich komme zu den französischen Genossen. Es tut mir leid, daß in der Debatte diejenigen Genossen, die etwas mehr nach rechts sitzen, sich ausschweigen. Mit Gen. Duret ist Gen. Bucharin etwas zu streng zu Gericht gegangen. Die Gruppe Duret hatte 800 Vertreter auf dem Pariser Parteitag, darunter manch gute Arbeiter. Und die Genossen, darunter Duret, sehen ihre Fehler ein und wollen sich bessern. Ich bin überzeugt, daß ein großer Teil der früheren Fraktion Renoult der Internationale wirklich treu ist. Meritorisch aber will ich Gen. Duret antworten, daß eben weil die Sozialdemokratie in Frankreich nie so stark war wie in Deutschland, der Weg zur Erfassung der Massen den französischen Genossen erleichtert wird. Und wenn er uns sagt, man hat bei uns in Frankreich die Einheitsfront als eine Wahlkombination aufgefaßt, so frage ich: aber warum habt Ihr sie nicht auf gewerkschaftlichem Gebiete, warum nicht auf ökonomischem Gebiete angewandt?

Gegenüber Gen. Rosmer besteht Redner darauf, die Betriebsrätebewegung sei jetzt die Bewegung unserer Zeit. Gewiß, es gibt objektive Schwierigkeiten, die man nicht unterschätzen soll. Die Shop-Steward-Bewegung z. B. ist in England in vielen Orten sanft eingeschlafen. Das beweist aber nur, daß in diesem Lande eine massenhafte revolutionäre Bewegung noch nicht existiert. Ich bin fest überzeugt, wenn unsere Bruderpartei in Frankreich wirklich gesunden wird, wird sie schon in dem ersten halben Jahre den Anfang zu einer ersten Betriebsrätebewegung machen können. Eine Partei wie die französische, die ein Zentralorgan mit 200 000 Abonnenten hat, kann dies in kurzer Zeit machen. Gewiß, die Hindernisse sind da, aber vieles hängt von uns selbst ab.

Ich komme jetzt zu *Italien*. Seinerzeit hat Gen. Lenin den Gen. Terracini wegen seiner Auffassung der Majorität etwas zu robust angefaßt. Und nun kommt Gen. Bordiga und sagt uns dasselbe: Mehrheit

ist eine vage Formel; er fragt in vollem Ernste: wie soll man die Mehrheit abschätzen? Es scheint, die Leute fürchten die Mehrheit. Jedenfalls will ich nicht sagen, daß wir erst dann kämpfen können, wenn wir die Mehrheit der Arbeiter organisiert haben. Bordiga hält mir vor, ich habe gesagt, daß manche Parteien ihren Einfluß gestärkt hätten, obgleich sie zahlenmäßig zurückgegangen seien. Es handelt sich eben um den Einfluß. Es wird erst nach der Machtergreifung durch das Proletariat möglich sein, die Mehrheit der Arbeiterschaft zu organisieren. Auch in Rußland fangen wir erst im 5. Jahre der Revolution an, die Mehrheit der Arbeiter organisatorisch zu erfassen. Ich werde Ihnen ein Beispiel aus einem fernen Lande New-South-Wales bringen. Wir hatten dort eine Partei von 500 Mitgliedern. Aber diese kleine Partei hat die dortigen Gewerkschaften — eine Viertel Million Arbeiter — zur Profintern gebracht, in großer Disziplin und mit großer Begeisterung. Wir verstehen durchaus die Initiative der Minderheit zu schätzen.

Einige Worte über die *Gewerkschaften in Italien*. Ich las neulich: In einer großen Fabrik stellte der Fabrikant nur Arbeiter ein, die eine faszistische Karte hatten. Die Arbeiter besorgten sich solche Karten, aber bei den Wahlen für das Fabrikskomitee bekamen die Faszisten nur 1 %, die übergroße Mehrzahl der Gewählten waren Kommunisten.

Nun über *Spanien*. Die Rede des Gen. Acevedo zeigt, daß unsere Genossen in Spanien auch gegenüber den Syndikalisten und Anarchisten einen großen Erfolg erzielt haben. Ich rate unseren französischen Freunden, sich ein Beispiel daran zu nehmen.

Ich komme nun zu der *Tschechoslowakei*. Gen. Neurath hat bewiesen, daß das Programm der Opposition nichts wert ist. Unsere Genossen in der tschechoslowakischen Zentrale beklagen sich, daß wir die Autorität der Zentrale untergraben. Ich glaube, die Rede des Gen. Vajtauer hat dazu beigetragen, ihre Autorität zu heben und den Arbeitern zu sagen, um was es sich wirklich handelt. Als wir Verfeuil, Fabre u. a. ausschlossen, hatten wir es leicht. Aber Arbeiter, selbst wenn sie Prudhon huldigen, ohne es zu wissen, die soll man nicht gleich ausschließen, da soll man abwarten und versuchen, die Genossen zu überreden. Und da sollen Genossen aus allen Ländern mitsprechen. Wir haben die K.A.P.D. ausgeschlossen, als sie schon eine ganz hilflose Gruppe war und die besten Elemente aus ihr zu der V.K.P. gekommen waren. Die tschechische Frage ist nicht nur eine Frage der tschechischen Partei, sondern eine internationale Frage, eine Frage unseres Verhaltens zu derartigen Arbeitergruppen.

Nun zu *Polen*. Ich kann zunächst Gen. Domski nicht schenken, daß er während des Russisch-Polnischen Krieges geschrieben hat, die Rote Armee, die Bajonette der Sowjetregierung nach Polen zu bringen, sei keine kommunistische Politik. Wir aber sagen: Wenn die Bourgeoisie eines Landes die Proletarier mit den Bajonetten niederhält, so werden wir glücklich sein, wenn eine Rote Armee, ob eine ungarische, italienische oder französische, den Proletariern des Nachbarlandes hilft. Gen. Domski ist natürlich kein Nationalist. Es war nur so ein kleines Überbleibsel, das manche unserer Genossen mit der Muttermilch eingesogen haben. Er sagt ferner, die Einheitsfront sei vielleicht für alle anderen Länder gut, aber für Polen taugt sie nichts. Das ist dieselbe Ideologie,

die wir schon bei den Franzosen kennen gelernt haben. Ich sage aber, gerade in einem Lande wie Polen ist die Einheitsfront am meisten am Platze. Ich sehe im Zentralorgan der P.P.S. in Warschau eine tägliche Rubrik mit der Überschrift: „Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung“. Ich meine: Wenn das schon so populär in den Massen ist, daß selbst die Sozialverräter es täglich wiederholen, so müssen wir erst recht mit der Parole der Einheitsfront kommen.

Der Gen. Slussarski führte in einer Rede auf der Parteikonferenz aus, der wirtschaftliche Diktator Rußlands sei der Bauer, und die Taktik der Einheitsfront, die einen Kontakt mit dem Opportunismus schaffe, gestatte den Einfluß der Sozialvermittler und der Opportunisten auszuüben. Das sind ja die schlimmsten Beschuldigungen, die man gegen die Sowjetregierung erheben kann (Zuruf: Levi). Ich glaube nicht, daß Slussarski mit Levi viel gemeinsam hat. Aber das ist aus dem Geiste Levis; man kritisiert von links und endet im Handumdrehen bei Levi. Eine gefährliche Marschrouten.

Noch einige Worte über *Norwegen*. Unsere Partei in Norwegen ist stark und darum müssen wir eben strenge Forderungen stellen. Ein Teil der Gruppe „Mot Dag“ ist gut, aber ein anderer besteht aus jungen Akademikern, von denen man sagen kann: Bis zum 25. Jahre sind sie rabiate Revolutionäre, mit 30 sind sie gutsituierte Advokaten und wenden sich dann gegen die Arbeiterklasse. Wir fürchten uns vor diesen Akademikern. Diejenigen, die wirklich etwas gelernt haben, sollen sich der Partei unterstellen und mit dem Proletariat für seinen Befreiungskampf arbeiten.

Nun zur Rede des Gen. *Varga*. Er hat bewiesen, daß satt sein besser sei als hungrig. In Rußland ist jetzt der Hunger vorbei, aber in anderen Ländern — das können wir nicht verbergen — kann die Diktatur des Proletariats den Hunger mit sich bringen. Es hängt von verschiedenen Faktoren ab, aber in manchen Ländern wird die Diktatur wahrscheinlich mit dem Hunger kommen. Das den Arbeitern nicht sagen, wäre eben Opportunismus, eine innere Feigheit.

Gen. *Landler* hat die Sache so dargestellt, als hätte ich überhaupt gegen jede Emigration gekämpft. Genossen, Sie haben die Rede gehört, — war das wirklich der Fall? Den ungarischen Genossen, die in den Gefängnissen sitzen, gehört selbstverständlich alle Hochachtung. Der Kongreß hat gleich bei der feierlichen Eröffnung in Petrograd ein spezielles Manifest an die Inhaftierten und nicht zuletzt an die ungarischen Brüder erlassen. Die Genossen, die in Ungarn im Kampfe für unsere Sache gefallen sind, werden uns ewig heilig sein. Aber man darf den Wiener Parteiklatsch nicht mit diesen Dingen in Zusammenhang bringen. Dieser Klatsch war ein Spektakel für die 2½. Internationale, es war ein Fressen für diese Leute, es war ein Wiener Schnitzel für Friedrich Adler. (Heiterkeit.)

Und nun zum Schluß. Manchmal hören wir von unseren Freunden, daß sie im Prinzip mit all dem, was die Exekutive tut, einverstanden sind. Bismarck hat einmal gesagt: „Wenn wir allen Diplomaten sagen, daß wir im Prinzip dafür sind, so sind wir dagegen“. Solche Dinge können wir in der K. I. nicht gebrauchen. Wer gegen die Taktik der K. I. ist, der möge es klar bezeugen. Wer dafür ist, der mag dafür einstehen mit Feuerkraft und Geist. (Lebhafter Beifall.)

SCOTTIMARO bringt im Namen der Majorität der italienischen Delegation einige tatsächliche Berichtigungen zu der Rede Graziadei vor.

GRAZIADEI behält sich vor, auf die Sache bei der speziellen Erörterung der italienischen Frage zurückzukommen.

DURET gibt die Erklärung ab, daß seine Fraktion sich allen Beschlüssen des Kongresses fügen wird.

SOUVARINE: Die Linke der französischen Partei stimmt für die Resolution des Kongresses.

DORMOY: Die Delegation des Zentrums der K. P. Frankreichs stimmt für die Schlußfolgerungen des Berichtes von Sinowjew.

PELUSO: Die italienische Delegation akzeptiert in der vorgeschlagenen Resolution den Teil, der den § 9 und seine Anwendung seitens des Kongresses betrifft, aber da die italienische Delegation in anderen Punkten, besonders in der Einheitsfrontfrage Einwände macht, so enthält sie sich der Abstimmung über den Bericht der Exekutive.

MEYER verliert die

Resolution zum Bericht der Exekutive.

„Der 4. Weltkongreß der K. I. billigt völlig die politische Arbeit des E. K. der K. I., das in 15 Monate langer Tätigkeit die Beschlüsse des 3. Weltkongresses richtig durchgeführt und den besonderen politischen Verhältnissen entsprechend richtig angewandt hat.

Im besonderen billigt der 4. Kongreß der K. I. völlig die Taktik der Einheitsfront, wie sie von dem E. K. der K. I. in den Leitsätzen vom Dezember 1921 und in den weiteren Dokumenten des E. K. zu dieser Frage formuliert worden sind.

Der 4. Kongreß der K. I. billigt den Standpunkt, den das E. K. der K. I. in der Krise der kommunistischen Partei Frankreichs, bei den Vorgängen der Arbeiterbewegung in Italien, in der norwegischen kommunistischen Partei und in der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei eingenommen hat. Rein praktische Detailfragen, die diese Parteien betreffen, werden in besonderen Kommissionen behandelt, deren Beschlüsse der Kongreß noch prüfen wird.

Mit Rücksicht auf die Vorgänge, die sich in einigen Parteien abspielten, erinnert und bestätigt der 4. Kongreß von neuem, daß das E. K. der K. I. in den Zeiträumen zwischen den Weltkongressen die höchste Instanz der gesamten kommunistischen Bewegung bildet und daß die Beschlüsse des E. K. für alle angeschlossenen Parteien bindend sind. Daraus folgt im besonderen, daß, wenn die Praxis eine solche Verletzung der Beschlüsse des E. K. zulassen würde, so wäre dies gleichbedeutend mit der völligen Vereitelung jeder regelmäßigen und einheitlichen Tätigkeit der K. I.

Zu den Zweifeln, die in der K. P. Fr. über die Auslegung des § 9 des Statuts der K. I. geäußert worden sind, erklärt der 4. Kongreß, daß dieser § 9 dem E. K. der K. I. unbedingt das Recht zuerkennt, einzelne Personen und ganze Gruppen, die nach der Ansicht des E. K. der K. I. dem Kommunismus feindlich gesinnt sind, aus der K. I. und folglich auch aus ihren nationalen Sektionen auszuschließen.

Es ist selbstverständlich, daß das E.K. der K.I. gezwungen ist, den § 9 des Statuts in Anwendung zu bringen, wenn die entsprechende nationale Partei durch ihre führenden Organe nicht die nötige Energie und Achtsamkeit zum Schutz der Partei vor nichtkommunistischen Elementen an den Tag legt.

Der 4. Kongreß der K.I. bestätigt noch einmal die 21 Bedingungen, die von dem zweiten Kongreß der K.I. ausgearbeitet wurden und beauftragt das künftige E.K., über ihre wirkliche Durchführung auf das strengste zu wachen. In der kommenden Zeit muß das E.K. der K.I. mehr als bisher eine internationale proletarische Organisation bleiben, die jeden Opportunismus schonungslos bekämpft, eine Organisation, die auf den Prinzipien des strengsten demokratischen Zentralismus aufgebaut ist."

PERI gibt im Namen des Nationalverbandes der Kommunistischen Jugend Frankreichs die Erklärung ab, daß er unter Vorbehalt der Resolution beistimme.

Die Resolution wird mit großer Majorität *angenommen*.

DOMSKI gibt eine persönliche Erklärung ab, daß dem Gen. Sionowjew einige kleine Mißverständnisse unterlaufen seien.

ACHTE SITZUNG

AM 13. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Béron.

Redner: Lenin, Clara Zetkin.

Fünf Jahre Russ. Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution.

LENIN (von stürmischem, langanhaltenden Beifall empfangen. Es wird die „Internationale“ angestimmt):

Parteigenossen! Ich bin als Hauptredner auf der Liste genannt, aber Sie werden verstehen, daß ich nach meiner langen Krankheit nicht in der Lage bin, einen langen Bericht zu erstatten. Das Thema „Fünf Jahre Russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“ ist zu umfangreich und groß, als daß es ein einzelner Redner in einer Rede überhaupt erschöpfen könnte. Darum nehme ich für mich nur einen kleinen Teil aus der Materie heraus, nämlich die Frage von der *Neuen ökonomischen Politik*.

Wenn ich damit beginne, wie wir diese Neue ökonomische Politik begonnen haben, so muß ich auf einen Artikel von mir aus dem Jahre 1918 zurückgreifen. Ich schrieb damals: „Der Staatskapitalismus ist gegenüber der heutigen Wirtschaftslage der Räterepublik — d. h. also gegenüber der damaligen Wirtschaftslage — ein Schritt vorwärts. Wenn wir z. B. den Staatskapitalismus in einem halben Jahre einführen könnten, wäre das ein großer Erfolg und die beste Garantie, daß innerhalb eines Jahres der Sozialismus bei uns fest und unbesiegbar sein wird.“

Ich war also im Jahre 1918 der Meinung, daß gegenüber der damaligen wirtschaftlichen Lage der Räterepublik der Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts war. Das klingt sehr seltsam und vielleicht sogar widersinnig, denn damals trafen wir so schnell als möglich, wahrscheinlich zu schnell, täglich neue wirtschaftliche Maßregeln, die nicht anders als sozialistische genannt werden können. Ich entwickelte diesen Gedanken weiter, indem ich einfach die Elemente der wirtschaftlichen Konstruktion Rußlands aufzählte. Diese Elemente waren nach meiner Meinung: erstens patriarchalische, d. h. im höchsten Grade primitive Landwirtschaft, zweitens die Kleinproduktion von Waren, drittens Privatkapitalismus, viertens Staatskapitalismus, fünftens Sozialismus. Alle diese ökonomischen Elemente waren im damaligen Rußland vertreten. Und da machte ich mir die Aufgabe, aufzuklären, in welchem Verhältnis diese Elemente zueinander stehen, und ob wir vielleicht ein nichtsozialistisches Element, nämlich den Staatskapitalismus, höher zu schätzen haben als den Sozialismus. Wir haben in Rußland sowohl die patriarchalische Landwirtschaft, d. h. die primitivste Form der Landwirtschaft, und dann die sozialistische Form. Also welche Rolle kann unter diesen Umständen der Staatskapitalismus spielen?

Ich fragte mich weiter, welches dieser Elemente überwiegt. Es ist klar, daß in einem kleinbürgerlichen Milieu das kleinbürgerliche Element vorherrscht. Auf die Frage: wie stellen wir uns zum Staatskapitalismus? da habe ich mir gesagt: Staatskapitalismus, obwohl diese Form keine sozialistische ist, wäre für Rußland günstiger als die jetzige Form.

Ich muß diesen Teil ganz besonders betonen, weil ich glaube, nur daraus erklären wir, was die heutige ökonomische Politik erstens darstellt, und zweitens können wir daraus auch für die Kommunistische Internationale sehr wichtige, praktische Folgerungen ziehen. Ich kann nicht sagen, daß wir einen Rückzugsplan schon damals fertig hatten. So war es nicht gemeint. Diese kurzen Zeilen der Polemik waren damals kein Plan des Rückzuges. Über die Freiheit des Handels — ein sehr wichtiger Punkt und für den Staatskapitalismus von grundlegender Bedeutung — steht hier kein Wort, aber doch eine allgemeine vage Idee des Rückzuges ist da. Und ich glaube, daß wir auch als Kommunistische Internationale, als die Internationale der westeuropäischen, der vorgeschrittenen Länder, das berücksichtigen sollen. Jetzt z. B. sind wir mit dem Programm beschäftigt. Ich für meinen Teil glaube, daß wir am besten würden, wenn wir jetzt alle Programme das erstemal beurteilen, aber nicht sofort in diesem Jahre entscheiden. Warum? Eine Ursache ist natürlich, daß wir, glaube ich, schwerlich alles gut durchdacht haben. Aber eine spezielle Ursache ist, daß wir den Gedanken des Rückzuges, der Sicherung des Rückzuges fast gar nicht überlegt haben. Wir müssen nicht nur beachten, wie wir zu handeln haben, wenn wir direkt zum Angriff übergehen und sofort siegen. Das ist in revolutionären Zeiten gar nicht so schwer. Während der Revolution gibt es immer Momente, wo der Gegner den Kopf verliert. Wenn wir in diesem Moment angreifen, so können wir sehr leicht siegen. Aber das besagt noch nichts, weil der Gegner, wenn er besser überlegt, seine Kräfte sammelt. Er kann uns dann sehr leicht zum Angriff provozieren und uns für längere Jahre vernichten. Die Idee,

daß wir den Rückzug vorbereiten müssen, ist sehr wichtig, nicht nur vom theoretischen Standpunkt aus. Auch vom praktischen Standpunkt aus müssen jetzt alle Parteien, die daran denken, daß sie in nächster Zeit zum direkten Angriff gegen den Kapitalismus übergehen werden, auch daran denken, wie der Rückzug zu sichern ist.

Jetzt gehe ich zu den *Resultaten unserer Neuen Ökonomischen Politik* über. Nachdem wir die wichtigste Etappe des Bürgerkrieges zu Ende gebracht haben, und zwar mit einem Siege, kam es zu einer großen — und ich glaube, der größten — inneren politischen Krisis Sowjetrußlands: daß wir nicht nur große Massen von Bauern unzufrieden sahen, sondern auch große Massen von Arbeitern. Was war die Ursache dieser Lage? Die Ursache war, daß wir mit unseren ökonomischen Forderungen zu weit gegangen waren, daß wir die Basis nicht gesichert hatten, daß die Massen fühlten, was wir noch nicht bewußt zu formulieren wußten. Auch wir erkannten nach ganz kurzer Zeit, daß der direkte Übergang zu der rein sozialistischen Distribution der Güter unsere Kräfte übersteigt und daß wir zugrunde gehen werden, wenn wir nicht imstande sind, einen Rückzug so zu machen, daß wir uns auf leichtere Aufgaben beschränken. Schon im Frühling desselben Jahres haben wir einstimmig — große Differenzen darüber habe ich nicht gesehen — beschlossen, zur Neuen Ökonomischen Politik überzugehen. Was ist das Resultat? Hat uns diese Rückzugslinie wirklich Nutzen gebracht und uns wirklich gerettet? Oder ist das nicht der Fall und das Resultat kein bestimmtes? Ich glaube, diese Hauptfrage ist für alle Kommunistischen Parteien auch von höchster Wichtigkeit, weil wir, wenn die Antwort negativ ist, alle zugrunde gehen würden. Ich glaube, wir alle können mit gutem Gewissen diese Frage bejahend beantworten.

Ich werde jetzt zu den Beweisen übergehen. Ich muß dazu ganz kurz alle Teile der russischen Ökonomie aufzählen.

Zuerst nehme ich das Finanzsystem und den berühmten russischen Rubel. Ich glaube, man kann den russischen Rubel für berühmt erklären, schon deshalb, weil die Zahl dieser Rubel schon jetzt eine Quadrillion übersteigt. (Heiterkeit.) Man kann aber die Nullen streichen. (Heiterkeit.) Wir haben in dieser Kunst schon etwas geleistet, und ich bin überzeugt, daß wir im weiteren Verlaufe der Dinge noch viel Größeres in dieser Kunst leisten werden. Was wichtig ist, das ist die Frage der Stabilisierung des Rubelkurses. Im Jahre 1921 dauerte die Periode der Stabilisierung des Papierrubelkurses weniger als drei Monate, im Jahre 1922, also im gegenwärtigen Jahre, obwohl es noch nicht zu Ende ist, dauerte diese Periode schon mehr als fünf Monate. Ich glaube, dies genügt schon. Diese Ziffern beweisen, daß wir seit dem vorigen Jahre bis heute schon gelernt haben, vorwärts zu gehen. Ich bin sicher, daß wir, wenn wir nicht eine spezielle Dummheit machen, auch weiter lernen werden, auf diesem Wege weitere Fortschritte zu machen. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß wir damit zufrieden sein können. Denn wir stehen allein. Wir bekamen und bekommen keine Anleihen, kein einziger von diesen berühmten kapitalistischen Staaten, die ihre kapitalistische Wirtschaft so gut einrichten, daß sie jetzt noch keinen Ausweg wissen, hilft uns. Mit dem Versailler Frieden haben sie ein finanzielles System geschaffen, das sie

selbst nicht verstehen. Wenn die kapitalistischen Staaten so wirtschaften, dann glaube ich, daß wir, die Rückständigen, die Ungebildeten, damit schon zufrieden sein können, daß wir das Wichtigste, die Stabilisierung des Rubels verstanden haben. Und das beweist nicht irgendwelche theoretische Diskussion, das beweist die Praxis.

Jetzt gehe ich über zu unseren sozialen Schichten. Das Wichtigste ist natürlich die Bauernschaft. Im Jahre 1921 herrschte Unzufriedenheit bei der großen Masse der Bauern. Hiernach haben wir den Hunger gehabt, und das bedeutete für die Bauernschaft die schwerste Prüfung. Natürlich schrie damals das ganze Ausland: Ja, sehen Sie, das ist das Resultat der sozialistischen Ökonomik. All die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie, die uns im Jahre 1918 angegriffen haben, stellten die Sache so dar, daß der Hunger das Resultat der sozialistischen Ökonomik sei. Wie steht die Sache nach diesem ungewöhnlichen und unerwarteten Unglück? Die Antwort liegt ganz klar vor aller Augen, nämlich, daß die Bauernschaft in einem Jahre nicht nur mit dem Hunger fertig geworden ist, sondern daß auch die Naturalsteuer so viel eingebracht hat, daß wir schon jetzt Hunderte von Millionen Pud bekommen haben, und zwar fast ohne Anwendung von Zwangsmitteln. Die Bauernaufstände, die bis zum Jahre 1921 das allgemeine Bild in Rußland darstellten, sind fast vollständig verschwunden. Daß die Bauern mit ihrem jetzigen Zustande zufrieden sind, das können wir getrost behaupten. Die Bauernschaft kann gegen uns Beschwerden haben, das ist natürlich möglich, aber jedenfalls eine ernst zu nehmende Unzufriedenheit der ganzen Bauernschaft gegen uns ist ausgeschlossen.

Was die leichte Industrie betrifft, so kann ich ganz getrost sagen, daß die Lage noch immer schwer ist. Ein leichter Umschwung ist im Jahre 1921 bis 1922 eingetreten. Wir können also hoffen, daß es in nächster Zukunft besser kommen wird. Die Mittel dazu haben wir teilweise gesammelt. In einem kapitalistischen Lande würde die Besserung der Lage der Schwerindustrie unbedingt eine Anleihe von hundert Millionen erfordern. Wir haben diese Anleihen nicht gehabt, wir haben nichts bekommen. Was man bis jetzt über die Konzessionen und anderes schreibt, steht nur auf dem Papier. Trotzdem sehen wir schon einen sehr bescheidenen Anfang, und weiter sehen wir, daß unsere Handelstätigkeit uns schon ein gewisses Kapital, etwa 20 Millionen Goldrubel gebracht hat. Jedenfalls: der Anfang ist da. Unsere Handelstätigkeit gibt uns Mittel, die wir zur Besserung der Schwerindustrie gebrauchen. Das ist noch Zukunftsmusik. Ich glaube, dieser Umstand hat doch die entscheidende Bedeutung, nämlich, daß wir schon imstande sind, etwas zu sparen, und wir werden das tun. Das wird sehr oft auf Kosten der Bevölkerung geschehen. Wir arbeiten daran, unseren Staatshaushalt, unseren Staatsapparat zu verringern. Wir wissen, daß ohne die Wiederherstellung der schweren Industrie wir keine Industrie haben. Wir sind überhaupt ohne sie als selbständiges Land verloren, das wissen wir. Man braucht mehrere Dezennien Arbeit, um sie in einen guten Zustand zu setzen. Und in dieser Hinsicht haben wir den entscheidenden Schritt gemacht.

Der Staatskapitalismus, den wir geschaffen haben, ist ein eigenartiger Staatskapitalismus; er entspricht nicht dem gewöhnlichen Begriff des Staatskapitalismus. Wir haben in unseren Händen alle Kom-

mandhöhen, wir haben den Grund und Boden, er gehört dem Staate. Das ist sehr wichtig, wenn auch die Gegner die Sache so darstellen, als ob das nichts bedeute. Wir haben in den Händen des proletarischen Staates alle wichtigsten Teile der Industrie. Nur kleine Teile, meistens kleine und mittlere Industrie, haben wir in Pacht gegeben, alles andere bleibt in unseren Händen. Bezüglich des Handels möchte ich noch betonen, daß wir gemischte Gesellschaften zu gründen trachten und schon gegründet haben, d. h. Gesellschaften, wo ein Teil des Kapitals Privatkapitalisten, und zwar ausländischen, gehört und der andere Teil uns. Erstens lernen wir dadurch, und das haben wir nötig, Handel zu treiben, und zweitens haben wir ja immer die Möglichkeit, die Gesellschaft wieder aufzulösen, so daß wir sozusagen nichts riskieren.

Es ist unzweifelhaft, daß wir eine enorme Anzahl von Dummheiten gemacht haben und noch machen werden. Niemand kann das besser beurteilen und anschaulicher sehen als ich. (Heiterkeit.) Warum haben wir diese Dummheiten gemacht? Das ist verständlich: 1. sind wir ein rückständiges Land; 2. ist die Bildung minimal, und 3. sind wir ohne Hilfe. Kein zivilisierter Staat hilft uns; im Gegenteil, sie arbeiten alle gegen uns; 4. infolge unseres Staatsapparates. Wir haben den alten Staatsapparat übernommen. Aber das war unser Unglück. Im Jahre 1917, nachdem wir die Macht an uns gerissen hatten, sabotierte uns der Staatsapparat. Da haben wir gesagt: bitte sehr, kommen Sie zu uns zurück; da sind sie alle zurückgekommen. Und das war unser Unglück. Tatsächlich geschieht es sehr oft, daß oben, wo wir die Staatsmacht haben, zwar der Apparat funktioniert, aber unten verfügen sie eigenmächtig und verfügen so, daß sie gegen unsere Maßregeln arbeiten. Hier müssen wir mehrere Jahre arbeiten, um den Apparat zu vervollständigen und neue Kräfte heranzuziehen. Wir machen das in ziemlich schnellem Tempo, vielleicht in zu schnellem Tempo. Sowjetschulen, Arbeiterfakultäten sind gegründet, mehrere Hunderttausende von jungen Leuten lernen, lernen vielleicht zu schnell. Wenn wir nicht zu schnell arbeiten, dann werden wir in einigen Jahren eine Masse von jungen Leuten bekommen, die imstande sein werden, den Apparat von Grund auf zu verändern.

Wenn unsere Gegner uns evtl. vorhalten und sagen, daß Lenin selbst erkennt, daß eine enorme Zahl von Dummheiten gemacht wurden, dann möchte ich diese antworten: Ja, wissen Sie, unsere Dummheiten sind doch ganz anderer Art als Ihre. Wir haben erst begonnen zu lernen, und wir lernen so systematisch, daß wir sicher sind, Resultate zu erreichen. Aber wenn die Gegner, d. h. die Kapitalisten, die Helden der 2. Internationale davon reden, was für Dummheiten wir gemacht haben, so kann ich hier ein Beispiel eines berühmten russischen Schriftstellers nennen. Dieses Beispiel werde ich ein bisschen ändern, dann bekommt es folgendes Gesicht: Wenn die Bolschewiki Dummheiten machen, dann sagt der Bolschewik: Zweimal zwei ist gleich fünf, wenn aber die Gegner, d. h. die Kapitalisten und die Helden der 2. Internationale Dummheiten machen, dann sagen sie: Zweimal zwei ist gleich eine Stearinkerze! Nehmen Sie z. B. den Vertrag von Koltschak, geschlossen von Amerika, England, Frankreich, Japan. Gibt es gebildete und mächtigere Staaten in der Welt? Und sie versprachen, Koltschak zu

helfen. Das war ein Fiasko, das ich nicht einmal menschlich verständlich finden kann. Nun das zweite Beispiel, der Versailler Frieden. Was haben da die zivilisierten Mächte gemacht? Wie können sie jetzt aus diesem Wirrwarr, aus diesem Widersinn einen Ausweg finden? Ich glaube, es ist keine Übertreibung, wenn ich wiederhole, daß unsere Dummheiten noch nichts sind im Vergleich zu denen, die die kapitalistische Welt und die 2. Internationale zusammen machen. Deshalb meine ich, daß die Perspektiven der Weltrevolution gut sind.

Ich glaube, das Wichtigste für uns alle, sowohl für die Russen als auch für die Ausländer ist, daß wir jetzt, nach fünf Jahren russischer Revolution, die Möglichkeit haben, zu lernen. Ich weiß nicht, wie lange uns die kapitalistischen Mächte die Möglichkeit geben werden, ruhig lernen zu können. Aber jeden Augenblick, den wir von der militärischen Tätigkeit, von dem Kriege befreit sind, müssen wir ausnützen, um zu lernen. Wir Russen lernen ja auch. Wir lernen im allgemeinen Sinne. Die Ausländer müssen in ganz spezifischem Sinne lernen, um die Organisation, den Bau, die Methode, den Inhalt der revolutionären Arbeit wirklich zu verstehen. Wenn das geschieht, dann bin ich überzeugt, daß die Perspektiven der Weltrevolution nicht nur gute, sondern sogar ausgezeichnete sein werden. (Stürmischer, langanhaltender Beifall. Zuruf: Es lebe unser Gen. Lenin!).

CLARA ZETKIN (Deutschland): Hie Reform, hie Revolution! Das war der Ruf, der auf die russische Revolution aus allen Ländern antwortete. Das gibt der russischen Revolution eine ganz bestimmte weitreichende Bedeutung. In der Arbeiterklasse hat sich etwa seit Mitte der neunziger Jahre eine bestimmte geistige politische Einstellung herausgebildet, die der ideologische Niederschlag des imperialistischen Kapitalismus war und seiner Rückwirkung auf die Lage der Arbeiterklasse. Theoretisch bezeichneten wir sie als Revisionismus, praktisch als Opportunismus. Demokratie und Sozialreform höhlten allmählich — so wurde erklärt — den Kapitalismus aus. Die Gesellschaft wachse aus dem Kapitalismus in den Sozialismus hinein.

Und als am Ende des Weltkrieges der Kapitalismus seine Unfähigkeit bewies, die Katastrophe zu überwinden, da erfanden die opportunistischen Arbeiterführer eine neue Auslegung des Reformismus. Nicht aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern nur aus seiner Wiederaufrichtung, aus seiner neuen Blüte könne der Sozialismus, der Kommunismus erstehen.

In dieser stickigen Atmosphäre war die russische Revolution ein reinigendes Gewitter. In der russischen Revolution leben und weben nicht nur die revolutionären gesellschaftlichen Kräfte, die objektiven und subjektiven Tendenzen, die auf russischem Boden selbst entstanden sind. Das erweist sich schon äußerlich in der Tatsache, daß die Revolution ausbrach infolge des Weltkrieges. Der internationale, revolutionäre Sozialismus ist lebendig, wirksam geworden in der russischen Revolution.

Die Bourgeoisie war in diese Revolution eingetreten organisiert in den Semstwow, in den verschiedenen großen Städten in vielen industriellen Vereinen usw. und Verbänden, die während des Weltkrieges entstanden waren. Das russische Proletariat dagegen hatte keine revo-

lutionären Kampforganisationen. Es schuf sie sich erst im Verlaufe der Revolution in Gestalt der Räte. Es ist kennzeichnend, daß die Räte zunächst nicht den Kampf auf revolutionärer Grundlage für revolutionäre Ziele aufnahmen. Es wurde argumentiert, das Proletariat könne nicht allein die Verantwortung für das Funktionieren der Staatsorgane zur Regelung der Wirtschaft übernehmen. Aber die Demokratie Kerenskis enthüllte sich mehr und mehr als die nackte Klassenherrschaft der Bourgeoisie. In diesem Augenblick griff das Proletariat unter Führung der bolschewistischen Partei entscheidend ein.

Die Machtergreifung durch das Proletariat, unter der Führung der Bolschewiki, rückt für uns eine Lehre in den Vordergrund. Es ist das Recht und die Bedeutung des revolutionären Aufstandes mit bewaffneter Hand, auch einer Minderheit. Die Revolution ist kein Versicherungsgeschäft auf bare und prompte Zahlung. Aber die als Partei organisierte Minderheit war in den Massen verwurzelt. So war die Tat des Aufstandes, keine revolutionäre Gymnastik einer wagemütigen Partei, sondern eine revolutionäre Tat breitester revolutionärer Massen. Aber das Entscheidendste dabei ist das Wagnis.

Es bewahrheitete sich noch eine andere geschichtliche Erkenntnis. Bereits im Jahre 1884 hat sie unser Altmeister Engels in einem Briefe vom 11. Dezember an Bebel ausgesprochen. „Unser einziger Gegner am Tage der Krise und am Tage nachher ist die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion.“ Die „reine Demokratie“ hatte in Rußland gegen acht Monate Zeit gehabt, eine Konstituante wählen zu lassen und einzuberufen. Sie hatte das nicht getan aus Angst vor der proletarischen Revolution. Jetzt auf einmal, als Mittel zur Niederringung der Sowjetmacht, wurde die Forderung der Konstituante das Kampfziel, das Sturmbanner der „reinen Demokratie“.

Die Forderung der Konstituante ist nicht nur von den kleinbürgerlichen Sozialisten in allen Ländern erhoben worden. Ich erinnere daran, daß kein Geringerer als Rosa Luxemburg zu einer bestimmten Zeit die Forderung vertreten hat: Konstituante und Sowjets als Rückgrat der proletarischen Staatsmacht. Hat der Vorwurf seine Berechtigung, daß die Revolutionsregierung die Konstituante auseinanderjagte? Prüfen wir die Tatsache ganz nüchtern. Die Konstituante erklärte sofort bei ihrem Zusammentritt, daß sie nicht zur Mitarbeit mit den Sowjets kam, sondern als Feindin der Sowjets, daß sie die Berechtigung der Sowjetmacht leugnete, denn ihre Sozialrevolutionäre, die menschenwistische und bürgerliche Mehrheit lehnen die Anerkennung der Sowjetmacht ab. Die Konstituante spiegelte keineswegs mehr die Meinung, den Willen der breiten, schaffenden Volksmassen wieder. Die seitdem stattgefundenen Sowjetwahlen hatten das klar und unwiderlich gezeigt. Übrigens, eine Konstituante neben Sowjets, welches konnte und sollte ihre Rolle sein? sollte die Konstituante vielleicht nur als beratende Körperschaft funktionieren? Das wäre eine Lösung gewesen, mit der der „reinen Demokratie“ durchaus nicht gedient war. Die Konstituante neben den Sowjets wäre nichts weiter gewesen als ein legaler Mittelpunkt für die Gegenrevolution. Das Sowjetwahlrecht ist daher ein beschränktes Wahlrecht, das alle Ausbeutenden von seinem Besitz ausschließt.

Das erste Wort der Sowjetmacht war ein Wort des Friedens. Sowjetrußland schied aus dem Weltkriege aus. Aber die Internationale und die Konterrevolution zwangen die Sowjetmacht, an die Schaffung der Roten Armee zu schreiben.

Was den roten Terror der Sowjets anbelangt, so war er nichts als nackte Notwehr. Niemand im Lager der Reformisten gedenkt der Tatsache, daß ohne die Härten der Revolution Millionen und Abermillionen länger in der Barbarei der kapitalistischen Ausbeutung und Knechtschaft schmachten müßten. (Die Rede wird unterbrochen.)

NEUNTE SITZUNG

AM 14. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: *Neurath.*

Redner: *Clara Zetkin, Bela Kun.*

CLARA ZETKIN (mit Beifall begrüßt): Nichts ist falscher als die Behauptung unserer Gegner, die Sowjetmacht bestehe nur dank der Gewalt. Eine Staatsmacht kann nicht lange auf Bajonetten sitzen. Dies gilt ganz besonders für eine Zeit der Revolution, in der die Tage nach Monaten und die Jahre nach Jahrzehnten und Jahrhunderten zu bemessen sind. Die Sowjetmacht mußte sich ihre Existenzberechtigung durch ihre schaffende, durch ihre aktive Politik sichern. Als ein wichtigster Wesenszug tritt die Internationalität der Sowjetpolitik in den Vordergrund.

Zunächst kamen die Härten und Demütigungen des Brest-Litowsker Friedens. Dann kam es zum Zusammenbruch des deutschen Militarismus, und zu den Kräften, die den Zusammenbruch herbeigeführt haben, muß unstreitig die russische Revolution und ihr Beispiel gezählt werden. Als die deutschen Proletarier sich zu weigern begannen, noch länger auf den Schlachtfeldern zu verbluten, so war das erste Wort, das die militärische Auflehnung stammelte: Soldatenräte.

Die Gegner haben die Bolschewiki belächelt, ob ihrer festen Überzeugung, daß die russische Revolution der Anfang der Weltrevolution sei, die sich im Sturm lauf weiter entwickeln würde. Der Spott ist nicht berechtigt. Die Führer der russischen Revolution haben klar die Richtung und das Ziel der ausgebrochenen Weltrevolution erkannt. Über das Tempo konnten sie sich täuschen. Dieser Rechenfehler ist zehnmal, hundertmal fruchtbarer in seinen Auswirkungen, als alle die neunmal gescheit sein wollenden Rezepte der überlegenen Rechenmeister. Gerade dieser Überzeugung verdankt das russische Proletariat seine Vertrauenskraft, jenen geradezu religiösen Glauben an die Weltrevolution, an die revolutionäre Solidarität aller Länder, die bis heute die Massen Sowjetrußlands frisch, kampfbegeistert, arbeitsfreudig und entschlossen erhalten haben.

Von Anfang an hatte die Revolution ihren proletarischen Charakter herausgekehrt. Will man die Wirtschaftspolitik der russischen Revolution verstehen, so muß man sich klar sein über die sozialen Kräfte,

die für die Durchführung der kommunistischen Umwälzung zur Verfügung standen. Man muß sagen: es ist das geschichtliche Wunder, das Wunder, daß diese umgestülpte Pyramide bis heute steht, obwohl fünf Jahre hindurch alle Mächte und Stürme der Gegenrevolution an ihr gerüttelt haben. Aber auf die Dauer ist solch ein Zustand unhaltbar. Da keine anderen Staaten der russischen Revolution zu Hilfe kamen, so war die Folge, daß die russische Revolution und der russische proletarische Staat zu einem modus vivendi kommen mußte mit der Bauernschaft, mit den ausländischen und russischen Kapitalisten. Dieser modus vivendi ist die Neue Ökonomische Politik, bei deren Bewertung wir nicht die gegebenen spezifisch russischen Verhältnisse vergessen dürfen.

Bei der Stärke der kleinbäuerlichen Bevölkerung war gegeben, daß die Revolution in Rußland nicht möglich war ohne eine Agrarpolitik, die die bäuerlichen Massen befriedigte. 80 % der Bevölkerung Rußlands sind Kleinbauern, davon sollen $\frac{9}{10}$ werktätige Bauern sein. Die bolschewistische Agrarpolitik setzte damit ein, daß eines der ersten Dekrete der Regierung das Privateigentum an Grund und Boden abschaffte. Das Ausnutzungsrecht wurde individuell allen Personen zugesprochen, die den Boden selbst bebauten. Es kam eine Zeit, in der der Großgrundbesitz von Muschiks zerstückelt und wild, anarchisch aufgeteilt wurde; auch das Inventar an Maschinen, Geräten, Vieh usw. der Groß- und Gutshöfe wurde verteilt. Das mußte geschehen in den Zeiten des „Kriegskommunismus“ mit seinen „Eintreibungskommissionen“ und „Requisitionen“. Es geschah aber nicht, was Rosa Luxemburg als Folge dieser Art der Agrarumwälzung befürchtet hatte, nämlich der russische Muschik verfiel nicht dem politischen Stumpfsinn. Er bestellte nicht sein Stückchen Land, um dann auf den Ofen zu kriechen. Nein, der gestillte Landhunger machte ihn zum heldenhaften Verteidiger der Sowjetrepublik.

Aber es geschah auch nicht, was von den Führern der russischen Revolution erhofft worden war. Die Bodenverteilung verschärfte nicht den Klassengegensatz auf dem Lande und trieb nicht die armen bäuerlichen Massen an die Seite des Industrieproletariats, sondern es entstand eine breite Schicht Mittelbauern, die sehr bald mit ihren Interessen im Gegensatz zu dem Kriegskommunismus gerieten.

Es ist gegen die bolschewistische Agrarpolitik eingewandt worden, daß sie abseits vom Kommunismus führe. Es ist aber charakteristisch, daß wir in Rußland fortwährend von der „Dorfarmut“ hören, aber nicht von einer bäuerlichen, von einem landwirtschaftlichen Proletariat. Ein solches im eigentlichen Sinne des Wortes existiert nicht. Der Großgrundbesitz, der vorhanden war, wurde von den Gutsherren noch nach dem alten feudalen Schema bewirtschaftet und nicht nach den Methoden und den Mitteln des modernen Kapitalismus. So war es auch ausgeschlossen, daß die Agrarpolitik der russischen Revolution mit der Schaffung von landwirtschaftlichen Großbetrieben einsetzte. Aber der Grund und Boden ist schließlich doch Eigentum des Proletarierstaates geblieben. Der Muschik erhält ihn zur Nutznießung, er kann ihn aber weder verkaufen noch vererben. Die Ausbeutung von Lohnarbeit ist verboten. Die Sowjetmacht geht sehr bewußt und planmäßig darauf aus, die Entwicklung der Landwirtschaft in die Bahnen des genossen-

schaftlichen Betriebes zu lenken. Dazu kommt das Bestreben, soviel als möglich große „Sowjetgüter“ zu schaffen, das Entstehen und Emporkommen von Genossenschaftsgütern und genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben zu fördern. Das schafft eine ganz andere soziale Atmosphäre für die Entwicklung der kleinbäuerlichen Einstellung, als etwa zur Zeit der französischen Revolution. So komme ich zu dem Schluß: Wenn auch die bolschewistische Agrarreform die Agrarfrage nicht von heute auf morgen durch die Verwirklichung des vollen Kommunismus zu lösen vermag, so hat sie doch keineswegs die Entwicklung von der Richtung und dem Ziele der kommunistischen Gesellschaft abgelenkt. Im Gegenteil, sie hat Neuerungen geschaffen, die wirtschaftlich, sozial, kulturell die Kleinbauernschaft auf den Weg zum Kommunismus führen werden.

Die Bolschewiki steckten ihrer Wirtschaftspolitik Augenblicksziele. Erst nach und nach wurden weitere Maßnahmen ergriffen zur Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, an den Gütern usw. Ein großer Teil der Unternehmer schloß ihre Betriebe und blieb davon. Es blieb den Arbeitern nichts übrig, als diese Betriebe zu übernehmen und die Wirtschaft weiterzuführen. Dazu kam: Sowjetrußland mußte die Rote Armee ausrüsten und unterhalten. Dies erforderte die Besitzergreifung und Ausnutzung aller vorhandenen Produktionsmittel und -Werte. Schließlich kam noch hinzu, daß die Verteidigung Sowjetrußlands wider den Ansturm der Gegenrevolution den breitesten Massen die ungeheuersten Opfer und Entbehrungen auferlegte. So war die russische Revolution weit über die anfänglich gesteckten Ziele vorwärts getrieben.

Wenn man nun jammert, die Revolution sei geschlagen, so ist das nicht wahr. Die russische Revolution hat sich in guter Ordnung auf ihre anfänglichen Positionen zurückgezogen. Der Kapitalist kehrt nach Sowjetrußland nicht mehr als absoluter Herr im eigenen Betrieb zurück. Die Profitsucht der Konzessionäre, die Profitsucht der Pächter wird gezügelt durch die Gesetze des Arbeiterstaates. Die Sowjetrepublik treibt „Staatskapitalismus“ nicht nur als verpachtende und als konzessionierende Macht: sie muß auch „Staatskapitalist“ in ihren eigenen Betrieben sein. Was folgt daraus? Daß der Arbeiterstaat als Unternehmer vorübergehend hier und dort auch in Konflikt geraten kann mit Forderungen und Interessen einzelner Arbeiter und Arbeitergruppen, denen gegenüber er die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen des gesamten Proletariats als Klasse zu vertreten hat. Der Arbeiterstaat Sowjetrußland wird mit Hilfe der Gewerkschaften und Genossenschaften seine Arbeitermassen im Sinne des Kommunismus erziehen. Aber er muß sie erziehen, zur Arbeitsdisziplin, qualifizierten Leistungen usw.

Der Arbeiterstaat wird aber auch gleichzeitig mit Hilfe der Gewerkschaften und Genossenschaften einen Stab von Angestellten, Beamten, Verwaltenden und Durchführenden erziehen, die vom Geiste des Kommunismus erfüllt, die Wirtschaft so rasch und so gründlich wie möglich in der Richtung zu diesem umwälzen.

Sowjetrußland ist heute trotz seiner Armut und der Zerrüttung seiner Wirtschaft der Staat der fortgeschrittensten Arbeitsschutzgesetzgebung und sozialen Fürsorge. Und das nicht nur auf dem Papier. Wir haben

von der einschlägigen Entwicklung der Dinge in der russischen Revolution außerordentlich viel zu lernen. Das Zentralproblem ist die Eroberung und Bewahrung der politischen Macht. Der Behauptung der Staatsmacht durch das Proletariat und für das Proletariat sind alle anderen Erwägungen unterzuordnen.

Die russische Revolution ist auch ein Kulturträger, eine Kulturmacht, wie sie größer heute nirgends zu finden ist. Die Rotarmisten, die durch die Schule des revolutionären „Militarismus“ in Sowjetrußland gegangen sind, kehren als Kulturtäger im wahrsten Sinne des Wortes in ihre abgelegenen Dörfer zurück. Genossinnen und Genossen, in kultureller Beziehung hat die russische Revolution in den fünf Jahren ihres Waltens Titanenhaftes geleistet. Wenn man sie danach allein bewerten wollte, so ist sie bereits unsterblich. Wie aber hätte sie das zu leisten vermocht ohne die proletarische Staatsmacht. Das Wesen und Wirken der K. P. Sowjetrußlands ist der vollkommenste und kraftvollste Ausdruck der revolutionären Erkenntnis, des revolutionären Willens, der revolutionären Selbstbetätigung der Massen. In reichem Wechselstrom fließt Leben und Wollen von unten aus den Massen zur Partei und durch tausend sichtbare und unsichtbare Kanäle von der Partei zu den Massen zurück. Dem Gezeter von der lähmenden und tötenden Diktatur einer Parteidique in Sowjetrußland zum Trotz brauchen wir nur einen Blick zu werfen auf das Leben und Weben der proletarischen, der bäuerlichen Massen: welch ein brennender Lerneifer, welche Bildungsbegeisterung! Dank der Sowjetmacht unter dem Einfluß der K. P. erblühen in den werktätigen Massen die herrlichsten Begabungen, schönste geistige und sittliche Werke werden aus den Tiefen ans Licht gehoben.

Rußlands Revolution hat mehr geleistet als irgendeine Revolution vor ihr. Sie ist nicht auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen worden, sondern vielmehr weit über ihn hinaus vorwärtsgeschritten. Sie hat den Boden Rußlands mit eisernem Besen von allen feudalen Einrichtungen und Überbleibseln reingefegt. Sie hat das mit einer Gründlichkeit besorgt, wie dies keine einzige bürgerliche Revolution in irgendeinem Lande Europas getan hat. Blicken Sie nach England! Es bestehen dort heute noch starke Überreste der feudalen Ordnung. In Deutschland ist die Errungenschaft der Revolution noch so wenig gesichert, daß die Träger der Republik vor einem Kapp-Putsch, vor einem Orgesch-Putsch zittern müssen. In Sowjetrußland dagegen ist es ganz undenkbar, daß der alte Zarismus wiederkehren könnte. Es ist aber auch undenkbar, daß hier ein Staat des modernisierten Kapitalismus aufzukommen vermöchte. Rußlands Proletarier haben das höchste Lehrgeld dafür bezahlt, wie man die politische Macht erobert und behauptet. Jetzt müssen sie das höchste, bitterste Lehrgeld dafür bezahlen, um zu lernen, wie ein proletarischer Staat allmählich zu einer kommunistischen Gesellschaft umgewälzt wird.

Gen. Lenin hat gestern erklärt, daß wir alle viel zu lernen haben, Sie hier in Sowjetrußland und wir im Auslande. In gewissem Sinne hat er vollkommen recht. Das ausländische Proletariat hat noch nicht genügend gelernt, russisch zu lesen, d. h. russisch zu handeln. Die K. I. soll die Hochschule für unsere gegenseitige Schulung und Erfahrung sein. Lernt, gewinnt Zeit, ruft uns Lenin zu. Diese seine Auf-

fassung deckt sich mit dem tiefen Wort Goethes im Hinblick auf die Menschheitsentwicklung:

„Mein Erbteil, wie herrlich, weit und breit,
Die Zeit ist mein Acker, mein Besitz ist die Zeit.“

Die Zeit, jawohl Genossen, nicht erfaßt als ein müßiges tatenloses Harren, sondern ausgenutzt in leidenschaftlicher Aktivität.

So schließt sich der Ring der Weltrevolution, die die Menschheit befreit. So wird aus den Ruinen des Weltkrieges neues Leben blühen. Denn in diesen Zeiten ist die höchste, gewaltigste, fruchtbarste und schöpferischste Form alles geschichtlichen Werdens, die Revolution, die Revolution als freie Willenstat der proletarischen Massen. (Langandauernder lebhafter Beifall).

BELA KUN: Parteigenossen, wir alle, die wir die russische Revolution durchgekämpft und westlich von Rußland revolutionäre Kämpfe geleitet haben, wir alle haben auf der Grundlage der russischen revolutionären Erfahrungen mehr oder weniger unreife fehlerhaft verallgemeinerte Theorien aufgestellt. Ich glaube, jetzt sagen zu können, daß der Sinn der Erfahrungen eben der ist, daß wir weitere Fehler vermeiden müssen.

Nach den Referaten des Gen. Lenin und der Gen. Clara Zetkin ist es nun meine Aufgabe, die Rolle der Kom. Partei Rußlands in der proletarischen Revolution hervorzuheben. Das Bestehen der russischen Revolution und der russischen Sowjetmacht ist durch Faktoren begründet, deren Mangel in Ungarn zum Zusammenbruch der ungarischen proletarischen Diktatur führen mußte.

Der Umstand, der alle Thermidor-Prophezeihungen für Sowjetrußland zu Schanden machte, ist das Bestehen einer zentralisierten, disziplinierten, grenzenlos aufopferungsvollen Arbeiterpartei in der Gestalt der K. P. R. Das Fehlen einer solchen Partei in Ungarn führte bei der ungünstigen internationalen und innerpolitischen Lage zum Zusammenbruch der proletarischen Revolution. Es gab Momente auch in Rußland, als in den gefährlichsten Situationen große Teile der russischen Arbeiterklasse ins Schwanken gerieten. Da half die in jahrzehntelangen Kämpfen geschulte kommunistische Partei.

Und, Parteigenossen, diese Partei, deren Klassencharakter am ausgeprägtesten war und ist, wurde während der fünf Jahre der Revolution zu einer wahren Partei des russischen Volkes. Jeder Kommunist ist sozusagen ein Beauftragter der arbeitenden Schichten des russischen Volkes. Die deutsche Sozialdemokratie hingegen warf auf dem Görlicher Parteitag ihre Klassenmaske endgültig weg, erklärte sich als „Volkspartei“ statt einer Klassenpartei und wurde eine wirkliche Partei der Kleinbourgeoisie und damit eine Dienerin der deutschen Großbourgeoisie.

Was ist nun die Ursache dieser staunenerregenden Entwicklung? Das Geheimnis besteht in erster Linie in der Zusammensetzung der Kommunistischen Partei. Es gibt und gab in keiner, weder bürgerlichen noch proletarischen Partei einen so sorgfältig ausgewählten, fest zusammengefühten ideologisch einheitlichen Kern, wie in der russischen Partei. Diese Partei wurde in langjährigen Kämpfen ausgebildet.

Während dieser Kämpfe sind alle Elemente, die jeglicher Form des Opportunismus verdächtig waren, nicht nur mechanisch, sondern auch organisatorisch von der Partei entfernt worden. Die Kaders der Partei sind nicht Mitläufer, nicht Intellektuelle, die sich der Parteizucht nicht unterwerfen wollen, sondern wirkliche Arbeiterführer. Fast alle Elemente der menschwistischen und sozialrevolutionären Partei, die mit der Arbeiterbewegung und der Arbeiterklasse etwas gemeinsames hatten, sind von der Kommunistischen Partei Rußlands aufgesogen worden.

Wir in Ungarn haben Sowjets gehabt, die aber keine kommunistische Führung hatten. Die Organe, die auf breiter Grundlage proletarischer Demokratie gewählt wurden, wurden aber nicht zu wirklichen Organen der arbeitenden Massen. Sie waren nicht der Ausdruck der öffentlichen Meinung des Proletariats. In Ungarn, Parteigenossen, gab es keine einheitliche Führung in den Sowjets und Gewerkschaften seitens der Partei. Die Gewerkschaften beanspruchten die Führung für sich, weil sie eben vielmehr proletarischen Inhalt hatten als die Sowjets, in denen nicht nur rein proletarische Elemente waren. Die Arbeiter gingen eher in die Gewerkschaften, wo immerhin eine Führung seitens der reformistischen Arbeiterführer vorhanden war.

Wie ist die Zentralisation überhaupt in einem solchen Lande wie Rußland möglich? Auf diese Frage möchte ich mit einer Parallele antworten.

In Deutschland hat sich die Sozialdemokratie, nachdem sie zur Regierung gelangt war, als Partei fast aufgelöst. Die Regierungsorgane beeinflussen die Sozialdemokratische Partei viel mehr, als die Sozialdemokratische Partei die Regierungsorgane. Umgekehrt ist es in Rußland. Hier trug die Partei immer Sorge dafür, daß die führenden Elemente der Partei, die Sowjetorgane, die staatlichen Organe beeinflussen und nicht umgekehrt.

Die Geschichte dieser fünf Jahre zeigt, daß die Kräfte der Partei wenigstens 10- oder 15mal vollkommen umgruppiert werden mußten. Nur durch eine eiserne Disziplin der Kom. Partei war es möglich, die Neue Ökonomische Politik ohne schwere Erschütterungen der Partei durchzuführen. Die Massen haben ein solches Vertrauen zu ihrer Führerschaft, daß sie auch dann, wenn sie eine politische Maßnahme nicht sofort verstehen, sondern wenn das Verständnis in der Form eines längeren Prozesses folgt, ihr folgen und die Gewißheit haben, daß sie ihnen das, was sie noch nicht verstehen, verständlich machen wird. Die eiserne Disziplin der russischen Kom. Partei war das beste Mittel zur Verwirklichung ihrer unerhört elastischen Taktik. Die Quelle und der Ursprung dieser Elastizität ist allen klar. Es gibt nirgends in der Welt ein Land, wo der Marxismus wirklich so Fleisch und Blut geworden ist, wie in der Kom. Partei Rußlands.

Der subjektive Faktor der Kom. Partei ist einer der wichtigsten Faktoren. Besteht die Möglichkeit dieser kommunistischen Parteien auch im Westen zu bilden? Genossen, ich glaube, daß diese Möglichkeit besteht. Diese Aufgabe ist eine der wichtigsten Aufgaben und die Lehre, die uns die russische Partei gegeben hat, eine der wichtigsten Erfahrungen der fünfjährigen russischen Revolution. (Lebhafter Beifall.)

ZEHNTE SITZUNG

AM 14. NOVEMBER 1922, NACHMITTAGS.

Vorsitz: *Neurath.*

Redner: *Trotzki.*

TROTZKI: (Die Delegierten erheben sich und empfangen Gen. Trotzki mit stürmischem Händeklatschen): Das große, zentrale politische Ziel jeder revolutionären Partei besteht in der Eroberung der politischen Macht. In der 2. Internationale war dieses Ziel, um mit den Philosophen zu sprechen, eine regulative Idee, ein ziemlich mageres Ding, das mit der Praxis wenig zu tun hat. Wir haben erst seit wenigen Jahren im internationalen Sinne zu lernen begonnen, die Eroberung der politischen Macht zu einem praktischen Ziel zu machen, und inwieweit das Ziel keine philosophisch-regulative Idee, sondern praktisch ist, das beweist die Tatsache, daß wir in Rußland ein ganz festes Datum haben, den 7. November 1917, da eine Kom. Partei an der Spitze der Arbeiterklasse die politische Macht im Staate erobert hat.

Im Moment der Eroberung der politischen Macht erhöht sich unsere politische Taktik zur revolutionären Strategie auch im konkretesten Sinne des Wortes. Am 7. November hat unsere Partei die Macht im Staate erobert. Das bedeutet nicht, daß der Bürgerkrieg zu Ende war. Im Gegenteil: erst nach der Eroberung der politischen Macht hat der Bürgerkrieg bei uns in recht weitem Umfange begonnen. Das ist die Konsequenz der Tatsache, daß wir die Macht so leicht gewonnen haben. Das Bauerntum hatte keine politische Erfahrung, das Kleinbürgertum eine sehr winzige, die mittlere Bourgeoisie eine höhere dank den Dumas usw. Also die großen Reserven der Konterrevolution waren sozusagen noch intakt und noch fast unberührt. Erst nachdem das Bürgertum zu verstehen begonnen hatte, was es verliert, wenn es die Macht verliert, suchte es mit allen Mitteln die potenziellen konterrevolutionären Reserven in Bewegung zu setzen, und daher ist der langandauernde Bürgerkrieg die geschichtliche Revanche für die Leichtigkeit, mit der wir die Macht genommen haben.

Für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt kann man jetzt schon mit einer bestimmten Gewißheit feststellen, daß es die kom. Parteien da draußen bei Euch viel schwieriger bis zur Eroberung und viel leichter nach der Eroberung der Macht haben werden.

Der Bürgerkrieg war in Rußland nicht nur eine militärische Erscheinung — selbstverständlich war er mit Verlaub der Pazifisten eine militärische Erscheinung, aber *nicht nur* eine militärische Erscheinung, sondern im Grunde eine politische Erscheinung. Es war der Kampf um die politischen Reserven, in erster Linie um das Bauerntum, und dank der Tatsache, daß das Proletariat durch seine schonungslose Taktik im Bürgerkrieg dem Bauerntum bewiesen hat, daß es nur zwischen dem Adel und dem Proletariat zu wählen hat, dank dieser Konsequenzen und schonungslosen Strategie hat das Proletariat das Spiel gewonnen.

Der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft hängt von verschiedenen Faktoren ab, von der Höhe der Entwicklung der Produktivkräfte, von dem allgemeinen kulturellen Niveau des Proletariats und von der politischen Situation im nationalen wie im internationalen Maßstab. Wir haben in der Elementarschule des Marxismus gelernt, daß man von der kapitalistischen Gesellschaft zur sozialistischen nicht mit einem Sprung kommen kann. Nun, wir haben es doch ziemlich sprunghaft gemacht mit der Nationalisierung, mit den Versuchen der Sozialisierung. Alle Schichten des Bürgertums hatten keine Möglichkeit, sich zu überzeugen, daß wir, die Arbeiterklasse, die unwiderrufliche geschichtliche Macht darstellen und daß man sich unter das Joch des Proletariats beugen muß. Wir mußten dies ihnen erst nach der Machtergreifung beibringen.

Es ist ganz erklärlich, daß die Gebote des Bürgerkrieges hier über den Erwägungen der ökonomischen Zweckmäßigkeit standen. Also das Bürgertum wurde expropriert, nicht systematisch, allmählich, sondern in dem Maße, in dem man den unmittelbar mit dem Tode drohenden Feind niederkriegen mußte. Auf diese Weise entstand unser *Kriegskommunismus*. Er bedeutete in erster Linie die Notwendigkeit, daß der Staat und die Armee sich Brot verschaffte, und zwar durch alle Mittel, in erster Linie durch das Mittel der bewaffneten Macht; zweitens die Notwendigkeit, aus dieser desorganisierten, von dem Bürgertum und seinen Lakaien sabotierten Industrie, das für die Armee und den Bürgerkrieg Notwendige herauszupressen und herauszubekommen. Nun, da der gesamte Apparat, der das früher leitete, in Scherben dalag, hatten wir keine andere Möglichkeit, als den Versuch zu machen, diesen Apparat durch einen zentralisierten Apparat des Staates zu ersetzen. Das war aber tatsächlich nur ein Ersatzapparat.

Warum mußten wir den Rückzug antreten? Weil die wichtigste Aufgabe, die Aufgabe der Verteilung der Produktionskräfte und der Arbeitskräfte zwischen den verschiedenen Zweigen der nationalen Industrie, in der ersten Linie zwischen Landwirtschaft und Industrie, war, d. h. auch die Organisierung dieser Kräfte Methoden braucht, die das siegreiche Proletariat auch in den entwickeltsten Ländern erst im Laufe von Jahren und Jahrzehnten zu entwickeln imstande wäre. Was bei uns als Surrogat galt, konnte nur für die Zwecke der Kriegsindustrie ausreichen. Zwischen der kapitalistischen Anarchie und diesem Zustand steht die Entwicklung der im Keime begriffenen sozialistischen Wirtschaft mit kapitalistischen Mitteln. Das ist unsere Situation. Ich möchte nicht gern den Terminus „Staatskapitalismus“ gebrauchen. Lenin hat gesagt, man kann diesen Terminus nur mit Einschränkung und Reserve anwenden.

Die neue ökonomische Politik gibt die Möglichkeit, die sozialistische Wirtschaft durch den Arbeiterstaat langsam aufzubauen, geleitet von den Methoden der Kalkulation, der Bewertung und Einschätzung der Zweckmäßigkeit des Unternehmens, die durch die kapitalistische Entwicklung geschaffen worden ist. Wir sind auf diese Weise dazu gekommen, den Markt wieder herzustellen. Der Markt braucht ein allgemeines Äquivalent. Dieses Äquivalent sieht bei uns ziemlich miserabel aus. Unsere Industrie klagt jetzt immer über den Mangel an Betriebskapital, und man hört da Töne des kapitalistischen Fetischismus, ohne daß wir den Kapitalismus hätten.

Wir leiden an einer Krise des Betriebskapitals. Was bedeutet das? Da wir die Verteilung des Reichtums oder besser gesagt der Armut der Betriebskräfte durch die kapitalistischen Methoden jetzt durchführen, so nehmen selbstverständlich alle die Schwierigkeiten ein Gesicht an, das wir in der kapitalistischen Gesellschaft zu sehen gewohnt sind. Und am brennendsten ist es, wo der Konsum anfängt, also bei den Arbeitern, Bauern und Roten Soldaten. Nur soweit die Fertigungsindustrie sich entwickelt und uns die Möglichkeit gibt, vom Lande sehr reale Reichtümer zu beziehen, und dabei Profit zu gewinnen, bekommen wir die Grundlage für die schwere Industrie. Selbstverständlich kann unser Finanzkommissar nicht sogleich ein jedes Unternehmen, das imstande zu sein vorgibt, mit dem Betriebskapital zu arbeiten, seine Finanzen heranziehen und es durch Emissionen unterstützen. Was würde das bedeuten? 1.) natürlich, daß der Markt diese überflüssige Emission nicht aufnehmen würde, d. h. daß der Sturz des Rubels so katastrophal würde, daß die summarische Kaufkraft aller Emissionen vielleicht niedriger wäre als die jetzige Rubelquantität, und 2.) würde das bedeuten, daß wir aus der Emission einen Faktor der Desorganisation der Wirtschaft machen; aber indem wir die kapitalistischen Methoden anwenden, müssen wir sie sehr sorgfältig korrigieren und kontrollieren. Ja, man kann mit vollem Recht sagen, es ist eine große Gefahr, da, wenn man dem Teufel den Finger gibt, man gezwungen wird, ihm die Hand, den Arm und dann den ganzen Körper zu geben.

Während die Neue Ökonomische Politik den Kräften freien Spielraum läßt, die immer die verfluchte Tendenz haben, sich zu verstärken, laufen wir immer Gefahr — Otto Bauer nennt es immer die einzige Perspektive —, vom Kapitalismus überwunden zu werden. Abstrakt theoretisch gesprochen, ist das nicht ausgeschlossen. Es war aber auch die Gefahr vorhanden, daß Koltshak und Denikin sich Moskaus bemächtigten. Selbstverständlich war dies nur eine Möglichkeit, die durch den Kampf, durch unsere Niederlage zur Wirklichkeit werden konnte. Dies hier ist auch ein Kampf. Wie im Bürgerkrieg der Kampf eigentlich um die Seele des Bauern geführt wurde, wie von der Roten Armee einerseits, von den Adligen und Bürgerlichen andererseits darum gekämpft wurde, auf wessen Seite das Bauerntum stehen werde, so kann man nun ebenso sagen, daß jetzt der Kampf zwischen dem Arbeiterstaat und dem Kapitalismus in erster Linie nicht um die Seele, sondern um den Markt des Bauerntums vor sich geht.

Unsere Mittel sind in erster Linie die Staatsmacht. Das ist ein ausgezeichnetes Mittel im ökonomischen Kampfe. Zweitens sind die wichtigsten Produktionskräfte in unserem Besitz, die Transportmittel des Landes inbegriffen, der Besitz an Grund und Boden, was die Möglichkeit gibt, die Naturalsteuer vom Bauern einzutreiben. Dazu ist die Armee und alles übrige zu zählen. Das sind unsere Vorzüge. Was hat die andere Seite, *der Privatkapitalismus*? Er hat keine Staatsmacht und keine große Sympathie bei der Staatsmacht, sondern die Staatsmacht bemüht sich, seine Bäume nicht zu hoch in den Himmel wachsen zu lassen. Dazu gehören die Steuern in erster Linie. Dann verfügt der Staat über gewisse Industrieunternehmungen in Form der Verpachtung. Ich muß ein paar Zahlen geben, da man hier von einer „Kapitulation“ spricht. Ohne das Transportwesen in Betracht zu

ziehen, nur die reinen in Trustform geleiteten Industrieunternehmungen genommen, beschäftigen wir jetzt bei dem sehr schwierigen Zustande unserer Wirtschaft eine Million Arbeiter und in den Fabriken, die wir verpachtet haben, 80 000 Arbeiter. Aber auch diese 80 000 Arbeiter arbeiten nicht alle in Privatunternehmungen, denn die Hälfte dieser Unternehmungen werden nicht von Privatkapitalisten, sondern von zentralisierten Konsumgenossenschaften bewirtschaftet, so daß also in den rein privatkapitalistischen Unternehmungen nicht mehr als 40—45 000 Arbeiter arbeiten gegenüber den Millionen von Arbeitern in den Staatsunternehmungen.

Auf dem Gebiete des Handels spielt das Privatkapital jetzt schon eine größere Rolle. Es ziffernmäßig einzuschätzen, ist ziemlich schwierig. Unsere Sachverständigen meinen, das private Handelskapital betrage jetzt so ungefähr 30 % des im Umlauf befindlichen Kapitals, während die übrigen 70 % von den Staatsinstitutionen und den Konsumgenossenschaften, die vom Staate subventioniert und eigentlich vom Staate geleitet sind, geliefert werden. Die größeren Vorteile, die Trumpfkarten, sind bei uns, in den Händen des Arbeiterstaates. Wir haben alle Vorzüge bei uns, den einzigen ausgenommen: hinter dem Rücken des Privatkapitals steht das Weltkapital.

Wie es mit den Konzessionen steht, das hat der Gen. Lenin schon gesagt: Große Diskussionen, kleine Konzessionen! (Heiterkeit). Man hat ja öfter gesagt, der Weltkapitalismus befindet sich in einer schrecklichen Krise; man braucht Sowjetrußland, denn Deutschland braucht Getreide usw. Abstrakt ist das ganz leicht, wenn man die Welt pazifistisch einrichten könnte, vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes, der ja immer pazifistisch ist (Heiterkeit), so wäre es notwendig, daß das englische Kapital in einem rasenden Tempo nach Rußland zieht, und daß Deutschland nachhinkt, um Rußland ökonomisch zu beleben. Das ist aber nicht der Fall. Warum? Weil wir in einer kritischen Epoche des gestörten ökonomischen Gleichgewichtes leben, und weil das Kapital nicht die Möglichkeit hat, große ökonomische Pläne zu verwirklichen. Daher ist die ganze ökonomische Politik der kapitalistischen Regierungen nur von heute auf morgen berechnet. Und indem man sich Rechenschaft gibt, daß Rußland unmittelbar morgen noch keine Rettung bedeutet, vertagt man immer und immer wieder den Beginn dieser proklamierten Konzessionen, Kredite usw. Daß man befürchten müßte, daß wir von diesen Konzessionen vollständig überhäuft, unterdrückt würden, ist vollständig ausgeschlossen. Das Heft ist in den Händen des Arbeiterstaates, und der Arbeiterstaat, soweit er imstande ist, es zu tun, berechnet, ob er diese oder andere Konzessionen zuläßt oder nicht.

Mit einem Wort: Die Gefahr, daß der wirkliche Kapitalismus, dessen Entwicklung unvermeidlich ist, wenn ihm einmal der freie Markt gegeben ist, dem Arbeiterstaat über den Kopf wächst, ist kleiner, als die Gefahr für die Kapitalisten, daß die Arbeiterklasse Europas die Staatsmacht erobert. Und hier heißt es für uns: durchhalten, durchzuhalten, bis die Arbeiterklasse Europas und dann der Welt sich der Staatsmacht bemächtigt.

Zu unserem vierjährigen Jubiläum hat Otto Bauer unserer Wirtschaft eine Broschüre gewidmet, in der er über die Neue Ökonomische

Politik in der logischsten Form das sagt, was alle Feinde aus dem sozialdemokratischen Lager zu sagen pflegen. Ich erinnere mich, daß im Jahre 1919 die Prophezeiungen noch etwas anders klangen, auch bei Otto Bauer und der 2 $\frac{1}{2}$. Internationale. Damals haben sie für eine kurze Zeit den Anfang der Epoche der sozialen Revolution anerkannt. 1917 hat Otto Bauer geschrieben, daß die russische Revolution nur mit der bürgerlichen Demokratie enden könne. Im Jahre 1919 heißt es anders. Die sozialistischen Opportunisten sind immer impressionistisch in der Politik; Bauer hat immer zwei Prophezeiungen auf Lager, die er je nachdem verwenden kann. (Heiterkeit.)

Da manche Genossen natürlich nicht genau unsere Geschichte im Gedächtnis haben, muß ich in die Erinnerung zurückrufen, daß wir durch ein Radio vom 4. Februar 1919 allen kapitalistischen Regierungen folgendes vorgeschlagen haben:

- a) Anerkennung der Schuldenverpflichtungen der früheren Regierungen Rußlands;
- b) Verpfändung unserer Rohmaterialien als Sicherstellung für die Zahlung der Anleihen und der Prozente;
- c) Verleihung von Konzessionen — nach ihrem Geschmack;
- d) Territoriale Zugeständnisse in Gestalt von militärischen Okkupationen gewisser Distrikte durch Streitkräfte der Entente.

Das alles haben wir durch ein Radio vom 4. Februar 1919 der kapitalistischen Welt vorgeschlagen, und im April desselben Jahres haben wir das noch ausführlicher und genauer an den nichtoffiziellen amerikanischen Bevollmächtigten Bullit wiederholt. Nun, Genossen, wenn man in Betracht zieht, was unsere Vertreter in Genua und im Haag vorgeschlagen haben, so sieht man, daß wir auf dieser Bahn nicht in der Richtung der Erweiterung der Zugeständnisse, sondern im Gegenteil in der Richtung der festeren Haltung der Zugeständnisse den anderen gegenüber uns entwickelt haben. Es ist ganz richtig, daß mit der Veränderung der ökonomischen Basis sich auch der Überbau ändert, aber erstens ändert sich die ökonomische Basis nicht ganz nach dem Diktat von Otto Bauer und auch nicht ganz nach dem Diktat des Herrn Urquhart, der in dieser Frage ein viel gewichtigeres Wort sprechen darf. Und andererseits, selbst auf einer gegebenen ökonomischen Basis, muß man einer anderen Klasse Konzessionen machen. Marx hat die gesetzliche Verkürzung des Arbeitstages den Sieg eines neuen Prinzips genannt, des Prinzips der Arbeiterklasse. Aber von dem partiellen Siege dieses Prinzips der Zukunft bis zur Eroberung der politischen Macht durch die englische Arbeiterklasse ist eine ganz große geschichtliche Periode vergangen. Das ist ja eben die Dialektik der Sache, daß erstens der Überbau einmal geschaffen, ein Faktor der Beeinflussung der Basis wird, zweitens, daß wir nicht mit der Ewigkeit rechnen, sondern mit einer gewissen geschichtlichen Periode.

Zum Schluß sagt Otto Bauer in seiner Broschüre, daß wir die Veränderung des Überbaues beschleunigen müssen. Er sagt: „Der Wiederaufbau einer kapitalistischen Wirtschaft kann nicht unter der Diktatur der Kom. Partei erfolgen. Der neue Kurs in der Volkswirtschaft er-

heischt einen neuen Kurs in der Politik." Der Mann, der es in Österreich so weit gebracht hat (Heiterkeit), sagt uns also: „Wissen Sie, der Kapitalismus kann doch unter der Diktatur Eurer Partei nicht zum Aufblühen kommen." Nun, Genossen, eben deshalb behalten wir ja die Diktatur unserer Partei. (Große Heiterkeit, Beifall).

Wir sind sehr arm, das ist die große Tatsache. Die Revolution ist als ein System der wirtschaftlichen Umwälzung, ein sehr kostspieliges System, und das haben alle Revolutionen der Welt bewiesen. Nehmen wir die große französische Revolution. Ich habe eben ein paar geschichtliche Werke nachgeschlagen: den französischen Historiker Taine und die sozialistische Geschichte von Jaurès, und habe folgende Tatsachen gefunden: Nach dem 9. Thermidor, also nach dem Beginn der konterrevolutionären Ära, setzt die Verarmung Frankreichs erst recht ein, zehn Jahre nach Beginn der Revolution, d. h. unter dem ersten Konsul, Napoleon, bekam Paris täglich 300 bis 500 Sack Mehl, während es als Minimum 1500 Sack nötig hatte. Also Paris bekam im 10. Jahre der bürgerlichen Revolution ein Drittel bis ein Fünftel seiner notwendigen Nahrung. Noch ein Beispiel: In derselben Zeit, im 9. und 10. Jahre nach dem Beginn der französischen Revolution, ist die Bevölkerung in 37 Departements von 58 zurückgegangen, und zwar durch Hunger, durch Epidemien usw. Also im 10. Jahre! Wir sind erst im Anfang des 6. Jahres. Das Bild, das wir jetzt darstellen, ist nicht beneidenswert, aber es ist viel günstiger als das Bild, das Frankreich nach 10 Jahren seiner bürgerlich-demokratischen Revolution darstellte.

Der Kapitalismus befindet sich in seiner geschichtlichen Krise. Die Arbeiterklasse ist heute noch nicht fähig, durch die Ergreifung der politischen Macht, dieser Krise ein Ziel zu setzen. Wir haben uns auf dem 3. Weltkongreß — und das muß hier in Erwägung kommen — mit aller Schärfe bemüht, in den Vorträgen und auch in den Thesen den Unterschied zwischen der geschichtlichen Krise des Kapitalismus und zwischen der Konjunkturkrise festzulegen.

Wir hatten betont, daß im Rahmen der geschichtlichen Krise der Kapitalismus die Welle der Zyklen, der Konjunkturveränderungen unvermeidlich ist, und daß der akuten Konjunkturkrise, die im Jahre 1920 begann, unvermeidlich in der gesamten kapitalistischen Welt eine gewisse Besserung, eine größere oder kleinere Besserung, folgen müsse. Mancher Genosse meinte damals, das sei eine opportunistische Auffassung. Stellen wir uns vor, wie wir heute daständen, wenn wir diese mechanische Theorie der sich immer verschärfenden Krise akzeptiert hätten und jetzt vor der Tatsache ständen, daß in den wichtigsten Ländern des Kapitalismus die Krise ihren Platz einer Besserung oder Stagnation, die nach der Krise eine Besserung bedeutet, geräumt hat.

Wie lange sie dauern wird, wie lange sie einen Boden für die weitere Entwicklung bildet, ist eine Frage für sich. Wir hatten vollständig recht, und jetzt stehen wir bewaffnet vor unseren Gegnern der 2. und 2½. Internationale. Nicht deshalb haben wir die Epoche als revolutionär aufgefaßt, weil 1920 eine akute Konjunkturkrise die Prosperität des Jahres 1919 abgelöst hat, sondern aus unserer Einschätzung der gesamten Weltsituation und ihrer Zusammenhänge. Ich erinnere

mich, wie Gen. Lenin in einer seiner Reden auf dem 3. Kongreß gesagt hat: „Genossen, selbstverständlich haben wir das größte Interesse daran, das Tempo der Revolution zu beschleunigen. Aber wenn die Revolution in einem Jahre noch nicht kommt, sogar in zwei Jahren noch nicht, so werden wir in Rußland durchhalten und warten. Wir drängen Sie keinesfalls zu voreiligen Taten." Manche Genossen dachten: — Zwei Jahre! Das erschien manchen jungen Genossen als etwas Schreckliches. Aus der Situation, daß wir im Jahre 1919 im internationalen Maßstabe die Macht nicht erobert haben, entstammt unser Kampf um die Eroberung der großen Massen des Proletariats, um die Entwicklung unserer Organisation und Methoden, wir sind gezwungen worden, die partiellen Forderungen der Arbeiterklasse auf unsere Fahne zu schreiben, der Arbeiterklasse auch in diesen Fragen voranzugehen.

Wir dürfen unsere Aufgabe keinesfalls automatisch oder fatalistisch auffassen, denn auch in der neuen revolutionären Epoche kann sehr gut für die eine oder andere Partei die Versumpfung eintreten, und als Instrument der Versumpfung kann man sich auch die Teilforderung denken. Jetzt, wo man in relativ ruhigen Zeiten im Kampfe um die partiellen Forderungen die Seele der Arbeiter gewinnen muß, ist eine Situation selbstverständlich, wo die kapitalistische Welt viel mehr Möglichkeiten hat, wieder einmal ihre Agenten in die Reihen unserer revolutionären Weltpartei hineinzuschicken. Und wir haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, durch die sorgfältige Sanierung der Internationale alles zu tun, damit die Internationale im Moment des Großkampfes vollständig kampfbereit dasteht. Denn die Schwierigkeiten, die die westeuropäischen Parteien zu überwinden haben, sind unvergleichlich größer als diejenigen, die *wir* in der Revolution zu überwinden hatten.

Wir sind absolut nicht gesichert gegen eine neue, in ihrer Art große Periode der Verdummung und Betäubung der Arbeiterklasse durch pazifistisch-reformistische Tendenzen. Da die Epoche revolutionär ist und die Widersprüche unüberbrückbar sind, da die Reibungen im Kapitalismus schwerere sind als je, kann diese Epoche nur das letzte Aufflackern der Lampe, die im Auslöschen ist, sein und nichts anderes.

Eine Partei, die die Weltarbeiterklasse in dieser Situation nicht betrügt, eine Partei der schroffen brutalen Wahrheit, das muß die Kommunistische Partei sein. Deshalb sind wir jetzt zehnmal mehr verpflichtet als früher, unsere Reihen streng zu revidieren und sie zu kontrollieren. Gen. Frossard hat einmal gesagt, und das ist oft wiederholt worden: „Le parti c'est la grande amitié" (Die Partei ist die große Freundschaft). Das ist eine sehr hübsche Formel, die ich in einem gewissen Sinne auch auf meine Rechnung zu übernehmen bereit bin. Nur darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß die Partei erst durch eine tief eingreifende Auslese zur großen Freundschaft wird. Diese Auslese muß aber sorgfältig und, wenn notwendig, schonungslos sein. Mit anderen Worten: die Partei muß die große Auslese noch vornehmen, bevor sie zur großen Freundschaft wird. (Lebhafter, langanhaltender Beifall. Die Delegierten erheben sich und singen die „Internationale".)

ELFTE SITZUNG

AM 15. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Kolarow.

Redner: Radek.

Die Offensive des Kapitals.

RADEK: Die Frage der Offensive des Kapitals wird in unseren Kreisen zu eng gefaßt, indem man unter der Offensive des Kapitals in erster Linie die Frage der Senkung des Lohnes und der Verlängerung der Arbeitszeit auffaßt, andererseits indem man die ganze Geschichte der Weltrevolution hineindrängt in zwei Phasen, die mechanisch voneinander getrennt sind: in die Phase der Offensive des Proletariats und die Phase der Gegenoffensive des Kapitals. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Weltbourgeoisie in viel höherem Maße als das Weltproletariat verstanden hat, daß die russische Revolution der erste Akt der internationalen Offensive des Proletariats ist. Ich verweise hier z. B. auf das Memorandum des Grafen Czernin, um zu zeigen, wie gerade während der Märzrevolution, noch vor dem Oktobersiege, die Führer der Mittelmächte außerordentlich gut begriffen haben, daß nach der Periode des Krieges, sogar schon mit der Märzrevolution Bresche in die Front des Kapitals gelegt wurde und ein neuer historischer Faktor auf der Weltbühne erschien.

Nach der Niederlage Deutschlands setzte die zweite Welle der proletarischen Revolution ein. Es wird sehr viel ironisiert über die Illusionen, die die K. I. bei ihrem Entstehen über die Weltlage hatte. Es wird seitens der früheren Zentrlisten und der jetzigen Mitglieder der 2. Internationale erzählt, wie optimistisch und kurzsichtig wir waren, als die K. I. gegründet wurde und ihre Politik einstellte auf den Sieg der Weltrevolution. Ich erlaube mir, Ihnen ein Dokument vorzulegen, das fast in derselben Zeit geschrieben wurde, in der der erste Kongreß der K. I. zusammentrat. Dieses Dokument, das von Lloyd George geschrieben wurde, wurde von ihm und den Seinen geheimgehalten, bis es in diesem Jahre von dem früheren italienischen Ministerpräsidenten Nitti in seinem Buche „Das friedlose Europa“ abgedruckt wurde.

Er sagte da u. a.:

„Wenn sich Deutschland dem Spartakismus ergibt, ist es unvermeidlich, daß es sein Schicksal mit den russischen Bolschewisten eng verknüpft. Wenn dies geschähe, würde ganz Osteuropa in den Strudel der bolschewistischen Revolution hineingerissen, und im Verlaufe von einem Jahre fänden wir uns fast 300 Millionen Menschen gegenübergestellt, die von deutschen Generalen, von deutschen Instrukteuren zu einer Roten Riesenarmee geschult wären, ausgerüstet mit den deutschen Kanonen, mit deutschen Maschinengewehren, jeden Augenblick bereit, den Angriff auf Westeuropa zu erneuern.“

Dieses Bild ist eine Photographie der Lage, in der sich die Welt in dieser zweiten Phase der proletarischen Revolution beim Beginn der deutschen Revolution befand.

Die englischen Arbeiter, die während der ganzen Periode des Krieges nicht mehr als 7 Schilling pro Woche und Kopf Lohnerhöhung erzielt haben, haben im Jahre 1919 allein eine Lohnerhöhung von 1 Pfund Sterling erkämpft. 8 Stunden — und sogar weniger als 8 Stunden im Tag — begannen im Jahre 1919 60 bis 80 % der englischen Arbeiter zu arbeiten. In ganz Amerika flutet nicht nur eine Welle des Streikes nach der anderen, sondern es ist sehr charakteristisch, daß in diesem Lande des Individualismus die Eisenbahner ernsthaft den Plan der Nationalisierung der Eisenbahn besprechen konnten. Auf der ganzen Westlinie, in den Ländern des industriellen Kapitals, hat sich die Bourgeoisie der Arbeiterklasse gegenüber rein defensiv verhalten.

Der Zusammenbruch der militärischen Offensive Sowjetrußlands gegen Warschau und der proletarischen Offensive in Italien sind ein Wendepunkt in der Geschichte der ersten Phase der proletarischen Revolution.

Es beginnt die wirtschaftliche Krise in allen Ländern.

Wenn Sie die englischen Zahlen nehmen, so gab es im Jahre 1918 1250 Streiks, an denen 100 000 Arbeiter teilnahmen. Diese Streiks dauerten 6 730 000 Tage. Im Jahre 1919 stieg diese Zahl auf 1413 Streiks; es streikten 2 500 000 Arbeiter 34 000 000 Tage. Im Jahre 1920 haben wir 1715 Streiks. Die Zahl der Streikenden vermindert sich, aber es sind doch noch etwa 2 Millionen Streikende, und sie streiken noch 27 Millionen Tage. Das Resultat dieser Streiks für 6 bis 7 Millionen Arbeiter war die Erhöhung der Löhne um 7 Millionen Pfund wöchentlich.

Die Kürzung der Arbeitszeit in dieser Zeit beträgt im Jahre 1919 für 6 500 000 Arbeiter 6 Stunden wöchentlich, im Jahre 1920 für eine halbe Million Arbeiter 3½ Stunden. Im Resultat arbeiten 60 bis 80 % Arbeiter acht oder weniger Stunden. Im Jahre 1921 streiken nur 118 000 Arbeiter. Für 8 Millionen Arbeiter verschlechtert sich die Lage um 11 Millionen Pfund Sterling wöchentlich. Im Jahre 1922 erfuhren die Löhne im Monat August Herabsetzungen. 7½ Millionen Arbeitern wird der Wochenlohn um weitere 3½ Million Pfund herabgedrückt, während die Lohnerhöhungen nur 18 000 Arbeiter erhalten, und zwar nur in der geringen Höhe von 3000 Pfund wöchentlich.

In Amerika setzt die open-shop-Bewegung, der Kampf um die freie Werkstatt, ein. Die Gewerkschaften sollen das Recht aufgeben, die Werkstätten mit organisierten Arbeitern zu besetzen und die unorganisierten auszuschließen, ein Recht, das sie in jahrzehntelangem Kampfe erobert haben. In England sehen wir den Kampf um die vollkommene Ausrottung der Betriebsräte. Und gleichzeitig holt die englische Konservative Partei zu einem Schlage gegen die Labour Party aus, indem sie im Parlament den Antrag auf ein Verbot einbringt, daß die Gewerkschaften ihre Mittel zur Führung der politischen Kämpfe gebrauchen.

Es ist klar, daß es sich hier im Weltmaßstabe um einen großangelegten wirtschaftlichen Plan handelt, dessen Grundlage das Resultat des Weltkrieges ist.

Wenn das Weltkapital bestrebt ist, die Arbeiterklasse zurückzuwerfen hinter das Jahr 1914, wenn es bestrebt ist, die Arbeiterklasse

auf die Knie zu zwingen, so ist es klar, daß die Führer des Weltkapitals das Erreichen können nur durch ein kombiniertes System innerer Kämpfe mit der Arbeiterklasse und weltpolitischer Kämpfe. In England gelang es, die Bestrebungen der Arbeiter, die Nationalisierung der Hauptzweige der Industrie durchzuführen, niederzuknüppeln. Im vorigen Jahre haben die englischen Arbeiter nicht mehr um die Nationalisierung der Minen gekämpft, sondern sie mußten schon um die Lohnforderungen kämpfen. Und sogar in diesem Kampfe wurden sie geschlagen.

In Amerika wurden die Reste der Bewegung für die Nationalisierung weggeschwemmt. In Deutschland stehen wir vor dem Verkauf der Eisenbahnen an die Privatindustrie. Der einzige Staat, in dem sich die Industrie in den Händen der Arbeiterklasse befindet, ist Rußland. Die Politik des deutschen Kapitals, die am krassesten durch Stinnes verkörpert wird, sucht einen Ausweg und hat ihn theoretisch gefunden. Der Ausweg besteht in dem Verkauf der Staatsgüter, in dem Verkauf der Gruben, der Eisenbahnen, für die dann eine große Anleihe für Deutschland auf den amerikanischen und englischen Märkten aufgebracht wird und zur Zahlung der Prozente dieser Anleihe stehen in dem finanziellen Plane Stinnes: Entlastung der Industrie, Belastung der breitesten Massen als Mittel der neuen Akkumulation des deutschen Kapitals. Der tragende Gedanke der französischen Industriekreise besteht in der Schaffung eines deutsch-französischen Stahl- und Kohlen-syndikats, das einerseits den Franzosen die notwendigen Mittel zum Wiederaufbau gibt und andererseits Stinnes ermöglicht, entgegen dem jetzigen Kräfteverhältnis in Deutschland seine Politik durchzuführen. Darum muß durch ein Ultimatum Frankreichs, durch die französischen Forderungen an die deutsche Regierung der Plan Stinnes' durchgeführt werden. Das, was die deutschen Sozialdemokraten nie schlucken würden, wenn es ihnen nur von Stinnes serviert wird, das werden die deutschen Sozialdemokraten und die deutsche Arbeiterklasse schlucken, wenn es als Bedingung des Friedens seitens Frankreich gestellt wird.

Wenn Sie das Steuerprogramm von Mussolini lesen, seinen wirtschaftspolitischen Plan, so werden Sie sehen, wie dieselben Kräfte, die in Deutschland in der Person der Vertreter der Großindustrie, der Schwerindustrie an der Arbeit sind, in Italien dasselbe Programm aufstellen.

In Frankreich ist die ganze Politik auf die größte Belastung der arbeitenden Massen und möglichst auf die Schonung der Besitzenden in einem Ausmaß gerichtet, das die alte Steuerscheu der Bourgeoisie weit übersteigt. Diese Pläne der Bourgeoisie erfordern entsprechende politische Maßregeln, und wir sehen in ganz Europa den Zug nach rechts. Wenn Sie den politischen Sinn der jetzigen Wahlen in England überdenken, wenn Sie die Reden lesen, die während der Wahlkampagne jetzt von den Konservativen gehalten werden, und die Antworten, die ihnen Lloyd George gibt, so scheint es auf den ersten Blick: Es ist ein Irrenhaus. Lloyd George treibt konservative Politik, und die Konservativen stellen dasselbe Programm auf. Bonar Laws erste Tat war der Versuch der Abschaffung des Arbeitsministeriums, die Erklärung, der Staat solle sich möglichst wenig in die Politik einmischen, ein Pendant zu der Erklärung Mussolinis, daß er wirtschaftlich Altliberaler sei.

Diese Politik wird von konterrevolutionären konspirativen Organisationen in viel bewußtere Formen gekleidet. Es besteht jetzt trotz der legalen Herrschaft der Konterrevolution in Europa ein illegales Leben der Konterrevolution, das die bewußtesten Elemente der Konterrevolution zusammenfaßt. Wenn man die Schachzüge dieses rechten Flügels der Konterrevolution beobachtet, so sieht man folgendes: sie verstehen ausgezeichnet, daß es in Mitteleuropa drei mögliche Herde der proletarischen Revolution gibt: das industrielle Deutschland, die Tschechoslowakei und Italien. So ist ihr Plan auf die Schaffung einer Barriere zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und Italien gerichtet. Die Bestrebungen zur Schaffung einer starken Festung der Konterrevolution in Bayern gehen Hand in Hand mit den Bestrebungen der Unterwerfung Österreichs unter das Gebot der Konterrevolutionäre. Der Genfer Vertrag, die Abschaffung des österreichischen Parlaments, die Abschaffung der schwächlichen Wehrmacht, die noch in Wien aus parlamentarischen Kreisen bestand, bildete den Anfang. Der Sieg der Faschisten in Italien ist ein Teil dieser Politik.

Wie war der Sieg des Faschismus möglich, worauf basiert er, und was insbesondere stellt er in der europäischen Konterrevolution dar? Es genügt vielleicht zu fragen: ist Mussolini sozial und politisch gleichzustellen mit Stinnes und Bonar Law, oder ist er etwas anderes? Erinnern wir uns an die Tatsache: Was waren die Faschisten und wie sind sie entstanden? Aus dem Kriege kehrten die niederen Schichten der Intellektuellen zurück, die Apotheker, Volksschullehrer, Veterinäre usw. In Italien spielten die Intellektuellen immer eine viel größere Rolle als in anderen Ländern; es genügt, nur daran zu erinnern, daß vor dem Kriege die italienische Sozialistenpartei etwa 70 Privatdozenten hatte, um zu sehen, wie breit die Schicht der Intellektuellen in Italien ist. Diese kehrten also aus dem Kriege zurück als Nationalisten entmutigt; sie kamen zurück in ein wirtschaftlich vollkommen ruiniertes Land, und der Staat war nicht imstande, sie zu versorgen. Wenn man jetzt die Tatsache liest, daß viele sozialistische Organisationen im Jahre 1919 die Kriegsinvaliden abgewiesen haben, weil sie im Kriege waren, so kann man sich die Geburt des Faschismus erklären. Bei den Wahlen im Dezember 1919 bekommt Mussolini in Mailand nur 4000 Stimmen; die Faschisten sind zum Teil zusammen mit d'Annunzio in Fiume, zum Teil kleine versprengte Gruppen. Durch das Land geht die Welle der Revolution. Daß die Sozialistische Partei nicht imstande war, die Massen zum Kampfe zu führen, das hat die Kraft des Faschismus geboren. Als mit Hilfe der italienischen Reformisten die Arbeiter sich überreden ließen, die besetzten Fabriken zu verlassen, da hat die italienische Bourgeoisie das Fürchten verlernt.

Die italienische Bourgeoisie geht zur Offensive über. Jetzt entsteht die Frage: Warum tut sie das nicht mittels des Staatsapparates, der Karabinieri, mittels der bürgerlichen Gerichte und der bürgerlichen Parteien, die sie hat? Die bürgerlichen Parteien sind zersetzt, aber die Mussolini, die nationalistischen kleinbürgerlichen Intellektuellen — sie kommen mit einem neuen Willen zur Macht. Die Faschisten sagen: Der Sozialismus war nicht imstande, etwas Neues zu bringen, wir aber werden zwischen Arbeitern und Kapitalisten vermitteln, aber Ihr Arbeiter müßt arbeiten, Ihr müßt die Nation aufbauen.

Die Faschisten stellen das Kleinbürgertum dar, das gestützt durch den Kapitalismus zur Macht kommt und das genötigt wird, nicht das Programm des Kleinbürgertums, sondern des Kapitalismus durchzuführen. Darum ist diese grelle Konterrevolution die schwächste der konterrevolutionären Organisationen. Mussolini kommt mit einem großen Schweif von kleinbürgerlichen Intellektuellen, und das erste ist, daß er auf ein Staatsdefizit von 7 Milliarden stößt. Hinter ihm stehen aber schon Hunderttausende von Anwärtern auf die Regierungsposten. Mussolini stellt dank seiner Vergangenheit die Politik der Herrenmenschen dar, die Gegnerschaft der Demokratie. Aber indem er große, breite demokratische Massen herangezogen hat, hat er schon einen demokratischen Flügel, und nichts ist charakteristischer, als daß diese Leute sagen: *Wir bleiben in der Demokratischen Partei*. Und eben das, was die Stärke des Faschismus ist, das ist auch die Ursache seines Todes.

Die Welle der Konterrevolution, die sich jetzt durch die Welt er gießt, ist am besten dadurch zu charakterisieren, daß sich diese Konterrevolution nicht auf eine beginnende allgemeine Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges stützt, sondern daß sie ein Ausdruck der Verzweiflung ist, ein Versuch, den Verfall durch Machtmittel aufzuhalten. Sie werden das Chaos beschleunigen. Und in dieser Hinsicht hat Lloyd George vollkommen recht, wenn er sagt: „Ihr werdet nur die Scherben zerschlagen“.

Worin besteht unser Verteidigungsplan? Eine Klarstellung seiner Grundlage bildet gleichzeitig eine Antwort auf unsere taktischen Fragen. Die Periode des Ansturms des Proletariats war dadurch gekennzeichnet, daß immer breitere Massen direkt zum Sturme gegen den Kapitalismus vorgingen. Das Charakteristische an der Epoche, in der wir jetzt leben, ist, daß die breitesten Massen des Proletariats den Glauben verloren haben, daß die Arbeiterklasse in absehbarer Zeit die Macht erobern kann. Wir kämpften gegen die Idee der Koalition mit dem Bürgertum, und wir kämpften mit Recht dagegen. Wir bemerkten nur nicht, daß auf der Tagesordnung nicht die Koalition der Sozialdemokratie und der Arbeiterparteien mit dem Bürgertum stand, sondern das Herausschmeißen der Arbeiterparteien und sogar der liberalen Parteien aus allen bürgerlichen Regierungen. Selbst angesichts dieser Tatsache steht die Arbeiterklasse noch vollkommen passiv da. Wie könnte man sich sonst erklären, daß nach Görlitz, wo sich die Sozialdemokratie bereit erklärte, sich mit Stinnes zu verbinden, ein Proteststurm der deutschen Arbeiter *nicht* eintrat. Das Gefühl der schwindenden Macht der Arbeiterklasse ist vielleicht die wirkliche Ursache, warum die Vereinigung der U. S. P. mit der S. P. D. so leicht vor sich ging. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde sind sogar die Arbeiter, die gegen die Koalition waren, bereit, sich mit den Sozialdemokraten zu vereinigen, um das letzte Atom von Macht zu behalten.

Daraus ergibt sich: Wir müssen in erster Linie den Kampf um die Fragen führen, die für die breitesten Arbeitermassen die aktuellsten sind: die Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit, um die Wohnungsfrage und all die Fragen des täglichen Lebens der Arbeiterklasse. Der Kommunismus besteht nicht darin, daß man den Kopf in den Sand steckt und sagt: Einem so guten Kommunisten, wie ich es bin, paßt

es nicht, sich mit solchen Dingen zu plagen. Die Politik der Partei muß den Arbeitern die Antwort auf die Frage geben, was sie mit der Tatsache der gemeinsamen Forderungen der Arbeiter und ihrer politischen Trennung anfangen sollen. Das, was unseren Arbeitern in dieser Zeit die Kraft gibt, bei der Kommunistischen Partei zu bleiben, das ist nicht nur unser weites Ziel, sondern das Gefühl, daß sie das einigende Element in der Arbeiterklasse sind. Die Idee der Einheitsfront ist die Idee der Sammlung der Arbeiterklasse für den Kampf gegen den Kapitalismus, ist eine historisch gegebene Tatsache, die man durch keine Diskussion hinwegdiskutieren kann.

Die zweite Frage ist: Wenn die Einheitsfronttaktik notwendig ist, wie sollen wir sie durchführen? Sollen wir sie so durchführen, daß wir uns an die breitesten Massen des Proletariats wenden und sie auffordern: Kommt, kämpft mit uns unter der Fahne des Kommunismus; wir lehnen jede Verhandlung mit den Gewerkschaften und Spitzenorganisationen ab! Die einfachste Überlegung zeigt den ganzen Unsinn dieses Gedankens. Wenn diese Arbeitermassen davon überzeugt waren, daß Scheidemann und die Gewerkschaftsführer, Graßmann und Jouhaux für den Achtstundentag kämpfen wollen, so würden sie uns doch sagen: Ja, man muß gemeinsam kämpfen, aber habt Ihr darüber mit Scheidemann gesprochen? — Würden wir ihnen darauf antworten: Scheidemann ist ein Verräter, so wäre das keine Antwort. Man muß sagen, daß der Unterschied nicht darin besteht, daß wir für die Diktatur des Proletariats sind und sie nicht, sondern darin, daß sie nicht kämpfen wollen, sogar nicht um ein Stückchen Brot.

Wir kamen zur Konferenz der drei Exekutiven nicht mit einem Plan, Manöver und Tänze aufzuführen, in denen sich zeigen sollte, daß wir gut tanzen und die anderen nicht; wir kamen, um die Einheitsfront des Proletariats womöglich zu organisieren, der Arbeiterklasse zu ermöglichen, wenigstens ihre Positionen zu stärken. Dieser Plan scheiterte nicht an der Frage des Weltkongresses, sondern daran, daß die 2. und 2½. Internationale unserem Plan der Abwehr einen Plan der Spekulation entgegenstellte. Genossen, die russische Frage spielte dort eine große Rolle.

Die Sozialdemokratie — die 2. und 2½. Internationale — forderten von uns in der russischen Frage: Legalisiert die Menschewiki und die S.-R., dann wollen wir Sowjetrußland unterstützen. Was bedeutet das? Die Menschewiki haben jetzt ihr Programm in den Artikeln von Martow mit vollkommener Klarheit aufgestellt. Martow formuliert seinen Standpunkt wörtlich dahin: Hinweg mit den Hindernissen für die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland! Also, die 2. und 2½. Internationale wollen Sowjetrußland unterstützen, wenn Sowjetrußland die Parteien legalisiert, die die Kapitulation Sowjetrußlands vornehmen wollen.

Wie war die Position in den anderen Ländern? Wenn wir sagten: Kampf um den Achtstundentag, Kampf gegen die Herabsetzung der Löhne, so haben sie uns gesagt: Wir werden mit Euch solange nicht zusammenkommen, bis die Profintern aufgelöst wird. Das bedeutet: bis wir auf den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie verzichten. Der soziale, der politische Sinn des Bruches der Verhandlungen in Berlin besteht darin: Wir kamen mit einem Plan der Abwehrkampagne,

und die Gegner verlangten von uns, daß die K. I. und die Arbeiterklasse, die hinter ihr steht, auf den Kampf verzichten.

Wenn die Forderung der Erhöhung der Löhne, wenn die Forderung der Beibehaltung des Achtstundentages, die Forderung des Ausbaues der Betriebsrätebewegung den Ausgangspunkt unserer Aktion bildet, so ist die Situation so, daß wir mit diesen Forderungen allein nicht auskommen können. Die Losung der *Produktionskontrolle* ist notwendig aus folgenden Gründen: Sie zeigt den Arbeitern eine Perspektive, sie zeigt ihnen, daß das Proletariat imstande ist, nicht nur die Politik des Bürgertums mitzumachen, sondern Dämme dagegen aufzurichten. Die kommunistischen Parteien müssen darum die Losung der Kontrolle der Produktion nicht nur von Zeit zu Zeit in einem Artikel oder auf irgendeinem Kongreß aufstellen und durchbringen, sondern sie zum Zentrum ihrer Bewegung machen. Die Losung der Produktionskontrolle ist die Losung, die den Massen einen Ausweg zeigt. Wenn wir in unserem Kampfe gegen die Steuern die Losung „Belastung der Bourgeoisie durch die Erfassung der Sachwerte“ aufstellen, hängt diese Losung in der Luft, wenn nicht Kontrollorgane des Proletariats existieren.

Und jetzt komme ich zu der Frage der *Arbeiterregierung*, die wir aus dem Kampf gegen die Offensive des Kapitals nicht ausschalten können. Woran denken die Arbeitermassen, wenn sie von Arbeiterregierung sprechen? In England denken sie an die Labour Party. In den Ländern der Zersetzung des Kapitals ist diese Idee sehr lebhaft mit der Einheitsfront verbunden. Nach meiner Meinung müßten wir, wenn der Kampf um die Einheitsfront geht, klipp und klar sagen, daß, wenn die sozialdemokratischen Arbeitermassen ihre Führer zwingen, mit der Bourgeoisie zu brechen, um die Macht in den industriellen Ländern zu erlangen, wir bereit sind, an einer Arbeiterregierung teilzunehmen. Wäre natürlich die Situation so, daß uns vom Himmel die gebratenen Tauben fielen, etwa: nichts hat sich im Reiche geändert, Stinnes hat die Kohle, von Seeckt hat das Militär, Scheidemann hat nur die Wilhelmstraße, und nach dieser Wilhelmstraße würden auch wir eingeladen, und unser Gen. Meyer zöge einen Frack an (Heiterkeit), und nähme die Gen. Ruth Fischer, die sich sträubt (Heiterkeit), unter den Arm und führte sie in das Reichskanzlerpalais — wenn solche historischen Perspektiven möglich wären, so wäre gegen eine solche Idee folgendes zu sagen: es würde ein Leutnant mit 11 Mann kommen und die Gen. Meyer, Ruth und Scheidemann ausheben, und dann würde es mit der Arbeiterregierung aus sein.

Inwieweit steht die Arbeiterregierung im Widerspruch zur Diktatur des Proletariats, inwieweit steht sie im Widerspruch zum Bürgerkrieg? Sie steht in einem solchen Widerspruch, wie das Vorzimmer zum Zimmer steht. (Sehr richtig!) Man kann in ein Zimmer auf verschiedene Weise hineinkommen, sogar durch einen Kamin, und die Linken glauben, daß das der einzige Weg ist, auf dem sie hineinkommen könnten. Es kann aber auch eine Situation entstehen, ähnlich der, in der sich am 9. November die Bourgeoisie in Deutschland befand, wo sie einfach verschwand. Ob wir zur Regierung kommen durch den Bürgerkrieg, ob wir dazu kommen durch das Versagen der Bourgeoisie — der Bürgerkrieg wird das Resultat der Arbeiterregierung sein. Wo die Arbeiterregierung zustandekommt, wird sie nur ein Ausgangspunkt

des Kampfes um die Diktatur des Proletariats sein, denn die Bourgeoisie wird eine sogar auf demokratischer Grundlage fundierte Arbeiterregierung nicht dulden.

Die Losung der Arbeiterregierung ist eine notwendige Losung, die unseren Angriffen eine politische Spitze gibt. Der Moment, in dem sich die Arbeiter zum Kampfe um die Arbeiterregierung, um die Kontrolle der Produktion zusammenfinden, wird den Beginn unserer Offensive bedeuten. Sie wird dann beginnen, wenn die Arbeitermassen eben für diese Losung kämpfen werden. Die Kommunisten können diese Losung und diese Offensive nicht künstlich erzeugen. Der große Fehler vom März ist, daß wir den Kampf der großen Massen durch den Willen unserer Partei zum Kampfe zu ersetzen versuchten. Viele Genossen stellen sich die Sache so vor, daß die K. I. nur florieren könne in dem Augenblick, wo die revolutionären Wogen hochgehen, wo die proletarischen Massen stürmen. Die K. I. ist nicht nur die Partei der Eroberung der Macht, sondern sie ist die Partei des Kampfes um die Macht. Und darum zu sagen, jetzt sei eine gewisse Sauregurkenzeit, die Partei könne nicht anders, ist ein Unsinn. Man macht auf diese Weise die K. I. zu einem Parasiten der proletarischen Entwicklung, statt zu einem Kämpfer für dieselbe. Nicht Enttäuschung und Warten auf die Revolution, sondern Kampf um jeden Fuß Bodens muß die Parole sein! (Lebhafter Beifall.)

ZWÖLFTE SITZUNG

AM 16. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: *Marchlewski*

Redner: *Bordiga, Smeral, Pullman, Urbahns.*

BORDIGA: Der Ursprung des Faschismus ist auf die interventionistischen Gruppen zurückzuführen, die im Jahre 1914 und 1915 für den Eintritt Italiens in den Weltkrieg Propaganda machten. Diese Gruppen umfaßten die verschiedensten Schichten der italienischen Bourgeoisie: die Großbourgeoisie, die linken Tendenzen der Republikaner, die für die Eroberung Triests und Trients auftraten, und den extremsten Flügel der Arbeiterbewegung, die Anarchisten usw. Im Mai 1915 errang diese Richtung ihren ersten großen Sieg. Gegen die öffentliche Meinung des Landes und der Mehrheit des Parlaments setzte sie es durch, daß Italien in den Weltkrieg eintrat. Die lange Dauer des Krieges hat aber die Popularität dieser Gruppe vollkommen untergraben. Ein Sturm der Unzufriedenheit erhob sich gegen sie, der in der Demobilisierungskrise noch zunahm. Trotzdem setzten die Faschisten ihre Arbeit fort. Im Jahre 1919 gründeten sie die ersten Frontkämpferabteilungen. Sie hatten damals noch gar keinen Einfluß auf die Massen, die zum Sozialismus hielten. Der Beweis dafür ist, daß die Faschisten im Jahre 1919 in Mailand, wo sie ihre stärkste Organisation hatten, eine große Wahlniederlage erlitten.

Die Wellen der sozialen Revolution gingen im Jahre 1919 und Anfang 1920 am höchsten. Die Situation wurde aber von den Sozialisten

nicht ausgenützt. Dagegen zog der Faschismus für sich großen Nutzen aus der Lage. Er organisierte seine Kräfte und setzte mit seinem Gegenangriff ein. Dabei kamen ihm die Legionäre Fiumes unter der Führung D'Annunzios zu Hilfe. Die Resultate dieser faschistischen Gegenoffensive und das Versagen der Sozialisten verursachten einen völligen Wechsel der geistigen Einstellung der Bourgeoisie, die im Jahre 1919 einen Augenblick bereit war, zu resignieren. Italien ist heute das klassische Beispiel für die Offensive des Kapitals. Sie äußert sich mit aller Schärfe in den Industriegegenden und in den Agrargegenden. In den Industriegegenden werden Arbeiterentlassungen vorgenommen, die Produktion wird eingeschränkt, Betriebe werden geschlossen. Die verzweifelte Lage, in die dadurch die Arbeiterklasse gerät, wird dazu benützt, rücksichtslos den Lohnabbau durchzuführen. Den Faschisten war es zuerst nicht möglich, die revolutionäre Bewegung in den Großstädten niederzuwerfen, da die Arbeiter dort ihre stärksten Organisationen hatten. Deshalb begannen sie ihren Angriff auf dem flachen Lande. Sie nahmen überall den Kampf gegen die Rote Gewerkschaft der Landarbeiter auf, die sich in ganz Italien blühend entwickelt hatte. Die Stimmung der Landarbeiter war instinktiv revolutionär. Ihre Kämpfe hatten so große Erfolge, daß man in manchen Teilen Italiens, wie in der Po-Gegend, von einer lokalen Diktatur des Proletariats sprechen konnte. Gegen diese stark entwickelte Landarbeiterbewegung gingen die Faschisten vor. Die Methode des Faschismus war die Methode der bewaffneten Gewalt und stützte sich auf die Grundeigentümer. Noch immer aber wagte er nicht, seinen Angriff auf die Industriestädte auszudehnen, sondern sammelte auf dem Lande erst Erfahrungen und organisierte militärische Formationen. Später griff er Städte an, in denen es zwar keine Industrie gibt, die man aber als Hauptstädte landwirtschaftlicher Distrikte ansehen kann. Das typische Beispiel dafür bietet *Bologna*. Dort begann eigentlich die letzte faschistische Angriffsbewegung. Die sozialistische Mehrheit im dortigen Stadtverordnetenparlament wurde von den Faschisten verjagt, die rote Fahne vom Stadthaus heruntergenommen und an ihrer Stelle die Trikolore gehißt. Diese Methode wurde systematisch weiter fortgesetzt. Schritt für Schritt drangen die Faschisten gegen Nordwesten, in die industriellen Gebiete von Mailand, Turin und Genua vor. Gleichzeitig begannen sie ihre Offensive gegen Süden, gegen Rom.

Es ist ein Fehler, den Faschismus in Italien als die Organisation der rückständigsten Schichten der Bourgeoisie anzusehen. Der Faschismus ist nicht der dunkelste Teil der Reaktion, sondern das Organ der erfahrensten, der klassenbewußten Teile der Bourgeoisie. Er ist keineswegs auf das Land beschränkt, obwohl er sich selbstverständlich auf das Land und auf die von ihm jetzt gegründete Landarbeiterorganisation stützt. Das Problem der Machtergreifung schwebte ihm ständig vor Augen. Er ging soweit, daß er sogar sekundäre Interessen der Bourgeoisie dem allgemeinen Ziele der Gesamtbourgeoisie unterordnete. So zwang er z. B. die Unternehmer, durch seine Gewerkschaften, den Arbeitern höhere Löhne zu gewähren.

Der Faschismus stützt sich auf drei Faktoren: 1. den Staatsapparat, der keineswegs gebrochen ist, wie man oft anzunehmen geneigt war. Wohl machte der Staatsapparat nach dem Kriege eine schwere Krise

durch, aber Nitti und Giolitti, die zwar jetzt von den Faschisten als Verräter bezeichnet werden, gelang es, den Apparat zusammenzuhalten und den Weg für den Faschismus vorzubereiten. Durch ihre Politik der Konzessionen an die Arbeiter — als die Macht der Arbeiterschaft noch im Aufsteigen begriffen war —, durch die Amnestie für die Deserteure, hatten sich diese Regierungen die Gunst des Faschismus verschert. Unter der Regierung Facta setzte ein neuer schärferer Kurs gegen die Arbeiter ein, der sich in der Unterstützung der Faschisten gegen die Arbeiter und in den scharfen Klassenurteilen gegen das Proletariat ausdrückte. Ohne den Staatsapparat könnte der Faschismus heute nicht existieren. Der 2. Faktor sind die großbürgerlichen Schichten, die Großbourgeoisie und der Großgrundbesitz. Der 3. Faktor ist die Fähigkeit des Faschismus, die Mittelklassen aufzusaugen und das Kleinbürgertum für sich zu gewinnen — und im bescheidenen Maße auch Arbeiter. Schließlich stützt er sich auf die Intellektuellen, die zwar nach dem Kriege pazifistisch waren, jetzt aber ins nationalistische Lager geschwenkt sind.

Was sind die Grundzüge des faschistischen Programms? Er steht vor dem Problem der wirtschaftlichen Anarchie in Italien. Aber nicht dieser gilt sein Kampf, sondern der politischen Anarchie und Zersplitterung der italienischen Bourgeoisie. Er stellt sich über alle diese zerstreuten Gruppen und ersetzt sie. Die Ideologie des Faschismus ist nichts neues. Er stützt sich auf die alten Begriffe: Nation und Vaterland. Als negativen Programmpunkt hat er die Kritik des Sozialismus, die Kritik der Demokratie. Er kritisiert den Parlamentarismus, das Stimmrecht usw. Andererseits spricht er aber vom faschistischen Staat, der nichts als ein liberaler Staat sei. Die äußerste Rechte der Faschisten droht zwar damit, die Garantien der Demokratie aufzuheben, aber diese Schicht wird nicht die Oberhand gewinnen. Er hat auch kein Wirtschaftsprogramm. Er hat versucht, ein Finanzprogramm auszuarbeiten, aber das ist nichts als eine Sammlung alter Gemeinplätze, er will ferner den Kampf gegen die antikapitalistischen Steuern, die Nitti im Jahre 1919 unter dem Drucke der Arbeiterschaft einführte.

Die Gewerkschaftsbewegung der Faschisten will sich nicht nur auf die Handarbeiter beschränken, sondern will sich auch auf die Kopfarbeiter ausdehnen. Damit hat sie aber bisher keine wesentlichen Resultate erzielt. Sie konnte sich bis jetzt nur auf die primitivsten Schichten der Arbeiter stützen. Die Faschisten wenden dabei zwei Mittel an, um die Arbeiter zu gewinnen: 1. die Gewalt und 2. daß sie das Monopol der Arbeit aus den Händen der roten Gewerkschaften nehmen und durch die faschistischen Verbände in die Hände der Unternehmer übertragen, um so die Arbeiter in größere wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. So werden sie die Hebel für den Lohnabbau, die Hebel für die Offensive des Kapitals.

Die Faschisten haben heute in Italien die stärkste legale Parteiorganisation infolge ihrer terroristischen Maßnahmen. Ihre politische Organisation zählt 300 000 Mitglieder und es besteht kein Zweifel, daß die Faschisten die Mehrheit im Parlament erringen würden, wenn im gegenwärtigen Moment Wahlen vorgenommen würden. Der Nationalkongreß der Faschisten, der am 24. Oktober in Neapel stattfand, war nur ein Ablenkungsmanöver, um den geplanten Staatsstreich zu verhüllen. Er wurde plötzlich unterbrochen, weil die Faschisten wichtigere

Aufgaben zu erfüllen hatten. In der Hauptstadt war inzwischen alles ruhig. Facta wollte nicht demissionieren, bevor er nicht das Parlament befragt hatte. Dann wandte man sich an Salandra, er möge die Regierungsbildung übernehmen. Salandra wandte sich an Mussolini und dieser erklärte, er könne nur für Ruhe bürgen, wenn er binnen 24 Stunden Ministerpräsident werde. Facta suchte nun als letzten Ausweg den Belagerungszustand anzuwenden. Der Kampf zwischen dem Staatsapparat und den Faschisten erschien unvermeidlich. Im letzten Moment aber lehnte der König es ab, das Dekret über den Belagerungszustand zu ratifizieren. Das war das Signal für die Faschisten zum Vormarsch. Binnen 24 Stunden hatte Mussolini ohne ernsthaften Kampf die Macht übernommen. Seine Regierung ist fast ausschließlich aus Faschisten zusammengesetzt, trotzdem die Faschisten im Parlament nur 37 Mitglieder haben.

Die Haltung der Sozialisten in dieser Krise war eine schmachvolle. Der Führer der Sozialreformisten, Baldesi, wurde durch eine Mittelsperson Mussolinis eingeladen, in das Kabinett einzutreten. Er erklärte in einem Interview, er sei über das Angebot Mussolinis sehr erfreut. Sobald aber Mussolini den Widerstand der rechten Elemente seiner Partei fühlte, verleugnete er das Angebot.

Der Sieg des Faschismus ist ohne Zweifel eine Niederlage der Arbeiterklasse. Unsere Organisationen sind im Augenblick zur Illegalität verurteilt. Der Kampf hat die italienische Arbeiterschaft uneinig gefunden. Trotz alledem muß man sagen, daß die letzten Ereignisse in Italien nicht so tragisch sind, wie mancher denkt. Die Bedeutung des faschistischen Staatsreiches darf nicht überschätzt werden.

Ich komme jetzt zu der Stellungnahme des italienischen Gewerkschaftsbundes. Wir richteten an den Gewerkschaftsbund einen Appell, den Kampf aufzunehmen. Der Gewerkschaftsbund ging darüber zur Tagesordnung über. Einzelne sozialistische Blätter denunzierten sogar die Kommunisten. Eine reformistische Zeitung brachte die Schwindelmeldung, die Partei habe sich aufgelöst. Am 31. Oktober wurde die Redaktion der „Communista“ besetzt. Alle Redakteure konnten fliehen, mit Ausnahme des Genossen Togliatti, des Chefredakteurs des Blattes. Er hat sich heroisch benommen. Er stand schon an der Mauer und sollte erschossen werden, als der Offizier die Soldaten aufmerksam machte, daß die anderen Redakteure über die Dächer entflohen seien und daß man sie einfangen müsse. Bei dieser Gelegenheit gelang es dem Genossen Togliatti zu entfliehen und schon am 7. November konnte er in Turin anlässlich des fünften Jahrestages der russischen Revolution vor einer großen Arbeitermasse sprechen. (Starker Beifall.) Die Blätter erscheinen illegal weiter. In Turin wurde die Redaktion der „Ordine Nuovo“ besetzt. Auch dort erscheint das Blatt illegal weiter. In Triest wurde der „Lavoratore“ besetzt, erschien aber illegal weiter und erscheint heute wahrscheinlich schon wieder legal. Nach dem Berichte des Kuriers unserer Partei besteht aber für uns noch eine beschränkte legale Arbeitsmöglichkeit. Die Zentrale arbeitet allerdings illegal, aber sie hat die Verbindung mit allen Provinzorganisationen aufrecht erhalten. Der „Avanti“ ist zerstört worden und seine Druckerei wurde verwüstet. Das Parteiarchiv, das sich in legalen Händen befand, wurde zerstört. Der Leiter unserer Gewerkschafts-

abteilung läßt uns sagen, daß auch die Gewerkschaftsarbeit noch fortgeht.

Die Perspektiven für die Zukunft sind in aller Voraussicht folgende: Die Unzufriedenheit mit dem Faschismus, die heute schon dauernd vorhanden ist, wird ständig wachsen und die Gestalt des offenen Hasses annehmen. Sie wird sich in erster Linie gegen die herrschende Regierung richten, die der Krise nicht Herr werden kann. Andererseits wird die Regierung gegen uns mit den schärfsten Mitteln arbeiten. Wir werden auch den Versuch der Gewerkschaftsbürokratie erleben, die revolutionären Elemente aus den Gewerkschaften zu verjagen. D'Arragona wird den Versuch unternehmen, eine Verschmelzung mit den faschistischen Gewerkschaftsorganisationen herbeizuführen. Das Problem, die Macht der Faschisten zu stürzen, ist für uns ein ungeheures. Sie haben den Staat, sie haben die militärische Masse und dieser Apparat kann sehr wohl eine Krise der Unzufriedenheit überdauern. Der Kampf wird ein harter sein und wir werden nicht unmittelbar Erfolge zu verzeichnen haben. Aber wir müssen mit den schärfsten Methoden vorgehen, wir müssen eine wahre kommunistische Partei sei und dann wird der Sieg uns gehören. Wir haben zwar Irrtümer begangen, aber unsere Haltung hat bewiesen, daß man uns keine ersten Vorwürfe machen kann. (Lebhafter Beifall.)

Diskussion über die Offensive des Kapitals.

SMERAL (Tschechoslowakei): In der Tschechoslowakei treten wir in eine Periode, die in absehbarer Zeit zu einer Form der Regierung führen kann, die dem internationalen Typus einer Faschistenregierung gleicht.

Erstens die *wirtschaftliche Krise*. Der Staat ist überindustrialisiert, er hat die industrielle Maschinerie und die Industriearbeiterschaft für 60 bis 70 Millionen Abnehmer. Er hat aber nur 14 Millionen Einwohner. Er hat keine Möglichkeit des Exports. Die Bourgeoisie fing an, die Löhne der Arbeiterschaft durchschnittlich um 50 % zu reduzieren. Jetzt handelt es sich nicht mehr um Herabsetzung der Löhne, sondern der Kapitalismus in der Tschechoslowakei hat einen ganz klaren, bewußten, bestimmten Beschluß gefaßt und führt ihn durch: einen großen Teil der Industrie definitiv abzuschaffen.

Vor drei Monaten standen wir vor der Erscheinung einer sehr raschen Aufwärtsbewegung des Kurses der tschechoslowakischen Krone. Von 8 bis 9 Centimes ist der Kurs der tschechischen Krone in Zürich im Laufe von vier Wochen auf 18 bis 20 gestiegen. Diese Tatsache war von den tschechoslowakischen Banken künstlich hervorgerufen. Und was war der Zweck? In den Beratungen der tschechoslowakischen Handelskammern und der Banken ist ganz offen der Gedanke zum Ausdruck gekommen, daß die Führer des tschechoslowakischen Staates absichtlich diese Kurssteigerung fördern, damit Exportmöglichkeiten, insofern sie noch bestanden, und Produktionsmöglichkeiten für die ganze kleinere und mittlere Industrie unmöglich gemacht werden. Es ist das ein weiter entwickelter Typus derjenigen Taktik, die wir in den Randstaaten beobachteten, die sich künstlich gegen die Entstehung einer Industrie wehren, damit sie kein Proletariat bekommen.

Welche Stimmungen müssen daraus in weiterer Zukunft entstehen? Vom Standpunkt des nationalistischen Gedankens betrachtet ist das etwas wie ein verlorener Krieg, der mit dem Verlust eines Territoriums endet. Ja noch mehr, wenn die Tschechoslowakei ein Drittel ihres Territoriums verlieren würde, würde sie auch die Bevölkerung verlieren, die in diesem Territorium wohnt. Wenn sie sich aber nicht horizontal vermindert, sondern vertikal in ihrem industriellen Aufbau, so verliert sie die Fabriken und damit die Ernährungsmöglichkeit für einen Teil der Bevölkerung, die Bevölkerung bleibt aber da. Die Krise im Staate wird unter diesen Umständen unlösbar.

Dazu kommt die politische Krise. Das Interessanteste in der Struktur des tschechoslowakischen Staates ist, daß ein Drittel der Bevölkerung aus nationalen Gründen — die Bevölkerung setzt sich aus Tschechen, Slowaken, Deutschen, Polen, Ungarn und Ukrainern zusammen — in prinzipieller Opposition steht. Die parlamentarische Macht muß aus der tschechoslowakischen Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung herausgenommen werden. In diesem Teil, der für die parlamentarische Mehrheit in Betracht kommt, bilden die Kommunisten eine Massenpartei. Die Kommunalwahlen wurden, obwohl sie gesetzlich stattfinden sollten, aus Furcht vor einem günstigen Resultat für die Kommunisten durch ein Gesetz um ein Jahr hinausgeschoben. Es wird schwer sein, die Wahlen noch einmal um ein Jahr hinauszuschieben und sie werden dann wahrscheinlich statistisch ergeben, daß keine tschechoslowakische bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit vorhanden ist. Der bürgerlich-nationale, erst unlängst errichtete Staat wird in eine Situation geraten, wo der bürgerliche Parlamentarismus seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann.

Und noch ein Drittes. In den breiten Schichten der nichtkommunistischen tschechischen Bevölkerung wird der Anschein erweckt, daß die nationale Selbständigkeit bedroht ist. Vielleicht werden auch die irredentistischen nationalen Elemente aus den nationalistischen Kreisen des deutschen und ungarischen Bürgertums und Kleinbürgertums diese Situation ausnutzen wollen.

Wir haben also drei wichtige Erscheinungen vor uns: eine unmittelbare wirtschaftliche Krise, eine direkt die Wurzeln des Staates angreifende Krise der Demokratie mit der Unmöglichkeit einer parlamentarischen Form und die panikartige Furcht in nationalen Kreisen um die nationale Selbständigkeit. Schon jetzt hat die Bourgeoisie in der Tschechoslowakei ihre letzten Autoritäten in die Regierung geschickt. Wenn sich Masaryk, Svehla und Benes verbrauchen, hat die tschechische Bourgeoisie keine neue Autorität mehr. Es wird sich nach meinem Dafürhalten in absehbarer Zeit eine Regierung bilden, die sich nicht auf das Parlament, sondern auf die weißgardistischen Organisationen, auf die Sokoln, auf die sibirischen Legionäre und auf andere solcher Organisationen, die im Volke vorhanden sind, und die bei dem nichtkommunistischen Teile der Bevölkerung eine große Popularität genießen, stützen wird.

Wenn unsere ganze Partei von dieser Beurteilung der Sachlage ausgeht, dann kann niemand meinen, daß wir so blöde sind, mit der Verminderung der Klassengegensätze zu rechnen. Wir sind uns vollkommen bewußt, daß die K. P. sicher damit rechnen muß, daß sie zum

Gegenstand eines furchtbaren Angriffes gemacht werden wird. Unsere Jugendorganisation ist schon in den Zustand der Illegalität geworfen. Im nächsten Jahre wird wahrscheinlich die jetzige Majorität des Parlaments ein Gesetz zum Schutze der Republik durchsetzen wollen. Jeder hier weiß, was die letzten Etappen sind: Der Kampf auf Leben und Tod, der Kampf um die Macht, um die Diktatur. Hier handelt es sich jetzt darum, was wir in der ersten Phase machen müssen. In dieser müssen wir eine Taktik befolgen und Losungen aufstellen, mit denen wir möglichst viele Massen von der Konterrevolution weg und zu uns herüberbringen. Welche Parolen wir da haben müssen, das werden wir bei der Frage der Taktik prüfen. Um „manövrieren“ zu können, muß die Partei innerlich konsolidiert sein. Es muß in ihr Vertrauen, Autorität und Disziplin herrschen. Eine Freiheit, eine Elastizität der Taktik in den einzelnen nacheinander folgenden Perioden der Entwicklung der Ereignisse ist absolut notwendig. (Sehr richtig!)

Ich konstatiere hier, daß die Arbeiterregierung für uns im jetzigen Stadium kein Dogma ist und keine definitive Lösung des Übels, sondern eine Parole, mit der wir die Massen in Bewegung bringen können. Wir wollen mit Hilfe dieser Losung nach Möglichkeit alle proletarischen Elemente aus der Koalition mit den Bürgerlichen, aus den Einflüssen der pazifistischen Kreise herausnehmen; wir wollen dadurch weiter eine Bewegung zur Schaffung selbständiger proletarischer Klassenorgane ins Leben rufen und mit dieser Parole auch den Weg in die Armee finden, denn die Propaganda in der Armee ist neben dem Streben, die Mehrheit der Proletarier zu gewinnen, der zweite Wall, den wir gegenüber den faschistischen Versuchen aufrichten müssen. (Beifall.)

PULLMANN (Amerika): In Amerika haben wir heute in dem „Ku Klux Kan“ ebenfalls eine Faschistenbewegung — eine Organisation von aus dem Kriege Zurückgekehrten —, die zum Teil aus Legionären besteht, denen man ursprünglich Versprechungen in bezug auf ihre soziale Lage machte, um sie zu Organisationen zusammenzuschließen und die man heute gegen die Arbeiter verwendet. Dazu kommt noch das große Heer der amerikanischen Privatpolizei, dessen sich das amerikanische Unternehmertum in weitgehendstem Maße gegen die Arbeiterschaft bedient, und das die weißen Gardes des Kapitals darstellt. Außerdem existiert noch eine besondere Organisation, die ihre Tätigkeit besonders gegen die Neger richtet. Alle Regungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Neger werden von dieser Organisation aufs schärfste bekämpft. Für die Pflanzer tritt die Organisation als eine Schutzgarde auf, um die Neger in ein Sklavenverhältnis zu zwingen und ihre Abwanderung nach dem Norden Amerikas zu verhindern.

Die amerikanischen Gewerkschaften versagen hiergegen vollständig. In dem letzten großen Bergarbeiterstreik ist von den Führern offener Verrat getrieben worden. Zehntausende von Arbeitern, die mit im Streik gestanden hatten, schlossen diese Führer von den Begünstigungen des erkämpften Vertrages aus. Hervorragende Beispiele des Verrats der Gewerkschaftsbürokratie haben wir auch bei dem Eisenbahnerstreik gesehen.

Der Komm. Partei, die die Massen bei dieser Offensive des Kapitals zum Widerstande zusammenschließen wollte, die auch gegen die riesige Arbeitslosigkeit versuchte einzugreifen, konnte dies leider nicht gelingen. Aber die Offensive des Kapitals wird sich auch in Amerika fortsetzen. Und hier wird der Komm. Partei die große Aufgabe zufallen, die breitesten Massen für den Widerstand gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen durch das Kapital zusammenzufassen und zentralisiert und diszipliniert in den Kampf zu führen.

URBAHNS (Deutschland): Ich muß zunächst erklären, daß ich nicht im Auftrage der Mehrheit der Delegation spreche, sondern daß ich die Auffassung einer Minderheit in der deutschen Delegation vertrete. Vom Gen. Sinowjew sowohl als auch vom Gen. Trotzki ist als Aufgabe dieses Kongresses bezeichnet worden, daß die Internationale sich scharf abgrenzen müsse gegen den Zentrismus. Ich bin nun der Meinung, daß der Gen. Radek dem Kongreß und der Internationale keinen besonderen Dienst erwiesen hat mit seinem Referat in der Darstellung der Verhältnisse, daß er vielmehr den Zentristen und den Freunden der Zentristen Gelegenheit gegeben hat, seine Argumente und Formulierungen zur Stützung ihrer Stellung auszunützen, und daß damit die Einheitlichkeit der Auffassung des Kongresses im wesentlichen abgeschwächt wurde. Gen. Radek hat die Offensive des Kapitals gar zu sehr in den Vordergrund geschoben und er hat es vergessen, darauf hinzuweisen, daß diese verschärfte Offensive automatisch auch die Gegenwehr des Proletariats auslöst.

Gen. Radek sagt: „Wir kamen zur Neuerkommission nach Berlin, um, wenn möglich, die Einheitsfront zu organisieren.“ Er sagt weiter, die 2. und 2½. Internationale wären bereit zu kämpfen. Ja, klingt da nicht der Unterton durch, als wenn die Möglichkeit bestände, mit der 2. und 2½. Internationale überhaupt den Kampf zu führen? (Zuruf Radeks: Sehr richtig!) Wenn Sie das bestätigen, dann sage ich ganz kraß, daß für uns die Unmöglichkeit besteht, mit der U.S.D. und S.P.D. den Kampf zu führen, denn sie können auf Grund ihrer Vergangenheit unmöglich in den Klassenkampf eintreten. Gen. Radek scheint die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen überschätzt zu haben, wenn er sagt, wir denken auch jetzt noch daran, von oben her die Einheitsfront zu organisieren. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Einheitsfront wird erwachsen im Kampfe des Proletariats, in dem sich die Massen unten vereinigen und damit ein zeitweiliges Zusammengehen der Spitzenorganisationen herbeigeführt wird.

Aus derselben Einstellung heraus ergibt sich auch die Einschätzung der Arbeiterregierung durch den Gen. Radek. Er sprach hier vom Vorzimmer, durch das man hindurch müsse, um in das wahre Zimmer der Diktatur zu kommen, und er grenzte sich etwas von den Linken ab, die glaubten, nur durch den Kamin hineinzukommen. Ja, Gen. Radek, dann sagen Sie schon offen, daß Sie es für notwendig halten, durch das Vorzimmer hineinzukommen. (Radek: Das Proletariat ist zu groß, um durch den Kamin zu gehen.) Das Proletariat ist kräftig genug, um den Kamin zu durchbrechen.

Die Einschätzung der Arbeiterregierung steht trotz der Betonung des Gen. Radek, daß sie sich mit den Ausführungen des Gen. Sinowjew

decke, im Widerspruch zu dessen Auffassungen. Die Bewegung des Proletariats ist zu einem gewissen Teile bereits umgeschlagen in ein aktives Stadium. Die Bewegung für den Achtstundentag in Frankreich, die Betriebsrätebewegung in Deutschland sind typische Zeichen für das erwachende politische Bewußtsein des Proletariats.

In der Betriebsrätebewegung in Deutschland sind die Arbeiter teilweise dazu übergegangen, ihre Macht der Macht des Staates gegenüberzustellen, ihre Kontrollausschüsse zu bilden und diese Kontrollausschüsse gegen den Willen des Staates und der Staatsbürokratie auswirken zu lassen. Diese Kontrollausschüsse haben Erfolge gehabt. Ich überschätze diese Erfolge nicht, aber man darf nicht nur die andere Seite zeigen. Dadurch werden die zentristischen Strömungen und deren Freunde nur gestärkt. Diese positive Seite zeigt auch, daß es nichts nützt, allein von der Arbeiterklasse zu reden, sondern daß es gilt, diese Einheitsfront zu schaffen im Kampfe um die notwendigsten Dinge, die das Proletariat zum Leben braucht.

DREIZEHENTE SITZUNG

AM 17. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Kolarow, später Marchlewski.

Redner: Eberlein, Radic, Radek, Ravesteyn, Stern, Webb, Hörnle, Clara Zetkin, Welti, Kolarow, Rosmer, Sinowjew.

EBERLEIN erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Das Präsidium hat 350 Delegierte aus 64 Ländern zum Kongreß eingeladen. Die Zahl der Delegierten der einzelnen Parteien richtet sich nicht nur nach der Mitgliederzahl, sondern bei der Verteilung der Mandate wurde auch auf die politische Wichtigkeit der Parteien in der jetzigen Situation des revolutionären Kampfes, auf die besondere politische und ökonomische Lage des betreffenden Landes und schließlich auf den Grad der Illegalität der betreffenden Partei und auf den Grad der Unterdrückung durch die Gegner Rücksicht genommen.

Von der deutschen Partei sind 23 Delegierte, von Frankreich 24, Italien 21, Rußland 75, Tschechoslowakei 17 Delegierte erschienen. Außer diesen großen Parteien sind je 20 Delegierte von der Jugend-Internationale und von der Profintern erschienen. Im ganzen sind also 392 Delegierte aus 61 Ländern erschienen. Davon bekamen 342 Delegierte beschließende Stimmen, 44 Delegierte beratende Stimmen und an 6 Delegierte wurden Gastkarten gegeben. Außerdem wurden vom Präsidium 5 Delegierte der italienischen Sozialistischen Partei geladen und mit beratender Stimme zugelassen. Ferner wurden von der Opposition der Tschechoslowakei 3 Genossen geladen und mit beratender Stimme zugelassen.

Nach einer kurzen Debatte, an der sich die Genossen Radic und Radek beteiligten, wurde der Bericht der Mandatsprüfungskommission einstimmig angenommen. Es wird die

DISKUSSION ÜBER DIE OFFENSIVE DES KAPITALS

fortgesetzt.

RAVESTEYN (Holland): Nachdem ich einen Teil des Referats des Gen. Trotzki über die Perspektiven der Weltrevolution und über die wahrscheinliche politische Entwicklung Westeuropas gehört habe, habe ich fast den Eindruck gewonnen, als ob der Gen. Radek mit Trotzki in dieser Sache nicht ganz einverstanden ist. Was mir in den Ausführungen des Gen. Radek besonders gefiel, war die Konstatierung, daß auch in den westeuropäischen Ländern die Entwicklung auf politischem Gebiet deutlich nach rechts geht. England und Frankreich sind die hauptsächlichsten Beispiele dafür. Was in England heute vorgeht, ist dafür symptomatisch. Bonar Law ist der typische Vertreter der Reaktion in der englischen Mittelklasse. Diese Klasse hat nur eine Parole: Aufhebung und Erleichterung des gewaltigen Steuerdrucks, unter dem sie infolge des imperialistischen Krieges leidet, und womöglich die Rückkehr zu den alten Zuständen vor dem Kriege. Ähnlich verhält es sich in Holland, dessen Bourgeoisie genau informiert ist, was in der ganzen bürgerlichen Welt vorgeht. Wir dürfen nicht vergessen, daß Holland ein imperialistisches Land von großer Bedeutung ist. Es gibt bei uns Fanatiker des extremen rechten Flügels der Bourgeoisie, die den gänzlichen Abbau der sozialen Gesetzgebung fordern. Diese Losung findet starken Widerhall in fast allen bürgerlichen Parteien. Es gibt sogar einen Teil der Arbeiterschaft, die unter dem Einfluß dieser Leute steht.

Die holländische Regierung wird jetzt von dem Vorsteher des Petroleumtrustes, Colleyn, vollständig beherrscht. Genau so wird es in England gehen. Die Arbeiterpartei wird dort in eine Ecke gedrückt werden. Ich glaube nicht, daß Henderson und Clynes das gelingen wird, was ihr viel tüchtigerer Kollege Troelstra in Holland nicht zustande brachte, nämlich mit Hilfe des Kleinbürgertums zur Macht zu kommen. So geht auch die Entwicklung in Frankreich vor sich. Dort ist die Zeit eines Blocks der Linken unwiderruflich vorbei. Daraus folgt natürlich die Notwendigkeit der Einheitsfront, des energischen Zusammenschlusses aller proletarischen Elemente unter der Führung der Kommunisten. Dagegen ist wenigstens für die Länder, die ich angeführt habe, die Losung der Arbeiterregierung vollkommen aus der Luft gegriffen und utopisch. Viel eher glaube ich, daß die Ereignisse in den Ländern des Orients einen gewaltigen Widerhall in diesen Staaten finden werden. Der Kapitalismus in diesen Ländern ist mit den überseeischen Besitzungen aufs engste verbunden. Jede Erschütterung in den überseeischen Besitzungen muß den tiefsten Widerhall im imperialistischen Mutterland finden. Ich glaube nicht, daß Henderson und Clynes oder Longuet und Blum in Frankreich noch in die Lage kommen werden, mit Hilfe der kleinbürgerlichen Schichten die Macht zu ergreifen. Die Einheitsfront des Proletariats ist heute die große taktische Richtlinie für uns in allen kapitalistischen Staaten, wo das Proletariat

noch nicht gesiegt hat. Die Arbeiterregierung kann höchstens für besondere Verhältnisse in Betracht kommen.

STERN (Österreich): Was die Offensive des Kapitals bedeutet, zeigt Österreich. In Österreich kann man mit aller Deutlichkeit sehen, daß die Offensive des Kapitals nichts anderes ist als ein letztes Verzweiflungsmittel, sich zu retten mit untauglichen Mitteln. In Österreich sind wir soweit, daß selbst die klügsten Vertreter der Bourgeoisie mitunter offen den Bankrott der bourgeoisien Politik zugeben mußten, sowie auch die Unmöglichkeit, in Österreich irgend etwas zu unternehmen.

Der Vertrag von Genf bedeutet nichts anderes, als daß die Weltbourgeoisie diese unhaltbare Situation der österreichischen Bourgeoisie einseht und ihr zu Hilfe kommt.

In diesem Zusammenhange ist das österreichische Problem von internationaler Bedeutung; nicht nur strategisch gesprochen, weil Österreich die Verbindung herstellt zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien, zwischen dem faschistischen Italien und Deutschland und zwischen Ungarn und Bayern, sondern auch deshalb, weil wir in Österreich klar sehen können, wie die Bourgeoisie fürchtet, daß das Proletariat aus dem Zusammenbruch unter den unmöglichsten Verhältnissen zum Gegenangriff übergeht.

Wir haben an Österreich auch nach einer anderen Hinsicht ein lehrreiches Beispiel. Wir müssen die Einheitsfront unter besonders schwierigen Verhältnissen anwenden, da eine kleine Partei einer mächtigen sozialdemokratischen Partei gegenübersteht.

Wir haben an einem besonders glänzendem Beispiele, bei dem Kampf der Straßenbahner, gesehen, daß die Arbeiter, die durchaus sozialdemokratisch sind, einen Streik geführt haben, und zwar unter Anwendung der Taktik der Einheitsfront. Das Ergebnis war, daß bei den letzten Wahlen der Straßenbahner sämtliche sozialdemokratischen Kandidaten durchgefallen und lauter Kommunisten und Opponenten gewählt worden sind. Nachdem die Sozialdemokraten diese Wahl angezweifelt haben, sind sie wiederum durchgefallen. Wir haben weiter gesehen, daß sich diese Taktik auch bei dem Genfer Vertrag anwenden läßt. Als der Genfer Vertrag bekannt wurde, haben sich die Sozialdemokraten nicht geschämt, anzudeuten, daß sie bereit sind, diesen Vertrag zu schlucken. Wir mußten mit aller Energie den Kampf unter Anwendung der Taktik der Einheitsfront aufnehmen und setzten es durch, daß die Sozialdemokraten sich wenigstens zu einem Scheinkampfe entschlossen haben.

Ich sehe in der Parole der Arbeiterregierung nichts anderes als einen Teil der kommunistischen Taktik der Einheitsfront. Ich sage nicht: wir müssen die Parole der Arbeiterregierung aufstellen, weil wir wissen, daß sie nicht Wirklichkeit werden wird, weil wir wissen, daß die Sozialdemokratie nicht kämpfen wird. Nicht aus Heuchelei, sondern weil wir sagen: wir können jetzt augenblicklich noch nicht um die Diktatur kämpfen, aber wir sind bereit, für Eure Forderungen zu kämpfen, wir sind also auch bereit, dafür einzutreten, wenn Ihr es wirklich ernst damit meint, die Arbeiterregierung zu vertreten. Die gegenwärtige Anwendung der Taktik der Einheitsfront scheint mir

doch schon einen etwas anderen Charakter zu haben als früher. Zuerst war die Taktik der Einheitsfront eine Deckung des Rückzuges des Proletariats auf der ganzen Linie und jetzt ist sie eine Deckung des Aufmarsches, der Sammlung, der Vorbereitung zu dem neuen Vormarsch.

WEBB (England): In England kommt die allgemeine Offensive des Kapitals viel stärker zum Ausdruck als in allen anderen Ländern Europas. Die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft Englands sind unter dem Druck der Offensive des Kapitals soweit heruntergedrückt, daß sie sogar heute unter dem Stande der Vorkriegszeit liegen. In den letzten großen Kämpfen, die die englische Arbeiterschaft durchzuführen hatte, ist es ebenfalls die Gewerkschaftsbürokratie gewesen, die diese Kämpfe zum Teil verraten hat. Sogar *Hodges* hat offen zugeben müssen, daß die Amsterdamer Internationale versagt hat. Wir müssen aber auch erklären, daß die Kommunistische Partei Englands ihre Aufgabe nicht erfüllte. (Zuruf Radeks: Die Partei war damals zu schwach!) Wenn bei dem Maschinistenstreik in England — in der gleichen Zeit fanden in 7 oder 8 Ländern Europas große Metallarbeiterkämpfe statt — die K.I. es verstanden hätte, eine Koordinierung dieser Kämpfe im internationalen Maßstabe vorzunehmen, wäre vielleicht in den einzelnen Ländern ein anderer Ausgang aller dieser Kämpfe zu erreichen gewesen.

Ich bin der Ansicht, daß es für die internationalen Verbindungen unter den einzelnen europäischen Kommunistischen Parteien angebracht wäre, wenn in den einzelnen Parteien überall Vertreter der anderen europäischen Länder säßen. Dann wäre eine größere Möglichkeit gegeben, zu einer besseren Anwendungsmethode der Einheitsfronttaktik zu gelangen.

Auch die Kommunistische Partei Englands müßte bei der Internationale in größerem Maße Aufmerksamkeit finden, als das bisher der Fall war. Die K.P.E., im Zentrum des britischen Weltreiches gelegen, hat auch die Riesenaufgabe, in den englischen Kolonien dem Wirken des englischen Kapitalismus entgegenzutreten.

Ich muß im Namen der K.P.E. noch erklären, daß wir gegen jede Abschwächung der 21 Bedingungen der K.I. sind. Wir bestehen vielmehr erst recht auf die Reinigung der gesamten Internationale von allen reformistischen und opportunistischen Elementen.

HOERNLE (Deutschland): Im Unterschied zu Gen. Urbahns möchte ich feststellen, daß die Mehrheit der deutschen Delegation vollkommen mit den Ausführungen des Gen. Radek einverstanden ist.

Es ist typisch für die Opposition, daß sie überall und immer und immer wieder Bedenken hat. Ein Mitmachen unserer Taktik, aber mit Widerwillen! Selbstverständlich birgt die Taktik der Einheitsfront große Gefahren in sich. Wenn wir aber immer stehen bleiben und philosophieren, ob es ein Bedenken oder eine Gefahr gibt, so kommen wir nicht vorwärts. Gen. Urbahns glaubt feststellen zu können, daß sich bereits eine Offensive des Proletariats geltend macht und stützt sich u. a. dabei auf die deutsche Betriebsrätebewegung. Wir wären alle sehr froh, wenn das richtig wäre, aber es muß leider gesagt werden, daß die Betriebsrätebewegung in Deutschland noch nicht die breiten Massen

erfaßt hat, wie wir es gern haben möchten und haben müßten. (Sehr richtig! bei den Deutschen.) Von einer wirklichen Umkehr des Proletariats aus dem Zurückweichen in das Vorgehen kann noch nicht die Rede sein.

Schon im Sommer 1920 zeigte sich gerade, wie sich mit der ökonomischen Offensive der Unternehmer die politische Offensive des Staates verband, wie in den Agrargebieten die Betriebe für lebenswichtig erklärt wurden und so den Arbeitern das Streikrecht verkürzt wurde. Ich erinnere weiter an den Winter 1920/21, wo zum ersten Male spontan von den Stuttgarter Metallarbeitern in einem Offenen Briefe die bekannten Forderungen aufgestellt wurden, und wie dann der bekannte Offene Brief im Januar des Jahres 1921 kam. Diese werdende Linie der Taktik der Einheitsfront wurde kurz unterbrochen durch die Märzaktion. Der 3. Weltkongreß hat an der Taktik nichts geändert. Er brachte nur System in diese Taktik. Es wäre sehr lehrreich, auf Grund der Verhältnisse in Deutschland nachzuweisen, wie die Taktik der Einheitsfront nicht gelernt werden kann durch fertige Rezepte, sondern in jeder Situation neue Formen annehmen muß. Einmal durch ein Herantreten an die Spitzenorganisationen, einmal durch Herantreten an die breiten Massen.

Wir sehen, wie die Kapitalisten es verstehen, immer raffiniertere Methoden der Beherrschung des Proletariats ausfindig zu machen. Aber gerade durch die gesteigerte Abwehr der Offensive wird die Armee des kämpfenden Proletariats größer und deshalb ist es unsere Aufgabe, hier dafür zu sorgen, daß die kommunistischen Parteien der einzelnen Länder in engere Verbindung miteinander gebracht werden. Das, was in Köln zwischen der französischen und deutschen Partei geschah, muß systematischer ausgebaut werden, damit der Einheitsfront des Kapitals nicht nur eine Einheitsfront innerhalb der Nation, sondern die internationale Einheitsfront des Proletariats wirklich entgegengesetzt werden kann.

Die deutschen Erfahrungen haben uns folgendes gezeigt: je konsequenter und je entschlossener die Taktik der Einheitsfront angewendet wird, desto besser geht die Reinigung und Säuberung der Partei vor sich. (Sehr richtig!) Wir haben das gesehen im Herbst 1921, als die Partei nach dem 3. Weltkongreß ihre ersten Schritte gemacht hat, als sie sich hinter die zehn Forderungen A.D.G.B. stellte und als die Sozialdemokratie einen Gegenschlag auszuüben versuchte durch ihren Verleumdungsfeldzug, womit sie die Kommunisten zu Verbrechern stempeln wollte, immer noch zehrend von dem Guten und Schönen der Märzaktion. Damals reinigte sich die Partei von einer großen Zahl opportunistischer Elemente, der K.A.P. In diesem Jahre sehen wir ähnliches. In dem Moment, wo die Verschmelzung der S.P.D. und U.S.P.D. eintritt, in diesem Moment trennen sich wiederum schwankende Elemente von der Partei. Sie werden einfach durch die konsequente Anwendung unserer Taktik aus der Partei herausgedrängt.

Ein Wort noch zu der Frage des Faschismus. Ich glaube, daß die Frage des Faschismus in der K.I. sehr ernstlich analysiert werden muß, nicht nur deshalb, wie Gen. Radek mit Recht gezeigt hat, weil es in den verschiedenen Ländern Parallelererscheinungen gibt, die bereits untereinander verbunden sind, einen gewissen Offensivplan haben und weil bereits

organisatorische Fäden hin- und herlaufen. Wir haben uns in Deutschland die Frage vorgelegt: was muß die deutsche Partei gegen den Faschismus tun, der sich bereits wieder in Bombenattentaten, bewaffneten Demonstrationen usw. gegen die Arbeiterschaft bemerkbar macht? Sie muß hier zunächst eine intensive Zersetzungpropaganda in den konterrevolutionären Verbänden treiben. Aber in dem Augenblick, wo die Gefahr der Massen sichtbar und fühlbar wird, muß sie die Selbstschutzforderung in den Vordergrund stellen. In diesem Augenblick ist es die Aufgabe der Kommunistischen Parteien und der K.I., sich geschlossener zu gestalten, Disziplin zu üben, klarer ihr Gesicht zu zeigen, damit sie diese Bewegung nicht nur mitmacht, sondern sie führt aus der Defensive zur Offensive. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag der Gen. CLARA ZETKIN wird die Debatte geschlossen.

ROSMER (Frankreich) verliest einen *Protest* gegen die Willkürherrschaft in Polen. Gen. Rybacki, der im Kohlenrevier von Dombrowa mit 32 000 Stimmen zum Abgeordneten gewählt wurde, ist auf Grund der zaristischen Gesetze verhaftet worden; auch Gen. Krolikowski, der mit 27 000 Stimmen in Warschau gewählt worden ist, schmachtet im Kerker.

Der Kongreß stimmt begeistert diesem Protest zu.

RADEK (Schlußwort): Die Offensive des Kapitals hat uns genötigt, die Taktik der Einheitsfront einzuschlagen, und in dieser Taktik sahen wir Gefahren von rechts und Gefahren von links. Die Gefahren, die unserem Kampfe und unserer Taktik in diesem Moment von rechts drohen, bestehen nicht nur darin, daß ein Teil der K.I. in der Periode zwischen zwei Wellen der Revolution zu sehr das kommunistische Gesicht verliert, sondern sie besteht in erster Linie in der Tatsache, daß unter dem Druck der Offensive des Kapitals große Teile des Proletariats passiv werden, daß sie nicht nur nicht angreifen, sondern sich sogar nicht verteidigen. Die taktische Frage besteht für uns darin: wodurch stärken wir den Kampfwillen? Ich glaube, in dieser Situation können die Fehler von links Wasser auf die Mühlen der Zentristen sein. (Sehr richtig!)

Gen. Urbahns begeht in seiner Rede einen Fehler, der wichtiger ist, als alles, was er gegen unsere Taktik spricht, nämlich den Fehler der unrichtigen Einschätzung der Situation. Er glaubt, daß ich die Kraft der kapitalistischen Offensive übertreibe und nicht sehe, daß schon die Gegenbewegung des Proletariats, die Konteroffensive des Proletariats eingesetzt hat. Gleichzeitig zu schreien: Große Gefahr der Versumpfung der K.I. und in einem Atemzug sagen: Die Arbeiterklasse steht schon auf, — das bedeutet, sich den Weg zu reeller Einsicht der Dinge verbauen.

Die Dinge so einzuschätzen heißt, sich der Gefahr auszusetzen, noch zehnmal mehr zurückgeschlagen zu werden. Sie sehen nicht die Gefahr der Passivität der Arbeiterschaft. Sie brauchen nur die deutsche Bewegung in Betracht zu ziehen, um zu ermessen, was es bedeutet, daß den Bergarbeitern das Überschichtenabkommen aufgeschwätzt wurde. Das bedeutet doch, daß die Arbeiter bereit sind, länger zu arbeiten und praktisch den Achtsturentag aufzugeben.

Gen. Urbahns hat nun zuerst kritisiert, wie wir die Taktik angewandt haben in der Sitzung der drei Exekutiven. Worin unsere Fehler bestanden, hat er nicht gesagt. Denn entweder mußte Urbahns erklären: Keine Verhandlungen mit den Spitzen — auch ein Standpunkt! — oder er mußte sagen, worin unsere Fehler in den Verhandlungen mit den Sozialdemokraten und der 2½. Internationale bestanden. (Zuruf Urbahns: Es war schlecht vorbereitet!) Dann erlauben Sie mir, diesen Vorwurf gegen Sie zu richten. Die Exekutive gibt Thesen aus, die unsere Aktionen vorbereiten; die Parteien wissen Bescheid, aus allen Parteien werden Vertreter herangeholt; wir wollen die Sozialdemokraten zwingen, mit uns zusammen für den Achtsturentag, gegen die Gefahr eines neuen Krieges, gegen die Drückung der Löhne, gegen die Offensive des Kapitals zu kämpfen. Jetzt beginnen die Verhandlungen. Man muß also in jeder Stadt, in jedem Lande den größten Druck auf die 2. und 2½. Internationale ausüben. Wer kann diesen Druck ausüben? Die Exekutive in Moskau, die Delegierten in der Sitzung? Die Parteien müssen es tun! Als wir nach Berlin kamen, war das Erste der Appell an die Organisationen: Mobilisiert die Massen, bringt Delegationen aus den Fabriken in den Reichstag und organisiert Versammlungen! Und das Resultat? Ein paar Genossen kamen in den Reichstag. Ich bin überzeugt, daß unsere Berliner Organisation eine der besten ist. Aber wenn das auf dem grünen Holze der Berliner Organisation möglich ist, so wenden Sie sich, Gen. Urbahns, an die Berliner, Hamburger u. a. Organisationen, die nicht verstanden haben, in dieser Situation großen Massen aufmarschieren zu lassen, obwohl es sich dabei nicht um eine organisatorische Frage handelte, nicht darum, eine Konferenz abzuhalten mit der 2. und 2½. Internationale, sondern um den ersten Versuch, sie unter dem Druck der Arbeitermassen zu zwingen, mit uns gemeinsam den Kampf zu führen.

Was bedeutet die Losung der Arbeiterregierung? Gen. Urbahns hat die großen Differenzen angedeutet, die zwischen Trotzki, Sinowjew und mir in dieser Frage bestünden. Wir haben in der bürgerlichen Presse Europas schon vielfach gelesen, wie die Kavallerie Bucharins mit der Infanterie von Sinowjew kämpft, wie an dem einen Tage Trotzki Lenin verhaftet und am anderen Tage Lenin Trotzki. Daß man hier etwas hineinzugeheimnissen versucht, ist nicht nötig. Zwischen unserem Denken bestehen Nuancen. Der eine tritt an die Frage unter einem anderen Gesichtspunkte heran als der andere. Der eine sieht sie unter dem Gesichtspunkte des einen Landes, der andere unter dem Gesichtspunkte eines anderen Landes. Das Wichtigste ist, daß wir alle auf dem Standpunkt stehen, daß es Situationen gibt, wo wir mit der Parole der Arbeiterregierung hervortreten müssen. Bei der Krise in Deutschland, bei der Unfähigkeit des Bürgertums, irgend etwas zu stabilisieren, halte ich die K. P. für den ruhenden Pol, der den Massen den Ausweg zeigt. Wir müssen der Masse sagen, wir stellen die Einigkeit der Arbeiterklasse als praktisches Ziel auf. Und wenn die Arbeiterklasse noch nicht dazu fähig ist, sich für alles zu entschließen, so gehen wir mit ihr mit in der festen Überzeugung, daß sie der Kampf zu einem anderen Standpunkt bringen wird.

Die Gen. Ruth Fischer hat hier bei der Frage der Taktik gesprochen, sie hat Einzelheiten der Taktik der Zentrale kritisiert und

wir sagten ihr: recht so. Das war eine Kritik, die mit der Taktik und der Politik der K.I. vereinbar ist. Gen. Urbahns kommt mit einer prinzipiellen Ablehnung der Taktik der K.I., er sagt aber, es sei nicht eine prinzipielle Ablehnung. Ihr sollt entweder die taktischen Thesen annehmen, oder Eure Plattform klar ausarbeiten und sie dem Kongreß vorlegen, aber dieses Herumtanzen, dieses „Nein-Ja, Ich möchte gern, aber nein“, damit kann man keine proletarische Politik treiben.

Die Angst, die hier besteht, hat Wurzeln. Ich las heute einen Artikel eines Genossen aus der Berliner Organisation. Man erzählt mir, daß er ein guter revolutionärer Arbeiter sei. Der Genosse schreibt über den Thalheimerschen Entwurf u. a. folgendes:

„Nun stand unlängst in der „Roten Fahne“ ein Auszug aus einer Rede des Gen. Trotzki, gehalten vor den Moskauer Funktionären, in der angeführt wurde, daß die Arbeiterklasse nach der Machteroberung den bürgerlichen Staat nicht nur übernehmen, sondern auch noch eine Zeit im Sinne der alten Produktionform, mit Kalkulation, Börse, Bank usw. weiterführen muß. Eine Rechtfertigung für die Arbeitsgemeinschaften und die Koalitionspolitik ist dies, wie sich die Amsterdamer nicht besser wünschen können.“

Wenn Trotzki sagt, daß man nach der Eroberung der Macht kalkulieren muß und nicht mit der Stange im Nebel herumfahren kann, so ist das das beste Argument für die Sozialdemokraten, die zwar auch für die Kalkulation sind, aber unter der Herrschaft der Kapitalisten. Das steht gedruckt in der „Taktik und Organisation“, ohne daß in derselben Nummer die Redaktion dagegen polemisiert. Was bedeutet das? Wenn das ein guter Genosse ist — und man sagt, es sei ein guter revolutionärer Arbeiter — so zeigt sich noch eine große Unklarheit in den Köpfen eines Teiles der besten revolutionären Arbeiter. Und Ihr als Führer dieser Arbeiter kommt, statt Klarheit und eine klare Linie zu schaffen, mit dem Zwielficht Eurer Bedenken. Worin besteht die Gefahr Eurer Bedenken? Sie besteht darin, daß wir in der Offensive des Kapitals die kommunistischen Parteien nicht sammeln können auf eine klare Linie, ohne die es einen Kampf nicht geben kann. Und wenn Ihr sagt, die Frontoffensive des Proletariats hat schon begonnen, so sage ich: wir können noch nicht einmal die Verteidigung des Proletariats organisieren. Wir haben noch nicht verstanden, unsere eigenen Parteien, die Parteien der K. I. zum Zentrum des Kampfes gegen die Offensive zu machen.

Es wurde hier gesagt, daß ich in meinem Referat das Wort gebraucht habe, die Arbeitermasse als Ganzes kämpfe jetzt nicht bewußt um die Macht; sie sei überzeugt, daß diese Frage jetzt nicht aktuell sei. Und es wurde mir gesagt, das sei eine gefährliche Äußerung. Nun, (Zwischenruf Urbahns: Die Formulierung war wesentlich anders!) vielleicht sagen Sie, wie sie war! (Urbahns: Die Massen haben den Glauben an die Eroberung der Macht verloren.) Ich akzeptiere diese Formulierung. Wenn die Arbeitermassen jetzt in ihrer großen Mehrheit den Glauben haben, daß sie die Macht erobern, die Diktatur aufrichten können, warum haben Sie, Gen. Urbahns, zugestimmt, daß die Partei die Losung der Arbeiterregierung als Losung aufstellte?

Die Berliner Genossen sind sehr unzufrieden, wenn man das Wort

„Otsowismus“ gebraucht. Sie halten es für ein Schimpfwort. Sie sprechen von Menschewismus und wir, die wir die russische Sprache genauer kennen, werfen ihnen ein anderes Wort an den Kopf: „Otsowismus“. Der Otsowismus besteht darin, daß man sagt: Die Revolution muß kommen, sie wird kommen. Man sagte ungefähr so, daß die Revolution ganz zwangsläufig kommen würde. Nun, die Führer der Bolschewiki waren nicht Mystiker. Sie wissen, daß die Geschichte auf Grund der ökonomischen Entwicklung Klassen schafft, wenn die vorderen Reihen einer Klasse nicht zu Vorkämpfern der Revolution werden, kann die Revolution sehr lange auch zwangsläufig nicht kommen. Es handelt sich um das Vorhandensein einer revolutionären Klasse, die durch einen bewußten Vortrupp geführt wird. Wenn die Otsowisten sagen: weil die Revolution kommen wird, — nicht ins Parlament gehen, nicht in die Gewerkschaften gehen, nicht in die Kooperativen gehen! so muß das bekämpft werden. Lenin und Kamenew haben gegen die Otsowisten gekämpft und gesagt: Ja, übermorgen Revolution, aber heute müssen wir erst die Massen zusammenführen zum Kampf! Die Gefahr otsowistischer Gesinnung besteht, sie ist nur die Kehrseite der Passivität der Masse. Diese Taktik ist gefährlich. Ihr müßt sie überwinden. Ihr greift die Partei immer in der Aktion bei der Hand, um sie daran zu hindern. (Zuruf bei der deutschen Delegation: Wo?) Ich werde es Ihnen sofort aufzählen: Als die Frage der Sachwerte auftrat, die Frage der Schaffung eines Steuerprogramms, der Besteuerung der Bourgeoisie, und die Entlastung der Arbeiterklasse. Wollen Sie sich erinnern an alle die Reden über den Staatskapitalismus, als die Frage der Arbeiterregierung auftauchte? Wollen Sie sich erinnern an Ihre eigenen Reden hier, als die Einheitsfront auftauchte? Während der Rathenaukampagne? Während der Sitzung der Neunerkommission war doch Eure ganze Politik: Bucharin und Radek sind Verräter oder Trottel.

Ich will noch ein paar Worte über die Gefahr von rechts sagen. Der englische Gen. Webb wandte sich an die Exekutive mit den Worten: Laßt nicht ab von den 21 Bedingungen! Ich kann ihn trösten: Gen. Sinowjew sagte, bei den nächsten Verhandlungen mit Gruppen, die von rechts kommen, würden es 42 Bedingungen sein. Vielleicht genügt das dem Gen. Webb. Aber die Partei, die er vertritt, ist nicht so radikal. Wie wendet die K.P. Englands ihre Einheitsfronttaktik an? Sie sagt: Wir sind ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar der linke Flügel, aber wir wollen mit allen Arbeitern zusammenstehen. Und dann sagt der Wahlauf Ruf: Was ist die Labour Party? Die Arbeiter sind ausgezeichnet, sie wollen kämpfen, aber die Führer sind nicht so gut. Sie begehen und begingen Verrat. Aber für die Zukunft wollen wir Besseres erhoffen. Wenn das zum Donnerwetter eine Einheitsfronttaktik ist, dann wollen wir es lieber lassen. Wenn Gen. Webb dann hierher kommt und uns vor dem Opportunismus warnt, dann sagen wir ihm: „Gen. Webb, setzen Sie sich schnell auf die Bahn und fahren Sie schnell nach England und kämpfen Sie dort gegen einen solchen provinziellen Opportunismus.“

Wir müssen mit den Massen in die praktischen Kämpfe ziehen und den Kommunismus nicht als ein Mädchen betrachten, das schon be-

droht ist, wenn es in Männergesellschaft kommt. Wir sind noch schwach und es wäre eine verhängnisvolle Sache, wenn wir das nicht sehen würden. Aber wir können nur stark sein, wenn wir uns sagen, daß wir das tun müssen, was der Tag erfordert. Und der Tag, der vor uns steht, erfordert die Zusammenfassung der Massen, um die nächsten praktischen Ziele, die führen wird zum Kampf um die Diktatur des Proletariats. (Lebhafter Beifall)

SINOWJEW macht die Mitteilung, daß in Motherwall in Schottland die Kommunistische Partei bei den Wahlen gesiegt hat. (Beifall.)

WELTI stellt im Namen der Schweizer Delegation den Antrag:

„Es ist sofort eine Kommission einzusetzen, die ungesäumt alle brennenden Fragen, wie sie durch den Sieg des Faschismus, durch die Verhältnisse in Deutschland und in der Tschechoslowakei sich entwickelt haben, prüft und dem Exekutivkomitee Bericht und entsprechende Anträge unterbreitet.“ (Beifall.)

VORSITZENDER gibt dazu dem Kongreß bekannt, daß die zukünftige Exekutive mit den Vertretern der interessierten Parteien gemeinsame Konferenzen abhalten wird.

VIERZEHNTE SITZUNG

AM 18. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Kolarow.

Redner: Bucharin, Thalheimer.

Das Programm der K.I. und ihrer einzelnen Parteien.

BUCHARIN: Wir werden, wie Sie alle wissen, auf diesem Kongreß kein endgültiges Programm annehmen, weil viele Parteien zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen haben. Die Tatsache aber, daß wir es überhaupt wagen, eine so bedeutsame Frage wie die des Programms auf die Tagesordnung eines Weltkongresses zu setzen, ist ein Zeichen unseres starken Wachstums.

Wir können im Marxismus, in seiner ideologischen Konstruktion drei Hauptphasen unterscheiden. Die erste Phase war der Marxismus von Marx und Engels selbst. Dann kam die zweite Phase, der Marxismus der 2. Internationale, der Marxismus der Epigonen. Und jetzt haben wir eine neue Phase des Marxismus, den bolschewistischen oder kommunistischen Marxismus, der sich in einem gewissen und zwar ziemlich hohen Grade wieder rückwärts zu dem ursprünglichen Marxismus von Marx und Engels bewegt. Dieser ursprüngliche Marxismus von Marx und Engels war das Kind der europäischen Revolution von 1848. Deshalb hatte dieser wirklich orthodoxe Marxismus eine höchst revolutionäre Seele. Dieser revolutionäre Sinn der marxistischen Theorie erklärt sich eben dadurch, daß die Lehre von Marx und Engels damals geboren wurde, als das Proletariat als revolutionäre Klasse in die Arena der Weltgeschichte trat. Das war die Epoche des riesigen Wachstums des Kapitalismus. Die kapitalistische Entwicklung hatte

eine sehr große Interessengemeinschaft zwischen der Bourgeoisie und der kontinentalen Arbeiterklasse geschaffen, und diese Tatsache ergab die Basis für eine psychologische und ideologische Wendung innerhalb der Arbeiterklasse und somit innerhalb der sozialistischen Partei.

Dann kam die zweite Phase, nämlich der sozialdemokratische Marxismus, der sogenannte Marxismus der marxistischen Epigonen. Jetzt, wo wir die ganze Geschichte retrospektiv betrachten, erscheint er vor unseren Augen als völlige Kapitulation des orthodoxen Marxismus vor dem revisionistischen Marxismus. Ich kann hier die These aufstellen, daß der *sogenannte* orthodoxe Marxismus, d. h. der Marxismus von Karl Kautsky in den wichtigsten theoretischen Fragen vor dem Revisionismus kapituliert. Nehmen wir z. B. die Verelendungstheorie. Der Kautskysche Marxismus behauptet, daß das immanente Gesetz der kapitalistischen Entwicklung gerade darin bestehe, daß die Lage der Arbeiterklasse zwar besser wird, aber relativ zur Lage der Bourgeoisie sich verschlechtert. Ich halte die Behauptung Kautskys für falsch, daß diese theoretische Position sich bloß auf die Lage der europäischen und amerikanischen Arbeiterschaft gründet. In der marxistischen Theorie analysiert Marx eine abstrakte kapitalistische Gesellschaft und behauptet, daß das immanente Gesetz der kapitalistischen Entwicklung zur Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse führt. Kautsky aber verstand unter der Arbeiterklasse ausschließlich die *kontinentale* Arbeiterklasse. Die Lage gewisser Schichten dieses Proletariats wurde immer besser, aber der Kautskyanische Marxismus sah nicht den Umstand, daß diese Besserung der Lage um den Preis der Vernichtung, um die Ausraubung der kolonialen Völker erkauft wurde. Also theoretisch betrachtet, war die These Kautskys unrichtig, war eine Kapitulation vor dem Revisionismus.

Ebenso die *Zusammenbruchsfrage*. Die Theorie der Katastrophe wurde von Kautsky im Streit mit den Revisionisten stark gemildert. Sogar in solchen Schriften, wie „Der Weg zur Macht“ finden wir einen bis zur Komik getriebenen Opportunismus. So meinte Kautsky in der „Sozialen Revolution“, wenn wir fähig sind, die Revolution zu machen, brauchen wir keinen Generalstreik.

Nehmen wir die dritte theoretische Frage, die Theorie des *Staates*. Der Verrat der Sozialdemokraten und Kautskyaner war begründet in der Theorie, die sie auch schon vor dem Kriege vertraten. Kautsky stellte sich den Staat so vor, als ob wir irgendein Angriffsobjekt hätten, das früher in den Händen einer Klasse war und später in die Hände der anderen Klasse übergeht. Dann ist es allerdings vollkommen begreiflich, daß, wenn der Krieg ausbricht, man dieses Instrument schützen soll.

Ebenso verhält es sich mit der Frage der Diktatur des Proletariats. Sogar im Streite mit dem Revisionismus hat Kautsky diese Frage niemals verfochten. Jetzt spricht er offen von der Schichtung des Proletariats in einer „Arbeiteraristokratie“ und einen anderen Teil, von dem er schreibt:

„Dank seiner Unwissenheit und Unerfahrenheit wird er in seinem heißen Drange nach Wohlfahrt und Freiheit eine leichte Beute aller Demagogen (d. h. der Kommunisten), die aus Berechnung oder Leichtfertigkeit ihm glänzende Versprechungen vorgaukeln.“

Wenn wir die neuesten Schriften, speziell das neueste Buch Kautskys betrachten, und ferner als erstes Problem die *Verelendungstheorie*, so finden wir kein Wort über die Verelendung in der Zeit, wo die Tendenz des Kapitalismus in ihrer ganzen Nacktheit vor unseren Augen steht, wo alles zugespitzt ist. Kautsky behauptet, daß wir jetzt bei der theoretischen Betrachtung der Entwicklung des Kapitalismus ganz offen zugeben sollen, daß die Krisentheorie bescheidenere Dimensionen einnehmen müsse. Das bedeutet, daß die kapitalistische Welt in der letzten Zeit harmonischer geworden sei. Kautsky meint ferner: Die Revolution in Rußland ist erfolgt, aber sie sei keine proletarische, keine wahre Revolution. Der Zusammenbruch ist da, wir sind mitten drin, aber Kautsky sieht die Krise nicht und sagt, bei unseren theoretischen Betrachtungen der Krisentheorie sollen wir bescheidener sein. Das beweist, daß diese Opportunisten vollständig das Gefühl für die Realität verloren haben, sie, die in ihren Kabinetten sitzen und deren Sitzfleisch in voller Blüte ist (Heiterkeit), deren Hirn aber vollständig eingetrocknet ist.

Die *Staatstheorie* verwandelt sich bei allen Theoretikern der 2. Internationale in eine direkte Apologie der bürgerlichen Republik. Cunow z. B. behauptet in seinem Buch, der Staat sei sozusagen eine allgemeine Wohlfahrtsinstitution, die als guter Vater für alle Kinder Sorge trägt. Ich sagte einmal, das ist eine Theorie, die schon der babylonische König Hammurabi vertreten hat.

Es gibt auch theoretische Verrätereien, die noch eklatanter und schamloser sind. Das ist die Auffassung über die proletarische Revolution und die Koalitionsregierung. Kautsky macht folgende Entdeckungen: 1. nur die bürgerliche Revolution operiert mit Gewalt, 2. die proletarische Revolution soll eben deswegen, weil sie eine proletarische Revolution ist, mit keiner Gewalt operieren. Oder, wie einer der anderen Herren sagte, die Gewalt ist immer reaktionär. Kautsky erzählt uns: Die Barrikade ist eine rein bürgerliche Institution. (Heiterkeit.)

Marx behauptete, daß die Seele seiner Lehre in der Lehre von der Diktatur des Proletariats bestehe. Und Kautsky? Die berühmte Stelle über die Diktatur des Proletariats bei Marx ändert Kautsky folgendermaßen:

„Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierenden demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den anderen. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionsregierung bilden wird.“

(Heiterkeit). Das ist also wirklich nicht mehr eine Übergangsform vom Marxismus zum Revisionismus, sondern das ist schlimmer als der reinste Revisionismus.

Ich gehe zu einer anderen Frage über. Ich will einige Worte über die neue Analyse der heutigen Epoche sagen. Das Hauptprinzip der ganzen kapitalistischen Entwicklung muß vom Standpunkt der erweiterten Reproduktion der kapitalistischen Widersprüche betrachtet werden. Wenn die ganze frühere politische Ökonomie, auch die marxistische Ökonomie über die Erscheinungen der Konkurrenz redete,

so betrachtete sie in Wirklichkeit nur eine Form der Konkurrenz, nämlich die Form, die für die Epoche des sogenannten industriellen Kapitalismus spezifisch war. Das war die Epoche des Kampfes verschiedener Industrieller, die mit der Methode des billigen Preises arbeiteten. Sie finden bei Marx fast ausschließlich diese Sorte der Konkurrenz. Jetzt sind die Hauptgruppierungen der Bourgeoisie aber trustartige Gruppierungen, die im Staatsrahmen eingeschlossen sind. Es entstehen neue Formen des Konkurrenzkampfes, was zu militärischen Eingriffen seitens der Staaten führt. Im Programm muß die Rolle des Staates besonders betont werden. Wir sollen ganz offen sagen, daß sogar bei den orthodoxen Marxisten die Frage des Staates nicht genügend untersucht wurde.

Dann meine ich, sollen wir im Programm etwas über das *Bildungsmonopol* der herrschenden Klasse sagen. Jetzt, wo das Proletariat nach der Gewalt strebt, spielen solche Fragen, wie die der Qualifizierung unserer Funktionäre und Administratoren, das Wissensvermögen unserer Führerschaft vor und nach der Eroberung der Macht, eine gewaltige Rolle.

Dann sollten wir in unserem Programm die Frage der spezifischen Merkmale der *Ausreifung zum Sozialismus* in der kapitalistischen Gesellschaft berühren. Unsere Gegner wollen uns beweisen, daß die Unkosten der Revolution deshalb so groß sind, weil überhaupt der Kapitalismus für den Sozialismus noch nicht reif ist. Dabei verwechselt man die ganz andere Art der Ausreifung des Kapitalismus innerhalb der Feudalherrschaft und die Ausreifung des Sozialismus im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft. Der Unterschied besteht darin, daß der Kapitalismus innerhalb der Feudalherrschaft von A bis Z gewachsen ist. So kann der Sozialismus niemals ausreifen. Es ist unmöglich, daß schon im Kapitalismus die Arbeiterklasse die Produktion kommandiere. Erst wenn das Proletariat die Diktatur verwirklicht hat, zerbricht es die Türen der Hochschulen und reift zum Organisator der Gesellschaft heran.

Dann will ich noch einen Punkt berühren, nämlich das Problem des *Hineinwachsens in den Sozialismus*. Zum Unterschied zur Auffassung der Revisionisten behaupten wir, daß der Prozeß des Hineinwachsens erst nach der Diktatur des Proletariats beginnt.

Ein paar Worte über die Frage der *nationalen Typen* des Sozialismus, — als Produktionsformen natürlich. Jetzt, nach den Erfahrungen der russischen Revolution, sehen wir, daß wir eine lange Periode vor uns haben werden mit verschiedenen nationalen Typen der sozialistischen Produktionsform. Wir können ganz offen sagen, der russische Sozialismus wird im Vergleich zu anderen asiatisch aussehen. Man kann die Neue Ökonomische Politik vom taktischen Standpunkt oder vom Standpunkt der ökonomischen Rationalität betrachten. Ich möchte das letztere tun. Ich behaupte, die Neue Ökonomische Politik ist zwar einerseits eine spezifisch russische Erscheinung, aber andererseits ist sie auch eine allgemeine Erscheinung (Sehr richtig!). Sie bedeutet nicht strategisch einen Rückzug, sondern sie ist ein spezifisches Glied eines großen organisatorischen, gesellschaftlichen Problems, nämlich des Problems des Verhältnisses zwischen den verschiedenen Produktionszweigen, die wir rationalisieren sollen, und den Produktionszweigen,

die wir zu rationalisieren nicht imstande sind. Wir haben probiert, bei uns alles zu organisieren, sogar die Bauern und die Millionen von Kleinproduzenten. Deswegen haben wir so große Verwaltungskosten gehabt. Wenn wir aber die meistentwickeltesten industriellen Länder nehmen, meinen Sie, daß diese Probleme da nicht sofort auftauchen werden? Aber sofort! Können wir z. B. die amerikanischen Farmer sofort von Anfang an organisieren? Glauben Sie, daß das siegreiche Proletariat Deutschlands alle bäuerlichen Wirtschaften, besonders die in Bayern, kommunistisch organisieren kann? Keineswegs! Das Problem der Wirtschaft ist aber mit dem Prinzip der reinen Kampfes-zweckmäßigkeit verbunden. Wenn Sie z. B. Barrikaden bauen und dazu die Telegraphenpfähle absägen, so heißt das keineswegs, die Produktivkräfte erhöhen (Heiterkeit). Die ökonomische Rationalität und die Zweckmäßigkeit des politischen Kampfes stehen oft im Widerspruch zueinander.

Ich komme nun zu den allgemein taktischen Problemen, zunächst zu der Frage der Kolonien. Wir müssen dieser Frage in unserem Programm viel größere Beachtung schenken. Die zweite taktische Frage ist die der *Landesverteidigung*. Wir meinen damit die Verteidigung des proletarischen Staates. Wir wollen also programmatisch klar feststellen: der proletarische Staat darf und muß nicht nur von dem Proletariat dieses Landes, sondern von den Proletariern aller Länder verteidigt werden. Ich behaupte, wir sind schon so gewachsen, daß wir ein militärisches Bündnis mit einer Bourgeoisie schließen können, um mittels dieses bürgerlichen Staates eine andere Bourgeoisie niederzuschmettern. Das ist eine Frage der rein strategisch-taktischen Zweckmäßigkeit.

Dann sollen wir noch einen taktischen Punkt erwähnen, das ist das *Recht auf die Rote Intervention*. Das ist ein Probestein für alle kom. Parteien. Im „Kom. Manifest“ stand, daß das Proletariat die ganze Welt erobern soll. Damit ist das Recht der Roten Intervention begründet, unter besonderen Umständen, die rein technisch die Realisierung ermöglichen.

Die Programme der nationalen Parteien sollen aus zwei Teilen bestehen: 1. einem allgemeinen Teil, der für alle Parteien gültig ist, und 2. dem nationalen Programm, das die spezifischen Forderungen der Arbeiterbewegung des betreffenden Landes beleuchtet. Dazu soll vielleicht noch ein Aktionsprogramm hinzukommen, das beliebig rasch verändert werden kann, — vielleicht alle 14 Tage (Heiterkeit). Einige Genossen behaupten, taktische Fragen, wie die Erfassung der Sachwerte in Deutschland oder die Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung, müßten auch programmatisch festgelegt werden. Gen. Varga meint, es sei Feigheit des Gedankens, wenn man dagegen protestiert. (Zuruf: *Radek*: Sehr richtig!). Aber ich behaupte, der Wunsch, diese Fragen festzulegen, ist nichts anderes als der Ausfluß der opportunistischen Einstellung der betreffenden Genossen.

Im theoretischen Teil sollen folgende Unterabteilungen: 1. eine allgemeine Analyse des Kapitalismus; 2. eine Skizze der kommunistischen Gesellschaft; 3. der Sturz der Bourgeoisie und der Kampf des Proletariats um die Macht im Programm enthalten sein. Der

4. Teil soll allgemein strategischen Fragen gewidmet sein, aber nicht Fragen, wie die der Arbeiterregierung, sondern grundlegenden Fragen.

Es liegen folgende Dokumente vor:

1. Der Bericht der ersten Diskussion der Programmkommission, 2. die Antwort der italienischen Zentrale auf diesen Bericht; 3. einige Artikel des Gen. Varga; ein Artikel des Gen. Rudas; ein Artikel des Gen. Rappoport; ein Projekt der deutschen Partei; ein Projekt der bulgarischen Partei und ein Projekt des Redners.

Redner kritisiert diese Entwürfe und schließt, indem er die Hoffnung ausspricht, daß der 5. Kongreß mit einem großen, wirklich revolutionären und wirklich marxistischen Programm hervortreten wird. (Lebhafter Beifall.)

THALHEIMER: Ich will einige Ergänzungen zu den Ausführungen des Gen. Bucharin über den Bankrott der 2. und 2½. Internationale bringen. Kautsky ist in seiner Programmschrift soweit gegangen, daß er plötzlich entdeckt, die kapitalistische Produktion werde vom Konsumbedürfnis geleitet. Worauf beziehen sich seine Vorschläge in der Hauptsache? 1. auf den Munizipalsozialismus und 2. auf den Gildensozialismus. Und auf diesem Gebiete begeht er den krassesten Unsinn. Der Gildensozialismus stellt sich vor, daß man den Sozialismus hinter dem Rücken der kapitalistischen Gesellschaft einführen kann. Man braucht aber bloß die Finanzlage der Gewerkschaften in der zerfallenden kapitalistischen Gesellschaft anzusehen, um zu sagen, daß dies schon vom rein praktischen Gesichtspunkt gänzlich unmöglich ist. Nicht anders ist es mit dem Kommunal-Sozialismus. Nehmen wir an, die Macht sei erobert, und es handele sich darum die Kapitalisten auszukufen. Es würde sich sofort erweisen, daß das aus finanziellen Gründen ebenso eine reine Utopie ist, wie der Gildensozialismus und der Munizipalsozialismus.

Noch einige Erläuterungen zu dem vom Gen. Bucharin angeführten Epigonentum und seiner Auflösung. Die Auseinandersetzung mit diesem Marxepigonentum begann in Deutschland nach der ersten russischen Revolution, der Anknüpfungspunkt war die Debatte über den Massenstreik. Es waren zwei Fragen, die hier eine Rolle spielten: 1. ist der Imperialismus eine notwendige Phase der kapitalistischen Entwicklung? und 2. die Frage der theoretischen Begründung dieser Notwendigkeit. In Deutschland war diese Frage das Scheidewasser, daß das marxistische Zentrum einerseits und die marxistische Linke und den Kommunismus andererseits trennte.

Der Kardinalpunkt in dieser Frage ist folgender: Der Imperialismus ist ökonomisch ein Problem der Akkumulation, des Kapitalwachstums der erweiterten Produktion. Über die koloniale Expansion des Kapitalismus schrieb Rosa Luxemburg: „Es handelt sich im imperialistischen Zeitalter um den Kampf um die Reste des nichtkapitalistischen Gebietes, um seine Neuaufteilung und schließlich im Zusammenhange damit um die Erweiterung der kapitalistischen und politischen Machtbasis.“

Ist diese imperialistische Epoche mit ihren Katastrophen und Krisen ein historischer Zufall oder eine Notwendigkeit? Ist es möglich, von dieser imperialistischen Epoche zum Freihandel, zum Völkerfrieden

zurückzukehren, oder gibt es nur einen Weg vorwärts: die revolutionäre Überwindung dieser Epoche, den Sozialismus? Von der Entscheidung dieser Frage wird auch die politische Taktik bestimmt.

Ist die Kapitalerweiterung möglich innerhalb der Grenzen des Kapitalismus und in unbeschränktem Maße? Besteht die Möglichkeit für den Kapitalismus unbeschränkt zu wachsen oder besteht eine unbedingt theoretische Schranke für diese Ausbreitung und dieses Wachstum?

In der Schrift Rosa Luxemburgs, die sich mit den Kritikern der Akkumulation auseinandersetzt, heißt es u. a.:

„Die Akkumulation ist in einem ausschließlich kapitalistischen Milieu unmöglich, daher vom ersten Moment der Kapitalsentwicklung der Drang zur Expansion auf nichtkapitalistische Schichten und Länder. Die Expansion führt in ihrem Weltzweck zum Zusammenstoß zwischen dem Kapital und den vorkapitalistischen Gesellschaftsformen. Daher Gewalt, Krieg, Revolution, kurz: Katastrophe, das Lebenselement des Kapitalismus von Anfang bis Ende.“

Nun fragt die Gen. Luxemburg: Kann die objektive Schranke des Kapitalismus wirklich eintreten, und sie antwortet folgendermaßen:

„Der Imperialismus ist ebenso sehr eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals, wie das sicherste Mittel, seiner Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen. Damit ist nicht gesagt, daß dieser Endpunkt pedantisch erreicht werden muß. Schon die Tendenz zu diesem Endziel . . . äußert sich in Formen, die die Schlußphase des Kapitalismus zu einer Periode der Katastrophe gestalten.“

Rosa Luxemburg spricht dann von „einer fortlaufenden Kette politischer und sozialer Katastrophen und Konfusionen, die zusammen mit den periodisch wirtschaftlichen Katastrophen die Rebellion der internationalen Arbeiterklasse gegen die Kapitalherrschaft zur Notwendigkeit machen werden.“

Demgegenüber hat z. B. Kautsky (am 26. April 1922 in der „Neuen Zeit“) den Satz aufgestellt: „Das Wetttrüben beruht auf ökonomischen Ursachen, aber nicht auf einer ökonomischen Notwendigkeit.“ . . . „Seine Einstellung ist nicht im geringsten eine ökonomische Notwendigkeit.“

Redner liest einige Zitate aus Artikeln Hilferdings vor. Die austromarxistische Schule hat von Anfang an die Akkumulationstheorie auf das schärfste bekämpft. Hilferding sagt in seinem „Finanzkapital“, daß der Kapitalismus sich ganz unbeschränkt ausbreite. Otto Bauer hat die merkwürdige Theorie entwickelt, daß das Kapitalwachstum bedingt geregelt sei durch das Wachstum der Bevölkerung und speziell der Arbeiterbevölkerung. Er stellt also die marxistische Bevölkerungstheorie gerade auf den Kopf. Kautsky, Bauer und Hilferding vertreten die Möglichkeit der Überwindung des Imperialismus nach rückwärts zum Freihandel.

Die Frage der theoretischen Erklärung des Imperialismus spielt auch auf russischem Boden eine Rolle. Es war der legale Marxismus der Tugan-Baranowski, Struve, Bulgakow, der die Theorie der schrankenlosen Entwicklung des Kapitalismus vertrat. Diese Männer sind alle im Lager der Bourgeoisie gelandet.

Ich komme jetzt zu der Frage, die für die Abfassung des Programms die entscheidende ist, diejenige, in der ich im scharfen Gegensatz zu dem Gen. Bucharin stehe. Das ist die Frage der Übergangsforderungen, der Etappenforderungen oder des Minimalprogramms. Gen. Bucharin vertritt den Standpunkt, man müsse diese Etappenforderungen vom eigentlichen Programm trennen. Er macht dafür ein *chambre séparée*, wo man verschiedene Sünden begehen kann, und nennt es Aktionsprogramm. Auch in Deutschland ist man gegen die Aufnahme der Gegenwartsforderungen in das Programm, da man dahinter die Gefahr des Opportunismus wittert. Man braucht nur die Geschichte der 2. Internationale und ihre Auflösung anzusehen, um festzustellen, daß gerade diese Trennung der taktischen Grundsätze von dem Ziel ein Ausgangspunkt zum Abgleiten in den Opportunismus bildete. Die spezifischen Differenzen zwischen uns und den Reformsozialisten liegen nicht darin, daß wir die Etappenforderungen in ein *chambre séparée* abschieben und sie von unserem Programm trennen, sondern sie bestehen darin, daß wir diese Übergangsforderungen in strengsten Zusammenhang bringen mit unseren Grundsätzen und Zielen. Die Gefahr des Opportunismus liegt darin, daß man den Weg, der vom gegebenen Ausgangspunkt zur Diktatur des Proletariats führt, auf großen Strecken unbeleuchtet läßt. Dadurch sind viele Irrtümer möglich.

Die Frage der Übergangsforderungen ist nicht neu. Im Herbst 1917, als in Rußland die Frage der Revision des Parteiprogramms behandelt wurde, sagte Gen. Lenin:

„Tatsächlich wäre unser ganzes Programm ein elender Wisch Papier, wenn es uns nicht für alle Eventualitäten und in allen Momenten des Kampfes zu dienen, und zwar durch seine Ausübung und nicht durch seine Nichtausübung zu dienen imstande wäre. . . Von dem allgemeinen oder grundsätzlichen Teil des Programms gehen wir zum Minimalprogramm über. Hier finden wir gleich den äußerlich sehr radikalen und ganz unzulänglichen Vorschlag der Genossen Bucharin und W. Smirnow vor, das Minimalprogramm gänzlich zu beseitigen. Die Teilung in ein Minimal- und ein Maximalprogramm sei veraltet, es sei unnütz. Denn es handle sich um ein Programm der Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus, — wir sollen das Minimalprogramm nicht hinauswerfen, denn das würde einer leeren Prahlerei gleichkommen (Hört, hört!) . . . Wir wissen nicht, ob wir morgen siegen werden oder etwas später. Ich persönlich neige der Meinung zu, daß es morgen der Fall sein wird — ich schreibe das am 6. Oktober 1917 — und daß wir uns mit der Übernahme der Macht verspähen können, aber morgen ist immerhin morgen und nicht heute“, usw. usw.

Die Haupteinwendung des Gen. Bucharin besteht darin, daß er sagt, wir können keine konkreten Tagesforderungen in das allgemeine Programm aufnehmen, denn sie sind nur kurzfristig und in jedem Lande anders. Darauf antworte ich: Wir haben weder in das allgemeine Programm noch in die nationalen Programme die konkreten Tagesforderungen bis in alle Einzelheiten hineinzubringen, aber wir haben die taktischen Grundregeln zu geben, die Methoden, aus denen die Einzelforderungen sicher abgeleitet werden können.

Einige solche Fragen des Überganges, die unbedingt in das kom. Programm gehören, sind die Fragen der Produktionskontrolle, Staatskapitalismus und Richtlinien für Steuer- und Finanzpolitik. Nehmen wir zum Vergleich das Erfurter Programm. Es hatte bestimmte einfache Grundsätze für die Steuerpolitik, die heute zwar überholt sind, die uns aber lange Zeit gute Dienste geleistet haben.

Ein zweiter wichtiger Punkt des Überganges ist das Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie. Der Entwurf des Gen. Bucharin enthält eine ausgezeichnete kritische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Demokratie. Das genügt aber nicht für die K. I. als ganzes. Wir müssen eine Richtschnur haben für das Verhältnis der Kommunisten zur Demokratie in jenen Ländern, wo noch gegen eine absolutistisch feudale Staatsform zu kämpfen ist. Und wir müssen schließlich Richtlinien für das Verhalten zur Demokratie haben, in einer Situation, wie sie am 9. November 1918 in Deutschland war, als es sich darum handelte, die Demokratie zu zerbrechen und zur Diktatur überzugehen.

Ich komme nun zu den *Übergangsforderungen* nach der Eroberung der Macht: dem Kriegskommunismus und der Nöp und ihrer Anwendung in den Westländern. Es ist mit Recht gesagt worden, daß sowohl der Kriegskommunismus wie die Nöp Maßnahmen sind, die durch die Notwendigkeit diktiert worden sind. Wie sind diese Dinge für Westeuropa? Was den Kriegskommunismus betrifft, so ist er ein Produkt des Bürgerkrieges. Und die Nöp? Eine der Wurzeln der Neuen Ökonomischen Politik sind die Bedürfnisse der kleinen Warenproduzenten, Bauern und Handwerker. Diese Bedürfnisse bestehen auch im Westen, wenn auch nicht in diesem Umfange.

Man soll ferner in das Programm setzen, daß die Rücksicht auf die Neutralisierung, auf die Schonung dieser kleinbürgerlichen Schichten der Notwendigkeit des Bürgerkrieges weichen muß. Der bulgarische Programmwurf fordert, die genossenschaftliche Vereinigung der kleinen Handwerker nach der Eroberung der Macht. In der Industrie werden diese kleingewerblichen Genossenschaften eine andere Rolle spielen als in der Landwirtschaft. In den Ländern mit entwickelter Industrie wird der Moment kommen, wo wir diese kleinindustriellen Schichten in die Großindustrie aufnehmen werden. Anders ist es mit dem Klein- und Mittelbauern. Die Idee der Genossenschaft wird sich auf sie viel länger erstrecken und diese Genossenschaften werden einen ganz anderen Charakter haben als die industriellen Genossenschaften.

Bezüglich des Aufbaues des Programm stimme ich im großen und ganzen den Vorschlägen des Gen. Bucharin zu. Was die Form des Programms betrifft, so hat Gen. Bucharin die Länge unseres Entwurfes kritisiert. Es ist mir wie jenem französischen Bischof gegangen, der seinem Freunde schrieb: „Ich schreibe Dir einen langen Brief, weil ich keine Zeit habe, einen kurzen zu schreiben.“

Genossen, ich komme zum Schluß und sage: Wir sollen unser kommunistisches Programm hieb- und stichfest machen, was die Prinzipien und die Ziele anbelangt. Aber wir sollen nicht glauben, daß wir es erreichen, indem wir eine große Strecke Weges unbeleuchtet lassen, indem wir eine große Strecke des Weges nicht in unsere Land-

karte aufnehmen. Gen. Bucharin und manche andere fürchten, man könnte vielleicht den Sprung darüber nicht machen können. Nun, unsere russischen Genossen, die am 6. Oktober 1917 das Minimalprogramm beibehielten, haben sehr rasch diesen Sprung machen können, und ich bin überzeugt, es hängt wirklich nicht von diesen Auslassen der Wegebezeichnungen ab, ob wir ein Programm haben werden, das uns zum Siege führt. (Lebhafter Beifall.)

FÜNFZEHNTE SITZUNG

AM 18. NOVEMBER 1922, ABENDS.

Vorsitz: Kolarow.

Redner: Kabaktschieff.

KABAKTSCHIEFF: Genossen, die K. I. steht vor der wichtigen Aufgabe, für sich und ihre Sektionen ein Programm auszuarbeiten. Die Umstände, von denen sie dabei ausgehen muß, sind: 1. der völlige Bankrott der 2. Internationale, und 2. die Tatsache, daß das Programm der 2. Internationale immer mehr durch opportunistische Tendenzen verseucht wurde. Daher haben die Sozialdemokraten das Hauptgewicht auf das Minimalprogramm gelegt und das Endziel verdunkelt.

Die imperialistischen Kriege, die russische Revolution und die verschiedenen anderen Revolutionen haben auf die pazifistische Epoche der kapitalistischen Entwicklung eine militärische folgen lassen, in der der Imperialismus die schärfsten militärischen Formen angenommen hat. Die Folge davon war eine wuchtige Krise des Kapitalismus, eine Zuspitzung des Klassenkampfes und die Verschärfung der Klassengegensätze. Dadurch wurde der Grund gegeben für die Entwicklung der kom. Parteien und K. I. Es war notwendig geworden, neue Methoden für die Kämpfe der proletarischen Parteien zu finden: die Methode des Kampfes und die Eroberung der Macht.

Das alte Programm war unbrauchbar geworden.

Die früheren Kongresse haben die Grundsätze und die Taktik der K. I. festgesetzt. Es ist jetzt höchste Zeit, daß wenigstens eine Basis für das Programm der K. I. festgesetzt wird, damit der 5. Kongreß konkret das Programm der Internationale beschließt.

Ich komme nun zum *bulgarischen Programmwurf*. Der erste Teil ist theoretischen Erörterungen gewidmet, während der zweite Teil den praktischen Forderungen, den Maximalforderungen, aber auch gewissen Übergangsforderungen gewidmet ist. Der erste Teil analysiert die Krise, das Verhältnis der Klassen zueinander, die Folgen des imperialistischen Krieges unter besonderer Berücksichtigung des Balkans. Der zweite Teil schafft einen Programmtypus für den gesamten Balkan.

Es entsteht die große Frage: Soll ein kom. Programm Maximal- und Minimalforderungen enthalten? Wir stehen in der Krise des Weltkapitalismus bis zur Machtergreifung durch das Proletariat. Wir brauchen daher kein Minimalprogramm. Die ökonomischen und politischen Forderungen dieses Minimalprogramms können auch nur durch

den Sturz des kapitalistischen Staates verwirklicht werden. Das Programm muß eingestellt sein auf die Eroberung der Macht. Daneben haben wir mehr dauernde, wichtigere Forderungen, die bis zur Eroberung der Macht in Geltung bleiben. Diese letzteren sollen dem Maximalprogramm hinzugefügt werden.

Was die Maximalforderungen betrifft, weise ich auf die russische Revolution und die Erfahrungen hin, die wir daraus gesammelt haben. Im russischen Programm sind die konkreten Aufgaben enthalten, die vor und nach Eroberung der Macht für die K. P. gegeben sind. Rußland ist das Beispiel für die ganze Welt. Das bedeutet aber nicht, daß die Kom. Parteien die Aufgabe haben, in ihren Programmen Rußland sklavisch zu kopieren.

Müssen alle taktischen Fragen in den Programmen berücksichtigt werden? Nein. Die allgemeine Linie der kommunistischen Taktik muß wohl festgelegt werden, jedoch nicht die konkrete Anwendung dieser Linie, wie die Einheitsfront und die Arbeiterregierung. Diese sollen im kom. Programm nicht enthalten sein.

Muß das kommunistische Programm ein Aktionsprogramm sein oder nicht? Ja und Nein. Ja, aber in dem Sinne bloß, daß dieses Aktionsprogramm immer ein prinzipielles Programm ist, und keine vorübergehenden Parolen enthält.

Das bulgarische Programm legt das Hauptgewicht auf die Herausarbeitung der revolutionären Forderungen, auf die Mittel zur Eroberung der Macht, auf den Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur usw. Als Hauptziel sind die Bildung der Räterepublik und die Räterepublik genannt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können wir aber nicht auf die Beteiligung an dem Parlamentarismus verzichten. Das, was in unserem Programm bezüglich des Parlamentarismus steht, ist in vollem Einklang mit dem, was die K. I. selbst beschlossen hat. Ich verweise dabei auf die Thesen über den Parlamentarismus, die auf dem 2. Weltkongreß beschlossen wurden.

Wir haben alle Maximalforderungen und alle wesentlichen Mittel zur Eroberung der Macht in das Programm aufgenommen. Wir beschränken uns auf die wichtigsten Forderungen für das nächste Ziel bis zur Eroberung der Macht. Angesichts der nahenden Revolution, angesichts der Notwendigkeit, ganz genau zu wissen, welche Mittel wir in diesem Zeitraume anwenden müssen, ist es notwendig, präzise und klar die Taktik bis zur Eroberung der Macht aufzustellen. Es ist zweifellos, daß ein Dutzend Programme wertlos wären, wenn es keine revolutionäre Arbeiterbewegung gäbe. Aber eine revolutionäre Arbeiterbewegung ohne klare theoretische Grundlage wäre ohnmächtig und dem Spiel der Bourgeoisie unterworfen. Die K. I. und ihre Sektionen müssen ein auf die Theorien Marx'ens gegründetes festes Programm besitzen, ein Programm, das in klarster Weise die Forderungen des revolutionären Proletariats darlegt. (Beifall.)

Die deutsche Delegation beantragt, die Debatte über das Programm bis zum nächsten Weltkongreß zu vertagen. Die russische Delegation will sich über diesen Vorschlag erst aussprechen.

SECHZEHNTE SITZUNG

AM 20. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Kolarow.

Redner: Losowski, Clark, Lansing.

DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTEN IN DEN GEWERKSCHAFTEN.

LOSOWSKI: Es genügt, nur einen kurzen Blick auf die Gewerkschaftsbewegung aller Länder zu werfen, um sich zu überzeugen, daß sie eine schwere Krise durchmachen. Diese Krise ist hervorgerufen einerseits durch die allgemeine Offensive des Kapitals, andererseits durch die Unklarheit und Unsicherheit der Theorie und der Praxis des führenden Kerns der Weltgewerkschaftsbewegung.

Die allseitige kapitalistische Offensive begegnete seitens der leitenden Organe der internationalen Gewerkschaftsbewegung einem nur schwachen Widerstand. Recht charakteristisch sind solche Fälle wie die letzte Aussperrung in England, der Kohlenarbeiterstreik in Amerika, die Bewegung der Metallarbeiter in Frankreich, sowie eine ganze Reihe von Streiks in Deutschland und Italien. Diese Ohnmacht der Gewerkschaften, dem angreifenden Kapital einen ersten Widerstand zu leisten, rief eine tiefe Enttäuschung in weiten Kreisen der Arbeiterklasse hervor und zog den Abgang ganzer Gruppen von Arbeitern aus den Reihen der Gewerkschaften nach sich.

Während die Führer der Amsterdamer Internationale äußerste Passivität an den Tag legten, als es galt, der Offensive des Kapitals Widerstand zu leisten, wurden sie völlig rücksichtslos, aggressiv und höchst energisch, als es sich um den Kampf gegen die revolutionären Arbeiter handelte. Die Parole der Amsterdamer Internationale, die hervorwächst aus der gesamten Position der Amsterdamer, lautet: Rettung der kapitalistischen Gesellschaft und des kapitalistischen Wirtschaftssystems. In Frankreich gelang es den Amsterdamern, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten, und wir haben dort jetzt zwei Arbeiterkonföderationen. In Spanien hat der reformistische Allgemeine Arbeiterverband seine größte Organisation, nämlich die der Bergarbeiter, gespalten, sobald die Kommunisten und Syndikalisten in diesem Verband zur Mehrheit gelangten. „Der Feind steht links“. — „Um stark zu sein, müssen wir unsere Reihen reinigen!“ — erklärt zynisch das Zentralorgan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie ziehen sogar die katholischen Verbände, die gelben Verbände den revolutionären Verbänden vor. Im letzten Jahr wurden aus den internationalen Industrieverbandsgruppen die russischen Gewerkschaften der Metallarbeiter, der Bergarbeiter, der Holzarbeiter, der Textilarbeiter usw. usw. ausgeschlossen oder man versagte ihnen die Teilnahme an den internationalen Industrieverbandstagen.

Die Amsterdamer stehen nicht allein da im Kampf gegen die Kommunisten. Sie haben Verbündete in den Anarchisten. Alle ihre Angriffe erfolgten unter der Losung: Kampf gegen die politische

Tätigkeit und „Entgegenstellung der Gewerkschaftsinternationale gegen die Kommunistische Partei und die K. I.“ Es ist bekannt, daß die Politik, die Partei und der Staat bei den Anarchisten Vorstellungen von apokalyptischen Tieren erregen, wobei es für sie völlig gleichgültig ist, um was für eine Politik, um was für eine Partei oder um was für einen Staat es sich handelt. Die Anarchisten sind trotz ihrer revolutionären Phraseologie Träger kleinbürgerlicher Gedankengänge, mit ihrem antikommunistischen Programm und ihrem angeblichen Kampfe für die „Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung“. Es entstand eine anarcho-reformistische Front, die sich an die Bourgeoisie anlehnt. Wieder zeigte es sich, daß der Anarchismus ein Verbündeter des Reformismus ist.

Die Anarchisten und die revolutionären Syndikalisten pflegen besonders die *Neutralität* der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien zu unterstreichen, wobei sie nicht von Neutralität, sondern von der Unabhängigkeit reden, was aber in Wirklichkeit auf dasselbe hinausläuft. Wir halten diese Theorie für höchst schädlich für die Arbeiterbewegung jenes Landes, in dem sie einen überragenden Einfluß erhalten würde. Die Bourgeoisie befaßt sich nicht mit solchen Theorien, sie trennt nicht die Wirtschaft von der Politik; sie versteht es glänzend, all das auszunutzen, was mit dem bürgerlichen Apparat geschaffen wurde.

Der Syndikalismus behauptet, daß die Arbeiterklasse ihre Avantgarde in der Form der Gewerkschaften bildet und daß sie durch die Gewerkschaften ihre Aufgabe erfüllen wird. Der Syndikalismus als Strömung innerhalb der Gewerkschaften, setzt sich zum Ziele, die Arbeitermassen in Klassenaktionen zu vereinigen. Dasselbe Ziel setzt sich auch der Kommunismus. Und so ist es in Ländern mit einer syndikalistischen Arbeiterbewegung dazu gekommen, daß wir dort eine Gegenüberstellung einer Partei gegen die andere haben, wobei die eine sich kommunistisch und die andere sich syndikalistisch nennt. Bezeichnend ist die Stellung der Gruppe „La vie ouvrière“ in Frankreich, die ruhig bezeichnet werden kann als eine außerhalb der Partei stehende kommunistische Gruppe. Ihr gehören noch viele Mitglieder der K. P. an, aber ihre Praxis hat sich bis jetzt nicht im ausgesprochenen Rahmen der kom. Parteipraxis bewegt. Für uns ergibt sich die Notwendigkeit eines systematischen ideologischen Kampfes gegen alle anarchistischen Gruppierungen. Dies darf aber der praktischen Annäherung und der gemeinsamen Tätigkeit mit den Syndikalisten nicht im Wege stehen.

Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, alle Arbeiterorganisationen mit kommunistischem Geist und mit kommunistischem Willen zu durchdringen. In Ländern mit einer alten gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und jungen kommunistischen Parteien, wie England oder Amerika, kann das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft nicht das gleiche sein, wie in den Ländern mit alter politischer Bewegung und jüngerer Gewerkschaftsbewegung, z. B. in Rußland. In England z. B. wäre es äußerst schädlich, wenn die Partei sich nur beschränken würde auf ihre kleinen Parteizellen in den Gewerkschaften. Hier gilt es, eine oppositionelle Gewerkschaftsbewegung anzustreben. In Amerika haben wir eine nicht große K. P., aber eine ziemlich starke

oppositionelle Bewegung, die ihren organisatorischen Ausdruck in der Liga für gewerkschaftliche Aufklärung gefunden hat. Unsere Aufgabe in Amerika besteht darin, die gesamte gegen Gompers gerichtete Opposition zu sammeln und dieser Liga in der Entwicklung ihrer Kräfte zu helfen, alle mit dem Kommunismus Sympathisierenden zur aktiven Unterstützung dieser Liga aufzufordern.

In Deutschland hat sich hauptsächlich das Problem der Beziehungen zwischen der Partei und der „Union der Hand- und Kopfarbeiter“ verschärft. Bekanntlich wurde diese Union auf Initiative der alten K. P. gegründet, die aber später ihre Taktik in bezug auf die Gewerkschaften verändert hat. Dabei wurde die Union, die über 150 000 Arbeiter umfaßt, die ganze Zeit hindurch seitens vieler kommunistischer Gewerkschaftler Deutschlands als eine Organisation betrachtet, die die kom. Bewegung des Landes stört. Die Union existiert aber, und soweit sie existiert, wird sie natürlich bestrebt sein, ihre Reihen zu vermehren. Es wurde auf die Tagesordnung die Frage gestellt über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Partei und der Union, wodurch die ganze Angelegenheit sehr unklar wurde. Glücklicherweise ist auf dem letzten Kongreß der Union der Hand- und Kopfarbeiter die Frage im großen und ganzen entschieden worden.

Einen eigenartigen Charakter hat die Frage der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft in *Frankreich*. Hier haben wir eine alte syndikalistische Gewerkschaftsbewegung und eine junge Partei. Die Mitglieder der K. P. haben besonders scharf die Notwendigkeit der Unabhängigkeit und der Autonomie der Gewerkschaftsbewegung formuliert unter Hinweis auf die Traditionen der französischen Arbeiterbewegung. Diese Tradition entstand infolge des Opportunismus der französischen sozialistischen Partei. Sofern die K. P. selbst noch unkommunistische Vorurteile hegt und in Frankreich eine alte syndikalistische Gewerkschaftsbewegung mit ihren Besonderheiten fortlebt, müssen wir der K. P. Frankreichs und den französischen Gewerkschaften die Festlegung ihrer gegenseitigen Beziehungen überlassen. Mögen sie als autonom ihre Beziehungen regeln, wie sie wollen und wie sie können, — das Leben wird sie lehren, daß der Sieg nicht dort ist, wo „die Autonomie und die Unabhängigkeit der Gewerkschaften“ geschrieben steht, sondern dort, wo alle Formen der Arbeiterbewegung mit dem einheitlichen Geiste des kommunistischen Willens durchdrungen sind.

Das letzte Jahr ist an Ausschüssen revolutionärer Verbände besonders reich. Die Spaltung der C. G. T. kam im allgemeinen unter der klaren ideologischen Einwirkung der französischen Bourgeoisie und ihrer Agenten zustande. Auch die Spaltungsarbeit der tschechoslowakischen Amsterdamer fiel mit einer starken wirtschaftlichen Depression und dem Angriff der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse zusammen. Je schwerer die Lage der Arbeiter in Deutschland wird, desto lauter schreien die Amsterdamer über die „linke Gefahr“.

Wir aber werden die Spaltung nicht zulassen, weil sie die Widerstandskraft der Arbeiterklasse schwächt. Dort, wo die Spaltung schon Tatsache geworden ist, wo entgegen unserem Wunsche parallele Organisationen geschaffen wurden, dort müssen die Kommunisten einen äußerst

ernsten und systematischen Kampf führen: gegen die Reformisten und gegen jene „Linken“, die das Heil der Arbeiterklasse genau so wie die Reformisten in der Spaltung der Gewerkschaften erblicken. Diese „Linken“ haben mit unserer revolutionär-marxistischen Bewegung nichts gemein. Die einheitliche Gewerkschaftsbewegung! so lautet unsere Parole.

Der Ausschluß von Kommunisten ist bereits zu einer normalen Erscheinung geworden. In Deutschland wird das System des Ausschlusses der besten Kommunisten angewandt. In der Tschechoslowakei hat der Allgemeine Gewerkschaftsrat beschlossen, den Verband der chemischen Industrie und der Holzarbeiter auszuschließen. Beide Verbände umfassen über 110 000 Mitglieder. In jedem Lande wird eine besondere Methode angewandt, um mit den Kommunisten fertig zu werden.

Nun ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten, die aus den Gewerkschaftsverbänden ausgeschlossenen Elemente auch nicht einen Augenblick zerstreut zu lassen. Es gibt unter den Kommunisten Genossen, die glauben, daß schon die Sammlung, das Zusammenführen der Ausgeschlossenen der Einheit der Gewerkschaftsbewegung widerspricht. Das ist eine unbedingt unrichtige und höchst schädliche Anschauung. Eine Organisation der Ausgeschlossenen ist ja nach den Kampfbedingungen möglich. Man muß auch im Auge behalten, daß es unter bestimmten Umständen möglich und zulässig ist, die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen an die Zentralleitung einzustellen. Selbstverständlich muß jeder Kommunist alles tun, um Ausschlüsse zu erschweren. Außerdem unterliegt es keinem Zweifel, daß jedes Land, entsprechend seinen Lokalverhältnissen, Hunderte von praktischen Mitteln des Protestes gegen Ausschlüsse finden wird.

Die Ungeduld vieler Kommunisten und oft auch ihre Ohnmacht, gegen die reformistischen Bürokraten zu kämpfen, hat die Theorie der Zerstörung der Gewerkschaften geboren. Wo wäre die K. I. heute, wenn sie sich auf den gleichen Standpunkt gestellt hätte. Der Kommunismus ist der bewußte Ausdruck für einen noch unbewußten historischen Prozeß. Aber die Arbeiterbewegung kann in ihrer Gesamtheit dadurch nur verlieren, daß die kommunistische Energie, die kommunistische Initiative von ihrem organischen Milieu isoliert werden. Und daraus ergibt sich die Parole der Kommunisten: Eroberung der Gewerkschaften!

Es gibt Länder, wo die Eroberung der Gewerkschaften als gleichbedeutend mit der Eroberung der führenden Posten erachtet wird. Die Eroberung dieser Posten bedeutet noch lange nicht die Eroberung der Massen. Unsere kommunistischen Zellen, unsere kommunistischen Gruppen bilden nur einen Übergangsmechanismus, der die K. P. mit den Gewerkschaften eng verbindet. Die Aufgabe der Kommunisten beruht jetzt darauf, ihre Propaganda mehr konkret zu gestalten, sie praktischer den Augenblicksumständen anzupassen und für jeden Fall aus den konkreten Bedürfnissen der Arbeiterschaft des betreffenden Landes, des betreffenden Industriezweiges allgemeine Schlüsse zu ziehen. Dazu ist neben einer lebendigen, organisierten methodischen Arbeit auch eine entsprechende Presse notwendig. Unseren Gewerkschaftsorganen wird leider von seiten der Komm. Parteien viel zu wenig

Aufmerksamkeit geschenkt. Die Gewerkschaftsbewegung nimmt eine verhältnismäßig sehr kleine Stelle in der Parteipresse ein. Die liquidatorischen Tendenzen gegenüber der Profintern haben in ihrem Wesen auch die Liquidation der Komintern zum Inhalt gehabt. Denn was bedeutet in Wirklichkeit die Liquidation der Profintern? Sie bedeutet eine Absage an die Sammlung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in einem internationalen Zentrum, was bedeutet, daß man in internationalem Maßstabe die revolutionären Elemente der Gewerkschaftsbewegung zerstreut und unvereint lassen will. Die K. I. hat die Aufgabe der Führung und der Vereinigung der kommunistischen Bewegung aller Länder erfüllt, und zwar sehr gut erfüllt. Die Profintern hat aber zur Aufgabe die Vereinigung nicht nur von Kommunisten, sondern die Vereinigung der gesamten revolutionären Gewerkschaftsbewegung in all ihren mannigfachen Formen, in ihrer ganzen Vielgestaltigkeit.

Die erweiterte Exekutiv-Sitzung hat den liquidatorischen Stimmungen ein Ende gemacht. Die Stärkung der Profintern bedeutet gleichzeitig auch eine Stärkung der Komintern. Kein organisierter Riß, keine Spaltung, keine Zerstückelung der Gewerkschaftsverbände, keine Zertrümmerung, sondern ideologische Eroberung dieser proletarischen Organisationen und ihre Vereinigung auf der Basis des revolutionären Programms und der revolutionären Taktik! Und bald wird der Tag nahen, an dem alle Formationen der Arbeiterbewegung sich zu einem einzigen Block zusammenschließen werden und an dem unsere herrliche kommunistische Fahne über allen Arbeiterorganisationen wehen wird. (Starker Beifall.)

CLARK (England): Im Namen der K. P. Englands erkläre ich mich mit der Resolution, die in der Frage des Verhältnisses der Komintern zur Profintern diesem Kongreß vorgelegt werden wird, vollkommen einverstanden.

Ich glaube, es besteht ein gewisses Mißverständnis. Die englischen Gewerkschaften sind nicht als individuelle Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale angeschlossen, sondern kollektiv. Seit 30 Jahren besteht in England das System der Werkstätten-Vertrauensmänner. Aber in der Zeit, als die Arbeiterschaft diese Institution gerade am notwendigsten brauchte, wurde sie durch gesetzliche Maßregeln vollständig gelähmt. Der englischen Partei ist der Vorwurf gemacht worden, daß sie in der Betriebsrätefrage nicht aktiv genug sei. Darauf möchte ich erwidern, daß heute 35 % der Arbeiterschaft, in erster Linie die Maschinisten, auf der Straße liegen und gerade diese 35 % waren der aktivste Teil der Arbeiterschaft. Es ist ganz natürlich, daß unter diesen Umständen die Betriebsräte nicht funktionieren können. Wir bemühen uns aber, diese Bewegung wieder in Fluß zu bringen. Wir sind heute noch nicht stark genug, den Amsterdamern die Spitze zu bieten, obwohl ich annehme, daß ungefähr 20 % der organisierten Arbeiterschaft auf unserer Seite stehen. Die Labour Party beherrscht vollständig die gewerkschaftliche Bewegung in den lokalen Organisationen und durch einen Beschluß hat sie festgelegt, daß Kommunisten nicht als Delegierte in diesen lokalen Körperschaften fungieren können.

LANSING (Amerika): Trotz des so hoch entwickelten Kapitalismus der Vereinigten Staaten sind die Arbeiterorganisationen in diesem

Lande am rückständigsten, obwohl die amerikanische Arbeiterschaft sehr revolutionär ist. Ungeachtet des reaktionären Charakters der amerikanischen Gewerkschaften sind sie von der kapitalistischen Offensive nicht verschont geblieben. Der amerikanische Kapitalismus hat seine Offensive auch gegen sie gerichtet und sich ihre Zerstörung zum Ziele gesetzt. Die Zahl der organisierten Arbeiter ist auf 4 Millionen zusammengeschmolzen bei einer Bevölkerung von 110 Millionen, von denen wenigstens 36 Millionen Lohnarbeiter sind.

Eine Wendung trat erst im vorigen Jahre ein, als die Arbeiter zum erstenmal den Versuch unternahmen, der Offensive des Kapitals Widerstand entgegenzusetzen. Die letzten Streiks der Bergarbeiter und Eisenbahner bieten ein Beispiel dafür. Heute sind Tausende und Abertausende von Arbeitern über den wahren demokratischen Charakter der Regierung aufgeklärt. Für uns besteht jetzt die Notwendigkeit, eine breite linke Bewegung zu schaffen. Der beste Weg dazu ist die Schaffung einer offenen, legalen Partei in Amerika, um die wir die Massen scharen können.

Bei der Rückständigkeit der amerikanischen Arbeiter müssen unsere Parolen die elementarsten sein. Der Kampf gegen Gompers macht gute Fortschritte. Wir können voraussehen, daß die Gompersverbände mit der Zeit dieselben Methoden anwenden werden wie die Amsterdamer: sie werden zu Ausschlüssen schreiten. Als Gegenmaßnahme halte ich es für einen Fehler, wenn wir in Amerika besondere revolutionäre Gewerkschaften bilden. Diese Taktik mag in manchen westeuropäischen Ländern notwendig sein. In Amerika dagegen müssen wir darauf bestehen, daß die eventuell Ausgeschlossen unbedingt ihre Wiederaufnahme in die Massenorganisationen verlangen, um dort ihre revolutionäre Tätigkeit fortzusetzen. Viele von uns haben die Notwendigkeit, in den Massenorganisationen zu arbeiten, noch nicht eingesehen. Es scheint mir fast, als ob sie sich fürchteten, durch den Kontakt mit den Massen ihren Kommunismus zu verlieren. Meine Meinung ist, daß gerade die Massenorganisationen der einzige Platz sind, wo wir zeigen können, ob wir Kommunisten sind oder nicht.

SIEBZEHNTE SITZUNG

AM 20. NOVEMBER 1922, ABENDS.

Vorsitz: Carr.

Redner: Heckert, Lauridan, Tasca, Hertha Sturm, Garden, Pavlik, Vercik, Kucher, Rosmer, Orchan.

HECKERT (Deutschland): Die Politik der Zellenbildung ist innerhalb der K. I. auch nach dem 3. Weltkongreß schwer angegriffen worden. Es gab bei uns eine Gruppe von Genossen, die erklärte, die Zellen seien schlecht, und es entwickelten sich um diese Gruppe herum liquidatorische Tendenzen. Wir haben die Leute, die gegen die Profintern waren, aus der Organisation hinausgeworfen und einen entschiedenen Kampf innerhalb der K.P.D. geführt, um mit allen revolu-

tionären Schichten zu einem Einverständnis zu kommen. Natürlich sind bei diesem Kampf oft Späne geflogen. Aber es geht doch nicht an, daß man die Opposition innerhalb der Partei gegen die sogenannten revolutionären Verbände so mit einigen Worten abtut, wie es Gen. Losowski getan hat. Wir müssen die Schuld auf beide Seiten verteilen, damit wir uns ein gerechtes Urteil bilden können. In der Union haben wir uns darauf verlassen, da sind Kommunisten, die werden schon die Arbeit machen. Unsere unionistischen Genossen kämpften gegen die Fraktionsbildung und unsere Parteigenossen ließen die Dinge gehen, und so ist es zu solchen heftigen Differenzen mit der Union gekommen. Glücklicherweise ist es auf dem Unionkongreß Anfang Oktober gelungen, ein Einverständnis herbeizuführen.

Die französische Partei hätte auf ihrem Parteitag in Marseille die Möglichkeit gehabt, die Führung zu erobern, wenn sie den Rat befolgt hätte, den wir ihr gegeben haben, nämlich ein Programm aufzustellen, um alle revolutionären Kräfte zusammenzufassen. Aber die K.P.F. hat es nicht getan. In Zukunft muß der ganze Einfluß der K. I. auf die Führung der Partei und der C.G.T.U. ausgeübt werden, daß sie zusammenarbeiten.

In der Tschechoslowakei sind ebensolche Strömungen vorhanden gewesen; vor allem waren es die der Partei angeschlossenen linken Gewerkschaftsführer, die sich dagegen stemmten. Manche Genossen haben ganz offen ausgesprochen: wozu Fraktionen, das bringt nur Stänkereien; wenn in der Gewerkschaft ein Kommunist steht, ist schon alles gut. Hätten die tschechischen Genossen schon vor einem Jahre Fraktionen gebildet, dann würden die Tayerle nicht solche Positionen haben wie heute.

Noch ein Wort über die Verhältnisse in Deutschland. Wir wollen nicht behaupten, daß jeder unserer Schritte, die wir getan haben, um die Gewerkschaften zu erobern, ein guter Schritt war. Aber wenn Gen. Losowski davon sprach, daß in der Landarbeiterorganisation Zehntausende ausgetreten seien, ohne daß sich die Partei um sie gekümmert hätte, so sind es andere Ursachen, als Gen. Losowski sie schildert hat. Wir haben schon einmal, 1919, versucht, an die Landarbeiter heranzukommen, und es entstand bei uns ein sogenannter kommunistischer Landarbeiterverband. Wir haben aber damit einen schmachvollen Zusammenbruch erlitten. Jetzt stehen unsere Genossen vor der Wahl: sollen sie diese Arbeitermasse wieder zu einer kommunistischen Organisation zusammenfassen, oder sollen wir nicht zurückschrecken vor der Tatsache, daß, wenn wir dazu übergehen, den Verband zu spalten, den Amsterdamer Gelegenheit gegeben wird, über die „Spaltungsarbeit“ der Kommunisten zu zetern. Ich will nicht bestreiten, daß es besser gewesen wäre, in manchen Fällen vielleicht ein wenig aktiver zu sein, aber, bei dem ungeheuren Mangel an Kräften und dem nach Zehntausenden zählenden Apparat der Amsterdamer ist es schwer zu manövrieren. Ich glaube im Namen unserer Partei versichern zu können, daß es uns möglich sein wird, in den nächsten Monaten besser zu arbeiten, weil unsere Partei jetzt von dem Vertrauen immer breiter werdender Schichten des Proletariats getragen wird.

In Deutschland ist es wohl möglich, mit den Bauarbeitern gut zu operieren. Wir können, wenn wir einen ganzen Ort haben, dem

Unternehmertum, das noch nicht vertraut ist, die Stirn bieten, während bei den Eisenbahnern z. B. die Dinge ganz anders liegen. Und so, wie die Unterschiede zwischen den Bauarbeitern und den Eisenbahnern uns verschiedene Taktiken aufnötigen, so ist es auch in den anderen Organisationen. Man kann kein allgemeines Rezept aufstellen.

Am Schluß meiner Ausführungen bitte ich erstens zu beschließen, daß alle kommunistischen Parteien verpflichtet sind, mit ganzem Ernste an die Bildung von Fraktionen zu gehen und die Beschlüsse des 2. und 3. Weltkongresses in diesem Jahre durchzuführen, zweitens für jede Fraktion und, wenn notwendig, auch für die verschiedenen Industriegruppen, in diesen Fraktionen Aktionsprogramme aufzustellen und drittens zu untersagen, daß verschiedene revolutionäre Organisationen, in denen unsere Genosse arbeiten, sich gegenseitig bekämpfen zum Gaudium unserer Gegner. (Beifall.)

LAURIDAN (Frankreich): Die ganze französische Delegation von der Rechten bis zur äußersten Linken erklärt sich mit dem Thesenentwurf zur Gewerkschaftsfrage, der vom Gen. Losowski unterbreitet wurde, einverstanden, namentlich über den Paragraphen über die Zusammenarbeit zwischen der Partei und Gewerkschaft.

Ich kann nicht umhin, die Tätigkeit der K. P. in den Gewerkschaften einer strengen Kritik zu unterziehen. Ich will Ihnen einige Beispiele anführen. Während des großen Streiks von Le Havre hat das Zentralorgan der Partei „L'Humanité“ sein bestes getan, um den Streik zu unterstützen und ganz Frankreich über die Bedeutung des Streiks aufzuklären. Was aber hat die Partei getan? Sie hat keine Delegierten nach Le Havre geschickt, sie hat gesagt, wir haben kein Recht, uns in den Streik einzumischen. Nur die Jugendlichen haben sich den Teufel um die Partei geschert und haben, als die Gendarmen in die Streikenden schossen, Handzettel und Broschüren unter den Soldaten verteilt.

Ich komme zu dem 24stündigen Proteststreik, der auf den Streik von Le Havre folgte. Dieser Streik war das Werk der Anarchisten und reinen Syndikalisten in der C.G.T.U. Er wurde zu früh proklamiert, war taktisch falsch, und trotzdem Kommunisten im Vorstand saßen, entwickelte er sich über die Köpfe dieser Kommunisten hinaus zum Generalstreik. Wir erhielten die Streikordre in Lille um 11 Uhr und sagten uns sofort, daß wir alles tun müssen, um die Streikparole durchzuführen, trotzdem sie unserer Meinung nach falsch war. In einem Tage gelang es uns, das ganze Departement zu mobilisieren. Was tat die Partei damals? Die „Humanité“ machte sich zum Sprachrohr der Anarchisten und verbreitete ihre Parolen.

Als während des S.-R.-Prozesses die gesamte bürgerliche und angebliche Arbeiterpresse über unsere Partei Verleumdungen verbreitete, verhielt sich unsere Partei und ihre Zeitungen passiv. (Zwischenruf aus dem franz. Zentrum: Das ist unwahr!) Ich will gern zugeben, daß jeder einzelne Genosse von Euch in den Versammlungen Sowjetrußland verteidigte. Ich frage aber, was hat die Partei kollektiv getan? (Cachin: Wir haben in der Presse jeden Tag das Moskauer Tribunal verteidigt. Ich habe im Parlament eine Rede gegen die S.-R. gehalten und der Generalsekretär der Partei hat in seinem Anklageplaidoyer sein

bestes getan.) Ich wiederhole meine Frage: Was hat die Partei kollektiv getan?

Als sich auf dem Kongreß in Paris die C.G.T. spaltete, waren die anarchistischen und syndikalistischen Elemente sehr aktiv. Sie veranstalteten fast täglich Fraktionsbesprechungen und einigten sich über die einzuschlagende Taktik. Unsere Partei hat damals nicht ein einziges Mal die Kommunisten zusammengefaßt. In St. Etienne hat Frossard endlich die Kommunisten zu einer Fraktionssitzung einberufen, als ihm das von Moskau aufgetragen wurde. Und was geschah schließlich in St. Etienne? Auch dort war die Aktivität der Kommunisten nicht organisiert. Überall wurden antikommunistische Flugblätter verteilt und sogar ein Brief des Abgeordneten Lafont, der direkt als antikommunistisch bezeichnet werden muß.

Niemand in der französischen Partei, nicht einmal die Linken, haben heute das richtige Verhältnis zu den Gewerkschaften. Ich hoffe aber, daß die wahrhaft kommunistischen Elemente in der Partei und in den Gewerkschaften sich zusammenschließen werden, damit aus der Partei der Politikaster eine wahre kommunistische Partei werde, daß die 80 000 Kommunisten nicht mehr darauf verzichten, in den Gewerkschaften auf die 300 000 organisierten Arbeiter Einfluß auszuüben. Es muß möglich sein, daß die 80 000 Kommunisten die 300 000 Organisierten beeinflussen und ihre Ideen in der Gewerkschaft durchsetzen. (Lebhafter Beifall.)

HERTHA STURM (Frauensekretariat der K. I.): Die Arbeiterinnen stellen eine der wichtigsten sozial rückständigen Schichten dar, die vom Kapitalismus gegen die Interessen der übrigen Arbeiterschaft ausgespielt wurde und wird. In den Ländern Europas stellen die Arbeiterinnen 30—45 % der Erwerbstätigen, in den jungen kapitalistischen Ländern, wie Korea und Japan, sogar über die Hälfte. Diese Massen müssen mobilisiert werden, nicht nur im eigenen Interesse, sondern im Interesse der Gesamtarbeiterschaft. Die Offensive des Kapitals geht auf der Linie des geringsten Widerstandes zunächst gegen die Arbeiterinnen vor. Das zeigt sich sowohl beim Kampf um den Achtstundentag, wie in den Fragen des Arbeiterinnen- und Arbeiterschutzes, der Lohnfragen usw.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat kein Interesse daran gehabt, die Arbeiterinnen zu mobilisieren. Aber auch die kommunistischen Parteien haben auf diesem Gebiete bisher versagt. Die zahlenmäßige Schwäche der kommunistischen Parteien zeigt sich verschärft in ihrem weiblichen Mitgliederbestand, der günstigenfalls 20 % (Tschechoslowakei), in Italien nicht einmal 2 %, im Durchschnitt etwa 10 % beträgt. Ideologisch ist die Notwendigkeit der kommunistischen Zellenbildung noch nicht in allen kommunistischen Parteien durchgedrungen. Noch weniger ist die Notwendigkeit der Mobilisierung der Arbeiterinnen in den Gewerkschaften verstanden worden, ganz zu schweigen von ihrer Durchführung.

Hierzu gehört zweierlei: erstens muß beim Aufbau der kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften für planmäßige Eingliederung aller kommunistischen Gewerkschaftlerinnen gesorgt werden. Ferner muß die Zentralstelle jeder K. P., die die Gewerkschaftsarbeit leitet,

in enge Verbindung mit den entsprechenden zentralen Frauenkomitees treten.

Die Aussichten für die Mobilisierung der Arbeiterinnen sind günstig. Ein Anzeichen dafür ist die Betriebsrätebewegung in Deutschland, wo nicht unbedeutliche Massen unorganisierter Arbeiterinnen und Hausfrauen spontan, ohne und zum Teil gegen die Führung der Gewerkschaften und Sozialdemokraten die Initiative zum Kampf ergriffen haben.

TASCA (Italien): Ich kann Ihnen im Namen der gesamten italienischen Delegation mitteilen, daß die K. P. Italiens schon seit der Spaltung in Livorno die Wichtigkeit der Arbeit in den Gewerkschaften erkannt hat. Wir haben in allen Gewerkschaften unsere Zellen organisiert. Wir sind gegen die Spaltung, weil wir alle Kräfte der Arbeiter zum Kampf zusammenhalten wollen. Natürlich birgt jede Arbeit in den Gewerkschaften die Gefahr einer Spaltung in sich. Trotzdem müssen wir darauf bestehen, daß von unseren Genossen in den Gewerkschaften weitergearbeitet wird.

Es können natürlich Situationen eintreten, daß wir mit den syndikalistischen und anarchistischen Elementen in den Gewerkschaften gegen die Reformisten gemeinsam vorgehen müssen. In solchen Augenblicken dürfen wir aber keinesfalls unser klares kommunistisches Programm aufgeben.

Punkt 20 der Thesen hat bei uns Bedenken erweckt. Da heißt es, daß man, um die Reformisten in den Gewerkschaften zu bekämpfen, mit den Anarchisten und Syndikalisten ein gemeinsames Aktionsprogramm aufstellen soll. Wenn das auf die Verhältnisse in Frankreich zutrifft, so ist das immerhin noch kein Grund, es in die allgemeinen Thesen aufzunehmen. In den Thesen soll auch das Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Partei klar präzisiert werden. Das ist, wie Gen. Losowski sagt, eine Frage der Kraft. Was die Frage der Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei betrifft, so meine ich, daß wir vorsichtig arbeiten und uns der Mentalität des letzten Arbeiters anpassen müssen. Die Kommunisten dürfen niemals den Boden verlieren. Sie müssen stets auf der Erde bleiben, d. h. den Kontakt mit den Massen behalten. Erst dann werden wir die Gewerkschaften erobern können.

GARDEN (Australien): Im Namen der australischen Parteiorganisation kann ich erklären, daß wir mit den von Gen. Losowski aufgestellten Thesen vollkommen einverstanden sind.

Wir haben in Australien in der K. P. nicht ganz tausend Mitglieder. Und dennoch sind wir in der Lage, etwa 400 000 Arbeiter zu beeinflussen. Wir haben in jeder Gewerkschaft, in jeder Fabrik, in jedem Betrieb Zellen organisiert. Aus diesen Zellen kommen allwöchentlich einmal Vertrauensleute zusammen, um über die Probleme zu diskutieren, und die Entschlüsse werden unter die breiten Massen gebracht. Die Gewerkschaften in Neu-Südwalles werden auf diese Weise vollkommen von uns kontrolliert. Es ist uns gelungen, die Mitglieder der I.W.W. in Australien für den konzentrierten Kampf in den Gewerkschaften zu gewinnen. Durch unseren Druck haben wir unsere Aufnahme in die Labour Party erzwungen, die uns zuerst abgelehnt

hatte. Wir stellen die Losung auf: Hände weg von unserem Lohn und von unserer Arbeitszeit. Es ist uns tatsächlich gelungen, die uns bedrohende Offensive des Kapitals abzuwehren.

Die Anfänge der Taktik der Spaltung seitens der Gewerkschaftsbürokratie liegen bei uns schon einige Jahre zurück. Wir haben einen energischen Kampf dagegen aufgenommen. Auf Grund der Losung der „White Ant“ (weiße Ameise), d. h. unermüdlige, emsige Arbeit zu leisten, traten wir für den Zusammenschluß der Gewerkschaftsbewegung ein. Dadurch ist es uns gelungen, eine große Anzahl von Gewerkschaftsverbänden zu Industrieverbänden zusammenzuschließen.

PAVLIK (Tschechoslowakei): Ich muß mich mit dem Exposé des Gen. Losowski unzufrieden erklären. Was soll man mit den aus den Amsterdamer Verbänden Ausgeschlossenen machen? In welche Verbände sollen diese Ausgeschlossenen aufgenommen werden? Wir wollen nicht die Spaltung, denn wir stehen auf dem Boden der Einheitsfront. Aber die Spaltung läßt sich nicht vermeiden. Sobald einige Genossen in den einzelnen Ortsgruppen ihrer revolutionären Gesinnung Ausdruck geben. Gen. Heckert hat gemeint, Tayerle (der Zentralsekretär der reformistischen Gewerkschaften) würde keine solche Macht besitzen, wenn wir in der Tschechoslowakei kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften hätten. Es ist gerade umgekehrt. Wir haben noch viele Tausende Arbeiter in den reformistischen Gewerkschaften, die wir nicht herausnehmen, weil wir die Einheitsfront nicht zerstören wollen.

Es muß ein Verband geschaffen werden, dem alle ausgeschlossenen Gruppen einverleibt werden. Außerdem sollen alle revolutionären Verbände, die sich mit uns solidarisch erklärt haben, aufgenommen werden. Wenn wir das nicht tun, liegt die Gefahr vor, daß die große Masse der Arbeiter in Indifferentismus verfällt.

VERCIK (Tschechoslowakei): Gen. Losowski hat uns heute nicht klar den Weg gezeigt, den wir weiter verfolgen müssen. In Frankreich und in der Tschechoslowakei haben die Reformisten die Spaltung bereits provoziert, und ich bin der Meinung, daß es auch in Deutschland nicht anders kommen wird. Bei der jetzigen Wirtschaftskrise liegt es im Interesse der gelben Gewerkschaften, durch Ausschlüsse von Gruppen den Verband zu entlasten. Die Tschechoslowakei hat drei große Gewerkschaftsverbände: einen tschechischen mit 800 000, einen deutschen mit 350 000 und einen national-sozialistischen mit 200 000 Mitgliedern. Sowohl der tschechische, wie auch der deutsche Verband sind der Amsterdamer Internationale angeschlossen, aber an eine Vereinigung der beiden ist nicht nur aus nationalistischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu denken. Die deutsche Gewerkschaftskommission verhindert es, daß die Arbeiterschaft eine Einheitsfront gegen die sich bekämpfende deutsche und tschechische Bourgeoisie bilde.

In der Tschechoslowakei werden jetzt Lohnreduktionen von 30 bis 40 % durchgeführt. Die Gewerkschaftsorganisationen sind kampfunfähig. Die Partei hat keine festen Richtlinien in der Gewerkschaftstaktik; die Autorität wird durch fortwährende Disziplinbrüche untergraben. So hat der Landarbeiterverband, der in kommunistischen Händen ist, den letzten Gewerkschaftskongreß nicht beschickt, obwohl

der Obmann Bolenn einem Mitglied der Opposition das Versprechen dazu abgab. Dadurch gelang es den Amsterdamern, die Mehrheit auf dem Kongreß zu erringen.

Es handelt sich jetzt für uns darum, einen neuen Typ der Gewerkschaftsorganisation einzuführen nach dem Muster der One Big-Union, einen Verband für sämtliche Berufe. Die Verhältnisse sind bei uns soweit gediehen, daß wir die Bewegung nicht mehr lokalisieren können. Wenn wir unseren Arbeitern zumuten, länger in den reformistischen Gewerkschaften zu bleiben, so wird es ein großes Mißtrauen gegen uns erzeugen.

KUCHER (Amerika): Die unabhängigen Gewerkschaften Amerikas umfassen schon jetzt 400 000 Mitglieder. Man sagt, daß wir uns an die Losung: An die Massen! halten sollen und die Massen sollen angeblich in der Federation of Labour erfaßt sein. Das trifft aber nicht zu. In Amerika haben wir 36 Millionen Arbeiter, die Federation erfaßt nur 4 Millionen. Unter der Losung: An die Massen, kann man also nur die unorganisierten Arbeiter verstehen. 42 Millionen unorganisierte Arbeiter, — das wäre ein sehr dankbares Wirkungsfeld für die Kommunisten, und die unabhängigen Gewerkschaften könnten ausgezeichnete Dienste leisten. Man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß die Partei noch klein ist und ein Mißverhältnis zwischen der Mitgliederzahl der Partei und der der Gewerkschaften besteht. Die Federation of Labour ist vollkommen unfähig; sie wird immer eine Organisation Gompers bleiben. Die Hauptaufgabe besteht in der Erfassung der unorganisierten Arbeiter, und deshalb bin ich gegen die Liquidierung der unabhängigen Gewerkschaften.

ROSMER (Frankreich): Die Situation in Frankreich können wir folgendermaßen darstellen: Gegenüber der K. P., die keinen Einfluß in den Gewerkschaften hat, existiert die C.G.T.U., die die Massen wirklich erfaßt und eine proletarische Politik führt. Die Partei akzeptiert die Thesen der K. I., und alles bleibt beim Alten; dagegen führt die C.G.T.U. alle kommunistischen Aktionen durch. Gewiß bestehen zwischen der Partei und der C.G.T.U. theoretische Differenzen. Aber wir müssen zugeben, daß die C.G.T.U. alle ökonomischen Kämpfe geführt hat, und die Partei hat sie in diesen Kämpfen bedingungslos unterstützt.

Es ist eine Übertreibung, wenn man sagt, daß die C.G.T.U. sich der Partei unterordnen soll. Richtig ist es umgekehrt, bisher hat sich die Partei der C.G.T.U. untergeordnet. Die Arbeit beginnt erst in Frankreich. Wir müssen dort erst eine wirkliche kommunistische Partei schaffen. Ich bitte den Gen. Tasca und die anderen, ihren Protest gegen den § 20 aufzugeben. Wir versichern Ihnen, daß wir in Frankreich die Thesen der K. I. über das Verhältnis zwischen der Partei und den Gewerkschaften richtig anwenden werden.

ORCHAN (Türkei) spricht im Namen der Angora- und der Konstantinopeler Delegation der Türkischen Kommunistischen Partei. Er macht die Mitteilung, daß die Angoraregierung die Verfolgungen der Kommunisten fortsetzt. In den letzten Tagen sind 200 Kommunisten verhaftet worden unter der Anklage des Hochverrats; man beschuldigt sie, Spionage im Interesse Sowjetrußlands betrieben zu haben. Un-

geachtet dessen, daß die Angora-Regierung eine Regierung des Volksbetruges und der Reaktion ist, haben die Kommunisten die Regierung in ihrem Kampfe gegen den Imperialismus im Sinne der Beschlüsse des 2. Kongresses unterstützt, weil der Imperialismus die größere Gefahr darstellt. Am Vorabend der Lausanner Konferenz will nun die Regierung die Sympathie der Weltbourgeoisie durch die Verfolgung der Kommunisten erobern.

Redner verliest einen *Protest gegen die barbarischen Verfolgungen der revolutionären Kämpfer in der Türkei*. Der Protest wird einstimmig angenommen.

ACHTZEHNTE SITZUNG

AM 21. NOVEMBER 1922. VORMITTAGS.

Vorsitz: Neurath.

Redner: Losowski, Bucharin, Sinowjew, Béron, Münzenberg.

LOSOWSKI (Schlußwort): Die Debatte, die sich nach meinem Referat entwickelt hat, zeigt mir, daß unsere Meinungsverschiedenheiten sich nur auf die Form und die Methoden der Arbeit in den Gewerkschaften erstrecken. Dem Gen. Heckert möchte ich sagen: die K.P.D. hat nicht immer gegenüber der Union der Kopf- und Handarbeiter eine gute Taktik verfolgt. Die Union ist doch eine mächtige Organisation, die über 100 000 Bergarbeiter im Ruhrbecken erfaßt. Diese Arbeiter sind nicht alle Kommunisten, aber sie sind willens zu kämpfen. In den Reihen der Union herrscht eine theoretische Konfusion und die 29 000 Kommunisten, die Mitglieder der Union sind, führen auch eine ziemlich konfuse theoretische Linie.

Was die Frage der Organisation der Landarbeiter anbelangt, so meint Gen. Heckert, daß die Organisation der Landarbeiter die Spaltung in der Gewerkschaft hervorgerufen hätte. Aber ich meine, daß wir 200 000—300 000 Landarbeiter nicht ohne Organisation lassen dürfen. Das Unglück in Frankreich ist, daß die Partei sich nicht stark genug fühlt, um ihre Linie in der Gewerkschaft durchzuführen. Es ist eine Tatsache, daß die 2000 Anarchisten mehr Einfluß in den Gewerkschaften haben, als die 100 000 Kommunisten, weil sie besser organisiert sind und solidarischer wirken, während die Kommunisten zersplittert in der Aktion sind. Es ist sogar zu einem Pakt zwischen den Anarcho-Syndikalisten und einem Teil der Kommunisten gekommen und die Zentrale hat nichts dagegen getan. (Cachin: Damit hat sich ein eigenes Komitee befaßt, an dessen Spitze ein Linker stand.) Wenn dem so ist, dann trifft die Zentrale jedenfalls der Vorwurf, daß sie nicht eingegriffen hat.

Was ist unser Ziel in den Gewerkschaften? Wir wollen die Gewerkschaften kommunistisch machen. Das können wir erreichen, wenn wir den Kommunismus unter den Arbeitern propagieren. In Frankreich

bildet sich die Partei auf zwei Wegen: einesteils in den Gewerkschaften, andernteils außerhalb der Gewerkschaften, das ist die eigentliche K.P. Die Linien dieser beiden Elemente sind aber nicht parallel, sie laufen konvergierend und müssen sich schließlich schneiden. Solange das nicht geschehen ist, müssen wir eine Politik verfolgen, daß die Kristallisation der K.P. parallel geht mit der Kristallisation der kommunistischen Elemente in den Gewerkschaften. Das bezweckt der § 20, der eben ausspricht, was ist und den Weg zur Besserung zeigt.

Freilich meine ich nicht, daß wir unbedingt die Spaltung propagieren müssen. Wir müssen uns nach den Verhältnissen in den einzelnen Ländern richten. In Italien haben wir die Mehrheit gegen uns. Unsere Genossen schlagen dort Resolutionen vor, in denen sie sich mit der Roten Gewerkschaftsinternationale solidarisch erklären. In anderen Ländern sind wir manchmal zu schüchtern aufgetreten. In Norwegen haben wir z. B. 80 % der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder auf unserer Seite und nur 20 % gegen uns. Diese 20 % drohen uns mit der Spaltung, wenn sie die Gewerkschaften der Profintern anschließen. Es ist vollkommen falsch, wenn unsere norwegischen Genossen sich dadurch terrorisieren lassen.

In den internationalen Verbänden wollen wir auch die Spaltung womöglich vermeiden. Im Gegenteil, wir streben immer danach, unsere roten Verbände in die internationalen Gewerkschaftsverbände hineinzubringen. Unsere russischen und bulgarischen Verbände haben diese Taktik eingeschlagen, sind aber von den Reformisten stets abgewiesen worden.

Was die *Betriebsräte* betrifft, kann man jetzt noch keine allgemeine Taktik aufstellen. Die Betriebsrätebewegung in Deutschland ist rein politisch. In anderen Ländern wird sie vielleicht anders sein.

In der Tschechoslowakei haben unsere Genossen eine falsche Taktik eingeschlagen. Dort war die Entwicklung dieselbe wie in Frankreich. Wir wurden immer stärker in den Gewerkschaften, bis wir ausgeschlossen wurden. Wir hätten auf dem letzten Gewerkschaftskongreß die Mehrheit erobern können, aber die tschechischen Kommunisten waren nicht diszipliniert. Gen. Bolenn, der hier sitzt, erklärte, daß sein Verband den Reformisten keine Beiträge mehr zahlen wolle, so daß sein Verband zu dem Gewerkschaftskongreß nicht zugelassen wurde. Die 70 000 Mitglieder des Landarbeiterverbandes hätten den Ausschlag gegeben und uns die Mehrheit auf dem Kongreß gesichert. Jetzt propagieren unsere Genossen in der Tschechoslowakei die Idee des Einheitsverbandes, trotzdem die Moskauer Exekutive der Profintern sie vor diesem Unternehmen als verfrüht gewarnt hat.

Die K. I. ist jetzt schon eine große Macht, und wenn wir in manchen Ländern scharf vorgehen, so geschieht es deshalb, weil wir unsere Taktik sobald als möglich international gestalten wollen. Wir wollen, daß der kommunistische Einfluß in allen Gewerkschaften der Welt immer stärker wird. Der internationale Gedanke muß über die verschiedenen internationalen Traditionen siegen. Durch gegenseitige Kritik, kollektive Arbeit und kollektive Verbesserung unserer Tätigkeit werden wir der K.I. die Möglichkeit geben, den Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen. (Beifall.)

Zur endgültigen Redigierung der Gewerkschaftsthesen wird eine Kommission gewählt. Der Kongreß geht zum Punkt der Tagesordnung „Das Programm der K.I. und ihrer einzelnen Parteien“ über.

Bucharin verliest im Namen der russischen Delegation folgende

ERKLÄRUNG:

Angesichts dessen, daß der Streit darüber, welche Formulierung den Übergangsforderungen gegeben werden soll und in welchem Teile des Programms sie untergebracht werden sollen, vollkommen unrichtig den Anschein eines prinzipiellen Gegensatzes erweckt hat, bestätigt die russische Delegation einstimmig, daß die Aufstellung der Übergangsforderungen in den Programmen der nationalen Sektionen und ihre allgemeine Formulierung und theoretische Begründung in dem allgemeinen Teil des Programms nicht als Opportunismus aufgefaßt werden können.

Vertretung der russischen Delegation:

Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek, Bucharin.

SINOWJEW: unterbreitet den Vorschlag des Präsidiums des 4. Kongresses zur Programmfrage: 1. Alle Programmwürfe werden der Exekutive der K.I. oder einer von ihr bestimmten Kommission überwiesen; 2. die nationalen Sektionen, die noch keine Programme haben, sind verpflichtet, sofort an ihre Ausarbeitung zu gehen; 3. in den Programmen der nationalen Sektionen muß die Notwendigkeit des Kampfes für die Übergangsforderungen klar und entschieden begründet werden; 4. die theoretische Grundlage für alle Übergangs- und Teilforderungen muß bestimmt gegeben werden im allgemeinen Programm; 5. im allgemeinen Programm müssen die grundlegenden historischen Typen der Übergangsforderungen der nationalen Sektionen klar ausgedrückt werden.

Nach einer Pause von 20 Minuten werden die Verhandlungen zum Programm wieder aufgenommen.

BERON verliest die Erklärung der italienischen Partei, daß sie für eine Vertagung der Programmfrage stimme, es jedoch vorgezogen hätte, wenn das Programm der K.I. auf diesem Kongreß erörtert und angenommen worden wäre.

Der Kongreß schreitet zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

DIE ARBEITERHILFE.

MÜNZENBERG erstattet Bericht über die durchgeführte Hungerhilfsaktion und über die aktuellen Fragen der Wirtschaftshilfe.

Durch die letzte Hungerkatastrophe, von der etwa 40 Millionen Menschen unmittelbar bedroht waren, sind etwa 3 Millionen Menschen infolge Hungers gestorben. Wenn die Katastrophe für heute als bezwungen gelten kann, so müssen wir feststellen, daß dies nicht durch die ausländische Hungerhilfe geschehen ist, sondern nur durch die Kraft Sowjetrußlands selbst. Die gesamten bürgerlichen Hilfsaktionen haben nur den sechsten Teil dessen geleistet, was Rußland für die

Hungernden getan hat. Die Hungerkatastrophe hat die Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt in einem Maße ausgelöst, wie sie bisher noch niemals vorgekommen ist. Die Hungershilfsaktion umfaßt sämtliche Länder Europas und darüber hinaus Amerika, Afrika, wie überhaupt alle Länder der Welt, wo eine Agitation für die Hungernden entfaltet werden konnte.

Es steht fest, daß fast sämtliche kommunistischen Parteien und Gruppen sich in weitgehendstem Maße dieser Hungerhilfe angeschlossen haben. Aber es gab Genossen, wie z. B. in Deutschland, die in der Aktion lediglich eine philanthropische Almosentätigkeit erblickten. Das Schwergewicht der Aktion liegt aber vielmehr auf der politischen Seite. Eine Aufgabe dabei war ferner die Auseinandersetzung mit der 2. und 2½. Internationale und den sie begleitenden Gesellschaften. Diese sahen sich gezwungen, offiziell für die Hungernden einzutreten. Aber nach und nach gingen sie ganz offen dazu über, die Hungersnot ganz brutal gegen Sowjetrußland auszunutzen. Hierbei ist das Wort des deutschen Sozialdemokraten Wels nicht zu vergessen, der von dem „Rückweg über den Kanibalismus zum Kapitalismus“ sprach. Auf diesen Ton waren monatelang die Blätter der Sozialdemokratie aller Westländer gestimmt.

Die bürgerlichen Hungershilfsaktionen haben bei ihrer Arbeit keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um für sich Propaganda zu treiben und gleichzeitig Propaganda gegen Sowjetrußland zu entfalten.

Die K.I. versuchte ursprünglich in der Frage der Hungershilfsaktion eine Einheitsfront zustandezubringen. Der einzige Erfolg waren zwei Konferenzen mit Vertretern der 2. und 2½. Internationale in Berlin. Zu positiven Beschlüssen ist es hierbei im internationalen Maßstabe nicht gekommen. Nachdem sich der Plan dieser Einheitsfront aber als möglich erwiesen hatte, hat die K.I. versucht, selbständig möglichst breite Massen für die Hungershilfsaktion zu gewinnen, was ihr auch zu einem großen Teil gelungen ist. Die materiellen Resultate waren unerwartet gut. Wenn man die Schwäche der Arbeiterschaft infolge Arbeitslosigkeit und Teuerung berücksichtigt, so ist die Gesamtsumme von 2½ Millionen Dollar sehr hoch zu nennen. Die Amsterdamer, die insgesamt für die Hungernden 1 400 000 Gulden aufbrachten, müssen an dem Erfolg unseres kleinen Komitees in Holland ersehen, daß allein in Holland eine halbe Million holländischer Gulden durch uns aufgebracht werden konnte, d. h. etwa ein Drittel dessen, was die Amsterdamer insgesamt geleistet hat.

Was die Hilfsaktion der K.I. von allen Aktionen bürgerlicher und philanthropischer Gesellschaften von vornherein unterschied, war die Tatsache, daß wir von Anfang an die Hungerhilfe mit dem Wiederaufbau des zerstörten Wirtschaftslebens zu verbinden suchten.

Die Wirtschaftshilfe fing schon im Herbst 1919 und im Frühling 1920 an, als amerikanische, schwedische, norwegische und deutsche Arbeitergruppen nach Rußland auswanderten und dort mit viel Idealismus und wenig Geschick versuchten, die russische Wirtschaft aufzubauen. In Deutschland hat eine ganze Anzahl von Betrieben Maschinen gestiftet. In Italien gedenken die Genossenschaften, 100 000 Hektar Land zu bearbeiten; in der Tschechoslowakei bilden

sich Vereine und Gruppen, die mit Werkzeugen und ein wenig Kapital nach Rußland auswandern wollen. In Amerika haben wir das Komitee der Freunde Sowjetrußlands, das heute schon wirtschaftliche Hilfe leistet.

Ich glaube, es ist Pflicht der K.I., zu diesen Erscheinungen Stellung zu nehmen. Als Kommunisten haben wir keine Ursache, die großen Wirtschaftskrisen in den bürgerlichen Ländern durch eine Massenabwanderung der Arbeitslosen nach Sowjetrußland zu mildern. Ganz anders ist es, wenn für bestimmte Fabriken besonders ausgebildete Spezialarbeiter gesucht werden, die in Rußland nicht zu finden sind.

Es gibt Genossen, die in der Wirtschaftshilfe Gefahr opportunistischer Kleinbürgerei sehen und wirtschaftliche Experimente befürchten. Aber das ist noch lange kein Argument, um diese Taktik nicht durchzuführen, wenn sie möglichst nützlich und wertvoll ist.

Die Frage, die wir hier auf dem Kongreß stellen, ist nur die: hat das Weltproletariat, hat die K.I. nur den politischen Kampf, um heute Sowjetrußland zu unterstützen und seinen Wiederaufbau zu fördern? Hat das Weltproletariat nur seine politische Macht, um Sowjetrußland zu unterstützen? Ich sage: Nein. Es hat noch ein Minimum von wirtschaftlicher Kraft und diese soll durch diese wirtschaftliche Hilfsaktion mobilisiert und zugunsten Sowjetrußlands in die Wagschale geworfen werden.

Darüber besteht kein Zweifel, daß die Sammlungen, wie sie bisher geführt wurden, absolut abgebrochen werden müssen. Es werden andere Mittel nötig sein, um das Minimum der finanziellen Kraft für Sowjetrußland zu mobilisieren.

Ein Einwand gegen die Aktion ist, daß sie die beste Genossen wegnehme. Das ist nicht wahr. In Parteien, wie z. B. in der K.P.D. mit ihren 200 000 Mitgliedern, sind nicht lauter politisch aktive Leute. Man sagt ferner: der politische Charakter der Partei wird getrübt werden. Aber gerade die wirtschaftliche Hilfsaktion gibt 100 Anknüpfungspunkte für politische Tätigkeit. Zum Schluß das Hauptargument: Was kommt dabei heraus? In der Hungershilfskampagne hat das Proletariat direkt oder indirekt 5 Millionen Dollar aufgebracht; das sind 10 Millionen Goldrubel. Genossen, erinnern Sie sich, daß Gen. Lenin sagte, der größte Erfolg der letztjährigen Wirtschaftspolitik besteht darin, daß wir 20 Millionen Goldrubel erspart haben für den Wiederaufbau der Schwerindustrie. Die Arbeiterhilfe besitzt heute schon in Sowjetrußland eine Anzahl von Unternehmen: Fischereien, Bücher-, Schuhfabriken usw. Es hat Zeiten gegeben, wo 30 000 Arbeiter bei der Arbeiterhilfe tätig waren. Wir haben jetzt 1 Million-Dollar-Anleihe ausgegeben, um dadurch neues Geld für unsere Unternehmungen in Rußland zu gewinnen. Nicht nur Arbeiterkreise, nicht nur Kommunisten, sondern weite bürgerliche Kreise zeichnen diese Anleihe. Die Deutsche Bank in Berlin und die Brüsseler Staatsbank haben ebenfalls Obligationen der Arbeiterhilfe gezeichnet.

Aber die rein materielle Seite dieser Anleihe spielt eine sekundäre Rolle. Die Hauptbedeutung der Wirtschaftshilfe liegt darin, daß wir dauernd die Möglichkeit haben, die breitesten, primitivdenkenden Massen für kommunistische Propaganda zugänglich zu machen. Diese

Aktion wird jedenfalls übermorgen, wenn Deutschland oder Frankreich die Revolution macht, überflüssig und dumm sein, aber, bei der jetzigen weltpolitischen Lage und den Verhältnissen Rußlands kann die wirtschaftliche Hilfsaktion eine nützliche Ergänzungsaktion zur politischen Aktion sein und die beste Hilfe für Sowjetrußland bedeuten. (Lebhafter Beifall.)

NEUNZEHNTE SITZUNG

AM 24. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Carr.

Redner: van Ravesteyn, Roy, Katayama, Tahar, Boudengha, Béron.

Das Präsidium schlägt vor, zum Bericht des Gen. Münzenberg eine Kommission einzusetzen zur Abfassung der Resolution über die Hungerhilfe. Darauf geht der Kongreß zum nächsten Punkt der Tagesordnung über:

DIE ORIENTFRAGE.

Auf Vorschlag des Präsidiums soll die Redezeit der Referenten *Ravesteyn* und *Roy* auf je $\frac{3}{4}$ und die der Genossen *Katayama* und *Boudengha* auf je $\frac{1}{2}$ Stunde beschränkt werden. Nach einer kurzen Diskussion wird dieser Vorschlag angenommen.

VAN RAVESTEYN (Holland): Es gibt vielleicht kein treffenderes Beispiel als die orientalische Frage zur Demonstration der kulturvernichtenden und vernichtenden Wirkungen des Imperialismus überhaupt. Die orientalische Frage ist seit einem Jahrhundert die Frage nach der Zukunft des ehemaligen türkischen Reiches; zu gleicher Zeit ist sie die Frage, in welche Lage die Länder und Völker kommen würden, die den Übergang von Südeuropa nach Asien bilden.

Vor einem Jahrhundert, am Anfang des 19. Jahrhunderts, konnte Napoleon noch mit einem gewissen Rechte die Behauptung aufstellen: Wer Konstantinopel beherrscht, beherrscht auch die Welt. In diesem Weltringen hatte England gesiegt. Eine neue Phase fängt mit dem Jahre 1822, mit dem Aufstand der damaligen griechischen Bevölkerung in der Umgebung des Ägäischen Meeres an. Vom Jahre 1840 ab wird die orientalische Frage vor allem auch eine russische. In der russischen Forderung der freien Durchfahrt durch die Meerengen lag, welt-historisch betrachtet, der Konflikt mit dem Britischen Reiche. Der Konflikt kam im 19. Jahrhundert nach dem Krimkriege nicht mehr zum Ausdruck. Sobald aber der deutsche Machtfaktor in diesem gewaltigen Kräftepiel verschwunden war, mußte der russisch-britische Gegensatz wieder in voller Kraft hervortreten. Und jetzt ist das russische Interesse, das Interesse an der wirklichen Freiheit der Meerengen geworden. Und dieses Interesse des proletarischen Rußland fällt zusammen mit den Interessen des Proletariats der westlichen Länder. Unsere unvergleichliche Vorkämpferin und Theoretikerin Rosa Luxemburg hat in ihrem größten und besten theoretischen Werke den Beweis geliefert, daß

der Prozeß der Akkumulation des Kapitals nicht stattfinden kann, ohne eine nichtkapitalistische Umgebung, auf die er destruktiv wirkt. Die Geschichte des ganzen Ottomanischen Reiches ist eines der klarsten historischen Beispiele dafür.

Die Folgen des Zusammenbruches des Ottomanischen Reiches sind ferner nur zu begreifen, wenn man die ethnographischen und historischen Umstände der Balkanhalbinsel berücksichtigt. Es ist nicht zufällig, daß, sowohl im Altertum wie in der neuen Geschichte, der Balkan mit Anatolien politisch ein Ganzes darstellte. Ein anderer Faktor war die orthodoxe Kirche. Das Kreuz ist im Orient so sehr bloß ein Symbol des Krieges geworden, daß es schwierig wird, über das othodoxe Christentum anders als in negativen Formen zu sprechen.

Die Aera der imperialistischen Kriege wird für das Ottomanische Reich definitiv durch das italienisch-tripolitanische Abenteuer im Jahre 1911 eröffnet. Dem türkisch-italienischen Krieg folgte der sogenannte Krieg der Bundesgenossen, der eigentliche Balkankrieg als unmittelbare Folge. Dieser Krieg hat die Gegensätze verschärft, den Nationalismus zu einem wahren Paroxysmus gesteigert und alle Völker des Balkans dem Imperialismus und der hohen Finanz noch mehr untergeordnet. Das galt in gleichem Maße für die asiatische Türkei, wie für den europäischen Teil des Ottomanischen Reiches. Die Dette Ottomane hat sich zu einem völlig unabhängigen Staatswesen im türkischen Staatskörper entwickelt. Es braucht wohl kaum wiederholt zu werden, daß, solange die Türkei sich dieser Schuldklaverei nicht entzieht, wie Rußland es getan hat, sie sich nicht wirklich vom Joch des europäischen Imperialismus befreien kann. Jetzt, 8 Jahre nach Beginn des Weltbrandes, ist die Lage potenziell nicht anders als im Jahre 1913. Wiederum hat das Kriegselos gesprochen. Die Türken, die nach dem Worte des englischen Premiers Asquith für ewig aus dem Paradiese verbannt werden sollten, sind wieder zurück. Griechenland ist durch den neuen Krieg gegen die Türken, den seine Bourgeoisie ihm aufgezwungen, jetzt zum zweitenmal an den Abgrund gebracht. Die Balkankriege versetzten Griechenland in eine Lage, die in vieler Hinsicht trauriger war, als die Anfangsjahre des 19. Jahrhunderts. Wie dem türkischen, so kann auch dem griechischen Volke nur eins helfen: eine gewaltige Erhebung gegen die Imperialisten des Westens und ihre Helfershelfer im Lande selbst. Die Lage des Königreichs der Serben, das sich ironischerweise „Königreich der Serben, Horwaten und Kroaten“ nennt, ist um kein Haar besser als die Griechenlands. 1911 war es der italienische Imperialismus, der in seiner Jugendblüte den ersten Angriff tat. Mittlerweile hat sich aus den Ruinen des vorkriegerischen Imperialismus drohend und gewappnet eine neue Macht erhoben: der Fascismus; und Herr Mussolini sagte bereits: Haben wir einmal Italien, so fängt die Expansion an.

Das Wiederaufstehen der Türkei mußte wohl einem Wunder gleichen in den Augen Westeuropas. Was die anatolischen Bauern auf militärischem Gebiete in diesen 11 Jahren zustandegebracht haben, ist unglaublich. Tief ist der Eindruck, den die türkischen Siege auf weitblickende Beobachter gemacht haben. Größer noch ist der Wiederhall im ganzen Islam. Wenn es nicht schwer fällt für die beschwich-

tigende Rolle, die das militaristische und imperialistische Frankreich des Herrn Poincaré in der jüngsten Orientkrise gespielt hat, triftige Gründe zu finden, so läßt sich die Rolle, die England seit dem Aufmarsch der Türken unter der Regie des Herrn Lloyd George gespielt hat, viel schwerer begreifen. Ein Teil der großen imperialistischen Presse in England hatte für die Wiederbelebung der Türkei, die sich im September der ganzen Welt offenbarte, ein einfaches Zaubermittel, einen wahren Fund aus den arabischen Nachterzählungen: Die Hand von Moskau! Ein anderer, etwas weiterblickender Teil der kapitalistischen Presse hat Herrn Lloyd George als denjenigen bezeichnet, der er wirklich war, als Kriegserwecker und Kriegshetzer, genau so wie er es während des Weltkrieges war. Einige bürgerliche Politiker sind auch zu dem Schluß gekommen, daß die türkische Politik Lloyd Georges vom Standpunkt des Britischen Weltreiches eine geradezu unsinnige, ja frevelhafte ist.

Felsenfest steht die Tatsache, daß dem Britischen Reiche die Politik Lloyd Georges im Nahen Orient und der neuen Türkei gegenüber eine furchtbare Niederlage bereitet hat. Diese Niederlage wurde offenbar in dem Moment, wo die Konferenz zu Mudania die Rückkehr der Türken in Thrazien und die türkische Herrschaft über die Meerengen zur Folge hatte.

Die Freiheit der Meerengen ist, wenn die Türkei wieder einmal im völligen Besitz der beiden Ufer ist, nichts als eine Lösung ohne Inhalt. Selbst unter Garantie des Völkerbundes hätte diese Formel doch bloß Bedeutung in Friedenszeiten. Kemal nannte als weitere Friedensbedingungen: 1. Abschaffung der Kapitulation, die er mit Recht einen Einbruch in die Unabhängigkeit der Türkei nannte; 2. Übergabe der griechischen Flotte, die sonst die anatolische Küste bedrohen könnte; 3. Schadenersatz für die durch die Griechen angerichteten Verwüstungen.

Über die Bedeutung dieser Forderungen lohnt es sich wohl kaum, jetzt noch viel zu sagen; bloß eines vermessen wir; die Abschaffung der Dette Ottoman. Will das türkische Volk wirklich frei werden, dann muß es diese Forderungen durchsetzen.

Einige Provinzen sind jetzt vom bürgerlichen Staatskörper losgelöst und die Beute des westlichen Imperialismus geworden. In Palästina sind die beiden herrschenden Elemente, die Juden und die Araber, gleichermaßen unzufrieden. Die englische Herrschaft ist nicht imstande gewesen, auch nur einigermaßen eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den Nationalitäten im neuen Palästina zustandezubringen. Im Irak ist die Lage womöglich noch verwickelter und für den englischen Imperialismus ungünstiger. Die Besetzung Mesopotamiens bedeutet für England strategisch und politisch eine Schwächung. Die Selbstverwaltung führt unmittelbar, genau wie im Fall Ägyptens, zum Streben, die verhaßte englische Oberherrschaft zu vernichten. Britannien nimmt dann auf sich, Irak die Zulassung zum Völkerbunde zu sichern, wodurch das britische Mandat automatisch aufhören würde.

Wenn die arabischen Stämme und die Araber im allgemeinen sich in den nächsten Jahren der englischen Bevormundung entziehen würden,

wäre die ganze strategische Brücke, an der England 200 Jahre gebaut hat, zum Einsturz gebracht.

Die Interessen des Weltproletariats und die der orientalischen Völker gehen parallel dahin, daß diese Oberherrschaft zu Fall kommt.

Diese ganze Welt des Nahen Ostens, von den Grenzen Belutschistans bis zum Mittelmeer, ist vom britischen imperialistischen Standpunkt nichts, als unermessliches Glacis der Festung Indien.

Noch 1918—1919 war der britische Imperialismus auf dieser ganzen gewaltigen Fläche in der Offensive. Seit der Zeit ist es mit dem britischen Imperialismus schnell bergab gegangen. Und jetzt, nach vier Jahren, hat das stolze britische Weltreich vor einer islamitischen Macht, die es bereits zerschmettert zu haben glaubte, die Segel streichen müssen.

Die Bewegung, die Revolution, die den Nahen Orient und den ganzen Orient ergriffen hat und die ihm die völlige politische Selbständigkeit bringen wird, ist unwiderstehlich. Eine gewaltige Bewegung geht seit einigen Jahrzehnten durch die islamitische Welt, die denn auch nur zeitweilig die nationalen und die Rassenunterschiede überbrückt. Das ist die panislamitische Bewegung. Der Weltkrieg wurde von den großen Massen der Muselmanen begrüßt als eine verdiente Nemesis für westliche Begierde. Und Herr Stoddard, einer der jüngsten Historiker des Islams, behauptet, daß, wenn der große Krieg nicht sofort durch eine gewaltige islamitische Aufstandsbewegung fortgesetzt würde, dies bloß der Tatsache zu verdanken sei, daß die islamitischen Führer die Zeit für einen solchen Aufstand noch nicht gekommen glaubten. Der Islam ist der kapitalistischen Welt gegenüber das Band, das alle Islamiten vereinigt. Der Islam ist mehr als ein Glaube; er ist ein komplettes gesellschaftliches System, er ist eine Zivilisation mit eigener Philosophie, Kultur, Kunst, und in seinem jahrhundertlangen Ringen mit der rivalisierenden Kultur des Christentums ist er ein organisches Gesetz geworden, das seiner selbst bewußt ist.

Herr Stoddard kommt in Übereinstimmung mit den bekanntesten Islamgelehrten zu folgendem Schluß: Das Verhältnis zwischen dem westlichen Kapitalismus und der Welt des Islams ist das zwischen einer kapitalistischen Welt, die erschöpft und gleichsam unterminiert ist durch eine allzu große Anstrengung, die übrigens tief zerklüftet ist und den Feind im eigenen Busen hat: das revolutionäre Proletariat, und einer islamitischen Welt, die in jeglicher Hinsicht auf religiösem, kulturellem, politischem und wirtschaftlichem Gebiete sich erhebt aus der Tiefe des Zerfalls, in dem sie im 19. Jahrhundert versunken war. Dieses Verhältnis ist jetzt wieder so gespannt wie in den Zeiten der Kreuzzüge.

Alle Beobachter, die noch vor kurzem in Ägypten waren, stimmen darin überein, daß die ägyptischen Massen sich in offener Revolte gegenüber dem englischen Kapitalismus und dem Scheinkonstitutionalismus befinden, den England dort unter dem Schutze der britischen Bajonette eingeführt hat. Was Mesopotamien anbelangt, so kann man ruhig sagen, daß die ganze Herrschaft Englands in den Randgebieten Arabiens von der Stimmung der Beduinen-Scheiks im freien Arabien abhängt. Der Panislamismus jedoch verfügt über Politiker, wie das Haupt der Senuseer, deren geistiger Einfluß unter Millionen von Mu-

selmanen noch immer zunimmt. Diese geistigen Oberhäupter des Islams wollen den günstigen Augenblick abwarten und dann werden sie zum Schlage ausholen.

In diesem welthistorischen Ringen ist es Pflicht des revolutionären Proletariats, diesem Ringen seine volle Aufmerksamkeit, sowie moralische und politische Unterstützung zu gewähren. Die islamitischen Völker haben es in ihrer Macht, die Brücke zu vernichten, die den britischen Imperialismus stützt. Stürzt diese Brücke, dann bricht auch dieser Imperialismus zusammen, und der Widerhall dieses Sturzes wird in der ganzen islamitischen Welt so mächtig sein, daß auch das französische Imperium diesen Sturz nicht überlebt.

Das internationale Proletariat begrüßt also das Streben der islamitischen Völker nach völliger ökonomischer, finanzieller und politischer Befreiung von der Herrschaft der Imperialistischen Staaten, das die Wurzel der Herrschaft des europäischen Kapitals bedroht.

ROY (Indien): Der 2. Kongreß der K.I. hat die allgemeinen Richtlinien für den nationalen Befreiungskampf in den kolonialen und halb-kolonialen Ländern festgelegt. Seither hat die Bewegung eine weitere Entwicklung durchgemacht, und wir sind heute imstande, mit größerem Verständnis die Lage in den Kolonialländern zu beurteilen. Der 2. Kongreß stellte fest, daß diese nationalistische Bewegung grundsätzlich ein revolutionärer Kampf, ein Teil der Weltrevolution sei. Daher sollten die kommunistischen Parteien alles tun, um diese Bewegung zu unterstützen. Die Tendenz war damals, alle kolonialen Völker, weil sie ökonomisch und politisch rückständig waren, nach einem Schema zu behandeln. Heute wissen wir, daß das nicht richtig ist. Bei den kolonialen Völkern müssen wir drei Gruppen unterscheiden. Die erste Gruppe, die schon einen gewissen Grad der kapitalistischen Entwicklung erreicht hat, umfaßt die Länder, wo es schon eine Bourgeoisie mit entwickeltem Klassenbewußtsein gibt. Natürlich besteht dort ein Proletariat, das sich immer mehr zum Klassenbewußtsein durchringt und bereits wirtschaftliche Kämpfe führt; zweitens eine Gruppe, wo der Kapitalismus noch nicht so weit ist, wo der Feudalismus noch das Rückgrad der Gesellschaft bildet; und als dritte Gruppe jene Länder, wo noch die primitivsten Zustände herrschen.

Es wäre ein Fehler, für alle diese drei Gruppen eine einheitliche Taktik vorzuschlagen.

Seit der Zeit des 2. Kongresses haben sich die Verhältnisse geklärt. Im selben Verhältnis, wie die sozialen Gegensätze sich schärfer ausgeprägt haben, sehen wir, daß viele Elemente aus der Bewegung ausscheiden. Die eingeborenen Kapitalisten sind vor den Möglichkeiten der revolutionären Entwicklung zurückgeschreckt, da sie sich noch nicht stark genug fühlen, um den Platz der fremden Kapitalisten zu übernehmen. In den Ländern, wo der Feudalismus noch die Führung hat, ist es zu einem ähnlichen Kompromiß gekommen, zwischen dem imperialistischen Kapitalismus und den kolonialen-feudalen Lords, obwohl diese Interessen sich nicht so leicht vereinigen lassen.

Die Bourgeoisie in den östlichen Ländern führt den Kampf nicht nur gegen den Feudalismus, sie führt ihn auch gegen den imperialistischen Kapitalismus. Es ist der Kampf eines weniger entwickelten

Kapitalismus gegen den höher entwickelten Kapitalismus. Wir stehen vor der Aufgabe, die Führung jenen, die die revolutionäre Bewegung so lange geführt haben, zu entwinden. Dort, wo der Kapitalismus bereits eine gewisse Entwicklung durchgemacht hat, gelingt uns das auch. Wir finden dort eine proletarische Klasse und eine große Masse landloser Bauern, die in den Kampf gezogen werden. Auch in den feudalen Gebieten finden wir die Entwicklung einer agrarischen Bewegung. Deswegen entwickelt sich der Kampf nach zwei Fronten: gegen den fremden Imperialismus und gegen die oberen Eingeborenen-schichten. Unsere Aufgabe ist es, den Gegensatz, der zwischen diesen beiden Elementen besteht, für unsere revolutionären Zwecke auszunutzen.

Heute haben wir in fast allen Kolonialländern *kommunistische Parteien*. Sie sind zwar noch nicht kommunistische Parteien im westlichen Sinne des Wortes, aber ihre Existenz beweist die Notwendigkeit einer Partei, die die Interessen der Massen der Arbeiter und Bauern ausdrückt im Gegensatz zu der Richtung, die bisher nur den wirtschaftlichen Wünschen der Bourgeoisie Ausdruck gegeben hat. Die geschichtliche Rolle dieser kommunistischen Parteien wird immer offener. Es ist klar, daß der revolutionäre nationale Freiheitskampf unter der Führung der Bourgeoisie nicht erfolgreich durchgeführt werden kann. Deshalb ist es notwendig, daß die kommunistischen Parteien, die heute nur einen Kern darstellen, die Führung ergreifen. Sie allein werden imstande sein, den Kampf erfolgreich zu führen und die Übernahme der Führung durch sie wird den Todesstoß für den Kapitalismus bedeuten. Die Notwendigkeit, kommunistische Parteien in diesen Ländern zu organisieren, bringt uns zu dem Problem des Programmes für diese Parteien. Bevor wir aber dieses Programm festlegen, wäre es notwendig, daß die verschiedenen Sektionen der Kommunistischen Internationale die Kolonialfrage auf das Eingehendste studieren.

Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben gezeigt, daß es nicht immer gut wäre, mit der eingeborenen Bourgeoisie zusammenzuarbeiten. Wir müssen unseren eigenen Apparat haben, durch den wir die bürgerliche revolutionäre Bewegung für unsere Zwecke ausnutzen. Das führt uns zu der Frage der antiimperialistischen Einheitsfront in den Kolonien. Wir müssen unsere kommunistischen Parteien ausbauen, damit wir die Führerschaft in dieser Einheitsfront übernehmen können.

KATAYAMA (Japan): Der japanische Imperialismus stellt den stärksten Hemmschuh für die Revolutionierung der Arbeitermassen in Japan dar. Japan hatte bei 56 Millionen Einwohnern 1918 ein Gesamt-nationalvermögen von über 3 Billionen Yen. Der japanische Staat beschäftigt etwa 176 000 Arbeiter; im ganzen kann man in Japan über 7 Millionen Arbeiter und Angestellte rechnen. Im Jahre 1920 gab es in Japan bereits 830 Gewerkschaften mit etwa 269 000 Mitgliedern. Außerdem existierten um diese Zeit 685 Genossenschaften, die auf gegenseitiger Hilfe basierten, mit ungefähr 2 Millionen Mitgliedern.

Wir arbeiten für die Revolution überall, wo wir Gelegenheit dazu finden. Vor allem konzentriert sich unsere Arbeit auf die Gewerkschaften. Wir werden sehr schnell an Einfluß auf die breiten Massen

gewinnen können, denn in Japan haben wir nicht mit den Widerständen zu rechnen, die ein Henderson und ein Gompers in anderen Ländern aufgetürmt haben. Ein Beispiel der sehr schnell fortschreitenden Aufklärung der Arbeitermassen: Vor zehn Jahren wurde von einem Universitätsprofessor eine Gewerkschaft (die Yuikai-Japan) mit patriarchalischem Charakter gegründet. Bald sahen aber die Arbeiter ein, daß sie kämpfen müssen und die Organisation, die bei ihrer alten Tendenz 10 000 Mitglieder hatte, ist heute auf eine Stärke von 120 000 Mitgliedern angewachsen.

Dadurch, daß wir gegen die auch bei uns auftauchenden syndikalistischen Tendenzen energisch eingeschritten sind, haben wir diese im Keime erstickt. Im Kampfe gegen den japanischen Imperialismus haben wir neben der Einheitsfronttaktik eine Verbindung mit Vertretern des Fernen Ostens hergestellt. Die japanischen, chinesischen und koreanischen Kommunisten gingen mit der Errichtung der Einheitsfront gegen den japanischen Imperialismus voran. Der japanische Imperialismus ist unter den japanischen Arbeitern stark unpopulär geworden. Die Imperialisten bereiten sich auf den nächsten Krieg vor. Aus diesem Grunde schlagen wir zusammen mit der chinesischen Delegation vor, daß der 4. Kongreß der K. I. eine Resolution gegen die Besetzung des nördlichen Teiles der Insel Sachalin durch die Japaner beschließen solle, um hiermit die japanischen revolutionären Arbeiter in ihrem Kampf für die sozialistische Revolution in Japan vorzubereiten.

VORSITZENDER verliest eine *Resolution*, die von der japanisch-chinesischen Delegation eingebracht worden ist. Sie wendet sich gegen den *Imperialismus* Japans und protestiert gegen die Besetzung der russischen Insel Sachalin.

BOUDENGHA (Tunis u. franz. Kolonien): In Nordafrika besteht eine große Bewegung der unzufriedenen Elemente, die unter dem ausländischen und inländischen Kapitalismus wie unter einem furchtbaren Militarismus zu leiden haben. In den Fabriken sind Keimzellen organisiert worden, und auf diese Weise ist es gelungen, die Stimmung der unterdrückten Arbeiter und Bauern auszunutzen. Die französische Partei bringt aber diesen Kämpfen nicht genügend Verständnis entgegen. Erst nach wiederholter Intervention ist es gelungen, die Unterstützung der französischen Partei zu erlangen. Es fehlt aber der K. P. F. jedes klare Kolonialprogramm; ich verweise auf die mangelhafte Erledigung dieser Frage auf dem Pariser Parteitag. Eine der wichtigsten Sektionen der K. P. in Algier leistet sogar direkt antikommunistische Arbeit. Zum Beweise dessen kann ich Ihnen die Thesen dieser Organisation vorlegen. Ich halte den Ausschluß dieser Genossen aus der Partei für unbedingt notwendig.

Es ist unbedingt notwendig, daß die französische Partei in ständiger Verbindung mit uns bleibt und daß ein Zentralorgan für Nordafrika geschaffen wird. Ferner sollte ein Vertreter Nordafrikas ständig bei der Komintern bleiben, damit unsere Politik auch im Sinne der Internationale geleitet wird. Die Kritik, die ich an der französischen Partei üben muß, trifft auch die englische Partei, die die Bewegung in Indien und Ägypten sehr vernachlässigt.

Zum Schluß möchte ich noch meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, daß wir in Nordafrika keine Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus durchmachen werden, sondern daß wir direkt von der feudalistischen Gesellschaft zur sozialistischen übergehen werden. (Beifall).

VORSITZENDER schlägt darauf dem Kongreß vor, ein Begrüßungstelegramm an den *Betriebsrätekongreß* abzuschicken, der in *Berlin* tagt. Das Telegramm wird verlesen und mit starkem Beifall vom Kongreß einstimmig beschlossen.

ZWANZIGSTE SITZUNG

AM DONNERSTAG, DEN 23. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Carr.

Redner: Carr, Webb, Lin-Yen-Chin, Chosni-el-arabi, Earsman, Safarow, Orchan, Nik-Bin, Radek, Bunting.

VORSITZENDER verliest einen Protest dagegen, „daß das Präsidium und der Kongreß, indem sie in letzter Minute die Sprechzeit herabgesetzt haben, der Frage des Orients und der Kolonien nicht die gebührende Achtung schenken.“ Der Protest ist unterzeichnet von: Japan, England, der Türkei, Angora, Polen, Belgien, Australien, Indien, Java, Ägypten, Persien, Tunis und Mexiko. Der Vorsitzende bittet, auf die Knappheit der Zeit Rücksicht zu nehmen und sich tunlichst auf die eingeräumte Redezeit zu beschränken.

WEBB (England) bringt die 21 Punkte in Zusammenhang mit der Orientfrage. Der Punkt 8 der 21 Punkte lautet wie folgt: „In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Parteien in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitz von Kolonien ist und andere Nationen unterdrückt. Jede Partei, die der K. I. anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die „Kniffe“ ihrer Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Einheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.“

Seit diesem Beschluß des II. Kongresses haben wir einen Aufschwung der nationalen revolutionären Bewegung in Ägypten, Persien, Mesopotamien und der Türkei erlebt. Mit Recht hat Genosse Lenin darauf hingewiesen, daß man sich mit der einfachen programmatischen Anerkennung der Notwendigkeit einer Verbindung mit diesen revolutionären nationalistischen Bewegungen und den Kolonien nicht begnügen darf. Wir müssen unser Möglichstes tun, um alle Elemente, die ver-

suchen würden, aus der K. I. eine Internationale des kommunistischen Imperialismus zu machen, — ähnlich wie nach einem Ausdruck des Gen. Trotzki die II. Internationale und die deutsche Sozialdemokratie sich zu einem sozialistischen Imperialismus entwickelt hatte — von der K. I. fernzuhalten. In einer der letzten Nummern des „Fortnightly Review“ finden wir einen Artikel, in dem ausgeführt wird, daß die Bolschewiki sich die türkischen nationalen Aspirationen zunutze machen, um die westliche Zivilisation an ihrer schwächsten Stelle anzugreifen. Der Artikel schließt damit, daß die Alliierten der Welt beweisen müßten, daß Kemal Pascha nicht mehr eine Schachfigur Sowjetrußlands sei. Das beweist, daß die Bourgeoisie sich der Gefahren einer Umbildung der revolutionären nationalen Bewegung in eine gegen sie gerichtete revolutionäre proletarische Bewegung wohl bewußt ist.

LIN-YEN-YHIN gibt eine Übersicht über die gegenwärtige Lage in China. Der Sturz der Südlichen Regierung unter Sun-Yen-Sen bedeutet das absolute Mißlingen des militärischen Planes für die Revolution. Die Kuomintang-Partei, die nationalrevolutionäre Partei in China, hoffte seit Jahren, durch Eroberung der Provinzen die Demokratie in China einzuführen; sie führte keine Massenpropaganda und organisierte die Massen nicht. Dieser Plan schien zuerst ausführbar zu sein, aber der Sturz der Südlichen Regierung beweist, daß eine erfolgreiche Revolution sich nicht auf militärische Mittel allein verlassen darf. Diese Methode ist in China erledigt.

Im Norden wurde in den Monaten April und Mai ein Bürgerkrieg zwischen den feudalen Militaristen geführt, der mit dem Sieg der proamerikanischen Gruppe der militaristischen Fraktion unter Wu-Pei-Fu endete. Die Nördliche Regierung hatte sich seit fünf Jahren unter japanischem Einfluß befunden. Die Eroberung der Macht durch Wu-Pei-Fu wird zeigen, daß Wu-Pei-Fu das chinesische politische Problem nicht zu lösen vermag. Dies wird die Massen enttäuschen und sie gegen den amerikanischen Imperialismus aufbringen, was ihre Radikalisierung bedeutet.

Die Arbeiterbewegung hat im letzten Jahre große Fortschritte gemacht. Anfang d. J. hatten wir den Streik der Seeleute in Hongkong, der fünfzig Tage dauerte, zuerst sich auf ökonomische Forderungen beschränkte, aber bald zu einem nationalen Faktor gegen den englischen Imperialismus wurde. Der Streik wuchs zu einem Generalstreik gegen den britischen Imperialismus an und verbreitete sich nach dem Norden. Wir hatten ferner den Streik auf der Peking-Mugden-Eisenbahn, sowie andere Streiks in den Eisen- und Stahlwerken in Hongkong, in der Textil- und Tabakindustrie in Schanghai und in den Bergwerken. Die Kommunistische Partei macht gute Fortschritte; man kann ihren Einfluß unter den Massen verfolgen.

Die K. P. Chinas hatte sich entschlossen, eine *Einheitsfront* mit der nationalrevolutionären Partei Kuomintang zu errichten. Zu diesem Zweck treten wir unter unserem Namen als Einzelne der Partei bei. Dadurch können wir unter den vielen organisierten Arbeitern Propaganda treiben und sie für uns gewinnen und ferner den Imperialismus erfolgreich bekämpfen, indem wir die Kräfte des Kleinbürgertums und des Proletariats vereinigen. Wir beabsichtigen, uns mit dieser Partei

in einen Wettbewerb einzulassen. Wir werden die Massen um uns sammeln und die Kuomintang-Partei spalten.

CHOSNI-EL-ARABI (Ägypten, spricht arabisch, ins Englische übersetzt von Paul) überbringt die Botschaft von den Arbeitern und Fellachen Ägyptens und spricht von der Not der ägyptischen Arbeiter unter dem Joch des britischen Imperialismus. Ägypten ist reif für sozialistische Ideen. Die sozialistische Partei Ägyptens, die im August d. J. legal gegründet wurde, hat bereits 1000 Mitglieder in ihre Reihen aufgenommen. Die bewundernswerten Aufstände in den Jahren 1919 und 1920 haben die Macht des britischen Imperialismus erschüttert und den ägyptischen Kapitalisten eine gründliche Lehre erteilt. Durch diese Ereignisse aufgeschreckt, gewährte die englische Regierung im Verein mit den ägyptischen Kapitalisten Ägypten seine Unabhängigkeit. Darauf haben die ägyptischen Kapitalisten eine Liberale Partei gebildet, um die neue Konstitution zu schützen. Die ägyptische sozialistische Partei begrüßte es freudig, daß der Feind sich nun offen zeigte. Der Kampf zwischen uns und der Liberalen Partei verspricht sehr heftig zu werden. Wir haben keine einzige schamlose Tat der Regierung vorübergehen lassen, ohne sie in der Presse aufzudecken. Wir gehen unter die Arbeiter und propagieren die sozialistischen Ideen und den Klassenkampf, mündlich sowohl wie durch Herausgabe von Flugschriften und Broschüren. Wir beabsichtigten, die bevorstehenden Wahlen zum ersten ägyptischen Parlament auszunutzen und werden unser äußerstes tun, damit einige Genossen die Arbeiterschaft in der neuen Körperschaft vertreten.

Ägypten ist hauptsächlich ein Agrarland; unsere Partei erörtert energisch das Agrarproblem und hofft, in der nahen Zukunft ein Agrarprogramm aufzustellen. Die Industriearbeiter sind in 100 Gewerkschaften organisiert. Seitdem die Partei legal wurde, hat sie zwei Gewerkschaften organisiert und der Roten Gewerkschaftsinternationale drei bestehende Gewerkschaften zugeführt mit insgesamt 2750 Arbeitern. Wir hoffen jedoch, dieser Zahl soviel Nullen hinzufügen zu können, wie sie — nach Gen. Lenin — von dem neuen Rubel abgestrichen werden.

ERARSMAN (Australien) bespricht die Schwierigkeiten, die sich bei der Bildung und Entwicklung der revolutionären Bewegung in den Kolonien in den Weg stellen. Da ist die Furcht vor billigen farbigen Arbeitskräften unter den weißen Arbeitern. Es genügt nicht, zu sagen, daß die Arbeiter in Australien, den Vereinigten Staaten oder Kanada einfach reaktionär seien; man muß sie besser auflären. Zurzeit werden Tausende von farbigen Arbeitern unter den schlimmsten Verhältnissen von Indien und China nach den Zuckerfeldern in den Ländern im Süden des Stillen Ozeans gebracht. Noch ist es den Kapitalisten nicht gelungen, dieses System auch in Australien und Neuseeland einzuführen. Die Kommunistische Partei hat den Erfolg zu verzeichnen, daß auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongreß in Melbourne die Gewerkschaftsführer sich mit diesem Problem befaßten und zu ihm Stellung nahmen.

Alle, die sich mit der Frage des Stillen Ozeans auch nur vorübergehend beschäftigten, werden zugeben, daß dort die Gefahr eines neuen

Weltkrieges heraufsteigt. Deswegen ist es unsere Aufgabe, schon in den nächsten Monaten den Arbeitern die wahre Bedeutung der Parolen der Bourgeoisie über die „gelbe Gefahr“ zum Bewußtsein zu bringen.

Wir sehen ferner ein, daß auch die Gewerkschaften in Australien sich mit diesem Problem beschäftigen müssen. In Australien, wo 80 % aller Arbeiter organisiert sind, könnten wir durch die Gewerkschaften jeden farbigen Arbeiter, der in das Land kommt, zwingen, unseren Gewerkschaften beizutreten. Freilich weigerten sich die Gewerkschaften in der Vergangenheit, farbige Arbeiter aufzunehmen. Heute aber gibt es keine Berechtigung für eine solche Scheidungslinie und der Versuch der K. P., sie auszulöschen, war von Erfolg begleitet. Um die Situation zu konsolidieren, müssen wir sobald wie möglich die vorgeschlagene Konferenz einberufen, und zwar mit Unterstützung der K. I. Die Exekutive muß den kolonialen Problemen mehr Aufmerksamkeit zuwenden als bisher.

SAFAROW: Trotz der Beschlüsse des 2. Kongresses der K. I. haben die Kom. Parteien der imperialistischen Länder bisher wenig getan, um an die nationalen und kolonialen Fragen heranzugehen. Noch mehr: hinter der Flagge des Kommunismus verbergen sich oft Souveränitätsideen. So zum Beispiel spricht die Sektion von Sidi-Belabas in einem Aufruf davon, daß es Völker gibt, die noch nicht imstande sind, sich selbst zu regieren und daß die kommunistische Pflicht es gebietet, daß man diese nicht ihrem elenden Schicksal überlasse. Da heißt es: „Ist auch eine ägyptische Souveränität notwendig, so ist eine Souveränität von Menschenfressern nicht erwünscht.“ Es muß ein für allemal gesagt werden, daß die Vorkriegsanschauungen der II. Internationale in der III. Internationale keinen Platz haben, und deshalb protestieren wir gegen die Passivität, die der größte Teil des IV. Weltkongresses in dieser Frage bekundet. (Beifall).

Bis jetzt haben wir in unseren Blättern — abgesehen von einigen seltenen Ausnahmen — schöne Deklarationen über die Kolonialfrage gelesen, niemand sagt aber, was jetzt getan werden muß. Der ausländische Imperialismus in den Kolonien spielt jetzt dieselbe Rolle wie der Feudalismus gegenüber der Bourgeoisie im 18. und 19. Jahrhundert. Die koloniale und nationale Revolution ist in den rückständigen Ländern eine bürgerlich demokratische Revolution, zugleich ist die internationale Lage eine revolutionäre. So ist diese bürgerlich demokratische Bewegung in den rückständigen Ländern eine Unterstützung für unsere proletarische Bewegung; wir dürfen sie nicht gering schätzen. Unsere erste Aufgabe ist, alle Bestrebungen der kolonialrevolutionären Bewegung zu einer antiimperialistischen Einheitsfront zu vereinigen. Der Kampf gegen das feudale Agrarregime ist jetzt notwendig.

Zur Zeit des 2. Kongresses hatten wir in den Orientländern noch keine kommunistischen Parteien. Das erste Zeichen der Arbeiterbewegung machte sich in China 1920 beim Boykott der ausländischen Waren bemerkbar; in Indien begann sie sich erst 1919 zu entfalten. Die K. P. dieser Länder sind noch sehr schwach, aber die Bolschewiki-Partei war 1883 eine kleine Gruppe von fünf Mitgliedern; 40 Jahre später wurde sie zur Staatsmacht. In Indien haben wir 2 Millionen Arbeiter, die in den verschiedenen Gewerkschaften organisiert sind.

Bürgerliche Advokaten leiten die Bewegung. Wir sind überzeugt, daß der Zeitpunkt der Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei in Indien nahe ist.

Die chinesischen Gendarmen haben Angst vor Lenin. In einem Bericht des Führers der Pekinger Gendarmerie heißt es: Die Leninschen „perversen“ Ideen seien schädlicher als Überschwemmungen und wilde Tiere. (Heiterkeit.) Es ist notwendig, daß wir die Aufmerksamkeit aller Länder der Kolonialfrage zuwenden und daß wir die Arbeiterklasse dieser rückständigen Länder organisieren.

ORCHAN spricht über die Notwendigkeit der Einheitsfront gegen den Imperialismus. Wir müssen der Labour-Party vorschlagen, auf die Regierung in der Weise einen Druck auszuüben:

- a) daß sie auf der Lausanner Konferenz den Abschluß eines mit dem nationalen Pakt übereinstimmenden Friedensvertrages fordere;
- b) unverzügliche Räumung Konstantinopels und ganz Thraziens;
- c) Liquidierung der Meerengenfrage im Sinne des Russisch-Türkischen Vertrages;
- d) Möglichkeit der Veröffentlichung von Artikeln über diese Frage in den Arbeiterblättern;
- e) Räumung Syriens, Mesopotamiens und Palästinas. Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit sämtlicher Kolonien und Halbkolonien.

Wir erklären, daß ein von der K. P. der Türkei einberufener Kongreß aller unterdrückten Völker für die Weltrevolution von einer Wichtigkeit ersten Ranges sein wird. Wir fordern, daß der IV. Kongreß sämtliche Sektionen verpflichte, den Punkt 8 der 21 Bedingungen durchzuführen und sie dazu anhalte, den K. P. des Orients regelmäßig das ganze Material zu senden, das die Politik der Imperialisten zu entlarven vermag.

Die Vorbedingung des sicheren Sieges der jungen kommunistischen Parteien des Ostens ist ihr Einfluß auf die proletarischen und bäuerlichen Massen; deshalb müssen wir Losungen ausgeben, die die breiten Massen der Werktätigen zusammenschließen.

Die Aufgaben der jungen K. P. des Orients sind folgende:

1. Die nationalen Freiheitsparteien sind mit allen Mitteln zu unterstützen.
2. Es sind demokratischere Formen zugunsten der breiten werktätigen Massen zu fordern; diese Taktik wird der Partei die Sympathien aller werktätigen Klassen einbringen und aus der K. P. die große Partei des Volkes machen.

NIK-BIN (Persien) spricht von dem mangelnden Verständnis, das bisher die Ostfrage bei den kommunistischen Parteien der europäischen Westländer gefunden habe. Persien befinde sich jetzt in einem Übergangsstadium von der patriarchalischen Geschlechtsordnung zum Kapitalismus. Die Weltindustriekrise hat sich auch in Persien bemerkbar gemacht, insofern der persische Markt bis zu einem gewissen Grade von den Kapitalisten unausgenutzt geblieben ist. Die K. P. Persiens zählt gegenwärtig 1000 Mitglieder; ferner gibt es Gewerkschaften, die

in ganz Persien 15 000 Mitglieder zählen, von denen 12 000 allein auf Teheran entfallen. Die Gewerkschaften entstehen in ungeheurer Zahl, so daß die Partei nicht einmal alle Gewerkschaften restlos erfassen kann. Was die Presse betrifft, so haben wir in Teheran zwei Organe, die die populärsten Zeitungen ganz Persiens sind. Die bürgerlichen Parteien selbst streben einen Block mit uns an. Man kann sagen, daß die K. P. Persiens in nächster Zeit einen großen Erfolg haben wird.

Schlußwort des Gen. Radek zur Orientfrage.

Redner erinnert daran, wie die Crispian und Hilferding in Halle gespottet haben, daß wir den Mullahs von Chiva mehr Bedeutung beilegen als irgendeinem Industrieproletariat. Die Geschichte hat gezeigt, wie recht wir hatten. Der Versailler Frieden existiert trotz aller Proteste Hilferdings, aber die revolutionäre Bewegung der Türkei, der Kampf der türkischen Volksmassen, denen wir unsere Unterstützung versprochen haben, hat den Vertrag von Sèvres zerrissen. Jetzt kommen die Herren mit einem neuen Liede, zu dem der als Kommunist tote Paul Levi den Auftakt gibt: Siehe da, der Sieg Kemal Paschas ist ein Sieg Poincarés und Sowjetrußland hätte durch die Unterstützung Kemal Paschas auch Poincaré unterstützt. Die armen Schächer von der 2. und 2½ Internationale verstehen nicht, daß eben, weil die kapitalistischen Mächte versuchen, die Orientvölker zu einem Instrument des Kapitalismus zu machen, die internationale Arbeiterklasse verpflichtet ist, alles zu tun, um den Orientvölkern zu helfen, sich mit der Arbeiterbewegung zum Kampf gegen den Weltimperialismus zu vereinigen. Die Lausanner Konferenz wird ein Bild dessen sein, wie der erwachende Orient eine geeinte Front des Weltkapitalismus gegen sich haben wird. Frankreich wird in der Frage der Kapitulationen, in der Frage der Finanzkontrolle der Türkei dieselbe Stellung einnehmen, wie der britische Imperialismus.

Unsere These war: der ausgebeutete Orient muß sich gegen das internationale Kapital wehren, und er wird sich wehren. An der Spitze der Orientvölker stehen keine Kommunisten, sondern Vertreter der absterbenden feudalen Cliquen. Unsere Unterstützung der Ostvölker wirft also die Frage von dem Verhältnis zu diesen regierenden Elementen auf, eine Frage, die aktuell wurde durch die Verfolgung der Kommunisten in der Türkei oder durch die Kämpfe, die Wu-Pei-Fu in China gegen die Streikenden führt. Marx hat im Kommunistischen Manifest 1847 nicht nur den deutschen Arbeitern gesagt: Unterstützt die Bourgeoisie insoweit sie revolutionär auftritt, sondern hat sogar empfohlen, die revolutionären Elemente aufzufordern, der Fraktion des polnischen Adels, die in der Bauernfrage einen revolutionären Standpunkt einnahm, Unterstützung zu gewähren. Das bedeutet, daß eben die Interessen des Klassenkampfes trotz der Klassengegensätze die Unterstützung dieser Klassen durch die Arbeiterklasse erforderte.

Wir wissen nicht, welche Partei in der Türkei siegen wird, aber wir bedauern keinen Augenblick, daß wir den türkischen Kommunisten gesagt haben: Eure erste Aufgabe, nachdem Ihr Euch als separate Partei organisiert habt, ist die Unterstützung der nationalen Freiheitsbewegung in der Türkei. Wenn die Paschas das türkische Volk verkaufen werden und die ganze Last der Kapitulation usw. auf die tür-

kischen Bauern fällt, dann wird der türkische Bauer verstehen, daß die Kommunisten, daß die Arbeiterklasse diejenigen sind, die für seine Interessen gekämpft haben, und er wird sich zur kommunistischen Partei schlagen.

Oder die Lage in China. Als Wu-Pei-Fu gegen Tschang-Tsolin in den Kampf rückte, wandte er sich an die junge kommunistische Partei Chinas um Unterstützung, und diese gaben Kommissare, die während des Kampfes die Eisenbahnen für seine Truppen fest in den Händen hielten. Wer in China gegen den japanischen Imperialismus kämpft, kämpft für die revolutionäre Entwicklung Chinas. Durch diese Unterstützung ist es unseren Genossen gelungen, in Nordchina unter den Arbeitermassen Fuß zu fassen.

Erinnern Sie sich an die Ereignisse in Deutschland! Mußte nicht die deutsche Sozialdemokratie, die die Lüttwitz zu Macht gebracht hat, während des Kapp-Putsches Arm in Arm mit den kommunistischen Arbeitern kämpfen? Um so mehr sind Verrat und Schwankungen im Orient möglich. Aber die feudale Kaste an der Spitze der Regierung muß kämpfen, weil ein Kompromiß mit dem Imperialismus auf die Dauer für sie unmöglich ist. Ein Organ der S. R., das für Sowjetrußland gewiß keine freundlichen Worte hat, berichtet über den Eindruck, den die Siege Kemal Paschas machten, und sagt: Die Rufe der Tausenden und Abertausenden in den Straßen waren — Es lebe Kemal Pascha und es lebe Sowjetrußland! Wir sagen, nicht vom Standpunkt Sowjetrußlands, sondern vom Standpunkt der K. I.: macht uns nicht bange, wir setzen die Karte nicht auf die vorübergehende Politik dieser oder jener Clique, sondern auf die große historische Verknüpfung der Arbeitermassen Westeuropas: mit den erwachenden Massen des Orients gegen das Weltkapital.

Ein paar Worte über die Berichte. Unsere chinesischen Genossen verstanden es zu wenig, sich mit den Arbeitermassen zu verbinden. Viele unserer Genossen schlossen sich in ihrer Stube ein, um Marx und Lenin zu studieren, wie sie einst Confutse studierten, aber für so gewöhnliche Dinge wie Streiks interessierten sie sich zu wenig. Was wir jetzt in China erleben, erinnert an das 18. Jahrhundert in Deutschland, wo die Entwicklung des Kapitalismus so schwach war, daß er kein einziges, einheitliches nationales Zentrum zu bilden vermochte. Die Entwicklung des Kapitalismus in China beginnt um eine ganze Anzahl von Zentren, und unsere Aufgabe besteht darin, die realen Kräfte in der Arbeiterklasse zu vereinigen, um: 1.) die junge Arbeiterklasse zu organisieren und 2.) sie in ein vernünftiges Verhältnis zu den objektiv revolutionären bürgerlichen Elementen zu bringen. Wenn die K. I. zu den Westparteien sagt: Zu den Massen! so ist das erste, was wir Euch sagen: Heraus aus den konfutsischen Gelehrtenstuben des Kommunismus, hinein in die Massen!

In Japan und Indien ist die Konstellation der Kräfte sehr ähnlich. Da finden Sie in den Aufrufen, die von den verschiedenen Arbeitergruppen legal herausgegeben werden, einen ganzen Regenbogen von Nuancen von Tolstojanismus über Syndikalismus und Kommunismus bis zur simpelsten Sozialreform. In diesem Konzert ist der Kommunismus noch am schlechtesten.

Wir haben in Indien ein geistiges Zentrum. Aber praktisch sind wir bei der großen Gewerkschaftsbewegung in Indien noch nicht; wir haben nicht verstanden, unter der englischen Okkupation die Rechte auszunutzen, die sie uns geben muß. Und das alles sagt: „It's a long way to Tipparary"! Natürlich wird der Orient mit seinen Revolutionen nicht so lange warten bis unsere Genossen in allen Ländern verstanden haben werden, was praktische Arbeit in den Massen ist. In dieser Arbeit müßt Ihr, nachdem wir die Arbeiter um uns gesammelt haben, zu den Bauern und den Handwerkern gehen und müßt die Führer der künftigen Volkspartei werden. (Beifall.)

VORSITZENDER schlägt im Namen des Präsidiums die Einsetzung einer *Kommission für die Orientfrage* vor. Der Vorschlag wird *angenommen*.

BUNTING (Südafrika) liest eine *Resolution* vor, in der im Namen des 4. Kongresses gegen die Erschießung von vier Arbeitern durch die Regierung des Generals Smuts protestiert wird und den südafrikanischen Arbeitern Grüße entsendet werden. Die *Resolution* wird mit Beifall einstimmig *angenommen*.

EINUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 24. NOVEMBER 1922, MORGENS.

Vorsitz: Kolarow, später Marchlewski.

Redner: Varga, Renaud Jean, Theodorowitsch, Job, Rieux, Pauker.

DIE AGRARFRAGE.

VARGA (Ungarn): Das Aktionsprogramm, das die Agrarkommission Ihnen zur Annahme vorlegt, bedeutet keine Änderung der Thesen des 2. Kongresses, sondern eine Ergänzung derselben. Gegenwärtig ergibt sich die Notwendigkeit, da die Zeit der Machtergreifung in den Ländern Europas als nicht unmittelbar bevorstehend zu betrachten ist, größere Massen als Hilustruppen heranzuziehen. Diese Idee liegt auch dem von uns vorgeschlagenen agrarischen Aktionsprogramm zugrunde.

Wir müssen vor allem die Methoden unserer Arbeit bestimmen. Diese Methode kann nichts anderes sein, als eine Anknüpfung an die realen alltäglichen Interessen der betreffenden Schichten der ländlichen Bevölkerung. Es ist vor allem notwendig, daß die Schichten der armen Bauern, also Bauern, die nicht genug Land besitzen, um hiervon allein leben zu können, sondern teilweise auf Lohnarbeit angewiesen sind, dann die ärmeren Schichten der Kleinbauern gewonnen werden.

Die Anknüpfung an die realen Interessen der verschiedenen Schichten der Arbeitenden auf dem Lande begegnet großen objektiven Schwierigkeiten. Die größte hiervon ist die *Verschwommenheit* der Klassenlage dieser Schichten. In der Industrie ist die Klassenschichtung viel schärfer; auf dem Lande gibt es aber einen stetigen Übergang von der einen Schicht zur anderen. Außerdem ist noch die *quantitative Differenz* hervorzuheben, die zwischen der Landwirtschaft

und der Industrie in bezug auf das Gewicht der mittleren Schichten besteht. Die ökonomische Grundlage der unklaren Klassenlage in der Landwirtschaft beruht auf der Tatsache, daß das wichtigste Produktionsmittel der Landwirtschaft, der Grund und Boden, leicht teilbar ist. Man kann Bodenstücke hin und her verkaufen, man kann Boden dazukaufen, man kann durch Erbteilung verarmen. Die Grundlage selber ist teilbar, und infolgedessen ist die darauf aufgebaute Schicht in ihrer Klassenlage schwankend und unklar.

Schließlich ist noch auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Gebieten, in den einzelnen Ländern hinzuweisen. Ich will da nur drei Haupttypen unterscheiden: erstens die *Kolonialländer* mit unterdrückter eingeborener Bauernbevölkerung, wie z. B. Ägypten oder Indien. Ein zweiter Typus sind die Länder, wo noch starke feudale Überreste vorhanden sind, wo die bürgerliche Revolution ihre Arbeit nicht zu Ende geführt hat. (Selbst in Deutschland sind noch starke Reste dieses Feudalismus vorhanden.) Den dritten Typus finden wir in den rein kapitalistischen Staaten, wo die Landwirtschaft ein Zweig der kapitalistischen Produktion ist. Es gibt Länder, z. B. Jugoslawien, wo wir alle diese drei Typen zugleich antreffen.

Eine weitere große Verschiedenheit bietet die *Bodenfrage*. Es gibt Länder, wie z. B. Polen oder Ungarn, auch gewisse Gebiete Deutschlands, wo im Mittelpunkt aller Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Bodenhunger steht. Und es gibt wiederum Länder, wo die Bodenfrage fast gar keine Rolle spielt, so in Amerika oder in den englischen Siedlungskolonien.

Die Unklarheit der Klassenlage determiniert auch die politische Rolle der bäuerlichen Schichten: sie ist eine schwankende. Manchmal fühlen sie sich dem Proletariat näher, ein anderes Mal, bei besserer Konjunktur, dem Großbauertum.

Diese von mir als Hauptcharakteristikum hervorgehobene schwankende Klassenlage der bäuerlichen Schichten macht es verständlich, daß wir überall, wo es ein eigentliches landwirtschaftliches Proletariat gibt, dieses landwirtschaftliche Proletariat als den Hauptfaktor der revolutionären Bewegung betrachten müssen. Wir können an sie herankommen durch Anknüpfung an ihre realen Tagesforderungen als Lohnarbeiter, als Proletarier, indem wir ihre Kämpfe um Erhöhung des Lohnes, um Besserung der Arbeitsbedingungen, Ausdehnung der sozialen Gesetzgebung usw. unterstützen.

Ich komme zu unserer Arbeit unter den *halb-bäuerlichen Schichten*, und hier möchte ich auf die Gefahren hinweisen, die uns dabei drohen, und zwar Gefahren von rechts wie von links. Von rechts droht die Gefahr, daß in Ländern mit einem zahlreichen Halb- und Kleinbauertum unsere Agitation in eine bäuerliche Agitation umschlägt, daß kein prinzipieller Unterschied zwischen der Arbeit der Kommunistischen Partei und der Arbeit einer radikalen Partei vorhanden sein würde. Andererseits sehe ich auch gewisse Gefahren von links. Ich sehe bei gewissen Genossen eine Furcht vor den Bauern, ein gewisses sektenhaftes Kleben an dem Gedanken, daß nur echte Proletarier, industrielle und landwirtschaftliche, aktive Kämpfer für die Revolution sein können; daß dagegen die Schichten der armen Bauern für eine aktive Revolution nicht zu haben seien. Das ist ein großer Fehler.

Ich glaube, in keinem europäischen Lande, mit Ausnahme von England, wird sich die Diktatur halten können, wenn die Bauern gegen uns sind.

In unserem Aktionsprogramm sind die verschiedenen Abhängigkeitsverhältnisse der Bauern vom Kapital angegeben; die Abhängigkeit vom Leihkapital, vom Wucherkapital, die Abhängigkeit vom Industriekapital, das durch Monopole die Preise der Industrieprodukte künstlich hinaufschraubt, die Abhängigkeit vom Transportkapital, das z. B. in Amerika manchmal 50 % des Erlöses wegnimmt. Außerdem kommt der Kampf der Bauern gegen den kapitalistischen Staat als solchen in Betracht, der in Form der Besteuerung des Krieges, der Blutsteuer, dem Bauern schroff gegenübersteht. Wir müssen die Preisfrage in einen Kampf des Bauerntums gegen das Kapital hinüberlenken. Aber der Mittelpunkt unserer Arbeit muß in unserer Stellungnahme in der *Bodenfrage* liegen. Wir müssen alle Bestrebungen der arbeitenden Schichten der Bauernschaft zur Erlangung von mehr Land aktiv unterstützen. Diese Taktik muß darin bestehen, jeder bürgerlichen Agrarreform immer und beständig unsere revolutionäre Lösung scharf gegenüberzustellen und die Aktion dieser Schichten zu leiten.

Wenn die bürgerlichen Regierungen sehen, daß die Bewegung wirklich revolutionär geworden ist, dann machen sie den Versuch, diese Bewegung durch Verteilung von Land an die aktivsten Elemente der Bauernschaft zu dämpfen. Dies ist bereits in allen Ländern geschehen, die Rußland umgeben: in Finnland, in Estland (in Polen ist es nur versprochen, aber noch nicht durchgeführt) und in Rumänien. Ein Berichterstatter des englischen „Economist“ schreibt ganz klar und deutlich in einer der letzten Nummern vom 21. Oktober 1922 über Rumänien:

„Es ist offenbar, daß es die Furcht und nicht die ökonomischen Überlegungen waren, die zur Agrarreform in Rumänien geführt haben. Diese war tatsächlich der Preis, den die herrschenden Klassen gezahlt haben, um das Land vor dem Bolschewismus zu beschützen.“

Das Ideal der revolutionären Bewegung wäre natürlich, wenn der Kampf der städtischen Arbeiter und der landarmen Bauern auf dem Lande parallel bis zum Zeitpunkt gesteigert würden, wo gleichzeitig das Industrieproletariat in den Städten die Macht ergreift und das Landproletariat und die landarmen Bauern das Land mit Beschlag belegen und die ländliche Bevölkerung das Land aus der Hand der proletarischen Diktatur erhält. Aber wir müssen die Gefahr einer bürgerlichen Agrarreform bewußt auf uns nehmen und, wenn diese eintrifft, sie auszunutzen wissen.

Genossen, in unserer Agitation müssen wir immer wieder scharf den Unterschied zwischen bürgerlicher Agrarreform und proletarischer Agrarrevolution herausarbeiten.

Zum Schluß will ich noch einige Worte über organisatorische Maßnahmen unseres Aktionsprogramms sagen. Natürlich muß es unsere Aufgabe sein, in den landwirtschaftlichen Gewerkschaften kommunistische Zellen zu bilden. Es liegt aber in unserem Interesse, daß die landwirtschaftlichen Gewerkschaften zu Industrieverbänden ausgestaltet werden, in der Weise, daß alle Industriearbeiter, die ständig in der

Landwirtschaft beschäftigt sind, also z. B. Schlosser, Schmiede, Bauarbeiter, Maschinisten, auf den großen Gütern in den Gewerkschaften der landwirtschaftlichen Arbeiter organisiert werden. Auch ist es wünschenswert, daß die auf dem Lande lebenden Kommunisten in die gelben Gewerkschaften, in die faschistischen Gewerkschaften auf dem Lande eintreten, dort Zellen bilden und zersetzend wirken.

Wir müssen darnach trachten, wo sich nur irgendeine Gelegenheit dazu bietet, den Kampf der Landproletarier und der landarmen Bauern mit dem Kampf des Industrieproletariats zu verbinden. Das ist keine Utopie. Ein Genosse, ich glaube es war ein Pole, gebrauchte den treffenden Ausdruck, das Agrarprogramm sei ein Omnibus, in den jeder einsteigen könne. Es ist so, Genossen, und kann auch nicht anders sein. Unser Aktionsprogramm muß so aufgebaut sein, daß es bei der Betonung des Primats der echten landwirtschaftlichen Proletarier auch allen arbeitenden Schichten auf dem Lande die Möglichkeit gibt, an der revolutionären Bewegung der Kommunistischen Partei aktiv teilzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

RENAUD JEAN (Frankreich): Die französische Partei hat ein Programm ausgearbeitet, daß sich vor allem mit den wichtigsten Forderungen und Maßnahmen nach Ergreifung der Macht durch das Proletariat beschäftigt. Der Bauer hat seine politischen Illusionen verloren. Die Mehrheit der Bauern ist von dem Ernst der politischen und wirtschaftlichen Krise überzeugt. Die Frage der Löhne, der Arbeitsbedingungen ist nicht die Hauptursache bei unserem Programm. Die Lage hat sich für die Landarbeiter wie für die Kleinbauern fast so schlecht gestaltet wie im Jahre 1914. Die Kleinbauern und Pächter, sowie die Landarbeiter stehen stark unter dem Eindruck der Zerrüttung der Finanzlage des Staates. Diese Ängste produzieren den Geist der Revolte, und auf den kommt es hier an.

Bei der gesamten Bauernschaft herrscht ein außerordentlicher Haß gegen Krieg und Militarismus vor. Für die Bauern ist die Enteignung des Lebens, der Gesundheit usw. genau so schlimm wie die Enteignung der Produktionsmittel. (Zuruf *Bordiga*: Während des Krieges hat niemand in Frankreich diese Stimmung bemerkt. Jedermann war patriotisch, sogar die Bauern, dessen Antimilitarismus Sie preisen.) Diese Tatsache erkläre ich durch den jämmerlichen Zusammenbruch der 2. Internationale im Jahre 1914. Die Bauern wären einer Aktion gegen den Krieg gefolgt und hätten Revolution gemacht. Sie sind auch gegen den Kapitalismus eingestellt, allerdings nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen den Kapitalismus überhaupt. (Zwischenruf *Bordiga*: Es kommt darauf an, sie zum Krieg gegen den Kapitalismus anzuspornen.) Die kleinen Eigentümer kommen in der Entwicklung der letzten Jahre immer mehr der Entwicklung der Landarbeiter näher. In Frankreich gibt es keine Agrarpartei. (Zwischenruf *Losowski*: Und die klerikale Partei?) Es ist wahr, daß ein großer Teil der Bauern unter dem Einfluß der klerikalen Nationalistischen Partei steht, aber die Erfahrungen der letzten Jahre und der Kampf, den sie seit Jahrzehnten gegen den Grundbesitz um die Herrschaft in den Gemeinden führen, hat sie immer mehr dem Einfluß dieser Parteien entzogen.

Es ist nun Aufgabe der Kommunisten, in Frankreich einen großen

Block gegenüber dem feudalen Großgrundbesitz, gegenüber dem Großbauern zu bilden. Deshalb ist es notwendig, in großen Richtlinien das aufzuschreiben, was die Revolution bringen wird, die wichtigsten Maßnahmen und Forderungen nach Eroberung der Macht für das Landproletariat.

THEODOROWITSCH (Rußland): Die russische Oktoberrevolution konnte nur deshalb von Erfolg begleitet sein, weil das städtische Proletariat es verstand, das Landproletariat hinter sich zu bringen. Es wurde unter der Bauernschaft Rußlands eine Gesamtfläche im Werte von 5 Milliarden Goldrubeln verteilt; dazu trat die Befreiung von Hypotheken im Werte von ungefähr $1\frac{1}{2}$ Milliarden Goldrubeln. Außerdem wurde für die Abschaffung der Pachtzinsen ein Gesamtwert von jährlich 200 Millionen Goldrubeln und durch die Zuteilung von Vieh und Inventar 300 Millionen Goldrubel den besitzlosen Bauern zugewandt.

Während des Bürgerkrieges wurde in der Landwirtschaft das System der Kontigentierung und Zwangserfassung durchgeführt. Die Folge davon war, daß die Bauern weniger anbauten. Gegenüber dem Jahre 1916 ging der Anbau um etwa 30 % zurück. Außerdem zeigte sich mehr und mehr die Tendenz in immer größerem Maße, Futtergetreide zu Ungunsten der Nutzfrüchte anzubauen. So wurden die Bolschewiki schließlich gezwungen, ihre Politik zu revidieren. Man ging zu der „Neuen Wirtschaftspolitik“ über, indem man der Landwirtschaft ihre Produkte zur freien Verfügung überließ. Die Folge davon war, daß, während vor dieser Periode eine große Entwertung der landwirtschaftlichen Produkte eingesetzt und sich ständig vergrößert hatte, konnte man bald eine Ausgleicheung zwischen den landwirtschaftlichen und Industrieerzeugnissen feststellen. Der Rückgang der Aussaatfläche hat sich bedeutend verlangsamt, an manchen Orten sogar aufgehört. Hinzu tritt die Tatsache, daß das Abströmen der Bevölkerung aus den Städten in die Dörfer aufhörte.

Die neue Wirtschaftspolitik hat sich also als gut erwiesen. In den Dörfern sehen wir an Stelle der mittelalterlichen Verhältnisse den Einzug einer neuen Epoche. Diese Politik stellt ein neues Verhältnis zwischen Proletariat und Bauern dar. Jenes Wort Lenins, daß die Liquidierung der feudalen Wirtschaft vor sich gehen wird, setzt sich in Wirklichkeit um. La Bruyères sprach von den Bauern als den ausgemergelten, schmutzigen, „menschenähnlichen Wesen, die in der Erde wühlen; erst wenn sie sich aufrichten, kann man an ihnen ein menschliches Gesicht wahrnehmen“. Diese Worte haben eine symbolische Bedeutung — „aufrichten“ kann sich der Bauer erst unter der Diktatur des Proletariats! (Beifall.)

JOSS (England): Das Agrarprogramm hat für England nicht nur nationale Bedeutung, sondern seine Bedeutung geht weit über die Grenzen Englands hinaus. Das Verhältnis der Einwohnerschaft in England ist ungefähr 80 % industrielle Bevölkerung gegen 20 % Agrarbevölkerung. So kommt es, daß an uns oft die Frage gerichtet wird: Wie wird es möglich sein, am Tage nach der Eroberung der Macht, das englische Volk zu ernähren? England erzeugt nicht genug Agrarprodukte.

Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, entweder die nationale Agrarproduktion in England zu entwickeln oder durch Verbindung mit anderen Ländern die Ernährung Englands im Falle einer Revolution zu sichern. Das Problem der Gewinnung der Agrarbevölkerung für unsere Ziele ist in England nicht so schwer. Dort gibt es keine eigentliche Bauernbevölkerung. Die Landbevölkerung besteht nur aus Landproletariern, die ebenfalls organisiert sind und dem Allgemeinen Arbeiterverband in England angehören.

Die Verhältnisse liegen so, daß der Deputierte und Vorsitzende der Lloyd-Bank, einer soliden Organisation, die den Industriekapitalismus in England beherrscht, sagte, als er die Statistik von 1921 überblickte, die das Verhältnis der Industriebevölkerung zur Landwirtschaft demonstrierte: falls England nicht den Handel, den es 1913 besaß, wiederherstellt, so ist in Britannien nur für eine Bevölkerung von 15 Millionen Platz, woraus klar hervorgeht, daß die fortschreitende Loslösung jener Länder, die England bisher mit Nahrung versorgten, wie Amerika, Kanada und Indien, für die Kommunistische Partei Groß-Britanniens ein spezielles Problem ist. Infolge dieses Umstandes bestehen wir bei unserem landwirtschaftlichen Problem nicht nur darauf, in enge Verbindung mit dem Landproletariat Englands zu bleiben, sondern auch darauf, die für England notwendigen Hilfsquellen bis zum äußersten Grade zu entwickeln. Und da Prof. Varga vor uns die Behauptung aufstellte, daß kein Land der Welt, mit Ausnahme Englands, eine Revolution ohne das Bauernproletariat durchführen kann, so stehen wir wiederum vor dem Problem: mit welchen Mitteln werden wir die Revolution halten, mit welchen Mitteln werden wir das Proletariat halten? Die Revolution in England wird davon abhängen, welchen Erfolg die K. P. bei der internationalen Lösung des Agrarproblems aufzuweisen haben wird.

RIEUX (polemisiert gegen Renaud Jean): Es gibt in Frankreich Großgrundbesitzer, die unsere unversöhnlichen Klassenfeinde sind, ferner landwirtschaftliche Lohnarbeiter, d. h. besitzlose Bauern und Kleingrundbesitzer. Die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter haben mit dem städtischen Proletariat gemeinsame Interessen. Die Rolle der Gewerkschaften, wie die der C.G.T.U., besteht in der Schaffung landwirtschaftlicher Gewerkschaften, in der Zusammenfassung der landwirtschaftlichen und der städtischen Lohnarbeiter zum gemeinsamen Kampfe.

Gen. Renaud Jean erklärt, daß er durch die antimilitaristische Propaganda die Bauern auf den Weg der Revolte führen wird, die dann ihren revolutionären Geist herausbilden würde. Ich glaube, daß Gen. Renaud Jean die Notwendigkeiten des Bürgerkrieges erkennt, ohne die das Proletariat die Bourgeoisie ihres Besitzes nicht verlustig machen und die Macht nicht erobern kann.

Wenn Gen. Renaud Jean erklärt, daß die an Menschenleben geforderten Opfer für den französischen Bauer mehr bedeuten, als die Enteignung des Grund und Bodens, so schließe ich mich dem Zwischenruf des Gen. Bordiga an und erkläre, daß im Krieg die französischen wie auch alle übrigen Bauern bereit waren, ihre Kinder, ihre Angehörigen in den Tod zu schicken, aber nicht, sich ihre Spargelder ent-

eigen zu lassen. Und wenn sie ihre Kinder umsonst hergaben, so gaben sie ihre Spargroschen nur leihweise und gegen Zinsen her.

Meiner Ansicht nach müssen wir vor allem bestrebt sein, die besitzlosen Lohnarbeiter auf unsere Seite zu bringen, durch die Parole: Besitzergreifung des Bodens, den sie bearbeiten. Nachher müssen wir trachten, die Kleinbesitzer zu neutralisieren.

Man darf der Legende, daß die französischen Bauern revolutionär sind, nicht zuviel Wichtigkeit beimessen; man darf ihr, Genossen aus der Internationale, keinen Glauben schenken. Die französischen Bauern sind konservativ. Sie haben eine Geistesverfassung, die Gen. Trotzki sehr richtig als kleinbürgerlich charakterisierte. Und nur wenn wir versuchen, die Bauernklasse zu spalten, indem wir die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter mit uns reißen und den anderen Elementen die Diktatur des Proletariats aufzwingen, werden wir die soziale Revolution in Frankreich verwirklichen können (Zuruf *Renaud Jean*: Du kannst Deine Rede drucken lassen und sie den Bauern der Gironde überbringen!)

PAUKER (Rumänien) erklärt sich im allgemeinen mit den Thesen einverstanden. Es gibt aber ein paar Fragen, die im Aktionsprogramm fehlen und trotzdem eine gewisse Bedeutung haben. Da ist vor allem die Frage der Transport- und Eisenbahnverhältnisse. Auch in Rumänien sehen wir eine ähnliche Erscheinung, wie die in Amerika. Die rumänische Bourgeoisie rechnet damit, daß der rumänische Bauer den größten Teil seiner Produkte ausführt. Mit dem Wachsen und Fallen der Weltmarktpreise für das Getreide steigen und fallen auch die Ausfuhrzölle, die manchmal bis zu 100 % des Preises hinaufgehen, wie es jetzt gerade der Fall ist. Gen. Varga hat die Auffassung, — und ich glaube, die Kommission war derselben Auffassung, sie hat wenigstens nicht dagegen protestiert, — daß wir dagegen nicht auftreten können, weil dies eine Steuer sei, die der rumänische Staat einnimmt, und Steuern sind nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaft da. Wenn diese Steuer nicht wäre, so wäre eine andere da. Darin finden wir eine Inkonsequenz im Aktionsprogramm.

Redner wendet sich gegen die Ausführungen Renaud Jeans und führt über die eigentliche rumänische Frage aus:

Der rumänischen Bourgeoisie ist es gelungen, die Agrarreform durchzuführen, d. h. sie wurde in dieser Durchführung durch die soziale Revolution nicht gehindert. Es ist nun wohl bekannt, daß Rumänien das klassische Land der Bauernaufstände gewesen ist. Wir haben ungefähr alle 10 Jahre — zum letzten Male in furchtbarster Weise 1907 — Bauernaufstände gehabt. Rumänien gelang es, den feudalen Herren die Weiterherrschaft zu sichern bis zur russischen Revolution. Die russische Revolution war der ausschlaggebende Faktor, der den Grund und Boden in Rumänien aus den Händen der Großgrundbesitzer genommen und den Bauern gegeben hat. Die Bauern, die den Boden bekamen, sind entweder reiche Bauern oder einflußreiche Gesellen, Bürgermeister im Dorfe oder ähnliches. Die paar armen Bauern, die Land bekamen, geraten in schnellem Tempo unter das Joch der Banken, da ihnen Vieh und Inventar fehlt. Es ist bemerkenswert, daß sogar das bürgerliche Gesetz Tür und Tor offen läßt, um die Expro-

priation zu sabotieren, indem es z. B. den Bauern gestattet ist, den Boden zu verkaufen. Die Frage der totalen Expropriation ist noch immer eine Parole, die in bezug auf die Bauernmassen einen tiefeingreifenden und revolutionären Charakter hat. Wenn die K. P. es verstehen wird, — wir sind sicher, daß sie es verstehen wird — diese Parole zu vertiefen und weiterzubringen, so wird es ihr gelingen, so weit zu kommen, daß sie mit Recht auf das Lob der Internationale rechnen darf.

ZWEIUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 25. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: *Neurath*, später *Kolarow*.

Redner: *Kostschewa*, *Sen-Katayama*, *Varga*, *Schüller*, *Billings*, *Mackay*.

Genossin KOSTSCHEWA (Polen): Es besteht eine *Unverhältnismäßigkeit* zwischen dem, was wir über die Bedeutung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der revolutionären Periode sagen und der theoretischen und praktischen Stellungnahme unserer Kommunistischen Partei zu dieser Frage. Vom politischen Standpunkt aus ist die Frage innerhalb unserer Internationale geklärt; sie ist aber unserer politischen Lehre sozusagen noch nicht organisch einverleibt. Unsere Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Situation bleibt fast immer ganz außerhalb des Zerfalls des Wirtschaftslebens am flachen Lande. Wir haben viel über die Offensive des Kapitalismus gesprochen; wir haben jedoch nicht versucht, die Analyse des Klassenkampfes auf dem flachen Lande zu machen.

Ich glaube, die Langsamkeit, mit der die Idee des revolutionären Bündnisses der Arbeiter und der Kleinbauern sich in der K. I. Bahn bricht, ist ein Symptom jener Langsamkeit, mit der unsere jungen Kommunistischen Parteien sich in Generalstäbe der Revolution verwandeln. Wir bleiben noch Sklaven der Tradition der alten Internationale, die ihre Aufgabe darin sah, ausschließlich die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen. In der gegenwärtigen Epoche, in der das Proletariat seine große historische Mission, die Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten, erfüllen soll, ist dies jedoch nicht unsere einzige Aufgabe. Deshalb sind die Agrarthesen des 2. Kongresses für uns in gewissem Sinne tote Buchstaben geblieben.

Manche Genossen aus Westeuropa glauben, diese Frage sei nur für Osteuropa wichtig. Jedesmal, wenn die Frage unserer Tätigkeit auf dem flachen Lande auftaucht, entstehen tausend politische Zweifel. Laufen wir nicht Gefahr, daß wir uns in eine Bauernpartei verwandeln? Übertreiben wir nicht die politische Rolle der Bauernbevölkerung usw.? Gewiß wird die Bauernbevölkerung nicht die Vorhut der Revolution bilden, aber wir meinen, daß die Zerfallsperiode des Kapitalismus Bedingungen schafft, die die Unzufriedenheit der Bauernmasse erhöhen und einen Teil der Bauern den Arbeitern näherbringen. Diese Unzu-

friedenheit steigern, den Bauern das Übereinstimmen ihrer wesentlichsten Interessen mit denen der Arbeiter zeigen — das ist das, was wir ihre Gewinnung für die Revolution nennen. Dies ist *nicht ein Organisationsproblem, sondern vor allem ein politisches Problem*. Es handelt sich darum, die Hindernisse zu beseitigen, die uns von den Kleinbauern trennen.

Es genügt nicht, das Programm in abstrakter Form zu erläutern. Man muß das Leben auf dem flachen Lande gut kennen und das Programm in geeignetem Augenblick durchführen. Lange Zeit bestand zwischen uns und der Bauernbevölkerung ein schweres Hindernis: die Illusionen eines schlecht verstandenen Kollektivismus. Diese Illusionen müßten bereits durch die Thesen des 2. Kongresses abgeschafft worden sein. Sie bestehen aber immer noch in dem Geiste gewisser Genossen. Alle diese Fragen erfordern eine tiefgehende Prüfung. Das Bündnis des Proletariats mit dem Landproletariat und den Kleinbauern ist eine notwendige Vorbedingung für die Revolution.

KATAYAMA (Japan): Die japanische Delegation ist mit dem vom Gen. Varga vorgelegten Aktionsprogramm vollständig einverstanden. In Japan ist die Landwirtschaft vorherrschend; wir haben da 3½ Millionen Familien von Kleinbauern und Landproletariern. Sie werden am meisten vom Staate ausgebeutet, dürfen sich an den Parlamentswahlen nicht beteiligen usw. Man kann sagen, daß die Bauernschaft Japans den revolutionären Faktor darstellt. In der letzten Zeit haben die Bauern in Erhebungen Forderungen gegenüber der Regierung aufgestellt, die Erleichterung gegenüber der Feudalwirtschaft zum Ziele hatten. 35—50 000 Kleinbauern und Landarbeiter sind in Bauernverbänden organisiert. Die K. P. versucht auch die Bauern zu organisieren und hat bereits mehrere Verbände gegründet. Ein ausgiebiges Arbeitsfeld bietet sich besonders auf den Reispflanzungen.

Zusammenfassend darf man behaupten, daß das Landproletariat und das Kleinbauernrum Japans in der kommenden Revolution eine große Rolle spielen werden.

VARGA (Schlußwort): Die Debatte hat m. E. nicht ganz dem Zweck entsprochen, denn sie bewegte sich zu sehr im allgemeinen Fahrwasser.

Die Frage, wie sie die Genossen Renaud Jean und Rieux gestern aufgeworfen haben, ob die Bauern revolutionär oder gegenrevolutionär seien, kann nicht so behandelt werden, wie es diese Genossen getan haben. Das Bezeichnendste für die bäuerliche Bevölkerung ist ihre unklare, wechselnde Klassenlage. Es gibt eben Momente, wo das Bauerntum revolutionär ist, und Momente, wo es gegenrevolutionär ist. Ich bin der Ansicht, daß das Mißtrauen gegen die Bauernschaft im allgemeinen nicht berechtigt ist. Man kann die Bauernmassen in die Bewegung hineinziehen, wenn unter ihnen eine revolutionäre Stimmung herrscht. Ich kann darum dem Gen. Renaud Jean nicht so unrecht geben, wie es hier einige Genossen zu tun scheinen.

Der englische Genosse meinte, die Revolution in England sei dadurch erschwert, daß England ohne Import von Lebensmitteln nicht auskommen könne. In England sind immer große Lebensmittelvorräte angehäuft; England hat große Viehbestände und außerdem käme die

Möglichkeit der Fischeausbeute für die Ernährung Englands in Betracht. Und da kann man sagen, daß — wenn die englische Bevölkerung vielleicht auch nicht die jetzige Lebensweise fortsetzen könnte — die Engländer in der Revolution nicht verhungern würden. Man darf meiner Meinung nach nicht von dem Standpunkt an die Frage herangehen, wie es der englische Genosse tut.

Der rumänische Genosse ist der einzige, der gegen das Aktionsprogramm gewisse Einwände macht, vor allem weil wir gegen die Ausfuhrabgabe, die z. B. der rumänische Staat erhebt, nicht Stellung nehmen. Abgesehen von der ökonomisch-theoretischen Seite dieser Frage meine ich: für das Proletariat ist es unmöglich, gegen diese Abgabe aufzutreten, denn vorausgesetzt, diese Abgabe wird durch den ausländischen Käufer bezahlt und fließt in die Kassen des rumänischen Staates, so würde durch die Abschaffung der Abgabe, der Staat von den Arbeitern mehr Steuern erheben. Andererseits, wenn sie den inländischen Preis drückt, so drückt sie das Einkommen der Großbauern und Großgrundbesitzer aus dem Verkauf des Getreides, aber sie drückt nicht das Einkommen der Arbeiter und jener Schichten des Bauerntums, die nur wenig Lebensmittel zu verkaufen haben.

Genossen, für den Erfolg der Revolution ist es unumgänglich notwendig, breite Schichten der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen. Wir müssen dazu die Hinweise, die im Programm gegeben sind, nicht mechanisch annehmen, sondern mit einer fortgesetzten Analyse der politischen Lage verbinden, sie sinngemäß anwenden, dann wird zu den Erfolgen der K. I. unter der städtischen Arbeiterschaft in kürzester Zeit der Erfolg in der Organisation und Revolutionierung der ländlichen Massen hinzukommen. (Beifall.)

Nachdem eine Redaktionskommission für das Agrarprogramm gewählt wird, schreitet der Kongreß zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

DIE JUGENDFRAGE.

SCHÜLLER (Jugendinternationale; mit Beifall begrüßt): Der 2. Weltkongreß unserer Kommunistischen Jugendinternationale brachte eine tiefgehende Umstellung in der Tätigkeit der Kommunistischen Jugendorganisationen mit sich. Die allgemeine politische führende Rolle der Kommunistischen Jugendorganisationen aus der Zeit des Krieges und der ersten Jahre nachher war dort, wo sie eine Berechtigung gehabt hatte, nicht mehr notwendig, sie mußten ihre politische Führerrolle an die Kommunistischen Parteien abgeben. Die Politik sollte weiter die grundsätzliche und praktische Basis der Tätigkeit der Jugendorganisationen bleiben, aber die Kommunistischen Jugendorganisationen konnten sich nunmehr vor allem der Erledigung ihrer eigentlichen Jugendaufgaben zuwenden: der Verteidigung der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterjugend, der planmäßigen kommunistisch-marxistischen Erziehung der Jugend und antimilitaristischen Propaganda unter den jungen Werktätigen außerhalb und innerhalb der bürgerlichen Armeen. Die Losung des 3. Kongresses der K. I.: „Heran an die Massen!“ wurde von der Kommunistischen Jugend angewendet, und zwar als Grundsatz für die Jugendbewegung überhaupt. Die Jugendorganisation muß in die Massen der arbeitenden Jugend hinein-

gehen und die indifferenten Elemente erst erfassen und in den Klassenkampf hineinziehen, sie erst nach und nach im Kampfe in der Organisation zu klar-bewußten Arbeitern erziehen.

Fragen wir uns, welche Entwicklung die Kommunistische Jugendinternationale seit dem 2. Weltkongreß genommen hat, ob die Beschlüsse des 2. Weltkongresses richtig waren. Wir können diese zweite Frage nur durchaus bejahen. Wir können heute im allgemeinen sagen, daß unsere kommunistische Jugendbewegung die Notwendigkeit der Beschlüsse der „Neuen Etappe“ gut erfaßt hat. Dies ist ein Erfolg, den wir nicht außer acht lassen können. Die Abgabe der politischen Führerrolle in den Parteien ist gut gelungen und schnell vor sich gegangen. Was die politische Tätigkeit der einzelnen Jugendorganisationen betrifft, so können wir im allgemeinen sagen, daß sie gesund war. Wir haben z. B. in Frankreich sehr viel auf die Tätigkeit der Kommunistischen Jugend zurückzuführen, daß die Linke in der K. P. Frankreichs einen solchen Einfluß gewinnen konnte und daß die Losungen der Kommunistischen Internationale in der Arbeiterschaft Frankreichs immer mehr Fuß gefaßt haben. Nun müssen wir sagen, daß in den kommunistischen Jugendverbänden Mitteleuropas aber ein Niedergehen des politischen Interesses zu beobachten war. Dies ist darauf zurückzuführen, daß seit 1921 sich die Arbeiterjugend vielmehr ihren eigentlichen unmittelbaren Jugendfragen, den wirtschaftlichen Fragen, den Bildungs- und Erziehungsfragen und selbst der Befriedigung ihrer eigentlichen jugendlichen Geselligkeitsbedürfnisse zugewendet hat. Die Ursache liegt aber auch in einer falschen Auffassung der politischen Tätigkeit der K. J. O., wie sie durch den 2. Kongreß begründet wurde. Die K. J. I. hat diese Erscheinung sehr ernst verfolgt und bekämpft.

Ein wichtiger Schritt auf dem Wege der K. J. I. ist in den Ergebnissen ihrer *wirtschaftlichen* Tätigkeit zu erblicken. Die wirtschaftlichen Fragen, der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterjugend steht heute überall im Mittelpunkt des Interesses und der Tätigkeit unserer Jugendverbände. Die kommunistischen Jugendverbände, wie in Deutschland, Österreich, in der Tschechoslowakei haben auch wirklich Kämpfe gegen das Kapital und gegen die Staatsmacht für einzelne Forderungen geführt und zum Teil auch durchgeführt. Diese ganze Kampagne der K. J. I. erfolgte unter den Losungen der Einheitsfront der Jugend und des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Verelendung der arbeitenden Jugend.

Die antimilitaristische Arbeit der einzelnen Jugendorganisationen ist nach wie vor mit Begeisterung geführt worden. Nur in Mitteleuropa müssen wir ein Sinken des Interesses für die Frage des Antimilitarismus feststellen. Auch auf dem Gebiete der Bildungsarbeit wurden die ersten Anfänge gemacht. In internationaler Beziehung sind wir ebenfalls weiter gekommen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Exekutivkomitee der Jugendinternationale und den Verbänden ist heute schon im allgemeinen so eng wie zwischen dem Zentralvorstand eines Verbandes und den Bezirken und Gruppen.

Die Reformisten aller Länder haben gegenüber dieser Lage der Arbeiterjugend sich ebenso verräterisch verhalten wie gegenüber allen

Lebensfragen der Arbeiterklasse. Es ist die K. J. I., die als erste die Parole des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals und der Einheitsfront zwischen der Jugend und der erwachsenen Arbeiterschaft herausgegeben hat! Bei der sozialdemokratischen Jugendinternationale sehen wir dasselbe Schauspiel, das sich in der II. Internationale abspielt, sich auf dem Gebiete der Jugendfrage wiederholen.

Besonders wichtig ist die Bewegung, die sich in der arbeitenden Jugend selbst, in den indifferenten Massen bemerkbar macht zur Gegenwehr gegen die Verelendung und für die Anteilnahme an dem Kampf der erwachsenen Arbeiter. Wir haben ein solches Beispiel in Deutschland, wo es in Hamburg zu einem spontanen Streik von etwa 1000 Lehrlingen und Jungarbeitern auf den Werften kam. In diesen lokalen und spontanen Bewegungen der arbeitenden Jugend in der letzten Zeit haben wir die Erscheinung wahrgenommen, daß die erwachsene Arbeiterschaft sich dazu hergegeben hat, fast regelmäßig in den lokalen Bewegungen der arbeitenden Jugend die Streikbrecher gegen die jugendlichen Arbeiter zu bilden. Diese Tatsache zeigt die große Kluft zwischen der Masse der arbeitenden Jugend und der Masse der erwachsenen Arbeiter.

Die Kommunistische Jugendinternationale erklärt, daß die Einheitsfront der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen das Kapital und die Reaktion eine unbedingte Notwendigkeit ist, und sie fordert alle ihre Parteien und die gesamte Arbeiterklasse auf, in ihrem täglichen Kampfe auch die Interessen und Forderungen der arbeitenden Jugend zu vertreten und sie zum Gegenstand des täglichen Kampfes zu machen!

Wir machen in unserer Resolution eine Reihe von praktischen Vorschlägen für die Zusammenarbeit auf allen praktischen Gebieten. Die Genossen in den Parteien und Gewerkschaften müßten ein viel größeres Verständnis für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterjugend haben. Es darf sich nicht wiederholen, was in Frankreich geschah, wo der Gewerkschaftskongreß stattfand, auf dem die Jugend eine Reihe von Jugendforderungen gestellt hat und wo von über 150 Kommunisten nur 7 Genossen dafür gestimmt haben, daß die Frage der Arbeiterjugend überhaupt behandelt und der Brief der Kom. Jugend auch nur zur Verlesung gebracht wurde. Es ist notwendig, daß die Parteien den antimilitaristischen Kampf praktisch verstärken. Mehr Zusammenarbeit ist eine unbedingte Notwendigkeit. Zu der Bildungsarbeit schlagen wir vor, daß die Partei die Bildungsarbeit der Kom. Jugend unterstützt durch Zurverfügungstellen von Bildungskräften, Einräumung von Plätzen in den Parteischulen usw. Es ist bedauerlich, daß z. B. in einem Lande wie Deutschland im Zentralorgan der Partei so wenig für die Jugendarbeit getan wird. Die Arbeit der K. J. in der *Kindergruppenbewegung* muß noch viel mehr unterstützt werden und die Tendenzen der bürgerlichen Erziehung müssen überwunden werden.

Seit November 1919 ist die K. J. I. gewaltig gewachsen, ihre Stärke hat sich fast vervierfacht, sie hat sich gefestigt und geklärt. Und wir hoffen, Ihnen auf dem nächsten Kongreß davon Zeugnis ablegen zu können, daß die internationale kommunistische Jugendbewegung mit Hilfe der K. I. es verstanden hat, die arbeitende Jugend in den Kampf

der erwachsenen Arbeiterklasse einzubeziehen und sie für die Fahne des Kommunismus zu gewinnen. (Beifall.)

Die Resolution zur Jugendfrage wird dem Präsidium überwiesen; der Kongreß schreitet zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

DIE NEGERFRAGE.

BILLINGS (Amerika): Die Negerfrage ist eine Frage der Rassen- und Kolonialfrage, der man bisher keine Beachtung geschenkt hat. Während die II. Internationale nur eine Internationale weißer Arbeiter war, ist ja die III. Internationale eine Internationale aller Arbeiter der Welt.

Trotzdem das Negerproblem hauptsächlich ein wirtschaftliches Problem ist, wird es durch die Reibungen zwischen der weißen und der schwarzen Rasse verschlimmert und vertieft. Wir finden, daß der spezielle Antagonismus der weißen Arbeiter gegenüber den schwarzen Arbeitern besondere Formen annimmt. Es gibt in der ganzen Welt 150 000 000 Neger, von denen leben 25 000 000 in der neuen Welt und der Rest in Afrika. Die Neger sind für den amerikanischen Kapitalisten eine Quelle billiger Arbeitskraft. Und die kapitalistische Klasse bedient sich ihrer für die „weißen Garden“ gegenrevolutionärer Erhebungen. Die Ausbeutung der Neger in Afrika gab die Möglichkeit für die Fortsetzung der Akkumulation des Kapitals. Organisationen, wie die Rockfeller Gründung oder die Urban League, führen Propaganda für die Bourgeoisie und gegen die weißen Arbeiter unter den Negern.

Die drei wichtigsten Negerorganisationen sind: 1. die „Nationale Vereinigung der Farbigen“, eine Organisation, die sich hauptsächlich aus von bürgerlichen Intellektuellen geführten proletarischen Elementen zusammensetzt, und die Besserung der Lage der Neger anstrebt (was praktisch ja nur eine Bettelei ist); 2. die Garvey-Vereinigung, eine ultranationalistische Organisation, die das Rassenbewußtsein der Neger geweckt hat, und 3. die „Afrikanische Blutsbrüderschaft“, eine radikale Negerorganisation, deren Programm auf der Abschaffung des Kapitalismus aufgebaut ist. Sie war die einzige, die während der Rassenkämpfe in Tulsa (Oklahoma) einen tapferen Kampf führte. In Afrika gibt es verschiedene — nationalistische — Organisationen, wie z. B. die äthiopische Vereinigung, die jedoch alle von Amerika aus geleitet werden.

In Amerika gibt es ungefähr 450 Negerzeitungen und -Zeitschriften. Der „Chicago Defender“ hat allein eine Wochenaufgabe von 250 000.

Die Negerfrage ist für uns von größter Wichtigkeit. Von den 12 Millionen Negern, die in den Vereinigten Staaten leben, sind 2 Millionen in den nördlichen Industriebezirken beschäftigt und die anderen 9—10 Millionen leben im Süden. Obwohl die Sklaverei aufgehoben ist, besteht überall das System der sogenannten Schuldknechtschaft. Die Neger haben keine politischen Rechte; die Lynchjustiz wird immer noch ausgeübt. Die amerikanischen Gewerkschaften haben seit den letzten Jahren darauf bestanden, daß ein Neger, selbst ein gelernter Arbeiter, wegen seiner Hautfarbe der Gewerkschaft nicht beitreten darf. Wenn man zu einem Neger von der Notwendigkeit spricht, ein Radikaler zu werden, bekommt man die Antwort: „Predige doch nicht mir, predige

doch den Weißen...“ Redner begründet die These über die Negerfrage und schlägt vor, daß die „These der Kolonialfrage“ auch auf das Negerproblem angewandt wird.

1. Der IV. Kongreß anerkennt die Notwendigkeit der Unterstützung jeder Form der Negerbewegung, die den Kapitalismus oder Imperialismus entweder unterhöhlt und schwächt, oder sein weiteres Vordringen verhütet.

2. Die Negerarbeiter sollten überall organisiert werden und wo schwarze und weiße Arbeitermassen Seite an Seite existieren, sollte jede Gelegenheit zur Bildung einer Einheitsfront ausgenutzt werden.

3. Die Arbeit unter den Negern soll hauptsächlich von Negern ausgeführt werden.

4. Es sollen augenblicklich Schritte unternommen werden, um eine allgemeine Negerkonferenz oder -Kongreß nach Moskau einzuberufen.“

MACKAY (Amerika): Genossen, die Negerfrage nimmt gegenwärtig im wirtschaftlichen Leben der Welt eine ganz besondere Stellung ein. In jedem Lande, wo Weiße und Schwarze nebeneinander arbeiten, hat der Kapitalismus stets die eine Rasse gegen die andere ausgespielt. Es scheint, daß die internationale Bourgeoisie die Negerrasse im Kampfe gegen die Weltrevolution verwenden will. Großbritannien hat Negerregimenter in den Kolonien die auch im letzten Weltkriege gezeigt haben, was sie leisten können. Frankreich hat eine Negerarmee von 300 000 Mann. In Amerika ist die Situation dieselbe. Die Bourgeoisie des Nordens weiß, wie gut die Neger für ihre eigene Befreiung im Sezessionskriege und im Spanisch-Amerikanischen Kriege unter Roosevelt gekämpft haben. Der amerikanische Kapitalismus mobilisiert die ganze schwarze Rasse gegen die organisierte Arbeiterschaft. Die Lage der Neger ist schlimmer als seinerzeit die Lage der Juden und Bauern in Rußland unter dem Zarismus.

Ich bin überzeugt, daß die Neger genau so wie alle anderen unterdrückten Rassen auch den Weg nach Moskau finden werden. Als im Jahre 1919 die III. Internationale ihr Manifest veröffentlichte, gab es in Amerika mehrere radikale Gruppen von Schwarzen, die diese Propaganda unter den Negern verbreiteten. Bei dieser Gelegenheit haben die amerikanischen Neger zum erstenmal begriffen, daß Karl Marx für sie kämpfte.

Wenn die amerikanische Workers Party tatsächlich eine Arbeiterpartei wäre, die auch die Neger umfaßt, so müßte sie z. B. im Süden illegal sein, weil sie farbige Mitglieder hat. Wir haben im Staate Virginia dennoch eine Ortsgruppe der Workers Party, der auch Neger angehören. Das ist ein Anzeichen für die Arbeit, wie sie im Süden geleistet werden muß. Um die virginischen Gesetze zu umgehen, müssen die Genossen hinter geschlossenen Türen zusammenkommen.

Zum Schluß gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß es der internationalen Bourgeoisie nicht gelingen wird, die Neger im Endkampfe gegen die Weltrevolution auszunutzen.

Vorsitzender macht die Mitteilung, daß die von der Negerkommission ausgearbeitete Resolution, die, ihrer Fassung nach, ziemlich theoretisch ist, an die Kommission zurückverwiesen werden soll, damit sie abgeändert werde.

DREIUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 25. NOVEMBER 1922, ABENDS.

Vorsitz: *Marchlewski*.

Redner: *Mestscherjakow, Lauridan, Henriet, Chintschuk*.

DIE GENOSSENSCHAFTSFRAGE.

MESTSCHERJAKOW (Rußland): Schon der 3. Weltkongreß legte die Thesen fest, nach denen die Kommunisten verpflichtet waren, in den Genossenschaften zu arbeiten. Nach den Vorschlägen Preobraschenskis auf dem 3. Kongreß waren alle Kommunisten verpflichtet, in den Genossenschaftlichen Zellen zu bilden, um die einzelnen Sektionen von Genossenschaften zu einer kommunistischen Genossenschafts-Internationale zusammenzuschließen.

Auf dem 1. Internationalen Genossenschaftstag, der vom 1. bis 7. November in Moskau tagte, ergaben die Berichte aus den einzelnen Ländern, daß in den westeuropäischen Ländern der Genossenschaftsfrage nicht die genügende Wichtigkeit beigemessen wird. In einzelnen Fällen haben die Genossen nicht einmal Direktiven von seiten der kommunistischen Parteien, daß und wie sie in den Genossenschaften zu arbeiten haben. Und dennoch ist gerade das Genossenschaftswesen in Verbindung mit der Frage der Einheitsfronttaktik als außerordentlich wichtiges Mittel zu betrachten.

Es ist jetzt der Augenblick der Eroberung der Genossenschaften gekommen. Holland ist leider eines derjenigen Länder, in denen die Kommunisten mit dem Genossenschaftswesen absolut nichts zu tun haben. Dort, wo sich die Kommunisten für die Genossenschaftsarbeiten interessieren, sehen wir auch in kurzer Zeit die Erfolge hiervon. In Deutschland z. B. gibt es bereits ein kommunistisches Genossenschaftsorgan für das ganze Reich. Die K.P.D. hat einen systematischen Feldzug in der Genossenschaftsbewegung unternommen. Aber trotzdem darf man sich mit den bisher in Deutschland errungenen Erfolgen keineswegs zufrieden geben. Auch die *Tschechoslowakei* gehört zu den Ländern, wo nunmehr ernstlich damit angefangen wird, zielbewußte kommunistische Arbeit in den Genossenschaften zu leisten. Das einzige Land jedoch, in dem das Genossenschaftswesen vollkommen in der Hand der Kommunisten ist, ist Bulgarien.

Redner begründet die

RESOLUTION ZUR GENOSSENSCHAFTSFRAGE,

in der es u. a. heißt:

1. Alle kommunistischen Parteien müssen unbedingt den Beschluß verwirklichen, der bestimmt, daß alle Parteimitglieder auch Mitglieder von Konsumgenossenschaften sein und in diesen Organisationen kommunistische Arbeit leisten müssen. In jeder genossenschaftlichen Organisation müssen die kommunistischen Genossenschaftler geheim oder öffentlich eine kommunistische Zelle bilden. Die Zellen sind zu Bezirksorgani-

sationen und diese wiederum zu einer gesamtationalen Organisation zusammenzufassen, an deren Spitze eine besondere Genossenschafts-Sektion des Zentralkomitees der kommunistischen Partei des betreffenden Landes steht. Die gesamte Arbeit der Kommunisten in den Genossenschaften ist auf der Grundlage der strengsten Disziplin und unter Leitung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei zu leisten.

2. Sowohl die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien als auch alle kommunistischen Genossenschaftler müssen mit aller Energie den Kampf gegen die genossenschaftlichen Illusionen aufnehmen, die darin bestehen, daß behauptet wird, die Genossenschaftsbewegung sei auf Grund ihrer eigenen Kräfte imstande, die sozialistische Ordnung auf dem Wege eines langsamen Hineinwachsendens in den Sozialismus ohne Machtergreifung durch das Proletariat zu verwirklichen, oder durch ihre alten Methoden, die Lage der Arbeiterklasse wesentlich zu verbessern. Ein ebenso energischer Kampf muß gegen das Prinzip der angeblichen politischen Neutralität der Genossenschaften geführt werden, hinter der sich in Wirklichkeit die geheime Unterstützung der Politik der Bourgeoisie und ihrer Lakaien verbirgt.

3. Neben einer energischen Teilnahme am politischen und wirtschaftlichen Kampf des revolutionären Proletariats müssen die kommunistischen Genossenschaftler in ihren Organisationen eine reine genossenschaftliche Arbeit leisten, um der letzteren den Charakter zu verleihen, den die neuen Verhältnisse und die neuen Aufgaben des Proletariats erfordern: Vereinigung der kleinen Genossenschaften zu großen Verbänden, Verzicht auf das Prinzip der Gewinnverteilung, das zur Schwächung der Genossenschaften führt, und die Verwendung des Gewinnes zur Stärkung der Macht des Genossenschaftswesens, Bildung eines Spezialfonds aus den Gewinnen zur Unterstützung von Streiks, Schutz der Interessen der Genossenschaftsangestellten usw.

LAURIDAN (Frankreich): Meiner Meinung nach sind die Thesen über die Genossenschaftsbewegung vom 3. Kongreß zu vag gehalten. Die kommunistischen Parteien haben sich mit der Arbeit in den Genossenschaften nicht genug befaßt; in Zukunft müssen wir uns vielmehr mit dieser Tätigkeit befassen.

In Frankreich haben die Reformisten nach dem Kongreß von Tours versucht, die Kommunisten aus den Genossenschaften, dort, wo sie in der Minderheit waren, auszuschließen. Dabei errichtete der kommunistische Kern eine eigene kommunistische Genossenschaft, wie es in Roubaix der Fall war. Das Resultat war ein guter Erfolg, der dazu führte, daß in der K.P. Frankreichs in gewisser Hinsicht die Ansicht besteht, daß man die reformistischen Genossenschaften verlassen und eigene kommunistische errichten müsse. Das ist eine falsche Ansicht, die unbedingt bekämpft werden muß. Das Ziel der Ausgeschlossenen muß in erster Linie sein, zu trachten, wieder in die Genossenschaften hineinzukommen.

Wir haben uns auch mit den anderen Formen der Genossenschaften zu befassen. In erster Linie nenne ich die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Selbstverständlich wird das nicht die Sozialisierung des Bodens bedeuten, aber der Zusammenschluß dieser Landwirte bedeutet schon die Bekämpfung des Individualismus. Die Produktions-

genossenschaften können im kapitalistischen Staate schwerlich etwas anderes tun als kapitalistisch produzieren. Die Partei muß eine klare Stellung zu dieser Form der Genossenschaften einnehmen.

In Nordfrankreich spricht man jetzt davon, eine Arbeiterbank zu errichten, in die der Arbeiter seine Ersparnisse legen soll, mit denen dann diese Produktionsgenossenschaften finanziert werden könnten. Seit dem Kriege ist in Nordfrankreich eine andere Form der Genossenschaften entstanden. Eine Anzahl Leute hat sich zusammengetan, um mit der Wiederaufbautätigkeit zu beginnen. Auch hier muß die Partei eine klare Stellung einnehmen, weil diese Genossenschaften nichts anderes sind, als eine modifizierte kapitalistische Form. Diese Aufbau-genossenschaften werden wahrscheinlich im Laufe der Zeit in eine andere Form übergehen. Die kleinen Besitzer der wieder aufgebauten Häuser werden sich zu einer Reparaturgenossenschaft für die Bauten zusammenschließen, die schließlich von der Bourgeoisie ausgenutzt werden kann, indem zwischen den kleinen Hausbesitzern und den besitzlosen Arbeitern ein Gegensatz konstruiert wird. Wenn wir nichts anderes tun können, müssen wir wenigstens trachten, alle diese Elemente zu neutralisieren, da sie, wenn sie der Bourgeoisie in die Hände fallen, im Laufe der Zeit doch zu konterrevolutionären Elementen werden.

HENRIET (Frankreich): Die Genossenschaftstagung in Moskau, die vor der Eröffnung dieses Weltkongresses stattfand, hat leider gezeigt, daß die Kommunisten der Genossenschaftsfrage zu wenig Interesse entgegenbringen.

Damit sich eine Produktivgenossenschaft entwickeln kann, bedarf sie dreier Dinge: 1. genügend Kapital, 2. Techniker und erfahrene Verwalter, 3. ein Absatzgebiet für die Produkte. Diese drei Bedingungen sind jedoch in den Produktionsgenossenschaften, die die Arbeiter unter der kapitalistischen Herrschaft organisieren, äußerst selten zu finden. In einer so verworrenen Epoche wie der unsrigen, sollten sich die kommunistischen Genossen wohl überlegen, bevor sie an die Gründung solcher Organisationen gehen. Ich halte es auch für wichtig, unsere Genossen vor den Aufbaugenossenschaften zu warnen, denn diese Gilden sind nichts anderes, als gewöhnliche Produktivgesellschaften, mit dem Unterschied, daß ihre Statuten nicht die Verteilung des Gewinns unter ihren Aktionären vorsehen, und daß sie häufig die Arbeitergewerkschaften selbst in ihren Bannkreis ziehen.

Redner gibt eine Übersicht über die Entwicklung des Genossenschaftsgedankens in Frankreich, und fährt fort:

Ich erblicke im Genossenschaftswesen eine andere Form der sozialen Aktion. Solange das kapitalistische System herrscht, kann das Genossenschaftswesen keineswegs das geben, wie z. B. eine Gesellschaftsordnung, wie die Rußlands, wo das Proletariat die politische Führung hat. Das Ziel der Revolution ist die Sozialisierung, was keineswegs bedeuten soll, daß alles, was sozialisiert ist, unter dem Kommunismus zustandegekommen ist. Man hat bis jetzt das Genossenschaftswesen nicht genügend berücksichtigt und verdächtigte es sogar, die Revolution verhindern zu können. Aber die russischen Kommunisten, die sich mit dem Genossenschaftswesen nicht befaßten, mußten es erleben, daß dieses von den Menschiwki, die es in ihren Händen

hielten, sabotiert wurde. Zu jener Zeit hielten die Genossenschaften drei Viertel des Lebensmittelbedarfs Rußlands in der Hand, und die Russen waren infolge des Widerstandes, der sich in den Genossenschaften geltend machte, gezwungen, das Genossenschaftswesen ganz abzubauen und es auf die Rolle des einfachen Verteilungsapparates zu beschränken. Die Folge dieser Verkenning des Genossenschaftswesens war die „Nöp“, die wir hätten vermeiden können, wenn man die Rolle des Genossenschaftswesens in der sozialen Revolution begriffen und es verstanden hätte, sich dieser Einrichtung zu bedienen.

Selbstverständlich ist das Genossenschaftswesen bloß eine provisorische Form, aber der Wert des Genossenschaftswesens ist vom sozialen Standpunkt aus unbestreitbar, besonders wenn man die Verteilung des Gewinnes abschafft und ihn zur Bildung unteilbarer kollektiver Kapitalien verwendet. So gelangt man zu einem Sozialisierungssystem mit Hilfe eines indirekten Mittels. (Zwischenruf CACHIN: Sie fallen auf den Fall Charles Gides zurück.)

Wir müssen, wie Lenin sagte, eine Übergangsperiode durchmachen. Die Diktatur des Proletariats genügt nicht, die Welt zum Kommunismus hinüberzuführen. Wir haben am Anfang der Revolution diese Durchgangsperiode nicht mitgemacht, weil wir so manch anderes Hühnchen zu pflücken hatten. Wenn Ihr jedoch die nötige Intelligenz besitzt, Euch der Mittel zu bedienen, die Euch zur Verfügung stehen, werdet Ihr die Dummheiten vermeiden können, die wir begangen haben. Ihr werdet nach der Diktatur das Genossenschaftswesen zur Grundlage all jener wirtschaftlichen Organismen machen, die noch auf kapitalistischer und individualistischer Grundlage stehen.

CHINTSCHUK (Rußland): Genosse Lauridan hat Unrecht, wenn er uns den Vorwurf macht, daß wir die Produktivgenossenschaften vergessen hätten. Wir haben uns mit dieser Frage in der Resolution nicht befaßt, weil wir sie noch nicht studiert hatten. Wir sprachen darüber auf der Konferenz der kommunistischen Genossenschaftler und nahmen eine Resolution an, deren § 11 besagt: „Die Produktiv- und Kreditgenossenschaften, die fast immer Verbände der Kleinbourgeoisie und daher außerstande sind, den Kampf gegen das Kapital zu führen, sind dazu verurteilt, zugrundezugehen oder sich in kapitalistische Aktiengesellschaften zu verwandeln.“

Wir verweisen diese Frage vor den 5. Internationalen Kongreß, dem wir einen besonderen Resolutionsentwurf unterbreiten werden. Henriet hat Unrecht, wenn er sagt, daß wir jetzt deshalb die „NÖP“ haben, weil wir vorher kein Genossenschaftswesen hatten. Der Zweck der „NÖP“ ist, den Staatskapitalismus aufzubauen und dazu kann das Genossenschaftswesen nicht beitragen.

Henriet hat Recht, wenn er sagt, daß vor der Revolution richtig entwickelte kommunistische Genossenschaften die Aufgabe der Revolution wesentlich erleichtert hätten, die „NÖP“ wäre jedoch trotzdem unvermeidlich gewesen. Das Genossenschaftswesen käme hierbei nicht in Betracht.

Jedenfalls tun wir jetzt in Rußland unser Möglichstes, um den Genossenschaftsverband zu verallgemeinern und ihn auf Bulgarien auszudehnen, das ihm nicht angehört. Auch stimmen wir mit Ihnen

darin überein, daß die Kommunisten in den Genossenschaften verbleiben müssen, daß wir die Genossenschaften ebenso erobern müssen, wie wir die Gewerkschaften erobern müssen.

Der Versuch, eine separierte Genossenschaftsbewegung zu schaffen, wie z. B. in Ägypten, kann niemals gelingen; sie muß in ihrer Gesamtheit erobert werden.

Die Kommunisten verstehen die Wichtigkeit des Genossenschaftswesens noch nicht vollkommen. Wir sahen, daß im Jahre 1919, als die Sowjetregierung gezwungen war, die Verteilung der Produkte mit Hilfe der Genossenschaften durchzuführen und diese sich in den Händen unserer Gegner befanden, wir gezwungen waren, statt uns mit der Verteilung der Produkte zu befassen, den Kampf gegen unsere Gegner zu führen, sie einzukerkern usw. Dies zerstörte die Arbeit des Genossenschaftswesens, die Leute waren unzufrieden und bekamen nichts. Wenn Sie derartige Schwierigkeiten vermeiden wollen, müssen Sie sich des Genossenschaftswesens vor der Machtergreifung bemächtigen.

VIERUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 27. NOVEMBER 1922 VORMITTAGS.

Vorsitz: *Neurath.*

Rednerinnen: *Clara Zetkin, Hertha Sturm, Smidowitsch, Kasparowa.*

CLARA ZETKIN (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Das Internationale Frauensekretariat für die kommunistische Arbeit unter den Frauen ist nichts anderes als ein Hilfsorgan der Exekutive der K.I. Es verfolgt einen doppelten Zweck: die Frauen, die bereits von der kommunistischen Idee erfüllt sind, ideologisch und organisatorisch fest in die Sektionen der K. I. einzugliedern, und die Frauen, die noch nicht von der kommunistischen Idee erfüllt sind, für diese zu gewinnen und zu allen Aktionen und Kämpfen des Proletariats heranzuziehen.

Es hat sich eines herausgestellt. Bei aller Arbeit unter den Frauen bedürfen wir besonderer Organe. Gewiß! Die kommunistische Arbeit unter den Frauen soll nicht Frauensache sein, sondern Sache der K.P. jeden Landes. Aber es hat sich als eine Forderung der Zweckmäßigkeit herausgestellt, daß in ihren besonderen Organen für die kommunistische Frauenarbeit in erster Linie und am besten Frauen tätig sind. So gut wir mit einer besonderen Psychologie der kleinbäuerlichen Massen rechnen müssen auf Grund ihrer konkreten Lebensverhältnisse, so müssen wir auch mit einer besonderen Psychologie der breitesten Frauenmassen rechnen. Es ist uns gewiß auch jeder Mann bei der besonderen kommunistischen Arbeit unter den Frauen willkommen.

Während des letzten Jahres hat sich der Wert der Frauenorgane sowohl positiv als negativ gezeigt. Positiv in Bulgarien und Deutschland, wo die Frauensekretariate darauf hinwirkten, die Kommunistinnen

zu organisieren und zu schulen und die schaffenden Frauen in die sozialen Kämpfe zu führen. Vor allem aber ist von höchster Wichtigkeit, was unsere russischen Genossinnen durch die Frauenabteilung mit Hilfe und im Einvernehmen mit der Partei und von ihr geleitet, geleistet haben.

Die negativen Beispiele werden gegeben durch die geringe Beteiligung der Frauen am kommunistischen Parteileben und des weiblichen Proletariats an den Kämpfen ihrer Klasse in Ländern, wo Frauensekretariate etc. fehlen oder wieder aufgelöst worden sind. In Polen hat es die Partei bis jetzt abgelehnt, Sonderorgane für die Arbeit unter den Frauen zu schaffen. Aber bei den letzten Sejmwahlen hat sich gezeigt, daß die Reaktion in den unaufgeklärten Frauenmassen eine feste Stütze hatte. Auch in England hat die K.P. unter Berufung auf ihre schwachen materiellen Kräfte eine planmäßige Bearbeitung der Proletarierinnen abgelehnt. Aber Genossinnen haben aus eigener Kraft mit bescheidenen Mitteln Veranstaltungen zur politischen Schulung der kommunistischen Frauen geschaffen, und diese Veranstaltungen haben gute Resultate erzielt.

Eine besondere Erwähnung verdient *Frankreich*. Im Schatten der Parteikrise hat die Parteileitung die Auflösung des Frauensekretariats und die Einstellung des Frauenblattes „L'Ouvrière“ beschlossen. In Italien hat sich im letzten Jahr ohne große Schwierigkeiten die Eingliederung der Kommunistinnen in die Partei und die Schaffung der nötigen Sonderorgane vollzogen. In Holland ist es gelungen, die besondere Frauenorganisation, die dort bestand, aufzulösen. Sie umfaßte zum Teil neben Kommunistinnen anarchistische und anarchistische Elemente. Die kommunistischen Mitglieder sind der K.P. Hollands eingereiht worden. In Norwegen ist die Einreihung der Kommunistinnen in die kommunistische Partei noch nicht vollständig gelungen. Auch in Schweden bestehen noch Sonderorganisationen, die ebenso wie in Norwegen, Überbleibsel der alten starken frauenrechtlerischen Vergangenheit darstellen.

Es ist Tatsache, daß in dem Nahen wie in dem Fernen Osten die Frauen der Mühseligen und Beladenen anfangen zu erwachen, um sich um das kommunistische Banner zu sammeln. Was besagt das? Daß der Kapitalismus der Welt seine letzten Reserven verliert, die Länder vorkapitalistischer Kultur, Länder, die der kolonialen Herrschaft unterworfen sind. In manchen Ländern, zumal in den romanischen, wird uns versichert, man könne keine nennenswerte revolutionäre Arbeit unter den Frauen leisten, da der Einfluß der kirchlichen Gesinnung und die alten Traditionen zu übermächtig seien. Genossinnen und Genossen! Was im Osten möglich ist, das ist auch für uns im Westen ein Beweis. Das geschichtliche Milieu ist gewiß mächtig, aber nicht allmächtig. Unsere Erkenntnis und unser Wille können es bezwingen und ändern. Wenn wir nicht diese Überzeugung hätten, wären wir keine Marxisten, keine revolutionären Kämpfer.

Überall ist ein Anschwellen der Frauenmassen festzustellen, die die Aktionen der K.I. und ihrer einzelnen Sektionen mitgetragen haben. Das hat sich besonders bei zwei internationalen Aktionen gezeigt. Die eine davon ist der Internationale Frauentag. Er hat in diesem Jahre in erheblich größerem Umfange stattgefunden, als in den letzten zwei

Jahren. Und gerade er hat in helles Licht gerückt, daß es nicht eine Sonderveranstaltung von Frauen, nicht Frauensache ist, sondern Partei-sache, Parteiaktion.

Die andere internationale Aktion, an der wir beteiligt waren, war die Internationale Arbeiterhilfe für Sowjetrußland. Bei beiden Aktionen war der besondere Zweck Ausgangspunkt politischer Aktivität. Sowohl die Forderungen der Frauen für Mutter- und Kinderschutz etc., wie auch die Praxis der Solidarität mit Sowjetrußland wurden auf politische Aktionen, auf politischen Kampf zugespitzt.

Es haben natürlich in den verschiedenen Ländern die Kommunistinnen jeden Anlaß benutzt, um proletarische Frauenmassen zu wecken und anzuwerben. So war z. B. in Deutschland der Kampf gegen den sogenannten Abtreibungsparagraphen der Ausgangspunkt einer sehr weitreichenden, erfolgreichen Kampagne gegen den bürgerlichen Staat. Alle Kampagnen und Aktionen unsererseits sind im Zeichen der proletarischen Einheitsfront durchgeführt worden. Die Umstände sind besonders günstig, um auch nicht proletarische Frauen, sowohl berufstätige wie Hausfrauen um das Banner des Kommunismus zu sammeln. Des Lebens Nöte greifen heute mit grausamer Faust in die Kasse und an das Herz vieler Frauen, die bis dahin unter der Herrschaft des Kapitals eine einigermaßen gesicherte Existenz geführt haben. Die Seele der Frauen ist nicht so beschrieben, wie die der Männer. Sie ist noch oft ein unbeschriebenes Blatt. Es wird uns in der Folge verhältnismäßig leichter sein, die bisher indifferenten Frauenmassen ohne Durchgang durch frauenrechtlerische, pazifistische und andere reformistische Vereinigungen unmittelbar in unseren Kampf hinein-zureißen.

Unsere bulgarischen Genossinnen haben Vereine von sympathisierenden Frauen gegründet. Unsere Genossinnen in Italien sind daran gegangen, diesem Beispiel zu folgen. Dieses Beispiel muß in allen Ländern nicht nur beachtet, sondern befolgt werden.

Welcher Unterschied ergibt sich für die kommunistische Arbeit unter den Frauen in den Sowjetrepubliken und in den Staaten, die noch vom Kapitalismus beherrscht werden? In den Staaten mit kapitalistischer Klassenherrschaft wirkt die Gewerkschaftsbewegung für die Massen als Produzenten, die Genossenschaftsbewegung im Kampf gegen Wucher- und Schieberkapital. Durch beide sind die Frauen zu gewinnen.

Ich muß auf die bedeutsame Rolle aufmerksam machen, die die Kommunistinnen und die mit uns sympathisierenden Frauen überall dort spielen, wo die Illegalität die einzige Form des Kampfes ist. Die Genossen werden da nicht vorwärts kommen können, ohne daß sie auch die Frauen auf ihrer Seite haben. Die Turiner Proletarierinnen haben gezeigt, daß wir, wo der Faschismus sich breit macht, auf die opferbereite Unterstützung der Frauen zählen können. Bei der letzten Demonstration in Turin marschierten bewaffnete Proletarierinnen auf unter einem roten Banner mit der Inschrift „Rosa Luxemburg“.

Die Unreife und Schwäche der Frauen in der politischen Bewegung ist nur ein Reflex der Unreife und Schwäche in den Reihen der Kommunisten im allgemeinen. Sie erklärt sich hauptsächlich aus der Jugend unserer Sektionen. Ernste Arbeit wird diese Schwäche überwinden.

Gerade in dieser Zeit halte ich es für besonders notwendig, auf die klarste, tiefste, grundsätzlichs-te Schulung der Frauen bedacht zu sein. Es gilt, mit Arbeit jede Stunde und jede Minute zu nutzen, um für die Weltrevolution bereit zu sein und bereit zu machen. Seien wir bereit und machen wir die proletarischen Massen bereit, auf daß sie die Welterschöpfer des Kommunismus werden. (Lebhafter Beifall.)

HERTHA STURM: Während das weibliche Proletariat heute mehr als die Hälfte des Proletariats stellt, während insbesondere nach dem Krieg das Zahlenübergewicht der Frauen im Alter von 20—45 Jahren, das für die politische Arbeit hauptsächlich in Frage kommt, gegenüber den Männern ziemlich bedeutend ist, stellen die Frauen innerhalb der kommunistischen Parteien einen viel geringeren Prozentsatz, im großen Durchschnitt vielleicht 10%. Wir haben z. B. in der Tschechoslowakei mit 36 000 weiblichen Mitgliedern 20% der Mitgliedschaft insgesamt, in Deutschland mit rund 35 000 weiblichen Mitgliedern 11—12% der Gesamtheit, in Norwegen mit 15 000—16 000 weiblichen Mitgliedern 15% der Gesamtheit. Im Gegensatz dazu steht eine andere Gruppe von Parteien, unter denen Frankreich, Italien, England und Belgien als Beispiele dienen mögen: in Frankreich insgesamt 1800 weibliche Mitglieder — das sind 2% der Gesamtheit, — in Italien 350—400 — das sind ungefähr 1½%. In England ist die Zahl der weiblichen Mitglieder noch kaum festgestellt; jedenfalls aber ist auch hier die absolute Zahl wie der Anteil der Frauen, der Prozentsatz außerordentlich niedrig. Es stellen in Deutschland in der größten Ortsgruppe, Berlin, die Frauen etwa 20%, gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 12%. In der Tschechoslowakei haben wir im deutschen Kreise Außig, der seit altersher eine gut organisierte Frauenbewegung aufweist, das Maximum von 50% gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 20%.

Aus diesen Beispielen folgt, daß je intensiver die Arbeit innerhalb der K. P. ist, um so weiterreichend auch ihr Einfluß auf die Frauenmassen ist. Es ist aber noch eine andere Tendenz zu beobachten, besonders in der Tschechoslowakei und Norwegen. Die Frauen, die schon durch die sozialdemokratische Bewegung politisch erfaßt waren, wurden hier organisatorisch in die kommunistische Bewegung hinübergeleitet, während in den schwachen kommunistischen Arbeiterparteien jedes Mitglied sozusagen individuell gewonnen werden mußte. Ein Hemmnis ist immer noch die Ideologie in den breiten Massen der Arbeiterschaft, jene Ideologie, die klassisch zum Ausdruck kam auf dem internationalen Kongreß zu London 1865, ein Jahr nach der Gründung der 1. Internationale, als die Streitfrage sich entspann, ob unter „Arbeiter“ auch die Arbeiterinnen mit zu verstehen seien. Der französische Delegierte prägte damals die Maxime: Dem Manne die Arbeit und das Studium der sozialen Probleme, der Frau die Sorge für die Kinder und die Verschönerung des Heims des Arbeiters.

Wir sehen, wie ungeheuer schwierig es ist, die Frauen für den Kommunismus zu gewinnen. Die Organisierung der Frauen ist eine Aufgabe, für deren Anerkennung, um deren Durchsetzung erst gekämpft werden mußte. Andererseits sind die Frauen wenig geschulte Kämpferinnen, die in die Partei gekommen sind. Aus diesem Gesichtspunkt

heraus sind die Frauen-Ausschüsse in den kommunistischen Parteien gegründet worden.

In England ist bis zum heutigen Tag kein zentraler Frauenausschuß am Sitz der Parteileitung geschaffen worden. In ganz Frankreich sind bis heute nur etwa 15 Frauenausschüsse da. In der Tschechoslowakei hat nur $\frac{1}{10}$ aller Ortsgruppen weibliche Mitglieder und nur 2%, im ganzen 47, besitzen Frauenausschüsse. Es ist unmöglich, mit dem heutigen kleinen Stamm der tätigen Genossinnen die ungeheure Fülle der vor uns stehenden Aufgaben zu erfüllen. Es muß das Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, die bereits in der Partei organisierten, aber noch nicht erfahrenen Genossinnen für die Arbeit zu schulen. Die Arbeit unter den Frauen muß vor allem ein Glied der allgemeinen Bewegung werden. Die Genossinnen beklagen sich, insbesondere in den romanischen Ländern, daß die Genossen ihre Arbeit nicht anerkennen und sie nicht unterstützen. Genossen, das sind Kinderkrankheiten, das sind Anfangsstadien, durch die wir alle einmal hindurchkommen. In „L'Ouvrière“, auch in der „Campagna“ finden wir Artikel, wo die Genossinnen den Genossen auseinandersetzen, daß die Frau auch ein menschliches, dem Manne gleichberechtigtes Wesen sei. Auch im englischen „Communist“ haben wir derartige Artikel gesehen. Unsere Organe in der Frauenbewegung sind noch zu schwach, um in großem Maßstabe internationale Frauenaktionen durchzuführen, wenn nicht die ganze K. P. mit allen ihren Kräften hinter diesen Aktionen steht. Wir müssen z. B. in England den Schwerpunkt darauf legen, die arbeitslosen Frauen in und mit der Masse der Arbeitslosen zu mobilisieren und für unsere Idee zu gewinnen. Wir müssen in allen Ländern die Frauen in die Kämpfe für die Einheitsfront gegen die Offensive des Kapitals hineinstellen. Wir müssen in Deutschland speziell die Frauen in der Betriebsrätebewegung auf die Beine bringen. Kurzum, wir müssen dahinstreben, überall die Frauen der Arbeiterklasse in die *allgemeinen* Kämpfe des Proletariats einzugliedern.

Die wichtigste Aufgabe ist die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften. Es ist kein Zufall, daß Bulgarien die Organisation der Arbeiterinnen in den Betrieben und Gewerkschaften am besten durchgeführt hat: hier ist die Zusammenarbeit zwischen der Partei und den Gewerkschaftskomitees genau geregelt. Eine besondere Rolle spielt die Gewerkschaftsarbeit noch in den illegalen Ländern, wie z. B. in Finnland und Rumänien. Genossen, die Notwendigkeit, die Mobilisierung der Arbeiterinnen durchzuführen, zwingt uns, die Gewerkschaftsarbeit überhaupt planmäßig aufzubauen, d. h. die Kommunisten müssen hier unbedingt am wichtigsten Teile der allgemeinen Parteiarbeit positiv mitarbeiten. Gleichzeitig mit dem Aufbau der Zellen müssen wir die gewerkschaftlich organisierten Kommunisten eingliedern und ihnen die Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen zur Aufgabe stellen. Die kommunistischen Gewerkschaftlerinnen müssen mit den Frauenausschüssen der Partei in engster Fühlung stehen.

Noch ein Wort zu den Konsumgenossenschaften. Sie bieten uns ein Feld, auf dem wir neue, breite Massen erfassen können, die uns in den Betrieben und Gewerkschaften nicht zugänglich sind. Jetzt bei der großen Teuerung und dem Massenelend sind die Konsum-

genossenschaften überhaupt die berufenen Organe für Aufklärungsarbeit unter den Frauen.

Ein letztes Wort zur Presse. Wir haben in der Internationale eine ziemlich ausgedehnte Frauenpresse; was deren Inhalt betrifft, so spiegelt sie natürlich alle Schwächen der kommunistischen Frauenbewegung wieder. Ein Extrem ist die holländische Frauenzeitschrift „De Voorbode“, die zu wenig an die konkreten Nöte anknüpfte und zu wenig Verständnis für die ungeschulten Massen hatte. Inzwischen hat sich das Blatt gebessert. Das andere Extrem zeigte sich in dem Brünner Kreisblatt „Zena“ (Tschechoslowakei), das umgekehrt, um große Popularität zu gewinnen, dem Sensationsbedürfnis der Massen allzu sehr Rechnung trug. Es sind Anzeichen dafür da, daß wir aus finanziellen Gründen gezwungen sein werden, in einem gewissen Umfang die Frauenzeitungen abzubauen, aber wir müssen versuchen, daß wir auch in die allgemeinen Spalten der Parteipresse hineindringen und in all die übrigen Organe der Partei, in die Gewerkschaftsblätter, in die wissenschaftlichen Zeitschriften usw. usw.

Die Perspektiven für die Frauenbewegung sind günstig; sie werden wachsen mit der Entwicklung der Kommunistischen Internationale in ihrer Gesamtheit.

SMIDOWITSCH (Rußland): In Rußland ist in jeder kommunistischen Betriebszelle ein Genosse mit der politischen Arbeit unter den Frauen betraut. Die Arbeiterinnen eines jeden Betriebes nehmen regelmäßig zwei- bis dreimal jährlich in ihrer Frauengeneralversammlung Delegiertenwahlen vor, und diese Delegierten werden dann durch die Frauensektionen zu Delegiertenkonferenzen einberufen. Die Zahl solcher Delegierten beträgt in ganz Rußland gegen 70 000. Diese Delegiertenversammlungen sind zu einer Art praktischer politischer Schule geworden. Die Delegierten werden zu praktischer Arbeit in verschiedenen Organen des Sowjetapparats entsandt. Alle Delegierten sind verpflichtet, vor ihren Wählerinnen Rechenschaft abzulegen.

Die K. P. R. zählt in ihren Reihen 29 773 Arbeiterinnen. Die Zahl der Arbeiterinnen in den Gewerkschaften wächst mit jedem Jahr. Wir besitzen etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen Arbeiterinnen, die Mitglieder der Gewerkschaften sind. Eine bedeutende Anzahl Arbeiterinnen sind Mitglieder der Betriebskomitees und der Verwaltungsräte der Gewerkschaften. Auch in den Zentralkomitees der Gewerkschaften sitzen Frauen. Auf Initiative der Frauensektionen hin, bildeten die arbeitslosen Frauen Genossenschaften der weiblichen Arbeitslosen. Tausende von Arbeiterinnen blieben auf diese Weise unter dem Einfluß der Partei.

In allen unseren Städten und Dörfern besitzen wir Genossenschaften für Stricken, Weben, Näharbeit und Spitzenklöppelei u. a. mehr. Wir suchen die verstreuten Heimarbeiterinnen in Genossenschaften zu vereinigen und stellen sie unter den Einfluß der Partei. In Petrograd sind 24 000 Mütter zu einer Genossenschaft „Mutter und Kind“ vereinigt. Die politische Agitation und Propaganda unter den Bäuerinnen gründet sich auf deren wirtschaftliche Interessen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Genossenschaft.

Die Zahl der während der letzten Wahlen in die Sowjets gewählten Frauen beträgt nach noch unvollständigen Berichten 2000.

Das Zentralkomitee der Sowjets hat 9 weibliche Mitglieder. An den Arbeiterfakultäten studieren 3683 Frauen; eine bedeutende Anzahl hat auch die kommunistische Universität bezogen. Das Z. K. der K. P. R. veröffentlicht zwei Zeitschriften für Frauen; in der Provinz erscheinen ungefähr 60 Arbeiterinnenblätter.

Diese ganze ungeheure Arbeit unter den Arbeiterinnenmassen ist nur unter der Diktatur des Proletariats möglich. Die Oktoberrevolution hat die Lage der Arbeiterinnen radikal geändert und ihnen ebenso wie der Bäuerin weite Perspektiven geöffnet. Die erwachte Arbeiterin beweist eine durchaus kommunistische Gesinnung. Ich fordere die Genossen der anderen kommunistischen Parteien auf, die Agitation und Propaganda unter den Arbeiterinnen mit größtem Fleiß zu betreiben; ihre Teilnahme an der Einheitsfront verheißt Erfolg im endgültigen Kampf.

KASPAROWA (Rußland): Seit dem 2. Weltkongreß der K. I. traten im Orient folgende Erscheinungen ein: 1. die Entwicklung des Kampfes gegen den Imperialismus in allen kolonialen und halbkolonialen Ländern unter Ausdehnung dieser Bewegung auch auf die Frauenmassen; 2. der Beginn einer proletarischen Klassenbewegung fast in allen Ländern des Orients und die gleichzeitige Bildung kommunistischer Parteien. Zugleich bemerken wir eine immer stärker werdende aktive Teilnahme der Frauen. So haben wir in Japan 3 047 902 Arbeiter und 3 225 363 Arbeiterinnen bei einer Bevölkerung von 28 042 395 Männern und 27 918 145 Frauen. Im Jahre 1911 zählte in Britisch-Indien die werktätige Bevölkerung ungefähr 101 825 424 Männer und 47 359 582 Frauen von insgesamt 320 600 000 Einwohnern. Davon waren in der Industrie 11 500 000 Männer und 6 000 000 Frauen beschäftigt. In Ägypten, wie auch in Syrien steigt die Zahl der Arbeiterinnen in den Baumwollfabriken und den Seidenspinnereien, ebenso wie in der Tabakindustrie beständig. Auch in China, wo die Industrie schwächer entwickelt ist, haben wir über 200 000 Fabrikarbeiterinnen.

An den Streiks in Japan in den Jahren 1918—1920 waren große Frauenmassen beteiligt; ebenso am großen Weberstreik in China 1921. In Indien hatten wir nach dem Weberstreik in Bombay und in Ahmedabad 1916 den Streik der Madura-Fabrik in Madras im Jahre 1920 (700 Arbeiterinnen), dann den Streik der Porzellanfabrik in Bombay, wo 1922 die Organisation des Allindischen Gewerkschaftsbundes der Arbeiterinnen entstand.

In allen Orientländern, wo eine starke nationale revolutionäre Bewegung besteht, wie in Korea, Indien, Ägypten und sogar in der Türkei, nimmt die Frau an ihr regen Anteil. So hat uns die Entwicklung bei den Frauenmassen der Orientvölker ein fruchtbares Terrain für kommunistische Propaganda und Agitation geschaffen. Die Erfahrungen im Sowjetkaukasus und Turkestan lassen sich auch auf die übrigen Gebiete des Ostens übertragen.

Die antiimperialistische Einheitsfront, ebenso wie die Arbeiterinnen-Einheitsfront kann nur unter Hinzuziehung der breitesten Frauenmassen verwirklicht werden. (Lebhafter Beifall.)

DIE RESOLUTION ZUR FRAUENFRAGE

lautet u. a. wie folgt:

Der 4. Weltkongreß billigt die Tätigkeit des Internationalen Kommunistischen Frauensekretariats in Berlin in der Berichtszeit.

Das Internationale Kommunistische Frauensekretariat hat sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeit der organisierten Kommunistinnen in den verschiedenen Ländern international zu verbinden. Seine gesamte Tätigkeit geschah in stetem, festen Einvernehmen mit der Exekutive der K. I. und unter ihrer Leitung. In dem Vordergrund des Wirkens stand der Kampf zur Verteidigung der dringendsten Bedürfnisse. In den Sowjetstaaten war dagegen das Bestreben, die Arbeiterinnen und Bäuerinnen zum Aufbau des proletarischen Staates heranzuziehen.

Der Wert und die Unentbehrlichkeit besonderer Organe für die kommunistische Arbeit unter den Frauen ist auch erwiesen durch die Tätigkeit des Frauensekretariats für den Osten.

Der 4. Weltkongreß der K. I. muß leider feststellen, daß einige Sektionen ihre Pflicht nicht oder nur unvollständig erfüllt haben, die kommunistische Arbeit unter den Frauen planmäßig zu fördern und fordert die betreffenden Sektionen nachdrücklichst auf, das Versäumte schleunigst nachzuholen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

FÜNFUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 28. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS

Vorsitz: Neurath, später Marchlewski, Clara Zetkin.

Reder: Hoernle, Krupskaja, Cachin, Gennari, Smeral, Radic.

DIE ERZIEHUNGSFRAGE.

HOERNLE (Deutschland): Genossen und Genossinnen! Die Kommunistische Internationale kann ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie ihre Politik streng marxistisch fundiert. Schon aus diesem Grunde ist es notwendig, daß sie eine sorgfältige theoretische Schulung ihrer Mitglieder und Funktionäre vornimmt. Diese politische Erziehungsarbeit ist aber auch schon deshalb notwendig, weil die kommunistischen Parteien alle junge Parteien sind. Die Massen der Parteimitglieder leiden heute noch unter den Nachwirkungen und Überresten der alten kleinbürgerlichen und reformistischen Ideologie.

Das Schwergewicht der kommunistischen Parteiarbeit liegt nicht bei einer kleinen Anzahl von Führern, sondern bei den Massen der Mitglieder. Die Form, in der die Partei ihre Arbeit leistet, die Arbeit in Fraktionen und Zellen erfordert, daß jedes einzelne Mitglied ein Minimum von politischer Kenntnis, von marxistischer Schulung und auch von formaler Fähigkeit, wie Redegewandtheit, Beherrschung der Versammlungstechnik usw. besitzt.

Die reformistische Bildungsarbeit wendet sich in erster Linie an den individualistischen Egoismus des Einzelnen. Sie liefert dem Arbeiter fertige Resultate in schlechter Popularisierung, die zweifel-

haften Früchte bürgerlicher Wissenschaften. Die kommunistische Bildungsarbeit zeigt hingegen dem Proletarier die Klassenbedingtheit der ganzen bürgerlichen Wissenschaft und sagt der gesamten bürgerlichen Wissenschaft, Kunst, Moral und Religion den schärfsten Kampf an.

Die kommunistische Bildungsarbeit muß sich deshalb, weil sie ganz streng dem Kampfe dient, gewisse Schranken auferlegen. Sie muß eine gewisse Auslese des Bildungstoffes vornehmen, in dem Sinne, daß sie ihre Mitglieder in die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung einführt, ihnen die Grundbegriffe des Marxismus und die Richtlinien der Kommunistischen Internationale beibringt. Daneben muß sie dort, wo die breiten Massen noch stark im klerikalen Bann stehen, sie mit der Entwicklungsgeschichte in der Natur und der Entstehung der Religion bekanntmachen. Dort, wo die breiten Massen noch Analphabeten sind, muß die K. P. sogar Elementarbildung vermitteln.

Neben der allgemein politisch-marxistischen Bildungsarbeit unter den breiten Massen der Mitglieder muß jede Partei eine spezialisierte Erziehungsarbeit unter den Funktionären leisten. Die kommunistische Bildungsarbeit soll sich auch auf die Massen außerhalb der Partei, die Sympathisierenden, die breiten Massen der Indifferenten erstrecken. Ein großer Philosoph hat das Wort geprägt: es gibt keine größere Kunst als die tiefsten Dinge in der einfachsten Weise zu sagen. Dieses Wortes müssen kommunistische Agitatoren und Propagandisten eingedenk sein.

Die kommunistischen Parteien müssen auch hineingehen in die proletarischen Bildungsorganisationen, die außerhalb der Partei stehen. Ich erinnere an die deutschen proletarischen Freidenker; in anderen Ländern nennt sich die Bewegung „Proletkult“, in England ist die „Plebs-League“. In den meisten dieser Organisationen arbeiten heute schon Kommunisten; aber diese Arbeit ist noch nicht zentral durch die K. P. geleitet. Auch in den kommunalen oder staatlichen Volkshochschulen, sogenannten Volkshochschulen usw. besteht unter Umständen die Möglichkeit einer revolutionären Tätigkeit der Partei.

Die kommunistische Bildungsarbeit unterscheidet sich ja auch wesentlich in ihren Unterrichtsmethoden von der bürgerlichen Lehre und der reformistischen Bildungsarbeit. Anstelle des Lehrvortrages muß in der Hauptsache die Form der Arbeitsgemeinschaft zwischen Schüler und Lehrer treten, bei der der Schüler aus einem passiven in einen aktiven Faktor verwandelt wird. Die kommunistische Bildungsarbeit muß im engsten Kontakt mit der täglichen Praxis und der täglichen Kampfarbeit betrieben werden. Sie muß den politischen Gesichtspunkten und den politischen Tagesinteressen untergeordnet sein. Das muß rein organisatorisch darin zum Ausdruck kommen, daß die verantwortlichen Funktionäre für die Erziehungsarbeit, die Bildungsobleute nicht aus irgendwelchen Literaten, Ästheten, Schriftstellern genommen werden, die sozusagen an der Peripherie der Partei als Schlachtenbummler der Revolution herumlaufen, sondern aus den besten politischen Funktionären und Kämpfern der Partei. Steht die Partei in einer Aktion, die jedes Mitglied an die Front ruft, so muß die ruhige theoretische Arbeit natürlich zurücktreten, um im Augenblick des Aufbaues sofort wieder stark in den Vordergrund gestellt zu werden.

Auch die schwächste Partei kann diese wenigen Forderungen erfüllen. Ein guter, praktisch bewährter Genosse wird in der Lage sein, die neuen Mitglieder, die noch politisch rückständigen Mitglieder in ihre Aufgabe einzuführen.

Ein schwerer Fehler wäre es, wenn man die Herausgabe von Lehrbüchern-Kursus-Dispositionen, Leitfäden der Initiative einzelner Ortsgruppen, Personen oder Verlagsanstalten der Partei überlassen würde. Auch hier vor allem Zentralisation. Die Ortsgruppen der Partei sind verpflichtet, durch Schaffung von Büchereien dem Mangel an Büchern abzuwehren. Die Zentralstelle, die eine Partei für die Leitung der Bildungsarbeit schafft, muß neben der Herausgabe von Leitfäden, Muster-Dispositionen usw. auch versuchen, die vorhandenen revolutionären oder revolutionär-gesinnten Künstler, Schauspieler, schriftstellerischen Kräfte zu organisieren zur Arbeit im Dienste der kommunistischen Propaganda. Zur Bildungsarbeit gehört unter allen Umständen auch die Bildungsarbeit unter den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterkindern.

Die Kommission macht dem Kongreß den Vorschlag, bei der Exekutive der K. I. eine Sektion einzurichten, die die Bildungssekretariate der einzelnen Parteien international leitet. In welcher Form das geschehen soll, mag Gegenstand späterer Erörterungen sein. Aber wir halten es für notwendig, daß aus den einzelnen Parteien praktisch bewährte und theoretisch geschulte Genossen die Möglichkeit erhalten, hier am Sitz der Exekutive eine wirklich marxistische Durchbildung zu erhalten. Dem Mangel an marxistisch-wissenschaftlich geschulten Genossen in allen Ländern soll eben die Akademie hier am Orte abhelfen. (Lebhafter Beifall.)

KRUPSKAJA (spricht von den russischen Erfahrungen): In seiner Schrift „Was tun?“ entwickelte Gen. Lenin vor 20 Jahren den Standpunkt, daß jedes Parteimitglied nicht nur das Programm der Partei annehmen, sondern auch *aktiv* sein muß. Diese Frage ist ja auf dem 2. Kongreß der Partei, 1903, die Ursache der Parteisplaltung zwischen den Bolschewiki und Menschewiki gewesen. Auf den ersten Blick schien der Unterschied nicht groß; aber unsere Partei hat nur dadurch großen Einfluß auf die Massen und aus diesem Grunde den Sieg erringen können, weil ihre Parteimitglieder aktive Mitglieder sind.

Die Frage der Agitation wurde für uns zum ersten Male aktuell am Ende der neunziger Jahre. Die Richtung der Zeitschrift „Rabotschaja Mysl“ (Arbeitergedanke) überschätzte die Bedeutung der unmittelbaren elementaren Bewegung der Arbeiter und glaubte gar, daß die Theorie überhaupt nicht notwendig sei. Unsere Partei führte damals einen energischen Kampf gegen diese Richtung. Die Richtung des „Rabotscheje Djelo“ (Arbeitersache) behauptete, daß die Agitation nicht vertieft werden müsse, daß man nur der Arbeiterklasse zu folgen brauche. Die Leningruppe des Blattes „Iskra“ (Funke) führte gegen diese Richtung einen leidenschaftlichen Kampf. Der Marxismus half der Partei, die Bedeutung der Agitation richtig einzuschätzen.

Die Partei verstand es, alle Mittel der Agitation auszunützen. Ich möchte hier auf eine Form der Agitation hinweisen, die besonders während des Krieges zu großer Entwicklung gelangte, nämlich die Agitation mit Hilfe der Kunst. Der Arbeiter, die Arbeitermasse denkt

weit mehr in Bildern als in logischen Folgerungen, und aus diesem Grunde übt eine künstlerische Agitation durch Plakate und Musik und das Theater auf die Werktätigen eine unwiderstehliche Wirkung aus.

Die K. P. R. trennte nie die Frage der Agitation und Propaganda von ihrer grundlegenden Aufgabe. Jetzt, nachdem die Partei legal geworden ist, ist unsere ganze Aufklärungsarbeit, unsere ganze Tätigkeit in den Gewerkschaften von denselben Traditionen durchdrungen, wie wir sie in der illegalen Zeit hatten. Gegenwärtig sehen wir, daß die Masse sich auf das Gebiet des Denkens zurückzog; sich in sich selbst zurückzog. Die Gesamtaufmerksamkeit ist auf die Beschaffung einer materiellen Basis für die Errungenschaften der Revolution konzentriert; aber diese Frage ist eng verbunden mit der Änderung des Personalbestands, der Hebung der Masse auf eine höhere Kulturstufe.

Wir leben jetzt gerade in einer Periode, in der eine tiefe, innere, unmerkliche Arbeit im Gange ist. Die Arbeiterklasse, die Arbeiterjugend Rußlands widmet sich jetzt mit allen Kräften dem Lernen. Wenn die Weltrevolution in Europa aufflackert, dann können wir hoffentlich behaupten, daß wir fertig dastehen werden. (Stürmischer Beifall.)

Der Kongreß schreitet zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

DER VERTRAG VON VERSAILLES.

CACHIN: Genossen, wir haben hier die Folgen des Vertrages von Versailles und der übrigen Verträge, die auf ihn folgten, zu untersuchen.

Frankreich ist gegenwärtig, sagen seine Machthaber, das konsolidierteste Land Europas. Die französische Bourgeoisie mimt offiziell in chronischer Weise die größte Seelen- und Gemütsruhe. Aber man rechnet für die nächste Zukunft — nach 3—4 Jahren — mit dem Eintreten eines Zeitpunktes, da das französische Budget kaum genügen wird, um die Zinsen der Gesamtschuld zu bezahlen. Vom Budget 1929—1930, sagte der Berichterstatter des Budgets im Parlament, wird nichts übrig bleiben, um die Kosten der staatlichen Dienstzweige zu decken. Bis 1922 kam keine einzige Goldmark nach Frankreich, keine einzige Wareneinfuhr; die deutschen Zahlungen in Gold, die etwas mehr als eine Milliarde betragen, wurden an Belgien und England geleistet. Frankreich hat bisher ungefähr 80 Milliarden als Vorschuß an seine Kriegsbeschädigten ausbezahlt; es unterhielt am Rhein seit Dezember 1918 eine Armee von 90 000 Mann, die 12 Milliarden Goldfrank kostet.

Unter solchen Verhältnissen ist es begreiflich, daß Frankreich nunmehr angefangen hat, den Glauben an das alte Dogma der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu verlieren. Die letzten Kundgebungen des Parlaments und der bürgerlichen Presse beweisen, daß man gegenwärtig die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung ganz anderen Zielen zulenken will. Es scheint im gegenwärtigen Augenblick — und das sind die Aussichten der Konferenz von Brüssel, daß das kapitalistische Frankreich auf das Trugbild der Geldzahlungen verzichtet und seine Hoffnungen auf die Okkupation und die wirtschaftliche Ausbeutung des linken Rheinufer richten wird. Unter dem linken Rhein-

ufer versteht man auch das Ruhrgebiet, und zwar nicht bloß jenes Gebiet, das schon okkupiert ist.

Die Idee der unbegrenzten Okkupation des linken Rheinufer nimmt gegenwärtig immer mehr feste Gestalt an. Man sagt, daß es notwendig sei, die „Sicherheit Frankreichs“ zu wahren. Und da weder England noch Amerika den von ihnen 1919 verlangten Garantiepakt unterzeichnen wollten, müsse Frankreich selber durch seine Armee auf dem linken Rheinufer seine ständige Sicherheit wahren.

Es ist unsere Pflicht, gegen diese Politik ständig zu protestieren. Der Vertrag von Versailles hat durch seine Forderungen im großen Umfange zum Zustandekommen der gegenwärtigen finanziellen Lage, zur äußersten Entwertung der meisten europäischen Valuten beigetragen. Es erübrigt sich, die allen Kommunisten geläufig gewordenen Folgen des Versailler Vertrages aufzuzählen. Wir müssen die Tatsache feststellen, daß die als am intelligentesten bezeichnete Bourgeoisie sich als völlig unfähig erweist, dem Devisensturz, der die bürgerliche Welt andauernd zerrüttet und die sozialen Krisen verschärft, Abhilfe zu tun.

Es ist notwendig, daß die Aktionen der beiden großen am unmittelbarsten von dieser Lage berührten Proletariate: Deutschlands und Frankreichs, immer häufiger im Einklang und Zusammenhang miteinander gebracht werden. Es ist notwendig, daß die vereinigten Delegationen des Kongresses sich verständigen und in Erwartung der schwereren Folgen, die die Konferenz von Brüssel für Europa mit sich bringen wird, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Es ist unumgänglich notwendig, daß hier eine großangelegte Aktion, eine gemeinsame Bewegung vorbereitet werde, die unter allen möglichen Formen und mit der größten Energie gegen den Vertrag von Versailles geführt werden muß. Dies ist ein konkreter und unverzüglich zu verwirklichender Vorschlag, den ich dem Kongreß vorlege. (Beifall.)

Vorsitzende CLARA ZETKIN begrüßt den Gen. Gennari, der, von den Faschisten verwundet, gerade eingetroffen ist; es wird ihm ein Platz im Präsidium angeboten.

GENNARI dankt für die Begrüßung. Das Wort zur Fortsetzung der Debatte erhält dann

SMERAL (Tschechoslowakei): Der Friede von Versailles hat den tschechoslowakischen Staat geschaffen. Infolgedessen lebt ein großer Teil der Bevölkerung in der Illusion, der Versailler Frieden sei ein Element des geschichtlichen Fortschritts. In Wirklichkeit sollte die Tschechoslowakei ein Vasallenstaat der kapitalistischen Großmächte der Entente werden. Es war kein Zufall, daß in Versailles in die Grenzen des neugeschaffenen tschechischen Staates unverhältnismäßig viel *anderssprachige* Bevölkerung einverleibt wurde, deren Selbstbestimmungsrecht nicht berücksichtigt wurde. Die Machthaber der Entente haben sich dabei nach der Losung der Reaktion im früheren Österreich-Ungarn gerichtet: „Teile und herrsche!“ Die tschechoslowakische Majorität wird schon aus innerpolitischen Gründen ein starkes Heer unterhalten müssen, das im Ernstfall eines kriegerischen Konfliktes der Entente zur Disposition stehen wird. Der Krieg endete in Mittel- und Osteuropa mit der Balkanisierung dieses Gebietes. In der Tschechoslowakei besteht ein technisch guter industrieller Apparat für den Kon-

sum von 70 Millionen; das Land hat aber nur 14 Millionen Einwohner. Der Versailler Frieden führt in seinen Konsequenzen im großen direkt zum Abbau der schon existierenden Produktionsmittel.

Auch in den nationalen Kreisen der tschechischen Bourgeoisie herrscht das Gefühl der Unsicherheit über das weitere Schicksal der Nation. Die tschechischen Arbeiter erkennen und werden immer mehr erkennen, daß der Versailler Friede die nationale Frage nicht gelöst hat und daß er für sie als Klasse direkt ein Unglück bedeutet. Im Munde der Bourgeoisie sind die Worte über die „Rechte der Nationalitäten“, die seitens der Bourgeoisie als politisches Ziel des Weltkrieges ausgegeben worden waren, nur eine Phrase und Lüge. Die nationale Frage wird erst dann gelöst werden, wenn die Kräfte der kapitalistischen Anarchie in der Produktionskonkurrenz überwunden werden. Diese Losung, die eine universale Föderation der Sowjetstaaten anstrebt, beginnt in erster Linie für Mitteleuropa und für die Balkanländer akut zu werden. Sie ist das Gegenteil der Rückkehr zum früheren Österreich-Ungarn, an dessen Wiedergeburt die konservativen klerikalen Gruppen in Frankreich und England wieder zu denken beginnen. Nur die rücksichtslose, internationale, koordinierte revolutionäre Aktion der Arbeiter und armen Bauern wird die monarchistischen konterrevolutionären Kräfte besiegen. Auch für die Lösung der nationalen Frage in Mittel- und Osteuropa ist die unumgängliche Vorbedingung der Sieg der sozialen Revolution. (Beifall.)

RADIC (Jugoslawien): In ganz Europa und besonders im Donaubecken und auf der Balkanhalbinsel ist eine unmögliche Lage geschaffen worden. Der Balkan und das Donaubecken, die eine ökonomische Einheit bilden, sind in viele Staaten zerteilt, von denen jeder starke nationale Minderheiten umfaßt. Die nationalistischen Krankheiten erwachen wieder, und die Bourgeoisie, besonders die der neugebildeten Staaten versucht, ihre imperialistischen und räuberischen Klasseninteressen als gemeinsame nationale Interessen hinzustellen. Die Nationalprobleme sind durch die Versailles-Neuilly-Trianon-Verträge noch komplizierter und schärfer geworden. Bei der Durchführung der Agrarreform werden die nationalen Minderheiten ausgeschlossen, in kultureller Hinsicht bleiben sie unberücksichtigt. In Mazedonien kämpfen die Bulgaren und Albanesen gegen die imperialistische Politik der serbischen Bourgeoisie mit der Waffe in der Hand; die Deutschen und Ungarn wehren sich durch passive Resistenz und planmäßige Sabotage. Ein klassisches Beispiel bietet Jugoslawien, wo die Kämpfe zwischen Serben und Kroaten, die einem und demselben Volke angehören, einen solchen Umfang angenommen haben, daß die stärksten kroatischen Parteien mit der Parole der vollen Selbständigkeit auftreten.

Die serbische Bourgeoisie ist an der integren Durchführung der Verträge von Versailles, Trianon, Neuilly interessiert wegen der Reparationen, die den Serben garantiert sind. Die Bourgeoisie Kroatiens und anderer Gebiete sind nicht unmittelbar an der Frage der Reparationen interessiert und stehen in scharfer Opposition zur Regierung. Das hat sich am besten während der Konferenz in Genua gezeigt, als sich die Kroaten mit separaten Memoranden an die Konferenz wandten.

Ein Blick auf die Balkaninsel und das Donaubecken zeigt klar die vollkommene Absurdität aller Friedensverträge seit 1913. So ist

z. B. Fiume, der beste und beinahe einzige Zugang zum Meere für das nordwestliche Jugoslawien und Ungarn, de facto von Italien besetzt. Derselbe Fall ist mit Saloniki, das der beste Hafen für die ganze Balkanhalbinsel ist und mit sehr kleinem Hinterlande im Besitz von Griechenland steht, ohne daß es für den griechischen Handel von Wert wäre. Das industrielle Österreich ist von seinen Nahrungsmittel- und Rohstoffquellen vollkommen abgetrennt und dadurch lebensunfähig geworden. Die Rolle der Kleinen Entente gegenüber Sowjetrußland ist ausgesprochen unversöhnlich. Jetzt befinden sich z. B. in Jugoslawien die Reste der ehemaligen Wrangelarmee. Diese Armee, ihre Schulen und anderen Institutionen werden von Jugoslawien und Frankreich finanziert und stellen einen Staat im Staate dar.

Die neueste Krise im Nahen Osten versucht Jugoslawien auszunutzen, um sich Saloniki zu bemächtigen. Im großen und ganzen dominiert in dieser Krise die französische Orientierung auch Rußland gegenüber. Unter den obwaltenden Verhältnissen muß es die Aufgabe der kommunistischen Parteien sein, das gesamte revolutionäre Proletariat für den Kampf gegen den imperialistischen Frieden und gegen imperialistische Kriege zu mobilisieren. Die Lösung aller Streitfragen auf dem Balkan und im Donaubecken liegt nur in einer föderativen Sowjetrepublik der Donau- und Balkanländer. (Lebhafter Beifall.)

Es wird vorgeschlagen, ein *Begrüßungstelegramm* an den *Allindischen Gewerkschaftskongreß in Lahore* abzusenden. Nachdem das Telegramm verlesen ist, wird der Vorschlag einstimmig *angenommen*.

SECHSUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 29. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: *Marchlewski*.

Redner: *Murphy, Keller, Connolly, Friedländer, Eberlein*.

MURPHY (England): Der Versailler Vertrag ist kein Friedensvertrag, sondern ein Kriegsvertrag. Wir können ihn bloß als eine Fortsetzung des imperialistischen Krieges betrachten. Es war keine Versammlung von Freunden, sondern eine Diebsversammlung, wo jeder gierig nach der Beute langte. Zu diesem Zweck „balkanisierten“ sie Europa und schufen eine Anzahl kleiner Staaten, die sie „Sanitätskordon“ benannten, um die russische Revolution an ihrer Weiterverbreitung nach Westeuropa zu verhindern.

Die letzten 12 Monate waren Zeuge des ungeheuren Kapitaleexports nach Indien und des schnellen Wachsens der einheimischen indischen Industrien. Im Laufe von 12 Monaten haben die Textilmaschinenbauer ihren Export nach Indien um 400% erhöht, während die britischen Blätter offen erklärten, daß die in Britannien als Stahlmagnaten wohl bekannten *Cammel Lairds* in Indien Anlagen einrichten würden, um den billigsten Stahl der Welt zu produzieren.

Diese Entwicklung verfolgt zwei verschiedene Richtungen: die eine führt zu den Märkten des Orients, die andere unmittelbar gegen das

Proletariat des Occidents. Wo wäre billigere Arbeitskraft erhältlich als in den Ländern des Ostens? Und während das Lebensniveau des Proletariats Englands und Europas ständig im Sinken begriffen ist, sehen wir das Kapital nach Osten strömen, nicht nur, um neue Märkte zu erobern, sondern auch, um auf diese Weise das Proletariat des Heimatlandes zu besiegen.

Aber der französische Imperialismus blickt ebenfalls nach Osten und setzt den Kampf fort, der, seitdem Britannien Teile Indiens der französischen Herrschaft entwunden und den Suezkanal an sich gerissen hat, all diese Jahre hindurch angedauert hat. Die gegenwärtige Krise des Nahen Ostens und die Lausanner Konferenz bilden die moderne Fassung der Schwierigkeiten, die bis in die Zeit der ersten Kämpfe des französischen und britischen Imperialismus zurückgreifen.

Der Kampf zwischen Frankreich und Britannien wird sowohl im Westen als auch im Osten immer schärfer werden. Infolge des Versailler Vertrags ist Frankreich allmählich sowohl zu einem Industrieland als auch zu einem Agrarland geworden. Es hat jetzt Aussicht, in der Stahlproduktion das zweite Land der Welt zu werden (an erster Stelle steht Amerika). So wird Frankreich ein scharfer Konkurrent Englands an Deutschlands Stelle. Der Versailler Vertrag hat sich darum als Vertrag herausgestellt, der noch andere Fragen als nur die Reparationsfrage erhebt. Mit Hilfe dieses Vertrages raubte Britannien nicht nur Deutschlands Kriegsflotte, sondern auch seine Handelsflotte. Laut Vertrag hat Deutschland monatlich 2 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich zu liefern. Der Erfolg davon war eine Überschwemmung Frankreichs mit Kohle, und der britische Kohlenexport war erstickt. Dann erfolgte ein wütender Angriff auf die Grubenarbeiter, die man zu entsetzlichen Lebensverhältnissen herabzwang. Und was sehen wir in Frankreich? Schließung der Gruben, Angriff auf die Löhne und eine Überhäufung des ganzen Marktes mit britischer und Reparationskohle.

Durch die Balkanisierung Europas wurden die Massen Westeuropas in Bewegung gesetzt und die Orientvölker geweckt. Hier muß die K. I. mit der Arbeit ansetzen. Der Versailler Vertrag führt den Weltkrieg oder die Weltrevolution herbei. Ihm ein Ende bereiten, hieße dem Imperialismus ein Ende bereiten, und die einzige Waffe, mit der man dem Imperialismus ein Ende machen kann, ist die Weltrevolution.

KELLER (Polen): Ganze Generationen hindurch, im Verlauf des ganzen 19. Jahrhunderts galt der Name Polen als Pseudonym der Insurrektion. Marx und Engels waren bekanntlich glühende Anhänger der Wiederherstellung Polens. Aber seither ist in Polen infolge des Aufblühens des Kapitalismus eine neue Ära, eine neue Revolution gemacht worden. Die besitzenden Klassen, mit der Großbourgeoisie an der Spitze, verzichteten auf die traditionellen Tendenzen der nationalen Unabhängigkeit. Als in Polen die Arbeiterbewegung einsetzte, spielten die patriotischen Traditionen ihr gegenüber eine ausgesprochen reaktionäre Rolle. Nach dem Sturz des Zarismus, nach der Aufrichtung der proletarischen Regierung in Rußland, beeilten sich die besitzenden Klassen Polens, durch die Errichtung eines bürgerlichen und reaktionären, und sodann unabhängigen polnischen Staates, sich zu isolieren.

Der Entente handelte es sich darum, Sowjetrußland durch einen Damm vom übrigen Europa zu trennen. Polen wird in der Hand der Entente zu einem mächtigen Kriegsinstrument gegen die russische Revolution. Auch nach der Niederlage sämtlicher Kriegsunternehmungen gegen Sowjetrußland verschwand der Interventionsplan gegen Rußland aus dem Programm Pilsudskis nicht.

Die Zerstückelung Sowjetrußlands, die Separation der Ukraine, Weißrußlands, des Kaukasus, die Schaffung eines Kranzes von unabhängig genannten Staaten, von Finnland angefangen über Estland, Lettland, Litauen und Rumänien bis zu Georgien unter der Hegemonie eines mächtigen Polen im Zentrum — das sind für Pilsudski und seine Freunde die einzigen wirklichen Garantien der Unabhängigkeit ihres Vaterlandes.

Es ist auch natürlich, daß Polen durch seine Leiter und Schutzmächte in ein ungeheures militärisches Lager verwandelt worden ist. Hieraus folgt eine immer zunehmende Abhängigkeit Polens von den Briganten der Entente. Das französische Kapital, das Polen die Okkupation Oberschlesiens zugesichert hatte und die endlose Okkupation Ostgaliziens duldet, eignete sich als Entlohnung die schlesischen Bergwerke und Betriebe und die galizischen Mineralölquellen an.

Die Grenzen des imperialistischen Polens umfassen jetzt 40 % nichtpolnischer Volksrassen: Deutsche, Ukrainer, Juden, Litauer, Weißrussen. Als militaristischer Staat führt Polen einen unerbittlichen Krieg gegen jedelei Selbständigkeitstendenz.

Weit davon entfernt, der polnischen Nation die Unabhängigkeit zu gewähren, hat der Friedensvertrag von Versailles und der französisch-polnische Vertrag von 1921 aus Polen eine Kolonie gemacht. Der französische Gesandte in Polen interveniert regelmäßig in allen inneren Angelegenheiten des Landes, und zwar stets im reaktionärsten Sinne. Eine polnische Regierung, die den Mut und die Kraft hätte, diese Bande zu zerreißen, würde schon dadurch eine revolutionäre Handlung von größter Tragweite vollbringen. Wenn also das polnische Proletariat für die Aufhebung des Friedensvertrages von Versailles kämpft, erfüllt es nicht nur seine internationale Pflicht, sondern kämpft auch für seine eigene Befreiung, für seine eigene Revolution.

CONNOLLY (Irland): Als der Versailler Friedensvertrag entworfen wurde, war die irische nationalrevolutionäre Bewegung noch nicht in den entscheidenden Kampf gegen die englische Herrschaft in Irland eingetreten. Die kleinbürgerlichen Führer glaubten noch an die Macht der „Gerechtigkeit“ und an die 14 Punkte. Sie schickten ihre Delegierten zu der Versailler Konferenz, aber, dort sahen sie sehr schnell ein, daß jede Hoffnung, von dem Obersten Rat nationale Unabhängigkeit zugesprochen zu bekommen, vergeblich war. Daraufhin beschlossen die irischen Nationalrevolutionäre sich selbst durch Anwendung von Machtmitteln zu helfen. Nach den 2½ Jahre währenden entschlossenen Versuchen, Irland zu unterjochen, verhandelte Lloyd George mit den Führern der revolutionären Bewegung. Die Folge dieser Unterhandlungen war der berühmte englisch-irische Vertrag vom 6. Dezember 1921. Dieser Vertrag hatte nur die oberen Schichten der irischen Bourgeoisie für England gewonnen, und zwar gegen Entgelt eines

Anteiles an der Ausbeutung des Proletariats und der Bauernschaft Irlands.

Das Resultat des Vertrages war praktisch dasselbe wie das der Versailler Friedensverträge. Statt der Nation Frieden und Harmonie zu bringen, brachte er Chaos, Bürgerkrieg und das Anwachsen der revolutionären Kräfte im Lande. In Irland wütet ein beispielloser Terror. Der Bürgerkrieg wird am intensivsten verdeutlicht durch den bewaffneten Kampf zwischen der Armee des Freistaates und den irischen Republikanern. Der Freistaat und seine Armee sind Vertreter des britischen Imperialismus und genießen die Unterstützung der Grundbesitzer, des Finanzkapitals und der irischen Kapitalisten; auf der anderen Seite genießt die republikanische Armee die Unterstützung einer großen Masse der landlosen Bauern und der noch nicht klassenbewußten Arbeiter.

Dieser Kampf berechtigt uns zu dem Glauben, daß er sich in einen Klassenkampf für die Diktatur des Proletariats umwandeln wird. Dies ist der Hauptgedanke betreffs der republikanischen Bewegung in Irland, und die Unterstützung dieser Bewegung gegen den Freistaat muß als Teil des internationalen Kampfes gegen den Versailler Friedensvertrag aufgefaßt werden.

FRIEDLÄNDER (Österreich): Österreich kann als das klassische Beispiel des Bankrottes der Friedensverträge bezeichnet werden. Und was jetzt in Österreich vor sich geht, ist in eminentem Maße eine internationale Angelegenheit.

Es ist nämlich eine internationale Aktion für Österreich im Gange, die eigentlich im internationalen Maßstab gegen die Arbeiterklasse Österreichs gerichtet wird. Der Völkerbund demonstriert derzeit an Österreich, was er ist, nämlich die maskierte Konterrevolution. Verschiedene Entente-Staaten haben den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um zur Erleichterung ihrer eigenen Wirtschaftslage Österreich vom Weltmarkt auszuschalten. Die österreichische Bourgeoisie tut dabei mit, in der Hoffnung, durch Schaffung einer kolossalen Reservearmee von Arbeitslosen die Löhne der österreichischen Arbeiter noch mehr herabzudrücken.

Das ist der Sinn der Aktion des Völkerbundes, der angeblich der Rettung Österreichs und der Beschaffung von Krediten für Österreich dienen soll. Von der Beschaffung von Krediten durch die Sieger- und Gläubigerstaaten ist gar keine Rede. Solange die Verhältnisse in Österreich nicht stabilisiert sind, hat gar keine Regierung ein Interesse daran, Österreich Kredit zu geben.

Wozu also die Genfer Kommission über Österreich? Sie dient nicht zur Realisierung von Krediten, sondern zur Realisierung der Bedingungen, die an diese Kredite geknüpft sind. Österreich soll ein reaktionärer Stütz- und Knotenpunkt für die Entente werden, ist es doch das Verbindungsland zwischen Bayern und Horthy-Ungarn, zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei, zwischen Italien und Bayern.

Die wesentlichen politischen Bestimmungen der Genfer Kommission sind: Einsetzung eines Statthalters des Völkerbundes, das österreichische Parlament soll auf 2 Jahre ausgeschaltet werden, die Ruhe und Ord-

nung soll durch verstärkte Gendarmerie und Polizei bei gleichzeitigem Abbau der aus proletarischen Elementen bestehenden Wehrmacht Österreichs aufrechterhalten werden. Jeder Arbeiter soll an Steuern und Abgaben mehr leisten als sein Einkommen von 6 Wochen beträgt. Hochschutzzölle und hohe Bahntarife werden eingeführt. Dazu kommt die Verschacherung der Staatsbetriebe an Privatkapitalisten, ein kolossaler Abbau von Staatsbeamten usw.

Die K. P. Ö. erkennt als einzigen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage Österreichs die Verhinderung der Genfer Konvention und die radikale Erfassung des Besitzes im eigenen Lande. Die kleine österreichische K. P. hat bereits eine Aktion gegen den Genfer Vertrag begonnen, sie ist aber in diesem Kampfe vollständig *isoliert*. Die österreichische Sozialdemokratie hat zwar eine Protestaktion gegen das Abkommen durchgeführt, sie denkt aber nicht daran, es zu verhindern. In der Genfer Konvention ernennt die österreichische Sozialdemokratie das, was die Otto Bauer und Friedrich Adler selbst gesagt haben.

Es ist Aufgabe der K. I. und insbesondere der K. P. der sogenannten Garantiestaaten, also der Tschechoslowakei, Italiens, Frankreichs und Englands, den Scheinkampf der Sozialdemokratie in einen wirklichen Kampf hinüberzuführen und dabei den Völkerbund und die Sozialdemokraten zu entlarven. Was in Österreich geschieht, ist übrigens auch ein *Menetekel für Deutschland*. Auf Österreich erstrecken sich die Aspirationen verschiedener Siegerstaaten. Österreich kann also der Ausgangspunkt eines neuen kriegerischen Konfliktes in Europa werden. Um so notwendiger ist es, daß die K. I. sich mit den Interessen der österreichischen Arbeiterschaft identifiziert. Die gegenwärtige Lage in Österreich kann ein Ausgangspunkt sein, um die revolutionäre Entwicklung in Mitteleuropa weiterzutreiben. (Beifall.)

BERON bringt zur Verlesung einen *Aufruf zur österreichischen Frage* an die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder, der die gegenwärtige Lage in Österreich im Zusammenhang mit dem Weltimperialismus zusammenfaßt und die Proletarier aller Länder, vor allem die Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei aufruft, ihre proletarische Solidarität gegenüber der schwerbedrohten österreichischen Arbeiterschaft auszuüben. Der internationalen kapitalistischen Front der Reaktion möge die internationale Front des Proletariats entgegenstehen.

Der Kongreß schreitet zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

REORGANISATION DES EXEKUTIVKOMITEES DER K. I. UND SEINE WEITERE TÄTIGKEIT.

EBERLEIN: Genossen, die in der Reorganisationsfrage eingesetzte Kommission schlägt Ihnen erhebliche Abänderungen der bisherigen Organisation der Exekutive vor. Das Ziel ist, den etwa noch vorhandenen föderalistischen Geist in der Organisation auszumerzen und zu versuchen, eine Exekutive zu schaffen, die die Leitung einer wirklich zentralisierten Weltpartei in die Hände nehmen kann. Daß diese Arbeit notwendig ist, daß wir mehr und mehr zu einer wirklich zentralisierten Weltpartei kommen müssen, ergibt sich für die K. I. von selbst.

Wir haben es im letzten Jahr z. B. erlebt, daß die Durchführung der Beschlüsse der verschiedenen Kongresse durch die einzelnen Sektionen nicht mit der nötigen Energie und nicht immer mit dem nötigen guten Willen vorgenommen wurde. Es ist eine wesentlich straffere Disziplin notwendig seitens der Sektionen und eine wesentlich straffere Kontrolle und ein energischeres Eingreifen seitens der Exekutive. Wir haben ferner erlebt, daß Aufrufe, die die K. I. im Interesse der Gesamtbewegung herausgegeben hat, von einzelnen Parteien nicht abgedruckt worden sind. Ein weiteres Übel hat sich darin gezeigt, daß führende Parteigenossen, wenn sie mit dem einen oder anderen Beschluß der Internationale nicht einverstanden waren, einfach demissionierten. Das sind unerträgliche Erscheinungen, die unter allen Umständen ausgerottet werden müssen.

Die Kommission bringt ferner erneut den Antrag, daß die Parteitage in Zukunft nach dem Weltkongreß wenigstens in der Regel stattfinden sollen. Ein weiterer Mißstand besteht darin, daß verschiedene Sektionen ihre Delegationen zum Weltkongreß mit gebundenem Mandat schicken. Es verstößt völlig gegen den Geist der K. I., wenn einzelne Delegationen mit gebundenem Mandat erscheinen und alle Auseinandersetzungen umsonst sind, weil die Delegationen durch ihre Partei gebunden sind, so und nicht anders zu stimmen.

Die Kommission schlägt des weiteren vor, daß in Zukunft das Präsidium und die Exekutive der Internationale nicht mehr wie bisher von den einzelnen Sektionen an den Sitz der Exekutive delegiert werden, sondern, daß sie hier vom Weltkongreß gewählt werden. Es ist also notwendig, daß nicht mehr jeder Partei und jeder Sektion es überlassen sei, den Vertreter zu schicken, den sie will, und ihn wieder abzurufen, wenn es der Partei gefällt. Erst dann werden sie als verantwortliche Mitarbeiter im Präsidium und der Exekutive der K. I. tatsächlich mitarbeiten.

Die Zusammensetzung der Leitung der K. I. schlagen wir wie folgt vor: einen Präsidenten und eine Exekutive von 24 Mitgliedern, der zwei Vertreter der Jugendinternationale angehören. Diese 25 Vertreter sollen hier auf dem Weltkongreß gewählt werden. Es ist selbstverständlich, daß die einzelnen Sektionen das Vorschlagsrecht haben. Wir schlagen ferner vor, außen diesen 25 ständigen Mitgliedern der Exekutive 10 Kandidaten zu wählen, die in ihrem Lande bleiben, bis sie als Ersatzleute angefordert werden.

Die Kommission schlägt weiter vor, daß die Erweiterte Exekutivsituation aus der Exekutive ein Präsidium wählt; die Zahl der Mitglieder steht nicht fest, es werden wahrscheinlich 9—11 Mitglieder werden. Das Präsidium, das gleichzeitig als eine Art politisches Büro zu betrachten ist, hat die politischen Aufgaben der Internationale zu lösen. Es hat ein Organisationsbüro, das wahrscheinlich aus 7 Mitgliedern bestehen wird. Die Aufgaben des Organisationsbüros sind, auf die organisatorische Gestaltung der einzelnen Sektionen einzuwirken.

Wir schlagen weiter die Einrichtung eines Generalsekretariats vor, das ein Hilfsorgan des Präsidiums sein soll, und die Errichtung einer Agitations- und Bildungsabteilung, die dem Präsidium direkt unterstehen soll. Die nächste noch zu beschließende Abteilung ist die Orientabtei-

lung. Die Erweiterte Exekutive soll alle 4 Monate zusammentreten, so daß neben dem Weltkongreß noch 2 Sitzungen stattfinden. Die Zusammensetzung der Erweiterten Exekutive denken wir uns so, daß ihr zunächst die 25 Mitglieder der Exekutive angehören, dann je weitere drei Vertreter der Parteien Deutschlands, Frankreichs, Rußlands, der Tschechoslowakei, Italiens, sowie 3 Vertreter der Jugendinternationale und der Profintern, soweit auf dem Kongreß der Profintern nicht andere Beschlüsse gefaßt werden, dann je zwei Vertreter aus England, Polen, Amerika, Bulgarien und Norwegen und je ein Vertreter aus allen übrigen stimmberechtigten Sektionen.

Als weitere Neueinrichtung schlägt die Kommission vor, daß der Exekutive das Recht zuerkannt wird, Bevollmächtigte in die einzelnen Sektionen zu schicken. Des weiteren schlagen wir Ihnen vor, die Wahl der Mitglieder der Kontrollkommission in Zukunft, von Jahr zu Jahr wechselnd, zwei Sektionen zu überweisen. Für dieses Jahr soll die deutsche und französische Kom. Partei diese Kontrollkommission bilden. Wir empfehlen, daß die größeren Parteien ihre Vertretungen gegenseitig austauschen.

Bezüglich der Abhaltung des Weltkongresses schlagen wir Ihnen vor, daß diesmal noch beschlossen werde, den Weltkongreß im nächsten Jahr wieder abzuhalten. Wir glauben, allmählich soweit zu kommen, daß wir so große Kongresse wie in diesem Jahr seltener, vielleicht alle zwei Jahre, abhalten. In der Frage der Revision des Statutes der K.I. schlagen wir vor, die Exekutive zu beauftragen, die Vorbereitungen für die Revision und Erweiterung des Statutes zu treffen. Genossen, wir hoffen, daß Sie diese Vorschläge annehmen und wir dadurch dem Ziele einen wesentlichen Schritt näherkommen. (Lebhafter Beifall.)

SIEBENUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 30. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: *Marchlewski*, später *Kolarow*.

Redner: *Bordiga*, *Kolarow*, *Grün*, *Katayama*, *Eberlein*, *Radic*, *Sascha*, *Varga*, *Felix Kon*.

BORDIGA findet im allgemeinen den Organisationsentwurf in allen seinen Teilen durchaus anwendbar. Zur Frage der Demissionen empfiehlt er das System anzuwenden, das in der K. P. I. mit Erfolg angewandt wurde, nämlich daß die Demissionen unverzüglich angenommen werden, aber derjenige Genosse, der demissioniert hat, in den nächsten ein bis zwei Jahren seinen Platz in der Partei nicht wieder einnehmen darf. Redner äußert sich ferner zu dem Vorschlag, eine zweijährige Frist zwischen den Weltkongressen einzuführen: Sollte der nächste Kongreß mit Arbeit und Fragen nicht so überhäuft sein, wie es dieser war, so wäre es richtig, diesen bedeutenden, organisatorischen und finanziellen Aufwand nicht zu wiederholen. Der Kongreß hat jedoch bis jetzt die wichtigsten Fragen nicht geklärt. So finde ich den Gedanken absurd, den 5. Weltkongreß erst in zwei Jahren abzuhalten. Ich behalte mir im Namen der Majorität der italienischen Delegation

vor, den Vorschlag zu machen, den 5. Kongreß im Sommer oder im Herbst 1923 abzuhalten.

KOLAROW weist darauf hin, daß die Kommission beschlossen habe, die Weltkongresse zwar alle zwei Jahre, den nächsten Kongreß aber schon im nächsten Jahr abzuhalten.

GRÜN (Österreich): Wenn ein großer Teil der organisatorischen Beschlüsse des 3. Kongresses bisher nicht durchgeführt werden konnte, so ist dies zu einem Teil verständlich, da die erwartete Konsolidierung der Sektionen bisher noch nicht eingetreten ist. Zu einem anderen Teil ist es aber auch aus dem Grund zu erklären, daß unser internationaler Apparat noch nicht auf den notwendigen Übergang von der ersten agitatorisch-demonstrativen Periode zur organisatorischen Periode eingestellt ist.

Wir haben noch nicht die konsolidierte internationale Partei, die ein straffes Zentralkomitee haben müßte, das ohne Rücksicht auf die Parteien gebildet wäre. Die Vorschläge der Kommission bilden den Übergang zu dem Endziele des einheitlichen Zentralkomitees. Dieses Ziel wird hoffentlich auf dem 5. oder 6. Kongreß erreicht werden. Redner wendet sich gegen den Reorganisationsplan der Kommission in dem Sinne, daß er meint, auch den kleineren und mittleren Parteien müsse die Möglichkeit gegeben werden, ihre Beteiligung an der Arbeiterexekutive auch dann zu sichern, wenn sich im Verlaufe des Jahres Änderungen in der Vertretung ergeben sollten. Die Rechte des Kongresses werden in einer ganzen Anzahl von Fällen auf die Erweiterte Exekutive übertragen, und der Erweiterten Exekutive sollte auch das Recht eingeräumt werden, in gewissen Fällen zuzulassen, daß die eine oder andere Partei ihren Vertreter auswechselt.

In diesem Sinne liegt ein Antrag der österreichischen Delegation vor.

Redner geht schließlich auf einige Einzelheiten des Reorganisationsentwurfes ein, und meint, bisher hätte die K. I. einem einfachen Werkzeug, einem Hammer geglichen; nun gehen wir zu einem anderen Betriebe über, der Präzisionsarbeit erfordert.

KATAYAMA: Genossen, die Bedeutung der K. I. ist international. Bisher haben wir zuviel Zeit mit nationalen Fragen und der Propaganda gegen die 2. und 2½. Internationale verloren. Wir wünschen eine Zentralisation der Arbeit der K. I. herbei.

In der Vergangenheit hat das Präsidium eine große, wichtige und gute Arbeit geleistet. Wir möchten jedoch, daß die Exekutive genau sowie ein Teil des Präsidiums angesehen und behandelt werde. Wenn man eine Exekutive wählt, sollte man Genossen dazu aussuchen, denen vom Präsidium Vertrauen entgegengebracht werden kann.

Nun komme ich zu der Frage des Fernen Ostens. In den nächsten Jahren wird der Ferne Osten der Mittelpunkt des Kapitalismus und Imperialismus werden. Wir im Osten sollten als ein der K. I. direkt unterstehender Teil anerkannt werden.

EBERLEIN: wendet sich in seinem *Schlußwort* gegen die Einwände der Diskussionsredner. Es beruht auf einem Mißverständnis, wenn Bordiga glaubt, daß von jetzt ab der Weltkongreß 2jährig stattfinden soll. Ferner sprach Gen. Bordiga davon, daß die demissionieren-

den Mitglieder für einige Zeit — für ein bis zwei Jahre — von der Parteiarbeit dispensiert werden sollen, also für ihre Demission gewissermaßen bestraft werden müssen.

Genossen! Dieser Auffassung sind wir nicht, schon deshalb, weil wir in der Internationale nicht einen so großen Überfluß an tüchtigen politischen Kräften haben. In unseren Vorschlägen werden Demissionen auch nicht generell verboten, sondern es wird die Zustimmung der Exekutive zu solchen Demissionen verlangt.

Wir teilen auch nicht die Auffassung des Gen. Grün, daß die Zahl der Kandidaten im Verhältnis zur Zahl der Mitglieder der Exekutive gering sei.

Wir bitten, die Thesen noch einmal genau zu prüfen und dann den Vorschlägen der Organisationskommission zuzustimmen.

RADIC beantragt im Namen der jugoslawischen Delegation, einen Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt zu erlassen, der sich gegen den *weißen Terror in Jugoslawien* wendet.

Das neueste Opfer dieses Terrors ist unser Gen. Keroschewic jun. Er wurde zum Tode verurteilt, weil er einer der Führer im Generalstreik der jugoslawischen Grubenarbeiter im Jahre 1920 war. Die jugoslawischen Genossen haben im Lande eine große Kampagne gegen dieses neueste Verbrechen eingeleitet. Die Mitglieder der 2., der 2½ und der Amsterdamer Internationale haben dagegen abgelehnt, mitzuwirken.

Die gesamte Arbeiterklasse der Welt muß ihren einmütigen Protest und dröhnenden Protestruf erheben, um die Ausführung dieses jüngsten Verbrechens der jugoslawischen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Verbündeten zu verhindern. (Lebhafte Zustimmung.)

KATAYAMA berichtet über die Beschlüsse der ägyptischen Kommission, die zu folgenden Resultaten gekommen ist:

1. Der der Kommission vorgelegte Bericht des Delegierten der Sozialistischen Partei Ägyptens ist ein genügender Beweis dafür, daß die Sozialistische Partei Ägyptens eine sich in Übereinstimmung mit der allgemeinen Bewegung der Kommunistischen Internationale befindliche wesentliche revolutionäre Bewegung vertritt.

2. Die ägyptische Kommission hält es jedoch für notwendig, daß der Anschluß der Sozialistischen Partei Ägyptens aufgeschoben wird bis:

- a) die Partei gewisse unerwünschte Elemente ausgeschlossen hat;
- b) die Partei einen Kongreß einberufen hat, auf dem der Versuch gemacht werden soll, die augenblicklich außerhalb der Partei existierenden kommunistischen Elemente in Ägypten, die die 21 Bedingungen der K. I. annehmen wollen, der Sozialistischen Partei Ägyptens zuzuführen;
- c) die Partei ihren Namen in „Kommunistische Partei Ägyptens“ umgewandelt hat.

3. Der Sozialistischen Partei Ägyptens wird somit aufgetragen, zu diesem Zweck nicht später als bis zum 15. Januar 1923 einen Kongreß einzuberufen.

Darauf schreitet der Kongreß zur Bildung einer Kommission für die *koreanische Frage*. Zu einem Bericht über die

Beschlüsse der Kommission zur Negerfrage

erhält das Wort Genossin

SASCHA: Während und nach dem Kriege entwickelte sich gegen die Macht des Weltkapitals unter den kolonialen und halbkolonialen Völkern eine Aufstandsbewegung, die immer noch erfolgreiche Fortschritte macht. Der französische Kapitalismus hat klar erkannt, daß der französische Nachkriegs-Imperialismus sich nur durch die Schaffung eines französischen afrikanischen Reiches halten kann, verbunden durch eine Trans-Sahara-Bahn. Amerikas Finanzmagnaten haben ebenfalls die friedliche Durchdringung Afrikas aufgenommen. Die Furcht Englands vor einer Bedrohung seiner Position in Afrika zeigt sich deutlich in den extremen Mitteln, die zur Unterdrückung des Randstreiks (Südafrika) angewandt wurden.

Der Neger war kein fügsamer Sklave; seine Geschichte erzählt von Aufständen und Aufruhr und unterirdischen Methoden zur Erlangung der Freiheit. Aber alle seine Kämpfe wurden in barbarischer Weise unterdrückt. Der Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten von Amerika, der ein Krieg zur Erhaltung der industriellen Vorherrschaft des Kapitals in den nördlichen Staaten war, gab den Negern die Wahl zwischen Sklaverei im Süden und Lohnsklaverei im Norden. Im Weltkriege durfte der Neger für die „Demokratie“ töten und sich töten lassen. 400 000 farbige Arbeiter wurden in die amerikanische Armee eingezogen.

Der internationale Kampf der Negerrasse ist ein Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus. Es ist Aufgabe der K. I., die Neger darauf hinzuweisen, daß sie nicht das einzige Volk sind, das unter der Unterdrückung des Imperialismus und Kapitalismus zu leiden hat, daß die Arbeiter Europas, Asiens und Amerikas auch Opfer der kapitalistischen Ausbeutung sind. Die K. I. hält es für ihre Pflicht, den Kampf der Neger gegen den gemeinsamen Feind zu unterstützen.

Rednerin verliest dann folgende Thesen zur Negerfrage, in denen es u. a. heißt:

1. Der 4. Kongreß anerkennt die Notwendigkeit, jede Form der Negerbewegung, die den Kapitalismus entweder unterminiert oder schwächt oder seinen weiteren Forderungen Hindernisse in den Weg legt, zu unterstützen.

2. Die K. I. wird für die Gleichheit der weißen und der schwarzen Rasse kämpfen, für gleiche Löhne und gleiche politische und soziale Rechte.

3. Die K. I. wird sich jedes ihr zur Verfügung stehenden Mittels bedienen, um die Gewerkschaften zu zwingen, schwarze Arbeiter aufzunehmen. Wenn dies sich als unmöglich erweisen sollte, wird die K. I. die Neger in eigenen Gewerkschaften organisieren und sich speziell der Einheitsfronttaktik bedienen, um deren Zulassung zu erzwingen.

4. Die K. I. wird sofort Schritte unternehmen, um einen allgemeinen Negerkongreß oder eine allgemeine Negerkonferenz einzuberufen.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

VARGA (Ungarn) berichtet über die Arbeit der

Redaktionskommission zur Agrarfrage.

Nach der Agrardebatte wurde eine neue Redaktionskommission eingesetzt, um Änderungen an dem vorgelegten Entwurf vorzunehmen. Diese Arbeit wurde vor allem durch einen Brief des Gen. Lenin gelenkt, in dem darauf hingewiesen wird, daß man auch den kleinsten Anschein vermeiden müsse, als ob zwischen der Resolution des 2. Kongresses in der Agrarfrage und dem jetzigen agrarischen Aktionsprogramm irgendein tatsächlicher oder auch nur scheinbarer Widerspruch bestehen würde.

Redner verliest dann die Änderungen, die vorgenommen wurden. In der endgültigen Fassung lautet das Agrarprogramm u. a. wie folgt:

1. Die große Masse der ländlichen Proletarier und armen Bauern kann nur durch eine agrarische Revolution befreit werden.

2. In diesem Kampf gegen den Staat der Großgrundbesitzer und Kapitalisten sind die arbeitenden armen Bauern und Kleinpächter die natürlichen Kampfgenossen des landwirtschaftlichen und industriellen Proletariats.

3. Um außer den landwirtschaftlichen Arbeitern auch die armen Bauern (Zwergbauern, Kleinpächter und einen Teil der Kleinbauern) für die Sache der Revolution, die Mittelbauern aber für eine wohlwollende Neutralität zu gewinnen, müssen letztere Schichten dem Einfluß und der Führung der mit den Großgrundbesitzern verbundenen Großbauern entrissen werden.

4. Die Kommunistische Partei stellt sich daher an die Spitze des Kampfes, den die arbeitenden Massen des Landes gegen die herrschenden Klassen führen.

5. Unsere konkreten Kampfesforderungen müssen sich den Interessen der einzelnen Schichten anpassen.

6. In allen Ländern, wo es ein eigentlich landwirtschaftliches Proletariat gibt, ist diese Schicht zum wichtigsten Faktor der revolutionären Bewegung auf dem Lande bestimmt. Die K. P. unterstützt, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, alle Kämpfe des landwirtschaftlichen Proletariats zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen sozialen und politischen Lage.

7. Die Kommunistische Partei kämpft gegen die Ausbeutung durch das Leih- und Wucherkapital, welches die armen Bauern in die Schuldknechtschaft zwingt; gegen die Ausbeutung durch das Handels- und Spekulationskapital; gegen die Ausbeutung durch das Industriekapital; gegen die Ausbeutung durch das private Monopol des Transportwesens, wie es vor allem in den anglo-sächsischen Ländern der Fall ist, und gegen die Ausbeutung durch den kapitalistischen Staat.

8. Die schwerste Ausbeutung erleidet aber die landarme Bevölkerung durch das Privateigentum der Großgrundbesitzer an Grund und Boden. Die K. P. unterstützt den Kampf der landarmen Bauern, um die: a) Verbesserung der Lebenslage der Teilpächter, b) Herabsetzung der Pachten für Kleinpachtungen, c) Zuteilung von Land, Vieh und Produktionsmitteln an alle landarmen Bauern.

9. Die herrschenden Klassen versuchen durch eine bürgerliche Agrarreform den revolutionären Charakter der Landbewegung zu dämpfen. Die schweren Bedingungen, welche bei einer bürgerlichen Bodenverteilung unausbleiblich den Landempfindern auferlegt werden,

ergeben aber die Grundlage für die Weiterführung der revolutionären Bewegung.

10. Eine endgültige Befreiung aller Arbeitenden auf dem Lande kann nur die proletarische Revolution bringen. Über die Art und Weise der weiteren Bewirtschaftung (nach der Revolution) des von den Grundbesitzern konfiszierten Bodens werden die Arbeitenden selbst entscheiden. In dieser Frage heißt es in den Thesen des 2. Kongresses:

„Für die fortgeschrittenen Länder erkennt die K. I. es für richtig an, den landwirtschaftlichen Großbetrieb vorwiegend beizubehalten und ihn nach der Art der Sowjetwirtschaften zu führen. In den Ländern und Gebietsteilen, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb eine relativ geringe Rolle spielt, dagegen eine große Anzahl kleinbäuerlicher Besitzer bestehen, wird die Verteilung des Landes der Großgrundbesitzer sich als das sicherste Mittel erweisen, um die Bauernschaft für die Revolution zu gewinnen.“

In organisatorischer Beziehung haben alle Kommunisten, die in der Landwirtschaft und den damit verbundenen Industrien arbeiten, in die Organisationen der Landarbeiter einzutreten, bzw. die Schaffung derselben anzustreben.

Angesichts der ungeheuren Bedeutung der armen Bauern für die revolutionäre Bewegung ist es unerläßliche Aufgabe der Kommunisten, in die Organisation der Kleinbauern (Konsum-, Kreditgenossenschaften) einzutreten, diese zu revolutionieren, die scheinbaren Interessengegensätze zwischen Lohnarbeitern und landarmen Bauern aus der Welt zu schaffen und die Aktionen dieser Organisationen in enge Verbindung mit denen des Land- und Stadtproletariats zu bringen.

FELIX KON beantragt im Namen der „Vereinigung der alten Bolschewiki“ folgende Resolution:

„Bei der Offensive des Kapitals in allen bürgerlichen Ländern steigt die Zahl der in Kerkern schmachtenden Kommunisten und parteilosen Arbeiter, die in den Kampf gegen den Kapitalismus getreten sind.“

Der 4. Kongreß fordert alle Kommunistischen Parteien auf, eine Organisation zu schaffen, die den eingekerkerten Opfern des Kapitals materielle und moralische Hilfe leistet, und begrüßt die Initiative der russischen ‚Vereinigung alter Bolschewiki‘, die eine internationale Vereinigung solcher Hilfsorganisationen zu schaffen im Begriffe ist.“

Die Resolution wird mit Beifall angenommen.

VORSITZENDER: Dem Präsidium ist ein Schreiben von einigen Genossen zugegangen, die bis jetzt der Partei der Poale Zion angehört haben. Die Genossen teilen mit, daß eine Konferenz stattgefunden hat, in der der volle Bruch mit den nationalistischen Strömungen vollzogen wurde. Die Genossen, die aus der Poale Zion ausgetreten sind, wenden sich an die Internationale, damit ihnen der Eintritt in die Kommunistischen Parteien erleichtert wird. Wir schlagen Ihnen vor, diese Frage der Liquidierung der Angelegenheiten der Poale Zion der Exekutive zu überweisen.

Der Vorschlag wird angenommen.

ACHTUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 1. DEZEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Kolarow.

Redner: Trotzki.

Die französische Frage.

TROTZKI (mit Beifall empfangen): Die K. P. Frankreichs macht jetzt eine schwere Krise durch, die merkwürdigerweise mit der Krise der französischen Bourgeoisie und ihres Staates zusammentrifft. Ich sage „merkwürdigerweise“, denn im allgemeinen pflegen gerade die Krisen der bürgerlichen Organismen eine für die Entwicklung günstige Lage zu schaffen.

Worin besteht diese Krise? Der Rückgang unserer Werbetätigkeit bedeutet noch an sich keine große Gefahr, wenn er nur vorübergehend ist und wenn er eine Folge der Tatsache ist, daß unsere Partei in ihrer ersten Periode fremde Elemente angezogen hat. Auch die Abnahme der Auflagen der Parteipresse ist vielleicht nur eine vorübergehende Erscheinung, die durch die Veränderung der politischen Lage hervorgerufen wurde.

Viel bedeutungsvoller ist das Fraktionswesen und der Fraktionskampf. Woher kommen die Fraktionen? Wer trägt die Verantwortung für dieses System? Genosse Frossard schreibt in der „Humanité“ vom 16. Juli: „Wir sind ja die wahren Haarspalter! Wir sind ja armselige Nörgler.“ Jene Genossen, die derselben Tendenz angehören wie der Gen. Frossard, bezeichnen oft die Linke als Triebkraft des Fraktionskampfes. Dieses Fraktionssystem wird aber sehr oft von den Genossen bloßgestellt, die selber einer Fraktion angehören, die aber dieses System als durchaus künstlich betrachten, als System, das in keiner Hinsicht auf Ideen beruht und das weder den politischen Fähigkeiten noch den politischen Zielen entspricht.

Ich glaube, daß es immer eine Gruppierung nach Tendenzen geben wird und daß im Augenblick der entscheidenden revolutionären Aktion die Mehrheit der Mitglieder aller Fraktionen auf derselben Grundlage zusammentreffen wird. Aber gerade durch die Aktion suchte ja die Internationale 1½ Jahre hindurch eine Umgruppierung herbeizuführen: die Aktion in den Gewerkschaften und die Aktion durch die Einheitsfront.

Man bedient sich in Frankreich des Argumentes (auch im „Temps“ kann man es lesen), daß die Internationale in Form der Einheitsfront der französischen Partei die Rückkehr zur Burgfriedenspolitik und zum Millerandismus aufgezwungen hätte. Aber noch schlimmer ist es, daß man mehr als ein Jahr gewartet hat und zuließ, daß die Dissidenten selbst sich der Idee der Einheitsfront bemächtigten. Auf die Frage, wem die Verantwortung für diese Politik zufalle, antworte ich, daß nicht die Linke, sondern leider vielleicht die Internationale selbst die Verantwortung trägt. Man konnte die Aktion nicht durchführen, weil man die Voraussetzungen dieser Aktion nicht akzeptieren wollte. So galt es, durch Polemik die ideologischen Hindernisse zu beseitigen.

Ich will Sie an eine Rede erinnern, die ich im Juli 1921 in der Erweiterten Exekutivitzung gehalten habe. Damals sagte ich zu den französischen Genossen: „Wir verlangen von Euch nicht nur formell, sondern daß Ihr in Euren Taten, in Eurem ganzen Verhalten, mit Eurem früheren Verhalten, mit Eurem Verhältnis zur kapitalistischen Gesellschaft und ihren Einrichtungen für immer brecht.“

Klingen diese Worte nicht als wären sie in diesen Tagen während der Diskussion über das Freimaurertum gesprochen worden?

Der Inhalt der Krise ist einerseits das Ergebnis der Polemik und andererseits des Kampfes, den die Internationale gegen den Konservatismus geführt hat. Es wurde oft auf die französische Tradition und den Individualismus der französischen Arbeiter hingewiesen. Nun darf aber eine Partei, die eine Partei des Kampfes sein will, sich nicht bloß auf den Standpunkt eines Geschichtsschreibers stellen, der jenseits von Gut und Böse steht und bloß die Ursachen aufdeckt. Mit Recht weist Gen. Vaillant-Courturier darauf hin, daß die kapitalistische Gesellschaft im Kriege vor dem französischen Individualismus keineswegs Halt gemacht hat. Der Individualismus ist vielleicht beim französischen Arbeiter stärker entwickelt als bei anderen Arbeitern; er hat aber auch eine großherzige Seite. Wir müssen fähig sein, an diese Großherzigkeit zu appellieren, indem wir die Perspektiven einer Aktion eröffnen.

Wir haben viel über die *Gewerkschaftsfrage* gesprochen. Sie wissen, daß im Streik von Le Havre der Bürgermeister von Le Havre, Moyer, ein bürgerlicher Radikaler, und der seitdem verstorbene Abgeordnete Siegfried interveniert haben; außerdem haben die Gewehre des Herrn Poincaré interveniert — das ist eben Politik! Nur unsere Partei hat nicht interveniert. Es gab lokale Gewerkschaften, die erklärten: „Kompromittiert uns nicht vor der Regierung, die behaupten wird, Ihr macht einen kommunistischen Streik, vielleicht sogar auf Anweisung von Moskau.“ Darauf schlich sich die Partei davon. Gen. Frossard sagte: „Die Partei konnte auf diesem Gebiete nichts unternehmen.“ Und Erneste Lafont findet eine sehr glückliche Formel, indem er sagt: „Was haben wir Advokaten uns in die Angelegenheiten der Gewerkschaften einzumengen?“ Und Gen. Jacob, der weder Advokat noch Lagardellist, sondern ein guter Kommunist und ein guter syndikalistischer Arbeiter ist, meint: „Ja, die Partei hat dort nichts zu suchen.“

Dieses Zusammentreffen ist ungemein gefährlich.

Man kann begreifen, wenn Monate, der der Partei nicht angehört, sagt: Wir sind revolutionäre Syndikalisten, d. h. wir erkennen der Gewerkschaft im revolutionären Kampfe um die Befreiung des Proletariats die Hauptrolle zu. Aber, ich verstehe weder Louzon noch Chambellan, noch Clavel, noch Orleanges, die der Partei angehören und zugleich Mitglieder der C. G. T. U. sind.

Glauben Sie im Ernst, daß die Rolle der Führerin der Arbeiterklasse der Gewerkschaft gebührt? Glauben Sie wirklich, daß die von Reformisten, Konfusionsisten und jenen Kommunisten geleitete Gewerkschaft, die sich der Disziplin und der Theorie ihrer Partei nicht unterwerfen wollen, die erste Arbeiterorganisation der Welt ist, — oder ist es vielmehr eine von kommunistischen Ideen durch-

drungene Gewerkschaft, die wir vertreten? Ihr laßt in die Gewerkschaften jene Arbeiter eintreten, die außerhalb der Partei stehen, die nicht revolutionär sind und rückständige Vorurteile hegen, z. B. die katholischen Arbeiter. Die Bedeutung der Gewerkschaft besteht eben darin, daß ihre Mehrheit aus Elementen besteht oder bestehen muß, die dem Einfluß einer Partei noch nicht unterworfen sind.

Wer muß da die Führung übernehmen?

Der große Einwand, den man uns heute entgegenstellt, ist die Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei. Jawohl, wir wollen das Bewußtsein der Arbeiterklasse den revolutionären Ideen unterordnen. Das ist unser Streben. Wir wollen das Vertrauen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gewinnen; wir wollen beweisen, daß die Kommunisten immer und überall die treuesten Elemente des revolutionären Kampfes sind.

Ist das nicht unsere Pflicht und unser Recht?

In einem Artikel des Gen. Soutif in einer der letzten Nummern des „Bulletin Communiste“ heißt es von der Resolution Rosmer, daß die K. P. die Bestrebungen der Arbeiterklasse am besten auszudrücken und ihre Befreiung zu sichern am meisten befähigt zu sein glaubt, — „die Mehrheit des Zentralkomitees hat diesen Antrag natürlich abgelehnt!“ Die Konsequenzen der Haltung der französischen Partei sehen wir dann im Streik von Le Havre und besonders nach dem Gemetzel vom 28. August. In der „Humanité“ wird den Arbeitern der Mord von Le Havre mitgeteilt und nachher folgt der Nachtrag: „Dienstag, d. h. am nächsten Tag 24stündiger Generalstreik“ und hinzugefügt wird: „Einstweilen beschließt die Bauarbeitergewerkschaft den Generalstreik für heute“. Also schon für Montag!

Die Partei hatte, wie unser Gen. Jacob erklärte, mit dem Streik nichts zu tun. Das sei eine wirtschaftliche Frage gewesen. Man hat „wirtschaftliche“ vier Arbeiter getötet und mehrere verwundet. Und nun befassen sich mit dieser Angelegenheit wirtschaftliche Organisationen: zunächst die Bauarbeitergewerkschaft. Sie stürzt sich in einen Streik, den sie als Generalstreik proklamiert. Und was macht die C. G. T. U.? Sie fügt sich der Bauarbeitergewerkschaft, weil sie ihren Platz nicht den Anarchisten überlassen kann. Und das Resultat? Ein Zusammenbruch, ein vollkommenes Fiasko.

Selbst in einem Lande wie hier in Rußland, wo wir im Besitz des Funkentelegraphen sind, wo die Partei stark ist, wo die Gewerkschaften in vollem Einvernehmen mit der Partei arbeiten und der Partei und Gewerkschaft keine anderen Parteien und keine anderen Gewerkschaften gegenüberstehen, kann man so etwas wie einen Generalstreik nicht von heute auf morgen proklamieren. So hat man z. B. vor der Demonstration zu Ehren des 4. Kongresses den Arbeitern zuerst erklären müssen, was der 4. Weltkongreß eigentlich ist, — dabei hat man von ihnen nicht mehr verlangt, als vor den ausländischen Delegierten vorbeizumarschieren und ihnen den brüderlichen Gruß zu entbleten.

Man hätte in Paris und im ganzen Lande sofort Tausend der besten Kommunisten und revolutionären Syndikalisten mobilisieren sollen, damit sie eine intensive Propaganda betreiben. Gleichzeitig hätte man Flugblätter und Aufrufe in zwei, drei oder vier Millionen

Exemplaren drucken sollen, um die Arbeiterklasse über die Ereignisse zu unterrichten. Mußte man zu diesem Zwecke sofort in einen 24stündigen Generalstreik eintreten? Nein! Warum hat man die Arbeiter nicht aufgeklärt. Man hatte Angst, das Gefühl der Empörung würde bei der Arbeiterklasse drei, vier oder fünf Tage nicht anhalten. Dieses absolute Mißtrauen ist das bürokratische Mißtrauen unseres revolutionären Syndikalismus und unseres Kommunismus der Arbeiterklasse gegenüber. (Beifall.)

Da der Generalstreik von vornherein kompromittiert war, beschlossen sie, den Opfern den Arbeitslohn eines Tages auszubezahlen. Sie führten diesen Beschluß nicht durch. Ihr Verbrechen jedoch, das in ihrer Passivität bestand, geriet allenthalben in Vergessenheit, denn im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft stand der in gefährlicher Weise kompromittierte Generalstreik.

Der Generalsekretär der Partei, Gen. Frossard, der bereits z. Z. des Parteitag von Tours Sekretär war, drückt sich in einem „Die Krise“ überschriebenen Bericht der „Humanité“ folgendermaßen aus:

„Welches sind die Ursachen der Krise? Seit zwei Jahren bin ich geteilt zwischen meiner Treue zur Internationale und dem Interesse meiner Partei. Bei mir ist eine permanente Krise der Pflicht. Man kann bei mir verschiedenartiges Verhalten beobachten? Das kommt daher, daß ich meiner selbst nicht sicher bin. (Langanhaltender Beifall.)“

Man applaudiert also, wenn der Genosse, der am meisten befugt wäre, die Partei zu vertreten, erklärt: Ich werde zwischen meiner Treue zur Internationale und meiner Treue zur Partei zerrissen!

Des weiteren sagt Gen. Frossard: „Angesichts gewisser undurchführbarer Beschlüsse der Internationale wollte ich — ich muß es sagen — Zeit gewinnen. Ich zog dies vor, statt meiner Partei das Genick zu brechen.“

Als ich diese Stelle zum ersten Male laß, sagte ich mir, das ist die Vorbereitung des Bruches mit der Internationale.

Noch ernster wird die Sache, wenn wir in dem sogenannten Antrag Frossard-Souvarine, den Frossard unterschrieben hat, und der dem Parteitag unterbreitet wurde, lesen: „Beim Licht der Erfahrung muß man anerkennen, daß die Überbleibsel des sozialdemokratischen Geistes der alten Partei und die Verkennung des Sinnes der Resolutionen der Kommunistischen Internationale der Erstarkung und der Vervollkommnung der jungen Kommunistischen Partei geschadet haben.“

Wer dies versteht, den lade ich ein, uns dieses Verhalten zu erklären! —

Redner zählt dann alle Dokumente auf, die sich auf das Verhältnis der französischen Partei zur Internationale seit dem Juni 1921 und die wichtigsten Geschehnisse in der Partei während dieser Zeit beziehen. Er fährt dann fort:

Warum war es denn notwendig, beim Ausschluß Fabres, der ja so selbstverständlich und unvermeidlich war, ferner in den Fragen der Presse, des politischen Büros und hauptsächlich in der Einheitsfrontfrage Zeit zu gewinnen. Möge man uns doch beweisen, daß man dabei Zeit gewonnen und nicht verloren hat. Wenn der Generalsekretär der Partei selbst erklärt, er habe der Internationale gegenüber, die der

französischen Partei das Genick zu brechen drohte, Zeit gewonnen, so kommt es, daß Gen. Auclair der Jugend erzählt, die Beschlüsse der Internationale stützen sich auf „Ragots“ (Klatsch), wie er sich ausdrückt. Als wir an Frossard die Frage richteten, ob er tatsächlich Auclair mit der Propaganda betraut hätte, gab er die ausweichende Antwort, dies wäre nur provisorisch geschehen.

Im Februar 1922 hatten wir hier eine Kommission für die russische Frage, in der, wenn ich nicht irre, Gen. Cachin den Vorsitz führte. Es handelte sich um ein inneres Übel unserer russischen Partei. Diese Kommission arbeitete nicht in Paris, weil wir leider unsere Kongresse noch nicht in Paris abhalten können (das wird noch kommen!). Die Kommission bestand aus ausländischen Genossen. Sinowjew, ich und einige andere Genossen wurden vor die Kommission geladen. Wir hatten ein Gefühl der Erleichterung, daß es eine internationale Institution, eine höchste Instanz gab, und niemand empfand dabei eine Erniedrigung der Autorität unserer Partei, im Gegenteil, man war glücklich, mit Hilfe der K. I. eine wichtige Frage erledigen zu können. Ich erwähne absichtlich diesen Fall, weil man auf dem Pariser Kongreß das Gespenst der „Würde der Partei“ auffahren ließ und davon sprach, daß gewisse Interventionen der Internationale diese Würde der Partei bedrohen.

Einige Monate vor dem Kongreß hatten wir vorgeschlagen, einen Block zu bilden zwischen den beiden stärksten Fraktionen, zwischen dem Zentrum und der Linken, gegen die Rechte und mit einem gewissen, ich möchte sagen, abwartenden Verhalten gegenüber der Richtung Renoult-Dondicol. Wir waren uns immer dessen bewußt, daß trotz einiger Fehler, die die Linke hin und wieder beging, sie es war, die die Vorwärtsbewegung in der Partei gegen den Konservatismus und gegen die Passivität vertrat. Die Unterhaltungen mit diesem Block begannen in Moskau mit dem Gen. Louis Sellier, der Genossin Lucie Leiciague und mit Frossard als Vertreter des Zentrum. Unzählige Male wurde gesagt: Wenn das Zentrum sich widersetzt, wenn es sich von Elementen des Konservatismus und der Reaktion in passiver Weise mitziehen läßt, um Zeit zu gewinnen, so glauben wir, daß es seiner Zersetzung entgegengeht.

Das Zentrum zog es vor, die Verhandlungen zu unterbrechen; es lehnte die Parität sogar bis zum Kongreß ab. Gen. Ker hielt am 17. Oktober eine große Rede, in der er die Frage folgendermaßen hinstellte: „Es handelt sich darum, ob die französische Partei die Freiheit haben wird, die Männer, die sie führen sollen, selbst zu wählen!“ Es wurden also die Linke und die Vertreter der Internationale denunziert, daß sie die Absicht hätten, der französischen Partei das Recht zu entziehen, über ihre Autonomie als Partei selbst zu verfügen. Diese Idee kehrt in dem Aufruf wieder, der von dem neuen aus den Mitgliedern des Zentrums zusammengesetzten Zentralkomitees unterzeichnet ist. Am Tage nach dem Pariser Kongreß sagt man: „Die Partei befindet sich in einem Konflikt, der sich hauptsächlich darauf bezieht, ob der Kongreß des Rechtes beraubt werden kann, die Männer, denen er sein Vertrauen schenkt und die die Aufgabe haben, ihn in den leitenden Organen der Partei zu vertreten, selber zu wählen.“

Worin besteht das Selbstbestimmungsrecht einer Partei? Im gegenwärtigen Moment besteht es darin, daß die beiden Fraktionen sich verständigen, um eine gemeinsame Liste aufzustellen und diese Liste dem Kongreß vorzulegen mit den Worten: Das sind unsere Vorschläge, deren Annahme wir anraten, weil sie in der gegenwärtigen Periode der drohenden Zersetzung der Partei den besten Ausweg zeigen. Wir sehen aber, daß die Genossen, ich kann sagen, nicht gewagt haben, den Vorschlag zu machen und seine Souveränität dadurch zu wahren, daß ein normales Zentralkomitee zustandekomme. Sie selbst haben den Vorschlag gemacht, ein provisorisches Zentralkomitee zu bilden. Nun blieb nichts übrig, als sich an den internationalen Kongreß zu wenden, damit dieser die durch die Schuld des Zentrums zerrissenen Bande wieder knüpfe.

Genossen, auf dem Pariser Kongreß fand ein Zwischenfall statt, der an den Namen Jean Jaurès geknüpft ist. Ich möchte darüber einige Worte sagen. Ein junger Genosse von der Linken hatte den Antrag gestellt, Henri Sellier, der ja vollkommen reif zum Ausschluß war, aus der Partei auszuschließen, mit der Begründung, daß Sellier sich in seiner demokratischen Auffassung auf die Jaurèsistische Tradition stütze. Jedermann wird zugeben, daß es im Ausschlußantrag vollkommen überflüssig war, Jaurès anzuführen. Jede revolutionäre Partei, jedes unterdrückte Volk und vor allem der Vortrupp der unterdrückten Völker und Arbeiterklassen, die K. I. wird Jaurès, sein Andenken, seine Gestalt, ihr Eigen nennen dürfen. Wir werden aber stets die Überbleibsel und die Vorurteile dessen, was man die Jaurèsistische Tradition nennt, in der französischen Arbeiterbewegung bekämpfen, denn wir müssen, wenn wir die Bücher Jaurès lesen, immer jene großen Schwächen wahrnehmen, die den Untergang der 2. Internationale verursachten. Und am wenigsten können wir die Hüter der Schwächen und Vorurteile der 2. Internationale sein, jener 2. Internationale, die in genialster Weise in Jaurès verkörpert war.

Ich komme zu der Frage des *Freimaurertums*. Während der Beratung der großen Kommission erfuhren wir erst zu unserer Verblüffung, daß in der K.P.F., — sowie übrigens auch in den revolutionären und reformistischen Gewerkschaften eine nicht unerhebliche Anzahl von Genossen gleichzeitig auch dem Freimaurertum angehören. Vor 1½ Jahren sagten wir der französischen Partei: „Wir sehen den Abgrund nicht, den unsere Presse, unsere Reden zwischen der K. P. und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft schaffen müßte.“ Heute sehen wir, daß es nicht nur keinen solchen Abgrund gibt, sondern, daß es im Gegenteil gut gebaute, ein wenig verdeckte Brücken gibt: das sind die Brücken des Freimaurertums, der Liga für Menschen- und Bürgerrechte usw.

Manche Genossen sagten: „Jawohl, auch wir sind der Ansicht, daß jeder Kommunist seine ganze Kraft der Partei widmen muß und keinen Teil dieser Kraft anderen Institutionen, Organisationen usw. schenken darf.“ Das ist aber nicht der einzige Grund. Ist ein Kommunist Musiker, so möge er Konzerte und Theater besuchen; ist er Familienvater, so möge er einen Teil seines Lebens seinen Kindern widmen. Wir können von ihm nicht fordern, daß er seine Kinder vernachlässige. Aber in unserem Fall handelt es sich nicht um eine

Teilung der Arbeit, der Aufmerksamkeit des Lebens zwischen zwei Institutionen oder zwei Beschäftigungen. Durchaus nicht! Es muß die vollständige, absolute, unversöhnliche Unvereinbarkeit des revolutionären Geistes der Arbeiterklasse mit dem Geist des freimaurerischen Kleinbürgertums, dieses Werkzeuges der Großbourgeoisie, betont werden. (Beifall.)

Wir finden hauptsächlich den opportunistischen Geist bei den intellektuellen Elementen entwickelt, deren Gehirn zuweilen mit Reminiszenzen der verschiedenen Situationen voll ist, die sie durchgemacht haben. Viele Funktionäre der Partei besuchen die Freimaurerlogen regelmäßig. Selbstverständlich machen sie dort von ihrem Kommunismus keinen Hehl, wie sie ihr Freimaurertum verbergen, wenn sie unter uns sind. Aber jedenfalls verleihen sie ihrem Kommunismus einen, den bürgerlichen Brüdern passenden Anstrich, damit er in dieser so empfindsamen Gesellschaft, deren Nerven so verfeinert sind, geduldet werde.

Beginnt das Zentralkomitee seine Aktion gegen das Freimaurertum mit unversöhnlicher Energie, so wird es selbstverständlich die Dissidenten, die Leon Blum, gegen sich haben; sogar die Katholiken werden die Freimaurer verteidigen; dem Freimaurertum zuliebe werden katholische Bannsprüche die Kommunisten verfluchen. Man wird ein großes Geschrei gegen die „Befehle von Moskau“ anstimmen. Man wird von neuem über die Meinungsfreiheit, aber über die Meinungsfreiheit der Freimaurer reden.

Diese Leute, die fast immer der Schicht der Intellektuellen angehören, verbringen $\frac{9}{10}$ ihrer Zeit im bürgerlichen Kreise; sie gehen Beschäftigungen nach, die sie von der Arbeiterklasse vollständig trennen. An 6 Tagen der Woche, die sie dort verbringen, wird ihr Geist in diesem Kreise geformt, in die Partei kommen sie am Sonntag.

Die Partei muß von diesen Elementen, die in ihr nichts anderes sehen als eine offene Tür zu einem Posten oder einem Mandat, befreit werden. Man muß der Arbeiterklasse zeigen, daß sie bis jetzt irreführend wurde und daß die verschiedenen Parteien sich ihrer als Sprungbrett für ihre Karriere bedient haben.

Es muß dem endlich ein Ende gemacht werden, daß die *Presse* als ein Gebiet betrachtet wird, auf dem sich journalistische Talente tummeln. Es ist sehr gut, wenn ein Journalist Talent hat, aber bei uns ist für die Artikel die *Partei* verantwortlich. Der Journalist muß der Partei anonym zur Verfügung stehen und wenn die Herren Journalisten — auch ich gehöre ein wenig dieser Kaste an — meinen, dies verletze ihre persönliche Würde, so antworten wir, daß die höchste Würde eines kommunistischen Journalisten darin besteht, das treueste und möglichst unpersönliche Werkzeug der Mentalität der Politik und des Kampfes der Arbeiterklasse zu sein.

Zur Frage der *Aktion unter den Bauern* sei bemerkt, daß der Ausdruck „Kleinbürger“ keine Beleidigung ist (der Einwand wurde vom Gen. Renaud Jean erhoben). Er ist der wissenschaftliche Ausdruck für die Tatsache, daß der Produzent im Besitze seiner Produktionsmittel ist; er ist seiner Produktionsmittel nicht ganz entblößt und ist auch kein Lohnarbeiter.

Eine andere Frage ist die *Kolonialfrage*. Die Resolution der Sektion von Sidi-del-Abas, so klein diese Gruppe auch ist, ist ein Skandal. Die Resolution besagt: In der Kolonialfrage gehen wir mit den Moskauer Thesen auseinander. Die Resolution besagt ferner: man dürfe eine Revolte, dazu noch die siegreiche Revolte der Eingeborenen in den Kolonien nicht gestatten, denn wenn man sich von der Herrschaft der französischen Bourgeoisie befreit, kehrt man zum Feudalismus zurück und die französischen Kommunisten Algiers dürfen nicht dulden, daß die Eingeborenen sich von der französischen Bourgeoisie befreien und in den Feudalismus zurückfallen.

Keine zwei Stunden, keine zwei Minuten darf man Genossen in der Partei dulden, die die Mentalität von Sklavenhaltern haben und die wünschen, daß sie Poincaré unter der wohlthätigen Herrschaft der kapitalistischen Zivilisation halte.

Redner kommt schließlich auf die Parole der Einheitsfront zu reden und schließt: Die Losung der Arbeiterregierung bedeutet in erster Linie die unbedingte Unabhängigkeit unserer Partei. Diese Unabhängigkeit muß rasch erlangt werden. Ich bin überzeugt, daß die schmerzlichen Auseinandersetzungen, die wir in der Kommission mit den französischen Genossen hatten, und die ich Ihnen hier in Form eines Berichtes unterbreitete, sich nicht mehr wiederholen werden. Wir wollen hoffen, daß wir auf dem nächsten Kongreß eine einheitliche, homogene, revolutionäre Partei haben werden. (Langanhaltender Beifall.)

NEUNUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 2. DEZEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Kolarow.

Redner: Cachin, Renoult, Souvarine, Renaud Jean, Canellan, Trotzki, Humbert-Droz, Kuusinen, Eberlein, Schüller.

MARCEL CACHIN gibt im Namen des Zentrums der französischen Partei eine *Erklärung* ab. Der Bericht enthalte eine außerordentliche Kritik über die Mehrheit der Partei. Diese Kritik sei einseitig, denn sie lasse die Linke unberührt. Der Berichterstatter habe einen Satz Frossards auf dem Pariser Kongreß mit belastenden und an den Haaren herbeigezogenen Schlüssen gedeutet. Die Wahrheit ist aber die, daß Frossard wie wir alle bei der Verwirklichung der Beschlüsse der Internationale auf Schwierigkeiten gestoßen ist, die nur zu berechtigt waren. Das meiste Unheil haben aber die inneren Fraktionskämpfe angerichtet.

Wir werden zu unserer Partei zurückkehren und ihr den Urteilspruch des 4. Kongresses übermitteln. Sie hat von vornherein erklärt, sich ihm unterwerfen zu wollen.

DANIEL RENOULT gibt im Namen seiner Fraktion folgende *Erklärung* ab: Die Unterzeichneten erklären die Beschlüsse des 4. Kongresses als Ganzes anzunehmen. Sie verpflichten sich, in den verschiedenen Fragen die Beschlüsse des Weltkongresses als Richtschnur

zu betrachten. Gleichzeitig begrüßen die Unterzeichneten den Anschluß der C. G. T. U. an die Rote Gewerkschaftsinternationale als Verheißung einer neuen Ära in der Zusammenarbeit des Kommunismus mit den Gewerkschaften. Sie geben bereitwillig zu, daß die verschiedenen Fraktionen, auch die von ihnen vertretenen mit eingeschlossen, sich zu mehr oder weniger ernsten Vergehen gegen die Disziplin haben hinreißen lassen. Der gute gemeinsame Wille wird Rückfälle verhüten müssen. Die Unterzeichneten verwerfen jede Solidarität mit jenen, die direkt oder indirekt die Internationale angegriffen haben.

Unterzeichnet: Duret, R. Lespagnol, Level, Daniel, Renoult, G. Werth.

BORIS SOUVARINE gibt die *Erklärung* ab: Die Linke ist mit den von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen einverstanden und stimmt für sie. Sie ist stolz darauf, in der Orientierung und in den wichtigsten Aktionen ihrer Politik die Anerkennung der Internationale zu besitzen. Die Linke wird in ihrem Verhalten fortfahren.

Unterzeichnet: Béron, Marthe Bigot, Lauridan, Rieux, Rosmer, Souvarine, David, Laporte, Péeju, Pért.

RENAUD JEAN erklärt, daß er einige der von der Kommission vorgeschlagenen Beschlüsse für gefährlich hält. Zwar sind sie in gewisser Hinsicht gerechtfertigt, aber die Wahl des Zentralkomitees seitens des 4. Kongresses bildet einen ernsten Präzedenzfall, der neue Schwierigkeiten hervorrufen könnte. Die Maßnahmen gegen die Parteimitglieder, die gleichzeitig der Freimaurerei oder der Liga für Menschenrechte angehören, drohen als ein Bruch jenes Kontraktes zu erscheinen, der die K. P. an die Internationale bindet. Doch obgleich ich moralisch gegen diesen Beschluß bin, den ich vor der Kommission bekämpfte, verpflichte ich mich, im Sinne der Disziplin alles zu tun, um die Verwirklichung dieses Beschlusses zu sichern.

CANELLAN (Brasilien) protestiert gegen den Vorschlag, keine Debatten zur französischen Frage zu eröffnen und erklärt, gegen die dem Kongreß vorgelegten Resolutionen zu stimmen.

Der Vorschlag des Präsidiums, keine Debatte zu eröffnen, wird angenommen. Das *Schlußwort* erhält Gen.

TROTZKI: 1. Ich sehe mich genötigt, in der Deklaration unseres Genossen Renaud Jean, in der er über die Designierung der Mitglieder des Zentralkomitees durch den Weltkongreß spricht, ein Mißverständnis zu beseitigen. Diesen Antrag stellten die Delegationen der Fraktionen der französischen Partei selbst und zwar im vollen Einvernehmen der Kommission mit den Fraktionen. Die drei verschiedenen Listen wurden von den Fraktionen aufgestellt. Es gelang dann eine gemeinsame Liste aufzustellen, diese Liste ist der Antrag, auf dessen Grundlagen die drei Fraktionen sich verpflichtet haben, die Einwilligung des Nationalrates der französischen Partei zu erlangen. Das ist die einzige Möglichkeit, die persönlichen Kämpfe aus der Welt zu schaffen.

2. Von Seiten des Zentrums macht man mir den Vorwurf, daß ich die Irrtümer und Fehler der Linken, besonders die Demissionen, unerwähnt gelassen habe. Ich betrachte diese Frage durch die Erklärungen der Linken in der großen Kommission als erledigt. Die Linke gab zu diesem Punkt eine Erklärung ab, in der sie die Lage

auseinandersetzt, die sie zur Demission veranlaßte. Ihre Organisationskommission wird ihnen übrigens einen Vorschlag unterbreiten, der ein für allemal die Möglichkeiten der Demissionen ausschließt.

3. Es handelt sich um eine Erklärung des Zentrums über das Fraktionswesen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Fraktionswesen für jede Partei ein schweres Übel bedeutet. Ich versuchte, in meiner Rede auseinanderzusetzen, daß dieses Fraktionswesen eine traurige Folge einer traurigen Lage ist.

In einigen Wochen wird der Nationalrat der französischen Partei zusammentreten, der den Beschlüssen organisatorischer Natur den letzten Schliff verleihen wird. Dann wird hoffentlich der Fraktionskampf auch ein Ende haben und die französische Partei für immer zur einheitlichen Partei werden. (Beifall.)

VORSITZENDER läßt über den politischen Antrag der Kommission abstimmen, der einstimmig *angenommen* wird.

HUMBERT-DROZ verliest die Resolution der französischen Kommission. Das Zentralkomitee wird bestehen aus: Zentrum: 10 Mitglieder; 3 Ersatzmitglieder; Linke: 9 Mitglieder, 2 Ersatzmitglieder; Richtung Renault: 4 Mitglieder, 1 Ersatzmitglied; Minorität Renaud Jean: 1 Mitglied; Jugend: 2 Vertreter mit beschließender Stimme.

Presse: 1. Der Kongreß bestätigt das bereits beschlossene Presse-*regime*; 2. ohne Unterschrift erscheinen die Leitartikel, die den Leser täglich mit den Ansichten der Partei bekanntmachen; 3. den kommunistischen Journalisten ist es verboten, an bürgerlichen Blättern mitzuarbeiten.

Das *Parteisekretariat* wird auf paritätischer Grundlage von einem Genossen vom Zentrum und einem von der Linken versehen.

Was die *Bezüge der Parteifunktionäre* betrifft, so wird eine Kommission eingesetzt, um diese Frage zu regeln.

Unter Posten, die für die ehemaligen *Freimaurer* verboten sind, sind solche Posten zu verstehen, deren Inhaber ermächtigt sind, die Ideen der Partei mit Wort und Schrift mehr oder weniger selbständig zu vertreten.

Außer diesen Maßnahmen enthält die Resolution eine Reihe organisatorischer und personeller Verfügungen.

Die Resolution wird bei der Abstimmung *angenommen* gegen 2 Stimmen und zwar jene von Brançon (Frankreich) und Canellan (Brasilien), bei einer Stimmenthaltung.

Der VORSITZENDE teilt mit, daß Viktor Méric wegen antimilitaristischer Propaganda zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Der Kongreß drückt dem Verurteilten seine Sympathien aus und legt Protest ein gegen die konterrevolutionäre Justiz Frankreichs. Der Kongreß schreitet dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Die spanische Frage.

HUMBERT-DROZ erstattet Bericht über die Arbeit der spanischen Kommission, die auf Wunsch der spanischen Delegation eingesetzt wurde, und begründet die von dieser Kommission unterbreitete

Resolution,

die im wesentlichen wie folgt lautet:

1. Die K. P. Spaniens, die in der Februarsitzung der Erweiterten Exekutive mit Frankreich und Italien gegen die Einheitsfronttaktik stimmte, erkannte bald ihren Fehler und brachte schon im Mai anläßlich des großen Streiks der Stahlbetriebe die Einheitsfronttaktik in Anwendung.

2. Der 4. Weltkongreß konstatiert mit Freuden, daß die durch Disziplinlosigkeit hervorgerufene Krise mit der Befestigung der inneren Disziplin der Partei glücklich beendet ist.

3. Die spanische Arbeiterbewegung steht gegenwärtig im Zeichen des Verfalles der syndikalistischen und anarchistischen Ideologie und Bewegung. Heute verlassen die enttäuschten Arbeitermassen diese Bewegung und die Führer, die die Massen auf diese Weise irreführt haben, gleiten im raschen Tempo zum Reformismus hinüber. Eine der Hauptaufgaben der K. P. besteht darin, die enttäuschten Massen zu gewinnen, und jene anarcho-syndikalistischen Elemente, die zum Bewußtsein der Irrigkeit ihrer Lehre gelangt sind, an sich zu ziehen, indem sie den Neoreformismus der syndikalistischen Führer bloßstellen.

Die K. P. muß jedoch vermeiden, ihrer durch die Erfahrung des spanischen Proletariats selbst widerlegten Ideologie prinzipielle und taktische Konzessionen zu machen.

4. Der spanischen Gewerkschaftsbewegung muß unsere Partei mehr Aufmerksamkeit und Mühe zuwenden. Die K. P. muß in sämtlichen Gewerkschaftsorganisationen eine intensive und methodische Propaganda für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in Spanien einleiten. Die Gewerkschaften müssen ihre Solidarität mit den Ausgeschlossenen dadurch manifestieren, daß sie in der alten Union verbleiben und dort energisch für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen kämpfen. Wenn trotz dieser Bemühungen Gewerkschaften und Gruppen ausgeschlossen bleiben, muß die K. P. diese veranlassen, der nationalen Konföderation beizutreten. Die der nationalen Konföderation angehörenden Kommunisten müssen dort in Verbindung mit der Gewerkschaftskommission der Partei ihre Zellen bilden.

Um den Kampf um die gewerkschaftliche Einheit richtig führen zu können, muß die K. P. ein gemischtes Komitee für die Einheit der spanischen Gewerkschaftsbewegung einsetzen, die zugleich ein Propagandazentrum und ein Zentrum zur Vereinigung der Gewerkschaften beider Organisationen und der autonomen Gewerkschaften sein werden, die für das Prinzip der Einheit sind.

Die Resolution wird einstimmig *angenommen*. Der Kongreß schreitet zu dem Punkt:

Die dänische Frage.

KUUSINEN: Die dänische kommunistische Bewegung ist aus zwei Quellen entstanden: einmal aus dem oppositionellen Flügel der sozialdemokratischen Jugendbewegung und dann aus dem revolutionären Flügel der Syndikalisten. Vor etwa einem Jahre gab die Exekutive der K. I. die Direktive, eine Einheitspartei zu gründen. Da erfuhren wir plötzlich, daß dort eine vollständige Spaltung in sehr scharfen Formen vor sich gegangen ist, und zwar zu einer Zeit, da in Dänemark der Generalstreik vom Februar d. J. sich abspielte. Die Exe-

kutive forderte von beiden Seiten nachdrücklichst die Vereinigung. Sie setzte zunächst eine interskandinavische Vereinigungskommission ein. Im August d. J. kamen dann von beiden Seiten Vertreter nach Moskau. Die Exekutive der K. I. hielt noch immer an der Forderung der Vereinigung fest. Die Vertreter der beiden Seiten erklärten, daß sie sich diesen Direktiven der Exekutive fügen würden. Ein Teil der alten Partei hat sich doch gegen diese Vereinigung gestellt und appelliert jetzt an den 4. Kongreß mit dem etwas eigentümlichen Vorschlag, der Kongreß möge bis auf weiteres *keine* der Parteien anerkennen. Das Präsidium ist jedoch der Meinung, daß Dänemark ein allzu kleines Land ist, als daß dort zwei kommunistische Parteien bestehen könnten. Die Kommission schlägt Ihnen folgende

Resolution

vor:

1. Der Kongreß erklärt, daß die jetzige Kommunistische Partei Dänemarks, die als eine Vereinigung der kommunistischen „Einheitspartei“ und eines Teils der sogenannten alten Partei in Übereinstimmung mit den Direktiven der Exekutive der K. I. gebildet worden ist und die auch im übrigen alle Beschlüsse der K. I. loyal durchgeführt hat, als die einzige Sektion der K. I. in Dänemark anerkannt wird. Nur ihr Hauptorgan „Arbeiderbladet“ und andere von dieser Partei anerkannte Zeitungen sind als kommunistische Parteizeitungen anzusehen.

2. Der Kongreß fordert noch alle außerhalb dieser vereinigten Partei gebliebenen kommunistischen Organisationen auf, sich dieser Partei anzuschließen.

Solche Organisationen und Mitglieder der sogenannten alten Partei, die sich im Laufe der nächsten drei Monate für den Anschluß an diese Vereinigte Kommunistische Partei entschließen und sich bereit erklären, alle Beschlüsse dieser Partei und ihrer Parteileitung wie auch die Beschlüsse der K. I. loyal auszuführen, sollen ohne weiteres in die Partei aufgenommen werden.

Der Antrag wird einstimmig *angenommen*.

EBERLEIN: Es liegt ein *Antrag der österreichischen Delegation* vor, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Ersatz eines vom Kongreß gewählten Mitgliedes des E. K. der K. I. durch ein anderes Mitglied derselben Sektion der K. I. kann nur in Ausnahmefällen und nur mit Zustimmung der Erweiterten Exekutive erfolgen“.

Ein anderer Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß bestätigt, daß alle kommunistischen Organe wie bisher verpflichtet sind, alle Dokumente der Exekutive (Aufrufe, Briefe, Resolutionen usw.) sofort abzudrucken, wenn die Exekutive es fordert“.

Dieser zweite Antrag wird angenommen; der der österreichischen Delegation abgelehnt gegen eine Stimme.

Redner verliest dann den dem Kongreß vorgelegten Plan der

Reorganisation der Exekutive und ihrer weiteren Tätigkeit, dessen wesentliche Züge in folgendem bestehen:

Der Weltkongreß findet, wie bisher, alljährlich statt. Die Kosten tragen die Parteien. Gebundene Mandate sind unzulässig.

Die Exekutive wird vom Kongreß gewählt und besteht aus einem Präsidenten, 24 Mitgliedern und 10 Ersatzmännern; von den Mitgliedern müssen mindestens 15 ständig ihren Sitz in Moskau haben. Die Erweiterte Exekutive wählt eine Orientabteilung, ein Orgbüro, eine agitatorisch-propagandistische Abteilung und eine Abteilung für Statistik und Organisation, die dem Orgbüro untersteht.

Die Exekutive sendet in besonderen Fällen Bevollmächtigte in einzelne Länder, die mit den weitesten Vollmachten ausgestattet sind.

Die internationale Kontrollkommission bleibt bestehen. Für das kommende Jahr überträgt der Kongreß diese Funktion der deutschen und der französischen Sektion.

Der Kongreß bestätigt, daß alle kommunistischen Organe verpflichtet sind, alle Dokumente der Exekutive sofort abzudrucken, wenn die Exekutive es fordert.

Es ist erwünscht, daß die wichtigsten Sektionen benachbarter Länder zwecks gegenseitiger Information und Arbeitskoordinierung eine gegenseitige Vertretung unterhalten

Der Kongreß verurteilt aufs Entschiedenste die Fälle von Demissionen, die seitens einzelner Genossen verschiedener Parteizentralen und ganzer Gruppen solcher Mitglieder erfolgt sind. Jedes führende Amt in einer K. P. gehört nicht dem Mandatsträger, sondern der Kommunistischen Internationale in ihrer Gesamtheit. Der Kongreß beschließt: gewählte Mitglieder zentraler Körperschaften können ihr Mandat nur mit Zustimmung der Exekutive niederlegen; Demissionen ohne Zustimmung der Exekutive sind ungültig.

Das Internationale Frauensekretariat bleibt, wie bisher, bestehen; die Exekutive bestimmt die Frauensekretärin und im Einverständnis mit dieser alle weiteren organisatorischen Maßnahmen.

Der Kongreß beauftragt die Exekutive, eine Vertretung der K. I. in der Jugendinternationale herzustellen und mit der Zentrale der Profintern die Formen der gegenseitigen Verbindung der Komintern und Profintern auszuarbeiten.

Der Kongreß bestätigt die Statuten, die vom 2. Kongreß angenommen worden sind und beauftragt die Exekutive auf Grund der neu gefaßten Beschlüsse dieses Statut zu vervollständigen. Diese Arbeit muß rechtzeitig ausgeführt, allen Parteien zur Vorberatung zugestellt und vom 5. Kongreß endgültig bestätigt werden.

Die Reorganisationsthesen werden gegen eine Stimme des brasilianischen Delegierten *angenommen*.

SCHÜLLER unterbreitet die

Resolution über die Kommunistische Jugendinternationale, in der die Richtlinien für die kommunistische Arbeit unter der Jugend angegeben werden. Da heißt es unter anderem:

Die Kommunistische Internationale erklärt die unbedingte Notwendigkeit der Einheitsfront zwischen der jugendlichen und erwachsenen Arbeiterschaft und ruft die kommunistischen Parteien und die Arbeiter der ganzen Welt auf, die Forderungen der arbeitenden Jugend im Kampf gegen die Offensive des Kapitals, den bürgerlichen

Militarismus und die Reaktion energisch zu vertreten. Durch innige Zusammenarbeit zwischen Partei und Jugend auf allen Gebieten, durch ständige Heranziehung der kommunistischen Jugendorganisationen zum politischen Leben der Parteien müssen in der kommunistischen Jugendbewegung das politische Interesse und die politischen Kräfte lebendig erhalten bleiben.

Die kommunistische Bildungsarbeit erhält durch die Umstellung der K. J. O. in der Richtung zu breiten Massenorganisationen eine große Bedeutung. Der Kongreß hält es für notwendig, daß die Parteipresse den Kampf der K. J. O. sowohl durch Einräumung von regelmäßig erscheinenden Jugendbeilagen und Jugendrubriken als durch ständige Berücksichtigung des Lebens und Kampfes der Arbeiterjugend im übrigen Teil des Blattes mehr als bisher unterstützt.

Die bürgerliche Welt, deren Bemühungen an dem Klassenbewußtsein der erwachsenen Arbeiterschaft und der revolutionären Arbeiterjugend Widerstand findet, sucht besonders die Kinder der Arbeiterklasse zu vergiften und ihr zu entfremden. Deshalb kommt der Organisation und Förderung der kommunistischen Kindergruppen große Wichtigkeit zu.

Besonders innige Zusammenarbeit zwischen der K. I. und der Partei ist in jenen Ländern notwendig, wo die kommunistische Bewegung durch die Reaktion zur Illegalität gezwungen ist.

Die Resolution wird einstimmig *angenommen*.

VORSITZENDER macht die Berichtigung, daß Genosse Méric zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

DREISSIGSTE SITZUNG

AM 4. DEZEMBER 1922. VORMITTAGS.

Vorsitz: *Neurath*.

Redner: *Sinowjew, Bordiga, Serrati, Graziadei, Radek, Sturc, Smeral*.

Die italienische Frage.

SINOWJEW: Genossen, wenn der Geschichtsschreiber der proletarischen Revolution das letzte Jahrzehnt, in dem wir leben, wird charakterisieren müssen, wird er sagen: es war das letzte Jahrzehnt der Herrschaft der Bourgeoisie, als das Proletariat zahlenmäßig stark genug war, um das bürgerliche Regime zu stürzen, als aber dieses zahlenmäßig starke Proletariat geistig und politisch zu schwach war, um seine Aufgaben lösen zu können. Das ist die Lehre der Jahre 1914 und 1919, und diese Tatsache ist besonders in Italien klar vorauszu sehen.

1914 hat die Sozialdemokratie statt die Arbeitermassen zu führen, die Arbeitermassen verführt. Die Sozialdemokratie der II. Internationale stellte sich zwischen die Arbeitermasse und die Bourgeoisie. Im Jahre 1919—20 war die Stimmung der Arbeitermassen vollkommen revolutionär. Ich kann nicht umhin, Ihnen aus einem Bericht Serratis etwas zu zitieren, der in einem Schreiben an die Exekutive der K. I. 1920 u. a. sagt: „Was

die Massen anbelangt, so wuchs ihre Gereiztheit und Unzufriedenheit mit Abschluß des Waffenstillstandes mit jedem Tag, wobei sowohl die Gründe als auch die Ausdrucksformen nicht wirtschaftlicher, sondern sozialistischer Art waren, was sich am deutlichsten in ihrer ständigen Losung äußerte wir wollen nicht für die Besitzer arbeiten!“

Die Partei wuchs in unerhörtem Maße. Die S. P. I. hatte Anfang 1914 58 900 Mitglieder. Im Jahre 1919 stieg die Mitgliederzahl auf 83 000 und 1920 betrug sie 216 000. Einen ähnlichen Prozeß hat die Gewerkschaftsbewegung durchgemacht. Anfang des Krieges zählten die Gewerkschaften nur 320 000 Mitglieder, 1919 schon 1 150 000 und 1920 gar 2 150 000 Mitglieder. Die Masse hatte Vertrauen zu den Gewerkschaften, hoffte, daß die Gewerkschaften und unsere Partei sie zum Kampf und Siege führen würden.

Es schien, als ob unsere Partei auf der Höhe stünde und wirklich bereit wäre, zum Sprachrohr der rebellierenden proletarischen Massen zu werden. Aber es ist anders gekommen. Nach allen Beschlüssen der Parteitag in Bologna tauchte die Frage auf, ob die Reformisten in der Partei bleiben sollen oder nicht, und da mußten wir das große Schauspiel erleben, daß die Mehrheit beschloß, die Reformisten sollen in der Partei bleiben. Die italienischen Menschewiki haben gezeigt — das muß man ihnen zugeben —, daß die politische Equilibristik ihre erste Eigenschaft ist. Turati und D'Aragona erklärten, sie bleiben in der Partei, fügen sich der Partei, wollen mitmachen und sind auch für die Revolution. D'Aragona und eine Anzahl anderer kamen unter Führung Serratis nach Rußland. Ich habe selbst aus dem Munde D'Aragonas Reden gehört, die in dem Ruf „Es lebe der Kommunismus“ ausklangen. Das war allerdings zu der Zeit, als die III. Internationale anfang, Mode zu werden. Ich erinnere mich sogar eines spanischen Professors, De Los Rios, der nach Moskau kam und die Aufnahme in die K. I. verlangte, dabei offen gestand: „Ich bin Reformist, aber die spanischen Arbeiter drängen, sie wollen zur III. Internationale.“

Nun, die italienischen Arbeiter drängten. Es kam zu den Herbstereignissen, wo die italienischen Arbeiter angingen, die Fabriken zu besetzen. Und da hört, wie Sie wohl wissen, die Gemütlichkeit auf. Wenn man jetzt jenes Kapitel aufschlägt, die Besitzergreifung der Fabriken, den Anfang zur Bildung von Roten Garden, und wenn man denkt, welche Rolle die Reformisten dabei gespielt haben, so fragt man sich: kann es noch offenkundigeren Verrat geben?!

Fünf Tage und fünf Nächte — buchstäblich dauerten die Beratungen der Gewerkschaftsführer und der Zentrale der S. P., fünf Tage und fünf Nächte, zu einer Zeit, da die Arbeitermassen schon Fabriken besetzt hatten und auf weiteren Kampf drängten. Als es schließlich zur Abstimmung kam, an der anderthalb Millionen Arbeiter teilnahmen, wurde, nach all den Verrätereien der Gewerkschafts- und der Parteiführer, nur mit einer ganz knappen Mehrheit beschlossen, die Kämpfe abzubrechen. D'Aragona kam in die Sitzung noch ganz warm von den Umarmungen der Bürgerlichen. Die Reihenfolge war: zuerst Beratung im bürgerlichen Ministerium, dann Beratung in der Confederazione del Lavoro, dann Beratung in der Sozialistischen Partei.

Was war die Rolle der K. I. in all diesen Kämpfen? Mit Stolz, Genossen, können wir konstatieren, daß die K. I. die Lage vollkommen klar

erkannt hat. Schon vor der Besitzergreifung der Fabriken schrieb die Exekutive in einem Brief: „Jeder, der sich in einer solchen Zeit mit der „Vereinigung“ mit den Reformisten und Halbreformisten beschäftigt, der begeht ein Verbrechen an der Arbeiterrevolution, ob er es will oder nicht.“

Mit dem Gen. Serrati hatten wir die ersten Meinungsverschiedenheiten während des II. Kongresses. Wenn ich mich jetzt frage, was der Grundirrtum des Gen. Serrati war, so sage ich, wenn ich nur das Beste von ihm vermute: der Grundirrtum war seine falsche Einstellung zur Frage der Einheit der Arbeiterklasse zur Einheit der Partei. Das Streben zur Einheit ist ein urwüchsiges Streben, und die Führer der Reformisten, die schlauesten Agenten der Bourgeoisie, verstehen es gut, dieses Streben nach Einheit auszunutzen. Alle weiteren Irrtümer Serratis rühren, wie es scheint, von diesem Grundirrtum her. Serrati hatte Bedenken, daß wir nicht geeignete Leute für die Zeit nach der Machtergreifung hätten. 1920 schrieb er: „Stellt Euch die Mailänder Kommune unter Leitung einer Gruppe unfähiger Neulinge vor, die sich im letzten Augenblick als eifrige Kommunisten ausgegeben haben.“ Man könnte mit Scherz über diese Worte Serratis hinweggehen. Aber in diesem Moment, wo der Spaß wirklich aufgehört hat, kann man wirklich nicht verstehen, wie ein Mann wie Serrati zu solchen Schlußfolgerungen kommen konnte. Die Einheitsparole wurde zum Fetisch, der Unitarismus wurde zum Abgott. Darum hat sich Serrati selbst die Möglichkeit genommen, die grundlegenden politischen Fragen jener Zeit zu entscheiden.

Dann kam Livorno. Die Zentristen haben einen Bruch mit der Internationale vorgezogen, um nur nicht die 14 000 oder 16 000 Reformisten zu verlieren. Sie werden sich des Briefes erinnern, den Gen. Lenin damals an Gen. Serrati geschrieben hat, in dem er erklärte: „Wir fordern von Euch nicht, Ihr sollt die Revolution sofort machen, wir fordern nur, daß Ihr eine revolutionäre Partei seid und Vorbereitungen zur Revolution macht, d. h. daß Ihr diejenigen, die gegen die Revolution sind, die Reformisten, ausschließt.“ Darauf hat Gen. Serrati die fast philosophische Frage aufgeworfen: „Wer ist Reformist?“ Reformist ist derjenige, der 1920 im Moment, da hunderttausende Proletarier zum Kampfe drängten, sich in unsere Reihen eingeschlichen hat, um die Arbeitermassen vom Kampfe abzuhalten. Reformist ist derjenige, der jetzt Stiefelputzer von Mussolini geworden ist.

Was haben in diesen zwei Jahren die Reformisten aus der Partei und den Gewerkschaften gemacht? Was die Partei anbelangt, so genügt es, Ziffern zu bringen. Wie gesagt, zählte die S. P. im Jahre 1920 216 000 Mitglieder. „Avanti“ hatte 1919—1920 eine Auflage von 400 000 Exemplaren; mehr konnte wegen technischer Gründe nicht hergestellt werden. „Avanti“ war damals das Volksblatt für ganz Italien. Und jetzt? In Livorno hatte Serrati fast 100 000, die Kommunisten 58 000, die Reformisten 14 000 Stimmen. In Rom, vor einigen Wochen, hatten die Reformisten und die Nationalisten beider Fraktionen fast die gleiche Zahl, ungefähr je 25 000. Die Reformisten haben zugenommen fast um das Doppelte, indem die allgemeine Zahl viermal niedriger geworden ist. Durch die unitaristische Politik hat man es also soweit gebracht, daß die Reformisten, die zur Zeit des Kongresses von Livorno eine quantität negligible waren, wirklich eine große Kraft geworden sind. Und wenn

man jetzt sagt: 1920 wäre die Spaltung mißverstanden worden, 1922 ist sie verstanden worden, so ist das nichts als ein Sophisma. Die Massen hätten 1920 die Spaltung viel besser durchgemacht als 1922, und die Partei wäre nicht zugrunde gegangen.

Was haben die Reformisten mit den Gewerkschaften gemacht? Die Einheit der Gewerkschaften braucht man wie das tägliche Brot. Nun aber hatte sich gezeigt, wie streng uns die Geschichte bestraft, wenn wir die Führung der Gewerkschaften zu lange in den Händen der Reformisten belassen. Die Gewerkschaften, die 1920 mehr als 2¼ Millionen Mitglieder hatten, haben jetzt knapp eine halbe Million.

Sie sehen, daß es dem Gen. Serrati nicht gelungen ist, die Gewerkschaften der Arbeiterklasse wirklich zu erhalten. Er hat nicht verhüten können, daß die Gewerkschaften jetzt ein Instrument in den Händen unseres schlimmsten Feindes geworden sind. Die Gewerkschaften liegen jetzt in Italien in Trümmern. Das, was wir dort noch haben, ist in die Gewalt des Herrn D'Aragona gegeben. Man wollte die Einheit, man wollte eine große Partei, eine große solide Einheitsbewegung, und alles liegt jetzt in Trümmern, die Arbeitermasse ist verraten und verkauft.

Die Vergangenheit ist sehr wichtig; aber es handelt sich jetzt um die Zukunft. Was soll weiter geschehen? Unsere Kommission hat einstimmig beschlossen, daß jetzt schnell eine Vereinigung der K. P. Italiens, die von den Reformisten befreit worden ist, vollzogen werden soll. Unsere Freunde aus der Mehrheit der K. P. I. haben sich dagegen gestraut, und ich muß sagen, ich verstehe die psychologischen Widerstände, die bei unseren Freunden der Mehrheit der K. P. bestehen müssen. Aber Genossen, wir dürfen uns nicht durch Stimmungen leiten lassen. Gewiß, die Sozialistische Partei Italiens hat vieles versäumt, sie hat auch ziemlich große Schwäche in den ersten Tagen des Mussolini-Regimes gezeigt. Aber dennoch sieht man, daß die Sozialisten etwas gelernt haben. Die allgemeine Lage in Italien ist so, daß wir glauben, das Experiment darf ruhig gewagt werden. Das will nicht besagen, daß die S. P., so wie sie ist, ganz zu uns kommen soll. Die Kommission hat beschlossen, den Abgeordneten Vella und diejenigen, die sich mit ihm solidarisch erklären, auszuschließen. Wir beharren auch jetzt auf die 21 Bedingungen.

Die unversöhnlichsten Kommunisten sagen: Heute, im Jahre 1922, vereinigt Ihr beide Teile, 1923 werdet Ihr auf dem V. Kongreß eine ähnliche Rede halten müssen, wie sie jetzt Gen. Trotzki zur französischen Frage gehalten hat. Gewiß, Schwierigkeiten wird es geben, und die Kommunistische Internationale muß die Lage sehen, so wie sie ist. Was fordern wir jetzt von den Genossen? Was muß jetzt die Taktik der Partei sein?

1. Wir müssen den Reformismus mit geeinten Kräften schlagen.
2. Wir müssen die Einheitsfront in Italien auf politischem wie auf ökonomischem Gebiete durchführen.
3. Die Parole der Arbeiterregierung ist für kein Land mehr geeignet als für Italien.
4. Hinein in die fascistischen Gewerkschaften! Das klingt vielleicht etwas sonderbar; aber die Herren Fascisten versuchen jetzt die Arbeiter durch Gewalt in ihre Gewerkschaften hineinzubringen, und wir müssen jetzt der Ideologie des fascistischen Syndikalismus entgegenarbeiten.
5. Wir müssen versuchen, jetzt ein Vortrupp zu werden für den ganzen Kampf gegen den Fascismus.
- Der 6. Punkt ist die Einheit. Eine vereinte Kommunistische Partei

Italiens, wie sie die Kommission beschlossen hat, wird neue Stimmung in die Massen bringen, wird die Arbeitermassen aufrütteln zum wirklichen Kampfe gegen die Reformisten und die Fascisten.

Das sind die Anträge, die wir Ihnen zu unterbreiten haben. In keinem Lande sind wir von den Reformisten, von der II. Internationale so an der Nase herumgeführt worden wie in Italien. Darum hoffe ich, wird nirgends ein solcher größerer Haß gegen die Reformisten bestehen als in Italien. Unsere Genossen müssen diese Stimmung der Arbeitermasse ausnutzen. Dann werden wir, wenn jeder Führer seine Schuldigkeit tut, die italienischen Arbeitermassen durch alles Unglück, durch alle Niederlagen hindurch doch zum Siege führen. (Lebhafter Beifall.)

BORDIGA gibt im Namen der Mehrheit der italienischen Delegierten eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: In Anbetracht dessen, daß in der gegenwärtigen Lage die Abstimmung nicht den Wert einer theoretischen Manifestation von Ansichten hat, sondern eine politische Handlung darstellt, erklärt die Partei und übernimmt die feierliche Verpflichtung, daß die gesamte Partei ihre Aktionen und ihre Politik ohne Widerrede und ohne Zögern in Übereinstimmung mit den vom IV. Kongreß aufgestellten Richtlinien verfolgen wird. Um einen überzeugenden Beweis ihrer Disziplin zu geben, wird die Mehrheit der italienischen Delegation für die Resolution der Kommission stimmen und erklärt, für die Durchführung dieser Resolution ihr Möglichstes zu tun.

SERRATI erklärt im Namen der Delegation der Soz. Partei Italiens: Der jüngst in Rom abgehaltene Kongreß der S. P. I. hat nach Ausschluß der Reformisten und aller offenen und verkappten Burgfriedler einmütig für den Eintritt in die III. Internationale gestimmt. Dieser Beitritt bedeutet die unzweideutige Annahme der 21 Punkte und den festen Willen, sich mit der K. P. I. zu verschmelzen, um eine einzige Sektion der Internationale zu bilden. Da aber unser Mandat „ad referendum“ lautet und wir verpflichtet sind, die Leitung unserer Partei über unsere Aktion zu informieren, bitten wir um die Erlaubnis, einen Teil unserer Delegation nach Italien zu entsenden, damit dieser die Zustimmung unserer Parteileitung zu den hier gefaßten Beschlüssen einhole.

Die Stunde der Opportunisten und der Streber ist jetzt vorüber. Diejenigen, die mit uns geblieben sind, sind aufrichtige Anhänger, die entschlossen mit der Linken marschieren, während die Opportunisten nach rechts gehen. Diese Tatsache ist eine Garantie unseres festen Willens, mit aller Energie und mit der größten Disziplin für das Programm und die Taktik der K. I. zu arbeiten.

GRAZIADEI: Obwohl die Verschmelzung selbstverständlich ihre Gefahren hat, stimmt auch die *Minorität* der italienischen Partei mit voller Überzeugung für die unterbreitete Resolution.

VORSITZENDER läßt über die Resolution zur italienischen Frage abstimmen und konstatiert *ein stimmige Annahme*. (Lebhafter Beifall.)

Der

Resolutionsentwurf zur italienischen Frage

gibt eine Zusammenfassung der gegenwärtigen Lage Italiens und der italienischen Parteiverhältnisse und faßt folgende Beschlüsse:

Die K. I. beschließt, die S. P. I. aufzunehmen. Die Durchführung der 21 Bedingungen mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen hält der IV. Kongreß für eine Selbstverständlichkeit. Der Abgeordnete Vella und seine Anhänger werden aus der Partei ausgeschlossen. Die Vereinigte Partei soll den Namen führen „Vereinigte Kommunistische Partei Italiens“ (Sektion der Kommunistischen Internationale). Zur praktischen Durchführung der Vereinigung ernennt der IV. Kongreß ein besonderes Organisationskomitee aus je drei Mitgliedern beider Parteien unter dem Vorsitz eines Mitgliedes der Exekutive. In den einzelnen Betrieben und Großstädten Italiens werden ebensolche Organisationskomitees gebildet, die zur Aufgabe haben, die Vereinigung organisatorisch vorzubereiten. Es wird außerdem sofort ein gemeinsames Gewerkschaftskomitee gebildet. In den Städten, wo eine komm. und eine soz. Zeitung bestehen, müssen diese spätestens bis zum 1. Januar 1923 verschmolzen werden. Der Vereinigungsparteitag soll spätestens bis zur ersten Hälfte des Monats März 1923 einberufen werden.

Die tschechoslowakische Frage.

RADEK: Das Wesen des Konfliktes in der tschechoslowakischen Partei hat eine längere Vorgeschichte. Diese besteht kurz zusammengefaßt darin, daß die tschechoslowakische K. P. sich dadurch gebildet hat, daß die Mehrheit der alten sozialdemokratischen Partei sich zum Kommunismus entwickelt hat. Im Prozeß dieser Entwicklung haben Genossen, die politisch-geistig bahnbrechend auftraten, organisatorisch in gewissen Situationen eine zurückhaltende Stellung eingenommen. So hat z. B. Gen. Smeral, der von Anfang an eine hervorragende Rolle gespielt hat, Ende 1920 — als die Frage der Parteibildung schon reif war — den Standpunkt eingenommen, sie sei noch verfrüht. Daraus ergab sich in gewissen Kreisen der Partei ein Mißtrauen, und mit den Überresten dieses Mißtrauens haben wir es hier bei den Konflikten in der K. P. Tsch. zu tun.

Die K. P. Tsch. ist, wie alle unsere großen Massenparteien, eine Partei, die sich erst zum praktischen Kommunismus durchgerungen hat. Ihre politische Zentralisation ist noch sehr gering, sie entspricht noch nicht den Kampfaufgaben der Partei. Die Mängel äußerten sich darin, daß die Partei ihre Gewerkschaftsaktionen wenig ausgebaut hatte, ferner darin, daß die parlamentarische Fraktion eine zu wenig demonstrativ-agitatorische Stellung eingenommen hat; in einer Frage wie unsere Agitation unter den Soldaten hat die Partei zu wenig getan. Und während die Arbeitslosigkeit mit jedem Monat wuchs, hat die Partei es nicht verstanden, sich sofort und genügend mit den Arbeitslosen zu verbinden. Diese Schwächen und Mängel haben das Mißtrauen einer Gruppe guter Parteigenossen gestärkt. Würden sich diese Genossen begnügt haben, diese Mängel zu unterstreichen, so könnte man nichts dagegen haben. Leider haben sich aber die Genossen in eine Stimmung hineingelassen, die sie nicht verantworten können. So haben Genossen von der Opposition Gerüchte verbreitet, wie etwa, daß die Parteileitung unter Führung des Gen. Smeral eine Koalition mit der Regierung vorbereite. In der Partei verbreitete man die die Parteieinheit vergiftenden Nachrichten über das Techtelmechteln mit den bürgerlichen Parteien. Wir

sagen: diese Behauptungen sind heller Wahnsinn. Die Opposition ging so weit, daß sie einen Aufruf an die Vertrauensleute schrieb, wofür sie von der Zentrale der Partei eine Verwarnung erhielt, daß man nicht breite Massen der Partei mit unwahren Behauptungen beunruhige. Die Opposition hat sich dem Beschluß der Parteileitung nicht unterworfen. Auf der Parteikonferenz wurden ihre Behauptungen als unrichtig zurückgewiesen, und es wurde verlangt, sie solle diese Behauptungen zurücknehmen. Die Opposition hat es nicht getan und wurde dafür von der Parteikonferenz ausgeschlossen. Die Exekutive hat diesen Beschluß auf Ausschluß der Opposition nicht bestätigt, und sie wurde darum hier von der Mehrheit der tschechischen Genossen angegriffen.

Wir haben uns redlich Mühe gegeben, in der Kommission alle diese Dinge zu prüfen. Aber, Genossen, ich will einige Worte sagen, von denen ich möchte, daß die Genossen sie möglichst beherzigen. In der Kommission war es so, daß wir in der klarsten Weise bewiesen, die und die Anklage sei lächerlich, und zehn Minuten später steckten die Genossen die Hand in die Tasche und behaupteten, dies gerade sei als wahr festgestellt worden. Ich wende mich speziell an die Gen. Bolen und Sturc. Wenn Ihr in dieser Weise beginnen wollt und arbeitet, so wird die Internationale nicht imstande sein, der Partei unter den Arm zu greifen, wenn die Partei sich ihrer Haut wehren wird. Es muß diesen unbegründeten Ausstreungen ein Ende gemacht werden. Die tschechische Partei steht jetzt in einer so ernsten Situation wie keine andere Partei der Internationale. Ein Land mit 3 Millionen Industriearbeitern, 600 000 Arbeitslosen, ein Land mit 12 000 000 Einwohnern, mit großem nationalen und sozialen Konfliktsstoff, in einer solchen Situation wie die Tschechoslowakei, eines der Länder, wo wir große Überraschungen erleben können. Ich bezweifle, daß die K. P. Tsch. diesen Überraschungen schon gewachsen ist. Darum muß unsere Arbeit darauf gerichtet sein, daß wir die nächste Zeit in angestrebter Arbeit ausnutzen; um die Partei in eine Lage zu versetzen, daß sie positive Arbeit leistet.

Wir schlagen Ihnen vor, die Resolution anzunehmen, und bitten Sie, von jeder weiteren Diskussion abzusehen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Wunsch des Kongresses wird dann die

Resolution über die Angelegenheit in der K. P. Tsch.

vorgelesen, deren wesentliche Punkte sind:

I. *Die Opposition.* Der Ausschluß der Genossen Jilek, Bolen usw. war ein Resultat der wiederholten Disziplinarverletzung, deren sich diese Genossen in der Partei schuldig gemacht haben. Vor dem Forum der Internationale hat die Opposition gegen die Mehrheit der Zentrale und den Gen. Smeral die Anklage erhoben, sie arbeiten auf eine Regierungskoalition mit den linken Elementen der Bourgeoisie hin. Diese Anklage muß als vollkommen unbegründet abgewiesen werden. Die programmatischen Forderungen der Opposition, wie sie im Programmentwurf Vejtauers ausgedrückt sind, enthalten syndikalistische und anarchistische, also nicht marxistische und kommunistische Auffassungen.

Trotzdem hält der IV. Kongreß den Ausschluß der Opposition für nicht zweckmäßig; er ersetzt ihn durch eine scharfe Rüge und Suspendierung von den Funktionen bis zum nächsten Parteitag der K. P. Tsch.

Die Unterwerfung unter die Parteidisziplin verpflichtet die Opposition, auf die die Parteieinheit unterwühlenden Behauptungen und Anklagen zu verzichten, die sich in der Untersuchung der Kommission als unbegründet und unwahr erwiesen haben.

II. *Die Presse* der Partei muß einheitlich von der Zentrale geleitet werden. Es ist ein unzulässiger Zustand, daß das Zentralorgan der Partei es wagen kann, nicht nur eine Sonderpolitik zu treiben, sondern diese Sonderpolitik sogar als sein Recht anzusehen.

III. *Die Mängel der Partei.* Der IV. Kongreß fordert die K. P. Tsch. auf, sich mehr als bisher der Arbeitslosenfrage zu widmen. Die parlamentarische Aktion der Partei muß einen viel mehr demonstrativen Charakter erhalten. Angesichts der großen Wirtschaftskämpfe im Lande muß die Zentrale so reorganisiert werden, daß sie zu jeder Frage schnell und entschieden Stellung nehmen kann. Die Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung hat die Partei im ganzen richtig durchgeführt. Damit die Arbeiterregierung entstehen und sich halten kann, muß die Partei alle Kräfte anstrengen, um die aus den Amsterdamer Gewerkschaften ausgeschlossenen Arbeiter zu starken Gewerkschaften zusammenzufassen; sie muß wenigstens einen Teil der Proletarier und Bauern im Waffenrock für die Interessen der Arbeiterklasse gewinnen.

An dieser Arbeit haben alle Mitglieder der Partei mitzuarbeiten. Nicht das Nörgeln, nicht das Verbreiten von falschen Anschuldigungen und Säen von Mißtrauen gegen die Parteiführung, sondern sachliche Kritik und tägliche positive Arbeit wird die Partei zu einer kampffähigen kommunistischen Partei machen.

STURC erklärt, der Kongreß hätte die Parteikrise durch ein Kompromiß gelöst, vor dem seine Gruppe gewarnt hätte. Die tschechische Frage sei nicht genügend untersucht worden, und die vorgeschlagene Resolution würde die Gefahr nicht beseitigen. Zwar unterwerfen sie sich dem Beschluß der Mehrheit des Kongresses, betonen aber, daß sie breite Massen unzufriedener Arbeiter vertreten, die wahrscheinlich diese Resolution nicht verstehen würden.

SMERAL: Im Namen der tschechoslowakischen Delegation erkläre ich, daß wir mit der Resolution einverstanden sind und für sie stimmen werden. Wir hoffen, daß die Diskussionen des Weltkongresses eine genügende Lehre sein werden, und daß mit Hilfe der neuen Exekutive in unserer Partei sich eine wirkliche kommunistische Disziplin durchsetzen wird. Die Autorität der Führung und Disziplin ist absolut nötig, damit unsere Partei rasch die Mängel beseitigt, die in der Resolution angeführt sind und deren wir uns bewußt sind.

VORSITZENDER (Neurath) erklärt im Auftrage des Präsidiums, daß die Behauptung des Gen. Sturc, die tschechische Frage sei nicht genügend untersucht worden, nicht zutreffend ist.

Die Resolution kommt zur Abstimmung, sie wird gegen eine Stimme angenommen.

EINUNDDREISSIGSTE SITZUNG

AM 5. DEZEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Neurath.

Redner: Münzenberg, Felix Kon, Stanic, Radic, Marynko, Bucharin.
MÜNZENBERG unterbreitet die

Resolution zur Frage der proletarischen Hilfe für Sowjetrußland.

An der Erhaltung und Festigung Sowjetrußlands sind die Arbeiter aller Länder ohne Unterschied ihrer politischen und gewerkschaftlichen Stellung interessiert. Die beste Unterstützung Sowjetrußlands im Wirtschaftskriege ist der politische revolutionäre Kampf der Arbeiter und der zunehmende Druck auf die Regierung in jedem Lande, mit der Forderung der Anerkennung der Sowjetregierung und Herstellung günstiger Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland. Aber außerdem bezeichnet der 4. Kongreß der K. I. als Pflicht aller Arbeiterparteien und -organisationen, durch eine von den breitesten Massen getragene wirtschaftliche Hilfsaktion Sowjetrußland sofort zu unterstützen. Die wichtigste Aufgabe dieser Wirtschaftshilfe besteht in der Aufbringung von Mitteln zum Ankauf von Maschinen, Rohstoffen usw. für Sowjetrußland. Außer den bisher geübten Methoden der Sammlungen, Stiftungen usw. kommt die Beteiligung von Parteigruppen, Gewerkschaften in weiten Kreisen der Arbeiter an der *Arbeiteranleihe* für Sowjetrußland in Betracht. Gemäß den Grundsätzen der sozialistischen Kooperation und Wirtschaftsführung darf der erzielte Überschuss nur für die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes verwandt werden.

Das sind die Hauptpunkte der Resolution. Sie wird vom Kongreß einstimmig angenommen. Zur Verhandlung kommt der nächste Punkt der Tagesordnung:

Die jugoslawische Frage.

FELIX KON: Werte Genossen, die jugoslawische Partei entstand in jenem Augenblick, als im Jahre 1919-20 die Losungen des Kommunismus die Massen an sich rissen, und wir waren Zeuge davon, wie die bis dahin ziemlich unbedeutende und unlängst von den reformistischen Elementen befreite jugoslawische Partei zu einer der mächtigsten Parteien wurde, sich vieler Kommunen bemächtigte, 59 Deputierte in das Parlament entsandte und, wie es schien, eine bedeutende Macht darstellte.

Aber diese an Zahl so bedeutende Partei besaß noch alle absprechenden Züge der ehemaligen sozialdemokratischen Partei: sie blieb eine Partei der Resolutionen, eine Partei, die ihrer Teilnahme im Parlament eine ungeheure Bedeutung beimaß. In dieser Hinsicht schien die Partei sich mit allen Kräften an die Legalität zu klammern. Wir müssen darauf hinweisen, daß die jugoslawische Partei eine jener, zum Glück wenigen Parteien ist, die die 21 Aufnahmebedingungen nicht veröffentlicht hat; eine Partei, die die Resolution der K. I. über die Stellungnahme zum Parlamentarismus bei sich nicht veröffentlicht

hat. Die Partei traf auch keine Maßnahmen, um illegale Organisationen zu schaffen. Und als das berühmte Dekret vom Staatsschutz erschien und die Massen zum Protest in Bewegung gesetzt wurden, da sehen wir in der Partei nirgends ein Lebenszeichen, nirgends einen Protest, nirgends den Versuch, auf kommunistischem Wege zu kämpfen.

Da mußte der größte Teil der aktiven Genossen ins Ausland flüchten; es entstand die Emigration mit allen ihren Begleiterscheinungen. Der jugoslawischen Partei war dies neu. Die des unmittelbaren Kontaktes mit den Proletariermassen beraubten Führer erörterten des langen und breiten die Ursache ihrer Niederlage und schoben die Schuld bald auf den einen, bald auf den anderen. Trotzdem keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, entstanden Zwistigkeiten, deren Ursache gegenseitiges Mißtrauen war.

Die jugoslawische Partei hatte in ihrer legalen Periode gewisse Organisationsstatuten auf Lager. Seitdem ist alles auf den Kopf gestellt worden. Man mußte um jeden Preis irgend etwas einberufen, einerlei unter welcher Bezeichnung, Konferenz, Kongreß, Beratung, — es mußten unbedingt die aktiven Genossen versammelt werden, um über den Ausweg aus der Lage und über die Wiederherstellung der zerschmetterten Organisation zu beraten. Und wir müssen feststellen, daß die Wiener Konferenz doch bestimmte politische und Organisationsresolutionen ausgearbeitet hat, die die Sanktion der Exekutive der K. I. erhielten, wobei diese Resolutionen weder von der einen, noch von der anderen Seite irgendwelche Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen haben. Und wenn unter solchen Umständen die Kommission die Angelegenheit mit der jugoslawischen Partei schlichtete, so muß man sich fragen, ob es nicht doch Meinungsverschiedenheiten gibt, die noch keine feste Form angenommen haben. Genossen, nach der Niederlage unter der Emigration entstehen immer Konflikte. Wenn es keine politischen Meinungsverschiedenheiten gibt, so muß man Organisationsnormen festlegen, die allen Arbeitsfähigen die Möglichkeit geben könnten, das gegenseitige Mißtrauen zu überwinden. In diesem Sinne ist eine Reihe von Normen organisatorischer Natur ausgearbeitet worden. Was die politische Lage betrifft, so hat die Kommission eine Resolution verfaßt, die dem Kongreß vorgelegt wird.

Redner verliest die

Resolution zur jugoslawischen Frage.

Die Resolution faßt die politische Lage und die Bedingungen, unter denen die jugoslawische Partei zu arbeiten hat, zusammen und stellt fest, daß die Beschlüsse der Wiener Konferenz keine wesentliche Uneinigkeit zwischen den Vertretern der Majorität und denen der Minorität der Partei ergeben haben. Diese Einmütigkeit beweist, daß keinerlei Grund vorhanden ist, die jugoslawische Partei unter Benennung „Majorität“ und „Minorität“ zu teilen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Partei ihre Einheit auch in Zukunft beibehält. Nichts wäre so verhängnisvoll für die Partei und für die revolutionäre Bewegung in Jugoslawien, als eine Fraktionsspaltung der Partei angesichts der im Lande wütenden kapitalistischen und sozialdemokratischen Reaktion. Deshalb hat die neue Parteileitung die unbedingte

Pflicht, ihr Möglichstes zu tun, um das persönliche Mißtrauen zu beseitigen. Als Mittel dazu dient einerseits die Durchführung des Beschlusses der Wiener Konferenz bezüglich der Befreiung der Partei von den kompromittierten Elementen und andererseits die Heranziehung der aktiven Genossen von der Minderheit der Wiener Konferenz zu den verantwortlichen Arbeiten. In dieser Richtung könnte die jugoslawische Partei in der kommunistischen Balkanföderation eine wertvolle Stütze erhalten.

Der Kongreß beauftragt die Exekutive der K. I., die durch die Umstände gebotenen organisatorischen Maßnahmen zu treffen.

STANIC: Im Namen der Minderheit, d. h. der Linken der K. P. J. erkläre ich mich mit dieser Resolution der Kommission einverstanden. Wir beantragen, daß die Leitung der Partei zu gleichen Teilen festgesetzt werde, trotzdem wir eigentlich das Recht hätten, die Vorrherrschaft zu fordern, da die Majorität auf unserer Seite ist.

RADIC erklärt im Namen von drei Mitgliedern der aus vier Mitgliedern bestehenden jugoslawischen Delegation, daß sie den Beschluß der Kommission akzeptieren und seine Durchführung mit voller Energie betreiben werden. (Bravo!)

MARYNKO erklärt im Namen der Delegation des Kommunistischen Jugendverbandes Jugoslawiens, daß sie sich mit der Resolution ebenfalls einverstanden erklärt und alles zu ihrer Durchführung einsetzen wird, um so mehr, weil die Beschlüsse der bisherigen Arbeit des Jugendverbandes entsprechen. (Bravo!)

Die Resolution zur jugoslawischen Frage wird einstimmig angenommen. Zur Verhandlung gelangt die

Norwegische Frage.

BUCHARIN (mit Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen, die Krise in der norwegischen Arbeiterpartei kommt in dem Vorhandensein zweier Fraktionen zum Ausdruck. Die Existenz dieser Fraktionen hat ziemlich tiefe historische Wurzeln. Die erste Strömung, die jetzt die Mehrheit innerhalb der norwegischen Partei hat, kann man als diejenige bezeichnen, die teilweise syndikalistische, teilweise reformistische Tendenzen hat. Die syndikalistische Tradition hat zur Folge föderalistische Tendenzen. Früher, als die Genossen gegen die sozialdemokratische Richtung kämpften, war dieser syndikalistische Föderalismus sozusagen ein Instrument zur Zerstörung der alten sozialdemokratischen Organisation. Man kann auch sagen, daß einige von den führenden Genossen dieser gewerkschaftlichen Organisation Schüler der amerikanischen I. W. W., einer revolutionären föderalistischen Richtung, waren. Diese Lehre der I. W. W. haben sie nach Norwegen übertragen, und es war auch ein ziemlich gutes Instrument, um die alte Organisation zu zerstören und wichtige strategische Punkte zu erobern.

Das zweite Merkmal dieser Richtung liegt in der Betonung des gewerkschaftlichen Kampfes und der Gewerkschaften überhaupt. Bis in der letzten Zeit hat unsere norwegische Partei auf den Gewerkschaften basiert. Die Gewerkschaften sind en bloc in die Partei eingetreten, und so besteht der originelle Zustand, daß auch in der Komm. Partei keine

Kommunisten vorhanden sind. Das dritte Merkmal ist die Tendenz, die als Lostrennung der Ökonomie von der Politik und als Lostrennung der Politik überhaupt von der parlamentarischen Politik bezeichnet werden kann. Dieser Standpunkt ist absolut unrichtig. Wir wissen alle, daß die Politik nur der konzentrierte Ausdruck der Ökonomie ist.

Dann Punkt 4, auch ein Charakterzug dieser Tendenz, besteht in der Unfähigkeit des Manövrierens. Die betreffende Richtung stellt sich die kapitalistische Ordnung als etwas Festes vor, in dessen Rahmen man spezifische professionelle Arbeiterinteressen vertritt und sich überhaupt nicht um andere Schichten kümmert. Das beruht m. E. auf einer ziemlich reformistischen Vorstellung von dem Gang der Entwicklung.

Die zweite Richtung in der Partei, die zweite Fraktion, basiert, historisch betrachtet, auf der Entwicklung der Jugendbewegung, während die erste aus den Gewerkschaften kam. Der charakteristische Zug dieser taktischen Orientierung ist eine viel größere Betonung des politischen Kampfes; man kann auch sagen, diese Fraktion ist mehr orthodox-marxistisch und beschäftigt sich in größerem Umfang mit der Marxschen Lehre.

Die Gesamtsituation ist also die: In der ersten Fraktion gibt es Elemente mit syndikalistischen Tendenzen, manche mit reformistischen und manche mit einem Gemisch von beiden. Auch die zweite Fraktion ist keineswegs homogen. Der ganze Komplex von Strömungen und Schattierungen läßt sich schwer definieren. Darin besteht die Schwierigkeit des Problems.

Was die konkreten Fehler betrifft, so sei in erster Linie der Föderalismus genannt, der sich besonders in dem Verhältnis der Partei zur K. I. ausgedrückt hat. Als wir einen Konflikt mit der norwegischen Partei hatten, schrieb das Organ der norwegischen Arbeiterpartei „Sozialdemokraten“ wörtlich: „Es ist bedauerlich, daß eine internationale Organisation in einen inneren Parteistreik eingreift, wie es die K. I. im vorliegenden Fall getan hat.“ Diese Formulierung ist so kraß, wie sie nicht krasser sein kann.

Oder ein anderer Fall. Unsere Kommission hat wiederholt die norwegischen Genossen eingeladen, und wir haben auch verschiedene Fragen an die norwegischen Genossen gestellt. Trotz der Aufforderung und Telegramme weigerte sich die Mehrheit der Zentrale und persönlich der Gen. Tranmael zum Kongreß zu kommen. Wir betrachten diesen Fall keineswegs als normalen Fall.

Alle diese Sachen haben ihren prinzipiellen Hintergrund. Das ist natürlich nicht eine persönliche Schuld des Gen. Tranmael, sondern der Ausdruck der ganzen politischen Atmosphäre und der ganzen politischen Orientierung in der norwegischen Partei. Das ist der Ausdruck dieser ganzen föderalistischen Tradition.

Diese Tendenz des Mißverhältnisses zur K. I. kam ferner im Nichterfüllen oder verzögerten Erfüllen der Direktiven der K. I. zum Ausdruck. Das betrifft zunächst die Frage der Parteiorganisation. Aus all dem Gesagten geht klar hervor, wie notwendig eine festgefügte Partei in Norwegen ist. Gen. Sinowjew hatte schon in Halle mit Gen. Tranmael persönlich ausgemacht, daß die Partei reorganisiert werden soll. Seitdem ist sehr lange Zeit verstrichen, und die Reorganisation in der nor-

wegischen Partei geht nur sehr langsam vor sich. Natürlich verkennen wir die Schwierigkeiten nicht; aber haben wir nicht in unserer russischen Partei innerhalb weniger Monate die Reinigung unserer Partei durchgeführt und 170 000 Mitglieder ausgeschlossen?

Dann kommt die Frage des *Namens* der Partei. Es klingt fast komisch, daß gerade die Mehrheit der Partei, die syndikalistisch gefärbt ist, die Frage der Namensänderung immer hinausgeschoben hat. Schon der II. Kongreß hat beschlossen, die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ zu streichen. Wir wissen wohl, welchen Wert die Benennung hat. Die „Arbeiter-Politiken“ schreibt in einem Artikel vom 8. September d. J.: „Sozialdemokrat ist ein Ausdruck für die Konfusion innerhalb der Komm. Partei Norwegens.“ Deshalb schlägt die Kommission vor, die Frage der Namensänderung auch in kürzester Frist zu erledigen; denn das ist für uns keine Kleinigkeit, sondern eine politische Frage.

In Fragen der *Taktik* besteht eine Differenz zwischen den beiden Fraktionen. Die Mehrheitsfraktion sagt: Wir müssen den Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie führen, wir sind gegen Manövrieren usw. Die andere Fraktion, die vom Gen. Schefflo vertreten ist, sagt: Wir müssen natürlich gegen die ganze kapitalistische Ordnung kämpfen, aber wir müssen zwischen verschiedenen Teilen der Bourgeoisie unterscheiden, so zwischen Großkapitalisten und Großagrariern einerseits und verschiedenen Schichten des Bauerntums andererseits. Die Exekutive hat politisch die zweite Richtung unterstützt.

Diese Frage spielt eine ziemlich große Rolle; deswegen soll sie in unserer Resolution fixiert werden. Aber zugleich müssen wir den Genossen von der Richtung Schefflo immer wieder sagen, daß sie in ihrer parlamentarischen Tätigkeit auf der Unterlage einer im allgemeinen ganz richtigen politischen Orientierung doch einige Fehler begangen haben. Der größte Fehler war die Zustimmung in der Frage der Zwangsarbitrage. Dies umso mehr, weil in Norwegen eine alte Tradition besteht, gegen diese Sache scharf zu kämpfen, so daß vor einigen Jahren in Christiania sogar ein Streik wegen der Zwangsarbitrage proklamiert wurde.

Ich gehe zu der Gruppe „Not Dag“ über. Die Kommission hat einstimmig beschlossen: als geschlossene Gruppe darf sie nicht existieren, was natürlich nicht bedeutet, daß überhaupt keine akademischen Gruppen bestehen dürfen. Was die Zeitschrift betrifft, so haben wir zwei Eventualitäten skizziert: entweder diese Zeitschrift einstellen oder sie in eine Parteizeitschrift umwandeln. Die norwegischen Genossen waren nur für den zweiten Weg, und wir sind darauf eingegangen.

Jetzt zwei „persönliche“ Fragen: den Fall des Gen. Karl Johansson und den des Gen. Halvord Olsen. Der erstere ist ein ganz junges Parteimitglied, ein früherer bürgerlicher Journalist, der jetzt Artikel gegen die K. I. schreibt. Wir betrachten diesen Herrn als einen Agenten innerhalb unserer norwegischen Partei. Wir haben schon einmal beschlossen, in Form einer Eventualität diesen Herrn auszuschließen. Jetzt schlagen wir vor, diesen Herrn absolut auszuschließen.

Anders ist es mit dem Fall Halvord Olsen. Er ist ein alter Arbeiter, ein alter Parteifunktionär. Bis jetzt war er ein sehr treuer Genosse, jetzt hat er große Fehler begangen, auf dem Kongreß des Metallarbeiterverbandes hat er die Parteidisziplin gebrochen, indem er seine Stimme gegen

die Kandidatur unserer Partei für den Syndikalisten und den Rechtssozialisten abgegeben hat. Wir unterscheiden zwischen dem bürgerlichen Karl Johannsen und dem Arbeiter Halvord Olsen. Wir wollen Halvord Olsen die Möglichkeit geben, sich sozusagen zu bessern. Deswegen halten wir es für richtig, diesen Genossen wieder in unsere Reihen aufzunehmen.

Im Sinne dieser Ausführungen des Berichterstatters über die Arbeit der norwegischen Kommission ist der

Entwurf zur Resolution zur norwegischen Frage

verfaßt, der von dem Redner vorgelesen wird. Der Kongreß bestätigt die Richtigkeit des Standpunktes der Exekutive. Der Kongreß hält es für zulässig und notwendig, im Kampfe gegen die gesamte Bourgeoisie die Gegensätze zwischen den verschiedenen Schichten derselben auszunutzen. Der Kampf um die Bauernschaft gehört zu den Hauptaufgaben der proletarischen Partei Norwegens. Die Gruppe „Mot Dag“ wird aufgelöst. Der Kongreß gibt der Appellierung des Gen. H. Olsen statt und setzt ihn in seine Rechte als Parteimitglied wieder ein, konstatiert aber ausdrücklich die Unrichtigkeit seines Verhaltens auf dem Metallarbeiterkongreß. Karl Johansson wird aus der Partei ausgeschlossen. Zwecks Herstellung einer besseren Verbindung der Partei mit der Exekutive soll zum nächsten Parteitag ein bevollmächtigter Vertreter der Exekutive entsendet werden.

Der Redner bittet, diese Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

ZWEIUNDDREISSIGSTE (SCHLUSS-) SITZUNG

AM 5. DEZEMBER 1922, ABENDS.

Vorsitz: *Neurath*.

Redner: *Haakon Meyer, Connolly, Hörnle, Bordiga, Clara Zetkin, Kolarow, Billing, Grün, Torp, Sinowjew*.

HAAKON MEYER erklärt, daß die Mehrheit der norwegischen Delegation mit der vorliegenden Resolution nicht zufrieden ist. Nachdem aber alle Streitigkeiten in der Diskussion gründlich diskutiert worden sind, wollen sie im Plenum keine weitere Debatte einleiten und erklären, daß sie für die Resolution stimmen werden.

Die Resolution wird *angenommen*.

CONNOLLY verliest im Namen der Delegation der Irischen Kommunistischen Partei eine *Protestresolution* gegen die Ermordung von fünf Nationalrevolutionären in Irland; die Hinrichtung ist am 25. November durch den Irischen Freistaat erfolgt.

Die Resolution wird einstimmig *angenommen*.

Darauf erfolgt die Abstimmung der

Resolution zum Versailler Friedensvertrag

die einstimmig *angenommen* wird. Der Text dieser Resolution*) schildert die politische Lage der Welt und skizziert dann die Aufgaben der kommunistischen Parteien folgendermaßen:

Die Aufgabe der kommunistischen Parteien, in erster Linie jener der Siegerländer ist es, den Massen klar zu machen, daß das Versailler Friedenswerk alle Lasten — sowohl in den Sieger-, als in den besiegten Ländern, auf die Schultern des Proletariats abwälzt, daß die Proletarier aller Länder die wirklichen Opfer des Friedenswerkes der Bourgeoisie sind. Auf dieser Grundlage müssen die kommunistischen Parteien, vor allem jene Deutschlands und Frankreichs, einen *gemeinsamen Kampf* gegen den Versailler Friedensvertrag führen. Die deutsche kommunistische Partei muß die Bereitschaft des deutschen Proletariats betonen, die Proletarier und Bauern im verwüsteten Norden Frankreichs beim Wiederaufbau ihres Heims zu unterstützen, gleichzeitig einen scharfen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie führen, die bereit ist, gemeinsam mit der französischen Bourgeoisie (Stinnesvertrag) auf Kosten des deutschen Proletariats Erfüllungspolitik zu treiben und Deutschland als Kolonie an die französische Bourgeoisie auszuliefern, wenn nur ihre Klasseninteressen gewahrt bleiben. Die französische kommunistische Partei muß mit aller Kraft gegen die imperialistischen Bestrebungen ihrer Bourgeoisie, gegen den Versuch, durch weitere verschärfte Ausbeutung des deutschen Proletariats die französische Bourgeoisie zu bereichern, für sofortige Aufhebung der Okkupation des linken Rheinuferes, gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, gegen die Zerstückelung Deutschlands, gegen den französischen Imperialismus kämpfen. Heute genügt es nicht, in Frankreich gegen die Vaterlandsverteidigung zu kämpfen: heute gilt es, den Versailler Frieden auf Schritt und Tritt zu bekämpfen. Der tschechoslowakischen, polnischen und den kommunistischen Parteien der anderen Vasallenländer Frankreichs fällt die Pflicht zu, den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie mit dem Kampf gegen den französischen Imperialismus zu verbinden. Durch gemeinsam geführte Massenaktionen muß es dem Proletariat klar gemacht werden, daß der Versuch einer Durchführung des Versailler Friedensvertrages das Proletariat ganz Europas in das tiefste Elend herabdrücken muß und daß der Kampf dagegen das gemeinsame Interesse des Proletariats aller Länder ist.

HÖRNLE verliest darauf die Abänderungsvorschläge zu den Taktik-Thesen der K. I., die von der deutschen und der österreichischen Delegation eingereicht worden sind. Der endgültige Text der

Thesen über die Taktik der K. I.

besteht aus folgenden Punkten:

1. Bestätigung der Resolutionen des 3. Kongresses, 2. über die Niedergangsperiode des Kapitalismus, 3. über die internationale politische Lage, 4. über die Offensive des Kapitals, 5. über den interna-

*) Um den Umfang dieser Schrift nicht zu überschreiten und in Anbetracht dessen, daß die Resolutionen und Thesen gleichzeitig besonders publiziert werden, geben wir den Inhalt der letzteren in aller Kürze wieder.
Der Herausgeber.

tionalen Faschismus, 6. über die Möglichkeit neuer pazifistischer Illusionen, 7. über die Lage innerhalb der Arbeiterbewegung, 8. über die Spaltung der Gewerkschaften und die Vorbereitung des weißen Terrors gegen die Kommunisten, 9. über die Aufgaben der Eroberung der Mehrheit, 10. über die Taktik der Einheitsfront, 11. über die Arbeiterregierung, 12. über die Betriebsrätebewegung, 13. über die Kommunistische Internationale als Weltpartei und 14. über die internationale Disziplin.

Der Kongreß beschließt, den Text der Dezember-Thesen (1921) über die Einheitsfront der Resolution zur Taktik als Anhang anzufügen, da diese Thesen ausführlich und richtig die *Taktik der Einheitsfront* beleuchtet haben.

BORDIGA: Genossen, die Majorität der italienischen Delegation hätte zu den dem Kongreß soeben unterbreiteten Thesen zur Taktik einige Bemerkungen zu äußern. Unser Thesen-Entwurf enthält einige Abänderungen in der Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Wir hoffen, ja wir sind überzeugt, daß diese Fragen in den Sitzungen der Erweiterten Exekutive oder zum mindesten auf dem 5. Kongreß zur Sprache kommen werden und ersuchen daher die Exekutive, das von mir unterbreitete Projekt als Dokument zurückzubehalten. Nachdem wir diese Erklärung abgegeben haben, werden wir für die vorgeschlagene Resolution votieren.

Die Taktik-Thesen werden einstimmig *angenommen*. (Beifall.)

VORSITZENDER stellt darauf zur Abstimmung die

Resolution zur Orientfrage.

Diese Resolution gibt in ihrem ersten Teil eine allgemeine prinzipielle Darstellung der nationalen Kolonialfrage in der Epoche des Kampfes zwischen dem Imperialismus und der proletarischen Diktatur. Darauf folgen die Kampfbedingungen, die Agrarfrage, eine Schilderung der Arbeiterbewegung im Osten usw. usw. Die Aufgabe der kommunistischen Parteien im Osten wird dahin formuliert, daß die kommunistischen Parteien der kolonialen und halbkolonialen Länder des Ostens, die sich noch mehr oder minder in einem Embryonalzustand befinden, an jeder Bewegung teilnehmen müssen, die ihnen Zutritt zu den Massen eröffnet. Dessen ungeachtet müssen sie einen energischen Kampf führen gegen die patriarchalischen und zünftigen Vorurteile und gegen die bürgerliche Ideologie, die in den Arbeiterverbänden vorherrscht, um diese unentwickelten Formen der Gewerkschaftsorganisation vor reformistischen Tendenzen zu bewahren und sie in Kampforgane der Massen zu verwandeln. Sie müssen alle Anstrengungen machen zur Organisierung der zahlreichen landwirtschaftlichen Tagelöhner und Tagelöhnerinnen und Lehrlinge beiderlei Geschlechts auf dem Boden des Schutzes ihrer Tagesinteressen.

Diese Resolution wird einstimmig *angenommen*. Der Kongreß schreitet dann zur Abstimmung der

Resolution über die Bildungsarbeit der kommunistischen Parteien.

Der Aufbau einer marxistischen Bildungsarbeit ist eine notwendige Aufgabe aller kommunistischen Parteien. Die kommunistische Bildungsarbeit, die ein integrierender Bestandteil der Gesamttätigkeit der Partei sein soll, muß unbedingt der zentralen Leitung der Partei unterstehen.

Es ist wünschenswert, daß bei den Zentralkomitees der Parteien zur Leitung der gesamten Bildungstätigkeit der Partei, Bildungssekretariate geschaffen werden.

Die Parteien sind verpflichtet, die selbständige Bildungsarbeit der Kommunistischen Jugend nach Kräften materiell und ideell zu unterstützen.

Die Internationale Bildungssektion beim E. K. der K. I. hat vor allem zur Aufgabe: die grundsätzliche weitere Klärung der Probleme der kommunistischen Bildungsarbeit, die Leitung der gesamten Parteibildungsarbeit und die Vereinheitlichung der Arbeit in den außerhalb der Partei stehenden proletarischen Bildungsorganisationen.

Zur vertieften marxistischen Schulung und Ausbildung geeigneter Genossen aus den Sektionen der K. I. werden an der „Sozialistischen Akademie“ und anderen entsprechenden Institutionen Sowjetrußlands *internationale Kurse* eingerichtet.

Die Agitationspflicht. Jedes Mitglied der K. I. ist verpflichtet, sich als Agitator unter den außenstehenden Arbeitern zu betätigen. Die Agitation soll immer ihren Ausgang von den konkreten Verhältnissen und Bedürfnissen nehmen. Die leitenden Parteioorgane sollen praktische Instruktionen geben über die regelmäßige Agitationsarbeit aller Parteimitglieder, so auch über diese Arbeit bei den Kampagnen und anderen Aktionen der Partei.

Über jedes Parteimitglied soll im Kreise der kleinsten Parteioorganisation, der es angehört, im Laufe des nächsten Winters alle Daten festgestellt werden, ob und wie es Agitation und andere Parteiarbeit verrichtet.

Die Kenntnis der wichtigsten Beschlüsse der Partei und der K. I. ist Pflicht jedes Mitgliedes der K. I. Die Organisationen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß jedes Parteimitglied wenigstens das Programm der eigenen Partei und die 21 Bedingungen der K. I. kennt, gleichfalls solche Beschlüsse der K. I., die besonders seine Partei betreffen. Die Mitglieder sind über den Stand ihrer Kenntnis zu prüfen.

Die Resolution zur Bildungsarbeit wird einstimmig *angenommen*. Ebenso einstimmig *angenommen* wird das

Arbeits- und Aktionsprogramm der K. P. Frankreichs.

Die dringendste Aufgabe der Partei ist die Organisierung des Widerstandes des Proletariats gegen die Offensive des Kapitals, die sich in Frankreich und in den übrigen Großindustriestaaten entwickelt. Die Partei muß eine Kampagne einleiten, um den Arbeitern den gegenseitigen Zusammenhang zwischen der Erhaltung des Achtstundentages und der Sicherung der Arbeitslöhne sowie die unvermeidliche Rückwirkung dieser Forderung klarzulegen. Die Losungen des Kampfes um die dringenden materiellen Forderungen des Proletariats müssen als Mittel zur Verwirklichung der Einheitsfront gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion dienen.

Die kommunistische Arbeit in allen Gewerkschaften besteht in erster Linie im Kampf um die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit, die zum Sieg des Proletariats unentbehrlich ist. In der C. G. T. U. müssen die Kommunisten jede Tendenz bekämpfen, die dem Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale zuwiderläuft. In der

reformistische C. G. T. müssen sie die Amsterdamer Internationale und die bürgerliche Tätigkeit der Führer bloßstellen.

Die Partei muß jede spontane oder organisierte Massenbewegung ausnutzen und den politischen Charakter jedes Klassenkampfes beleuchten, um die Verhältnisse ausnutzen zu können, die der Propagierung der politischen Kampflosungen, der Amnestie, der Annullierung des Friedensvertrages von Versailles, der Räumung des linken Rheinufer usw. günstig sind. Der Kampf gegen den Friedensvertrag von Versailles und seine Folgen muß unter den Dingen, die die Partei beschäftigen, den ersten Platz einnehmen.

Die Partei muß eine systematische Arbeit zur Einführung des Kommunismus in die Armee einleiten. Ebenso muß die Partei sich der Sache der vom französischen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung der Kolonien annehmen, muß ihre nationalen Forderungen unterstützen und ihr Recht auf Autonomie oder auf Unabhängigkeit ohne Vorbehalt verfechten.

Die Propaganda in der Bauernklasse, die darauf abzielt, die Mehrheit der Landarbeiter, Pächter und Teilpächter für die Revolution zu gewinnen und die Sympathien der Kleinbauern zu erwerben, muß von einer Aktion im Interesse besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen begleitet sein.

Die kommunistische Arbeit unter den *Arbeiterinnen* ist von hervorragender Wichtigkeit und erfordert eine spezielle Organisation. Der Entwicklung der kommunistischen *Jugend* muß eine methodischere und nachdrücklichere Tätigkeit gewidmet werden. In den *Genossenschaften* müssen die Kommunisten das Prinzip der einheitlichen Landesorganisation verfechten. Die Vertreter der Partei im Parlament und in den Munizipalverwaltungen müssen in enger Verbindung mit den Kämpfern der Partei und unter Führung der Partei arbeiten. Die Partei muß über eine strenge Zentralisation, eine unerschütterliche Disziplin und eine unbedingte Subordination jedes einzelnen Parteimitgliedes unter die verantwortlichen Parteioorgane verfügen.

CLARA ZETKIN legt dem Kongreß die

Resolution zur russischen Revolution

vor.

Der 4. Weltkongreß der K. I. spricht dem schaffenden Volk Sowjetrußlands tiefsten Dank und höchste Bewunderung dafür aus, daß es im revolutionären Kampfe nicht nur die Staatsmacht erobert und die Diktatur des Proletariats aufgerichtet hat, sondern die Errungenschaften der Revolution bis heute siegreich gegen alle Feinde im Innern und von außen verteidigte. Es hat sich damit unsterbliches Verdienst für die Befreiung der Ausgebeuteten, der Unterdrückten aller Länder erworben.

Der 4. Weltkongreß stellt mit größter Genugtuung fest, daß der erste Arbeiterstaat der Welt, den die proletarische Revolution geschaffen hat, in fünf Jahren seines Bestehens trotz gehäufte, außerordentlichster Schwierigkeiten und Gefahren seine Lebens- und Entwicklungskraft voll aufbewiesen hat. Der Kongreß stellt fest, daß Sowjetrußland, der Proletarierstaat, seit er nicht mehr gezwungen ist, mit Waffengewalt seine nackte Existenz zu verteidigen, mit bei-

spielloser Energie darangegangen ist, die Wirtschaft der Republik aufzubauen und zu entwickeln, den Blick unverwandt auf die Umwälzung zum Kommunismus gerichtet. Der Kongreß stellt mit Befriedigung fest, daß Sowjetrußlands Politik die wichtigste Vorbedingung für den Aufbau und die Entwicklung zur kommunistischen Gesellschaft gesichert und gefestigt hat.

Der 4. Weltkongreß mahnt die Proletarier aller Länder daran, daß die proletarische Revolution nie innerhalb eines einzigen Landes vollständig siegen kann, und ruft die Proletarier aller kapitalistischen Länder auf, von Sowjetrußlands Beispiel zu lernen, zum Todesstoß wider den Kapitalismus auszuholen, ihre Macht aufzubieten für die Weltrevolution.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Darauf schreitet der Kongreß zur

Wahl der Exekutive.

VORSITZENDER verliest die Liste der Kandidaten:

	Vertreter:	Kandidaten:
Präsident	1 Sinowjew	—
Frankreich	2 Frossard, Souvarine	1 Duret
Deutschland	2 Zetkin, Hörnle	1 Böttcher
Rußland	2 Bucharin, Radek	2 Lenin, Trotzki
Tschechoslowakei	2 Smeral, Neurath	1 Muna
Italien	2 Gennari, Gramsci	1 Bordiga
Jugendintern.	2 Schüller, Schatzkin	—
England	1 Mac Manus	1 Newbold
Amerika	1 Carr	1 Damon
Skandinavien	2 Höglund, Schefflo	—
Polen	1 Pruchnjak	—
Finnland	1 Kuusinen	—
Balkan	1 Kolarow	1 Macavei
Australien	1 Garden	—
Südamerika	1 Stürmer	—
Südafrika	1 Andrei	—
Orient	2 Katayama, Safarow	1 Roy
	<u>25</u>	<u>10</u>

Der italienischen Partei wird das Recht eingeräumt, nach ihrem Vereinigungsparteitag neue Vorschläge für ihre Vertreter in der Exekutive zu machen.

BILLING (Amerika) protestiert gegen die Wahl des Gen. Damon als Kandidaten für das Exekutivkomitee, da in der Delegationssitzung Gen. Carr als Vertreter und Gen. Billing als Stellvertreter vorgesehen worden seien.

GRÜN (Österreich) stellt im Namen der Delegationen Österreichs, der Schweiz und Hollands den Antrag, daß diese drei Parteien, die insgesamt eine Mitgliedschaft von über 23 000 Mitgliedern aufweisen, das Recht haben, gemeinsam einen Vertreter in die Exekutive zu entsenden.

TORP (Norwegen) wendet sich dagegen, daß Schefflo als Mitglied der Exekutive gewählt wird. Die norwegische Delegation habe bei der Parteileitung telegraphisch angefragt und die Antwort erhalten, daß

die Parteileitung gegen eine Stimme für Meyer sei. Torp schlägt also vor, statt des Gen. Schefflo den Gen. Meyer zu wählen.

KOLAROW: Genossen, der vom Gen. Billing erhobene Protest ist ganz unangebracht. Gen. Damon ist ein alter amerikanischer Revolutionär, und wenn das Präsidium Ihnen diesen Genossen als Kandidaten für Amerika vorschlägt, so fordert es von Ihnen bloß, einen revolutionären Genossen zu wählen, der würdig ist, stellvertretendes Mitglied der Exekutive zu werden.

Redner wendet sich ebenfalls gegen den Vorschlag des Gen. Grün und den des Gen. Torp. Wenn die Wahlkommission Gen. Schefflo vorschlägt, so geschieht es darum, weil Gen. Schefflo in Norwegen die Orientierung der K. I. vertritt und daß wir das Recht und die Pflicht haben, ihn als Mitglied der Exekutive vorzuschlagen.

VORSITZENDER läßt zuerst über die Wahl des Präsidenten abstimmen. Gen. Sinowjew wird einstimmig zum Präsidenten der Exekutive der III. Internationale gewählt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Darauf wird die Wahl des Präsidiums vorgenommen. Nachdem die Vorschläge der Gen. Billing, Grün und Torp abgelehnt werden, wird der Vorschlag der Kommission einstimmig angenommen. (Beifall.)

Schlußrede des Gen. Sinowjew.

Genossen, unser 4. Kongreß war ein Kongreß der Präzision, der Konkretisierung, des Studiums und der Differenzierung der Fragen.

Worin bestand eigentlich der große Teil der Arbeiten unseres Kongresses? Darin, daß wir die wichtigsten Parteien herausgegriffen haben und die wichtigsten Fragen, die sie zu behandeln haben, in Kommissionen, von denen jede eine kleine internationale Konferenz war, studiert haben. Die Kommissionen haben mit größter Aufmerksamkeit alle politischen und organisatorischen Fragen, die in den einzelnen Parteien aufgetaucht sind, studiert, man kann sagen, wie ein guter, aufmerksamer Arzt seine Patienten behandelt, so hat unser Kongreß jede einzelne Partei, jede einzelne Nuance in den Parteien und jede einzelne Streitfrage der Parteien untersucht, und die Beschlüsse, die gefaßt worden sind, sind wirklich das Ergebnis der kollektiven Erfahrung und des kollektiven Geistes unserer internationalen Organisation.

Wir haben eine ganze Anzahl von Fragen behandelt und haben sie, wie ich hoffe, glücklich gelöst.

Wir hatten auf unserem Kongreß 65 Delegationen, die 62 Länder vertraten. (Während des 3. Kongresses waren es nur 52.) Unsere Internationale ist im Wachsen begriffen und eben darum ist es notwendig, daß wir anfangen, unsere Arbeit ausführlich vorzubereiten, auf die Einzelheiten einzugehen und zu versuchen, den Parteien nicht nur mit allgemeinen politischen Losungen und taktischen Formen, wie es bisher nötig war, sondern auch mit ganz konkreten Ratschlägen zu kommen. Dieser Prozeß, zusammengenommen, bedeutet eben, daß die Kommunistische Internationale nicht nur eine Propagandagesellschaft ist, eine Gesellschaft zur gemeinsamen politischen Agitation, sondern eben eine einheitliche Weltorganisation des Proletariats zu werden anfängt.

Wir haben hier zum ersten Mal die Frage der Arbeiterregierung ausführlich besprochen. Wir mußten im Verlauf der Diskussion manches ändern und präzisieren. Dazu ist eben der Kongreß da, damit wir ein-

ander beeinflussen und schließlich die Erfahrungen der ganzen Internationale formulieren. Wir haben in der Frage der Einheitsfront eine ganz präzise Taktik formuliert. Es handelt sich jetzt darum, diese Taktik anzuwenden.

Durch die theoretischen Beschlüsse des 2. Kongresses und durch die praktischen Aktionsbeschlüsse des 4. Kongresses haben wir eine feste Basis für unsere ganze Agrararbeit geschaffen. Auch in der *Orientfrage* haben wir die Richtlinien festgestellt. Wir haben auf dem Kongreß das Programm der K. I. zwar noch nicht angenommen, aber den ersten Stein zum Fundament unseres Programms doch schon gelegt. Ebenso haben wir in der Jugendfrage, in der Frauenfrage, in der Genossenschaftsfrage wichtige Beschlüsse gefaßt. Was die Gewerkschaftsfrage betrifft, so haben wir mit dem besten Teil der syndikalistischen Welt einen Block geschlossen, und diese Verständigung mit der syndikalistischen Welt ist ein sehr wichtiger Faktor in der Vorbereitung der proletarischen Revolution.

Wenn Sie das alles zusammennehmen, haben Sie das Bild einer planmäßigen, praktischen, bewußten Vorbereitung aller Faktoren, die zum Sieg der Revolution gehören. Wir konnten in diesem Moment nicht direkte Beschlüsse zur Offensive fassen. Dazu war der Moment noch nicht gegeben. Aber alle vorbereitenden Schritte haben wir auf dem 4. Kongreß getan. In dieser Beziehung glaube ich, daß die Arbeit des Kongresses eine grandiose Arbeit war. Der Kongreß war eine große Universität für uns alle. Wir haben alle viel gelernt.

Wir haben, Genossen, organisatorische Beschlüsse von großer Bedeutung gefaßt; wir haben alles Föderalistische oder fast alles Föderalistische, das noch in unserem Bau war, liquidiert. Wir sind eine einheitliche Kommunistische Weltpartei. Darum müssen wir ein einheitliches Zentralkomitee der Weltpartei haben. Die Mitglieder dieses Z. K. können vom Balkan, aus Japan, aus Deutschland oder aus Rußland kommen. Wir nehmen unsere besten proletarischen Kräfte aus der Bewegung, dort, wo sie uns gegeben werden.

Noch ein paar Worte zur Frage der Disziplin! Manchmal betonen die Genossen, sie seien diszipliniert, weil sie diejenigen Beschlüsse durchführen, mit denen sie einverstanden sind. Das ist noch keine Disziplin. Disziplin fängt eben erst dort an, wo man einen Beschluß auszuführen hat, mit dem man nicht ganz einverstanden ist. (Sehr richtig!) Genossen, wir bitten diejenigen Minderheiten, die vielleicht den einen oder anderen Beschluß nicht gutheißen, in diesem besonderen Falle Disziplin zu üben.

Ich glaube, daß der Sinn der Reorganisation unserer Exekutive ein sehr großer ist. Es ist nicht nur eine organisatorische Maßnahme, sondern eine politische Maßnahme von großer Tragweite.

Noch ein paar Jahre und wir haben ein solides Fundament kommunistischer Parteien, durch die wir in die Lage gesetzt werden, daß wir nichts mehr zu scheuen haben. Die fünf Jahre russischer Revolution sind nicht umsonst verfließen. Der größte Stolz der russischen Bauern und Arbeiter besteht darin, daß sie sagen: Trotz alledem, Ihr werdet schon sehen, es ist mir in meinem eigenen Lande doch gelungen, etwas zu tun, um die Arbeitermassen der anderen Länder zu heben und zu organisieren. (Beifall.)

Und nun, Genossen, an die Arbeit! Schweren Zeiten gehen wir entgegen. Wir haben in unserer Resolution konstatiert, daß der internationale Faschismus marschiert. Die Bourgeoisie zusammen mit der 2. und 2½ Internationale hat alles versucht, um uns zu besiegen. Es ist ihnen nicht gelungen. In der Taktik der Einheitsfront haben wir den taktischen Schlüssel zur Gesamtlage, zur ganzen Position im gegebenen Moment.

In diesem Sinne, Genossen, beenden wir unsere Arbeit, und wir sind überzeugt, daß für alle 62 Parteien, die zu uns gehören, der 4. Kongreß wichtiges geleistet hat. An die Arbeit, Genossen, und wir wünschen Euch den größten Erfolg bei all den Schwierigkeiten, die wir zu überwinden haben. Die Zukunft gehört uns! Es lebe die Kommunistische Weltpartei! (Rauschender, nicht endenwollender Beifall, die Kapelle der Kursantenschule des Kreml stimmt die „Internationale“ an, die von der Versammlung im Stehen gesungen wird. Darauf wieder lebhafter Beifall. Die Italiener und Franzosen singen die „Bandiera Rossa“. Beifall.)

KOLAROW (französisch): Ich bitte Sie, mich zu autorisieren, unseren russischen Genossen im Namen aller ausländischen Delegationen unseren Dank auszusprechen. (Beifall.)

Redner drückt dann, in *russischer* Sprache fortfahrend, der Russischen Kommunistischen Partei und dem ganzen russischen Proletariat sowie der revolutionären Bauernschaft den tiefgefühlten Dank der ausländischen Delegationen aus für den brüderlichen Empfang, den sie den ausländischen Delegierten haben zuteil werden lassen. Er schließt mit den Worten:

Wir vergelten Ihnen Ihren brüderlichen Empfang nur dadurch, daß wir entschlossen und kühn den Weg verfolgen, den uns die Oktoberrevolution gewiesen hat, und daß wir den revolutionären Kampf um den Sturz des Weltkapitalismus energisch fortsetzen; (französisch): Es lebe die Russische Kommunistische Partei. Es lebe das werktätige Volk Rußlands! (Anhaltender Beifall.)

VORSITZENDER (Neurath): Das Präsidium hat beschlossen, daß in diesem Moment alle Delegierten verpflichtet sind, alle Sprachen zu verstehen, so daß keine Übersetzung erfolgt. (Heiterkeit.)

Das Büro spricht dann vor allem den technischen Mitarbeitern den besten Dank für ihre fleißige und ersprießliche Arbeit aus. Im Namen des Präsidiums und aller Delegierten sagen wir den russischen Arbeitern unseren besten Dank für den herzlichen Empfang. (Lebhaftes Zustimmung.) Wir erblicken unsere vornehmste Aufgabe darin, in demjenigen Lande, wo wir zuerst die Diktatur des Proletariats aufrichten, die russischen Proletarier als Gäste zu empfangen. Es lebe die russische Arbeiterklasse! Es lebe die tapfere Russische Kommunistische Partei! Es lebe das internationale Proletariat! Es lebe die Weltrevolution! (Rauschender Beifall.)

Ich erkläre den 4. Kongreß der III. Internationale für geschlossen!

INHALT

	Seite
1. <i>Sitzung.</i> Eröffnung. Wahl des Präsidiums. Begrüßungsrede des Gen. Sinowjew. Begrüßungstelegramme der Gen. Lenin und Trotzki. Ansprache der Gen. Clara Zetkin. Aufruf an die politischen Gefangenen. Aufruf an die Arbeiter und Bauern Italiens. Aufruf an die Werktätigen Rußlands. Aufruf an die Rote Armee und Rote Flotte. Aufruf an die Arbeiter und Rotarmisten Petrograds	3
2. <i>Sitzung.</i> Wahl der Delegationen für die verschiedenen Fragen. Bericht des Gen. Sinowjew über die Tätigkeit der K. I.	10
3. <i>Sitzung.</i> Schluß des Berichts des Gen. Sinowjew. Abstimmungsmodus. Diskussion zum Bericht Sinowjews	20
4. <i>Sitzung.</i> Fortsetzung der Debatte zum Bericht des Gen. Sinowjew	29
5. <i>Sitzung.</i> Fortsetzung der Debatte zum Bericht des Gen. Sinowjew	37
6. <i>Sitzung.</i> Schluß der Debatte über den Bericht des Gen. Sinowjew	43
7. <i>Sitzung.</i> Schluß der Debatte zum Bericht des E. K. Schlußwort Sinowjews. Erklärungen. Resolution zum Bericht des E. K. Abstimmungen	47
8. <i>Sitzung.</i> Vortrag Lenins über die neue ökonomische Politik Sowjetrußlands. Vortrag Clara Zetkins über die Russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution	56
9. <i>Sitzung.</i> Schluß der Rede Clara Zetkins über die Russische Revolution. Rede Bela Kuns über die russische Revolution	63
10. <i>Sitzung.</i> Rede des Gen. Trotzki über die russische Revolution	69
11. <i>Sitzung.</i> Rede Radeks über die Offensive des Kapitals	76
12. <i>Sitzung.</i> Vortrag Bordigas über Faschismus. Fortsetzung der Diskussion über die Offensive des Kapitals	83
13. <i>Sitzung.</i> Bericht der Mandatsprüfungskommission. Diskussion dazu. Abstimmung. Schluß der Diskussion zur Frage der Offensive des Kapitals. Protest gegen die Verhaftung der polnischen Abgeordneten. Schlußwort Radeks über die Offensive des Kapitals	91
14. <i>Sitzung.</i> Reden Bucharins und Thalheimers zur Programmfrage	100
15. <i>Sitzung.</i> Vortrag Kabaktschiews zur Programmfrage	109
16. <i>Sitzung.</i> Referat des Gen. Losowski über die Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften. Diskussion zur Gewerkschaftsfrage	111
17. <i>Sitzung.</i> Fortsetzung der Diskussion zur Gewerkschaftsfrage. Über die Rolle der Arbeiterin in der Gewerkschaftsfrage. Über die K. P. der Türkei	116
18. <i>Sitzung.</i> Schlußwort Losowskis zur Gewerkschaftsfrage. Erklärung der russ. Delegation zur Programmfrage. Antrag des Präsidiums zur Programmfrage. Erklärung der ital. Delegation zur Programmfrage. Bericht Münzenbergs über die Arbeiterhilfe	123
19. <i>Sitzung.</i> Die Orientfrage	128
20. <i>Sitzung.</i> Diskussion über die Orientfrage. Schlußwort Radeks. Protest gegen den Terror in Südafrika	135
21. <i>Sitzung.</i> Die Agrarfrage, Referat Varga und Diskussion	142

	Seite
22. <i>Sitzung.</i> Die Agrarfrage. Schluß der Diskussion und Schlußwort Vargas. Referat über die Jugendfrage. Die Negerfrage	149
23. <i>Sitzung.</i> Die Genossenschaftsbewegung. Bericht und Diskussion. Resolution zur Genossenschaftsfrage	156
24. <i>Sitzung.</i> Die kommunistische Arbeit unter den Frauen. Berichte und Resolution	160
25. <i>Sitzung.</i> Die Erziehungsfrage. Der Friedensvertrag von Versailles. Begrüßungstelegramm an den Allindischen Gewerkschaftskongreß	167
26. <i>Sitzung.</i> Reden über den Versailler Friedensvertrag. Aufruf der österreichischen Kommission zum Genfer Vertrag. Bericht der Reorganisationskommission	173
27. <i>Sitzung.</i> Diskussion zur Reorganisationsfrage. Kundgebung gegen den weißen Terror in Jugoslawien. Thesen zur Negerfrage. Agrarisches Aktionsprogramm. Resolution der „Vereinigung der Alten Bolschewiki“. Bericht über Poale Zion	179
28. <i>Sitzung.</i> Rede des Gen. Trotzki zur französischen Frage	185
29. <i>Sitzung.</i> Deklarationen zur französischen Frage. Schlußwort Trotzki. Resolution über die K. P. Frankreichs. Bericht und Beschlüsse zur dänischen Frage. Beschlüsse der Reorganisations-Kommission. Bericht und Resolution über die kommunistische Jugendbewegung. Synpathiekundgebung für die verurteilten französischen Genossen	192
30. <i>Sitzung.</i> Bericht Sinowjews über die italienische Frage. Erklärungen der italienischen Genossen. Bericht Radeks über die tschechoslowakische Kommission. Resolution über die tschechoslowakische Partei. Erklärungen Sturc und Smeral	198
31. <i>Sitzung.</i> Resolution zur Frage der proletarischen Hilfe für Sowjetrußland. Bericht und Resolution zur jugoslawischen Frage. Erklärungen jugoslawischer Genossen. Bericht Bucharins über die norwegische Frage. Entwurf der Resolution zur norwegischen Frage	206
32. <i>(Schluß)-Sitzung.</i> Resolution über den Terror in Irland. Resolution zur Frage des Versailler Friedensvertrages. Resolution über die Taktik der K. I. Resolution zur Orientfrage. Resolution zur Bildungsarbeit. Aktionsprogramm der K. P. Frankreichs. Resolution zur russischen Revolution. Wahl des Exekutivkomitees. Schlußrede Sinowjews. Schluß des Kongresses	211